

# Nahua script 4

## Parlamentarismus und Basisdemokratie: Die zwei Flügel der Partizipation

### Wahlen im politischen Prozeß in Nicaragua

"Für die Frente Sandinista wird die Demokratie nicht allein auf dem politischen Feld gemessen, und sie beschränkt sich nicht allein auf die Teilnahme des Volkes an den Wahlen. Demokratie (...) bedeutet Partizipation des Volkes an den Wahlen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten. Je mehr das Volk daran teilhat, desto demokratischer sind diese Angelegenheiten. Die Demokratie beginnt im wirtschaftlichen Bereich, wenn die sozialen Ungleichheiten sich abzuschwächen beginnen, wenn die Arbeiter und Bauern ihr Lebensniveau verbessern (...).  
Es handelt sich um ein komplexeres Konzept als das der Wahldemokratie. Es lehnt Wahlen nicht ab, aber es beschränkt sie nicht auf das Stimmrecht. Die Parole "Das Volk hat schon gewählt", die die FSLN Anfang 1980 proklamierte, drückte einerseits die Verbundenheit der Volksmehrheiten mit einem Kampf und einem Projekt zur Transformation der Gesellschaft aus, die mit enormen Opfern verbunden waren. Gleichzeitig bedeutete sie ein Urteil über die Wahlpraxis vor 1979, die der Regelung der internen Widersprüche der herrschenden Klasse auf der Grundlage der Stabilität des somozistischen Regimes diente.

- das Wirtschaftssystem den Männern und Frauen die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse an Nahrung, Arbeit, Wohnung, Erziehung und Gesundheit garantiert;
- Die Regierungsinstitutionen so aufgebaut sind, daß die Distanz zwischen Machtapparat und Volksmehrheit verringert wird;
- die Regierung die Verteidigung der Volksmacht dem gesamten bewaffneten Volk überträgt;
- man für die Verwirklichung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ziele auf die organisierte Partizipation des Volkes zählt;
- der politische Wille, die Gesetzgebung und die Machtmechanismen existieren, die politischen, sozialen und kulturellen Rechte der Mehrheiten zu effektivieren und zu garantieren;
- die Macht von den arbeitenden Massen ausgeübt wird, so daß sie eindeutig einen Volkscharakter hat".

(Carlos M. Vilas:  
Die sandinistische Demokratiekonzeption - Auszug -)

# Edition Nahua

(c) Alle Rechte vorbehalten

1. Auflage 1985  
Edition Nahua  
Veröffentlichungen zu Mittelamerika GmbH  
Postfach 10 13 20  
5600 Wuppertal 1

nahua script 4  
Parlamentarismus und Basisdemokratie:  
Die zwei Flügel der Partizipation  
Wahlen im politischen Prozeß in Nicaragua  
Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal  
Redaktion: Wolfgang Gabbert, Lisa Luger, Jürgen Weller (alle Berlin)

Gesamtherstellung: Druckerei Moosweg, Leverkusen  
Printed in Germany

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek:  
Wolfgang Gabbert, Lisa Luger, Jürgen Weller (Red.):  
Parlamentarismus und Basisdemokratie/Hrsg. vom  
Informationsbüro Nicaragua  
- 1. Aufl. - Wuppertal: Edition Nahua, 1985. -72 S.  
(nahua script 4)

ISBN 3-923329-14-8

# INHALT

Seite

3	Vorwort	
8	<u>1. Demokratie und Partizipation</u>	
9	Carlos M. Vilas:	Die sandinistische Demokratiekonzeption
12	Carlos Bendana:	Gedanken über die Partizipation des Volkes
14	<u>2. Nicaragua 1984: Die inneren und äußeren Bedingungen für die Wahlen</u>	
14		Die ersten demokratischen Wahlen
18	(Envío 4/84):	Die Kissinger-Kommission spricht von zwei Angriffsoptionen
18	(Envío 3/84):	Die umstrittenen Themen in den Wahldebatten
21	Romeo Rey:	Nicaraguas Suche nach dem Pluralismus
22	(Envío 4/84):	Hauptaspekte des neuen Wahlgesetzes
24	Leo Gabriel:	Sandinisten ernennen Kandidaten
26	<u>3. Die Wahlen</u>	
26	(Envío 10/84):	Die gegnerischen Parteien
30		Wahlenthaltung: eine Stimme für den Krieg?
32	Leo Gabriel:	Die Qual mit den Wahlen in Nicaragua
33	K. D. Tangermann:	Saubere Wahlen sind in Sicht
34	Ralf Leonhard:	Ein willkommenes "Verbot"
34	K. D. Tangermann:	Zensur in der Revolution - revolutionäre Zensur?
37	(Envío 11/84):	Der Endspurt vor den Wahlen
39		"Das Wahlgesetz ... demokratisch und pluralistisch"
		Interview mit Dieter Nohlen
40	Michael Rediske:	Entscheidung zwischen Revolution und Unterwerfung
42	Winfried Pinger:	Die Realität des "Wahlkampfes" in Nicaragua
42	Willy Otten	
	Philippengracht:	Die Wahlen in Nicaragua sind eine Farce
44		Nicaragua: Verwaltungskarte; Wahlscheine
46	Romeo Rey:	Der Frieden kommt nicht näher
46	(Envío 11/84):	Die Wahlergebnisse der Parteien:
46	(Envío 11/84):	Zahlenwerte und Einschätzungen
48	(Envío 12/84):	Die Wahlen von innen
52	Gaby Gottwald:	Zum Vergleich die Wahlen in El Salvador im März 1984
53		Interview mit David Ashby, MP (Konservative Partei, GB)
54	(Envío 1/85):	Gespräch mit der zweiten politischen Kraft Nicaraguas
55	<u>4. Die Bedeutung der Wahlen für den politischen Prozeß</u>	
55	Demetrio Polo-Cheva:	"Die Wahlen können dazu führen, daß aus Nicaragua eine Demokratie wird" (Auszug aus: "Krisenherd Mittelamerika")
58	Michael Rediske:	Wahlen mitten im Krieg
59	Bayardo Arce (FSLN):	Rede vor der Sozialistischen Partei Nicaraguas
60	Rafael Solís (FSLN):	Die Wahlen sind keine Prinzipienfrage
61	Carlos Nunez (FSLN):	"Strategischer Auftrag: Die Verfassung erarbeiten"
62	Clemente Guiso (PCD):	"Die Institutionalisierung der Opposition muß durchgesetzt werden"
62	Constantin Pereira (PLI):	"Die Frente hat verstanden, daß sie den Sozialismus nicht in Nicaragua dekretieren kann"
63	Mauricio Díaz (PPSC):	"Für uns ist die Garantie wichtig, daß in Nicaragua ein Regime herrscht, daß die Demokratie in allen in ihren Ausdrucksformen respektiert"

- 64 Enrique Bolanos (COSEP): "Diese Regierung hat keine Unterstützung"  
 66 (Neue Zürcher Zeitung): "Ein Pyrrhussieg in Managua"  
 66 (SPD): Eine Chance für Nicaragua  
 (Sozialdemokratischer Pressedienst)  
 68 (Die Grünen): Grüne zu den Wahlen in Nicaragua (Pressemitteilung)  
 69 Leo Gabriel: Kritik an den Wahlen (taz 3.11.84)  
 71 (Pensamiento Propio): "Der Pluralismus ist lebendig"  
 72 Gaby Gottwald: Welche Konsequenzen haben die Wahlen für die Festigung der Revolution?

Die auf den Seiten 15, 16, 17, 43 und 65 reproduzierten Comics sind der Zeitschrift "El Tayacán", Extra-Ausgabe Nr 1, Managua 1984, entnommen. Die deutsche Version besorgte Wolf Nebe, Wuppertal.

Quellen:

Pensamiento Propio, Managua  
 Envío (Einzelausgaben aus 1984 und 1985), Wuppertal  
 Frankfurter Rundschau, Frankfurt  
 taz, Berlin  
 Deutschland Union Dienst, Bonn  
 Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt  
 Consejo Supremo Electoral, República de Nicaragua, Managua  
 Barricada, Managua  
 "Krisenherd Mittelamerika", Grünen-Hearing, Bonn  
 Blätter des iz3w, Freiburg  
 ides, Berlin  
 AIB, Sonderheft, Marburg  
 Neue Zürcher Zeitung, Zürich  
 Sozialdemokratischer Pressedienst, Bonn  
 Die Grünen im Bundestag, Pressedienst

## VORWORT

Für die US-Regierung und alle, die ihr nahe stehen, war die Sache ja von vornherein klar: Eine Wahl, die nicht zum Sturz der FSLN führen würde, wäre eine Farce. Wie wenig es ihnen um die hehren Werte Demokratie und Freiheit geht, ist angesichts der Haltung zu anderen Regimes des amerikanischen Kontinents so offensichtlich, daß an dieser Stelle dazu nicht viele Worte verloren werden müssen. Für alle aber, die den Prozeß der nicaraguanischen Revolution mit kritischer Solidarität begleiten und im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen, stellen sich die Fragen nach der Bedeutung dieser Wahlen in Nicaragua in weit differenzierterer Weise.

Lange Zeit wurde in der Solidaritätsbewegung die sandinistische Haltung unterstrichen, daß Demokratie sich nicht in der Stimmabgabe alle paar Jahre erschöpfen könne, daß sie vielmehr an der Basis der Gesellschaft, in der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der eigenen Lebensverhältnisse begründet werden muß. Die Massenorganisationen wurden dabei als Instrumente gesehen, diesen Anspruch einer tiefgreifenden Demokratisierung zu verwirklichen; ihre Partizipation an vielen wichtigen Aktivitäten und - institutionell - im Staatsrat galt als Beleg, welch großes Gewicht dem Ansatz einer möglichst direkten Demokratie auch in der "großen Politik" gegeben wurde. Gerade in der BRD wurde darin ein Versuch gesehen, politische Konzepte umzusetzen, die auch hier gegen verknöcherte Strukturen politischer Repräsentation entwickelt wurden, etwa basisdemokratisches Vorgehen und die Rolle des Konsensprinzips.

Eine Reihe entscheidender Fragen blieb jedoch ungeklärt, etwa

- die Pluralismusfrage (wer kann teilnehmen, wie weit muß das Konsensprinzip reichen?)
- das Verhältnis von Basisdemokratie und zentraler Macht und von Partikularinteressen und Gesamtinteresse
- das Verhältnis von Staat und FSLN.

Mit den Wahlen war nun eine neue Etappe des politischen Prozesses erreicht. Wurde vorher festgestellt, daß das Volk (im Aufstand gegen Somoza) schon gewählt habe, und ein Stufenschema entwickelt, das die politische Demokratie einer zweiten Stufe zuordnet, so wurden jetzt Wahlen ausgerufen, ohne daß behauptet werden könnte, daß die erste Stufe (der umfassenden Verbesserung des Lebensniveaus der Bevölkerung) schon überschritten wäre. Auch wenn insistiert wurde, daß es sich um einen logischen Schritt im internen politischen Prozeß handele und die Wahlen ja schon seit 1980 angekündigt worden seien, war deutlich, daß sie ihren Stellenwert nur unter Berücksichtigung des außenpolitischen Szenarios erhielten, was u.a. durch den Termin deutlich wurde. Dennoch sind die Wahlen für den internen politischen Prozeß von großer Bedeutung, wie auch die äußerst unterschiedlichen Einschätzungen zeigen (vgl. Abschn.4).

Die Wahlen, die als Schritt zur Institutionalisierung der Revolution dargestellt wurden, boten die Chance, die bisherigen Erfahrungen des revolutionären Prozesses zu diskutieren, offen Kritik und Selbstkritik zu üben, sich über den weiteren Kurs dieses Prozesses auseinanderzusetzen und dabei auch die o.g. Fragen anzusprechen. Es bestand also die Hoffnung einer demokratischen Überprüfung des revolutionären Prozesses. Die Wahlen haben jedoch offensichtlich nicht die inhaltliche Diskussion um bestimmte Aspekte der politischen Entwicklung gefördert; zu eindeutig spitzte sich der Wahlkampf auf ein "pro oder contra" zum Gesamtprozeß zu.

So bekamen die Wahlen einen Doppelcharakter: Zum einen stand ein breites Spektrum unterschiedlicher politischer Positionen zur Wahl, von der MAP/ML und der PCdeN, den "Linksradi-kalen", die eine "Beschleunigung" der Revolution und ein Ende der Bemühungen um Kooperation mit der Bourgeoisie fordern, bis hin zur konservativen PCD, die ein Modell "westlicher" Demokratie vertritt. Zum anderen wurden die Wahlen zu einer Entscheidung zwischen zwei politischen Projekten oder - noch deutlicher - zwischen Souveränität und Intervention.

Der Kampf um die Wahlbeteiligung, um die internationale Legitimation machte in der Kriegssituation die Chance zunich-

te, die Wahlen zu einer Diskussion über die Perspektiven und Formen der Revolution zu nutzen. Zu dieser Überlagerung der Wahl zwischen unterschiedlichen Programmen durch die Entscheidung zwischen zwei völlig entgegengesetzten Gesellschaftsmodellen kam es v.a. durch den Wahlboykott der Coordinadora Democratica (CDN), die - chancenlos, Mehrheiten zu erzielen - Bedingungen stellte, deren Erfüllung ihr politisches Projekt gegen das der FSLN bereits durchgesetzt hätte. So konnte nur ein Wahlboykott das international wichtige Image erhalten, die CDN sei die demokratische und populäre Alternative.

Aber auch die Einschätzung der Wahl seitens der FSLN trug dazu bei, daß die Frage, wie denn nun der revolutionäre Prozeß weiterentwickelt werden sollte, im Wahlkampf kaum behandelt wurde und die Alternative "pro oder contra" immer mehr in den Mittelpunkt rückte. Wahlen spielen im Demokratiekonzept der FSLN eine marginale Rolle und zumindest Teile der Frente haben ihnen gegenüber eine eher taktische Einstellung entwickelt (Daß auch innerhalb der FSLN hier unterschiedliche Positionen bestehen, zeigen u.a. die hier dokumentierten Äußerungen von Solis und Nunez).

So wurde auch seitens der FSLN der Sieg über den "abstencionismo", den Wahlboykott, stärker betont als die Stimmverteilung selbst. Daniel Ortega sagte z.B. am 12.11.84: "Wir müssen bedenken, daß unser Aufruf im Wahlkampf lautete, gegen die Intervention zu stimmen, und man kann sagen, daß die 1,2 Mio. Nicaraguaner, die an den Wahlen teilnahmen, für die Souveränität und Selbstbestimmung Nicaraguas stimmten, auch wenn nicht alle ihre Stimmen der Frente Sandinista gaben." (Pensamiento Propio Nr. 19, S. 8)

Die Propagierung einer Demokratie mit zwei "Flügeln", eines der direkten Partizipation und eines der Repräsentation, wurde im Wahlkampf jedenfalls nicht inhaltlich gefüllt; es blieb offen, in welchem Verhältnis die beiden Bereiche zueinander stehen werden. Die Rolle der Massenorganisationen bleibt in der Zukunft eher noch schwieriger einzuschätzen. Sind sie letztlich Partei-, Staats- oder autonome Basisorganisationen?

Der Anspruch, alles zugleich zu sein, nämlich

1. sandinistisch dominierte Organisationen zur Mobilisierung der Bevölkerung für den revolutionären Prozeß, deren Führer FSLN-Mitglieder sind und die über die FSLN-Listen in der Verfassungsgebenden Versammlung vertreten sind,
  2. Institutionen zur Erfüllung bestimmter staatlicher Funktionen im lokalen Bereich, wobei die Weisungen weitgehend von oben ausgehen, und
  3. autonome Organisationen zur Wahrnehmung der kollektiven Rechte der Bevölkerung, mit der sich das politische Subjekt der nicaraguanischen Revolution herausbildet,
- dieser Anspruch wird nicht durchzuhalten sein.

Bei so vielen offenen Fragen ist es kein Wunder, daß die Einschätzungen, was diese Wahlen denn nun tatsächlich für den revolutionären Prozeß bedeuten, auseinandergehen. Bedeuten sie eine "Institutionalisierung" der Revolution, in der politische Entscheidungen in stabileren, offeneren, kontinuierlicheren Bahnen ablaufen? Sind sie ein weiterer Schritt in einem widersprüchlichen Prozeß, in dem die FSLN zwischen dem Legitimationszwang nach außen und dem politischen Projekt nach innen zerrieben wird, was dann etwa bei zukünftigen Wahlen zum Ausbruch käme, bei denen vielleicht beides nicht mehr zu vereinbaren ist? Oder ändert sich über die Wahlen letztlich gar nichts, da sie nicht in das sandinistische Demokratiekonzept eingebunden sind?

Antwort auf diese Fragen kann nur der reale revolutionäre Prozeß geben. Wir glauben, daß das hier vorliegende Material dem Leser/der Leserin die Möglichkeit für eine eigene Einschätzung geben kann. Wir haben darauf verzichtet, Material zur politischen Entwicklung nach den Wahlen zu dokumentieren, da zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur ein unstrukturierter Anhang daraus hätte werden können.

Diese Dokumentation will somit zwei Zwecke erfüllen: Zum einen den konkreten Verlauf des Wahlprozesses darstellen, zum anderen Material zu seiner Einschätzung im Rahmen des politischen Gesamtprozesses bereitstellen.

Sie beginnt daher mit zwei Texten über die Demokratiekonzeption der FSLN und über die Massenorganisationen. Dann folgt eine umfangreiche Dokumentation der Auseinandersetzungen um

die Wahlen von ihrer Verkündigung im Februar bis zum November 1984. Der letzte Teil enthält schließlich einige Stellungnahmen zu den Wahlen aus dem Vorfeld und im Rückblick, von Parteivertretern wie von "Beobachtern".

Wolfgang Gabbert

Lisa Luger

Jürgen Weller

# 1. DEMOKRATIE UND PARTIZIPATION

Die beiden einleitenden Texte des argentinischen Soziologen Carlos M. Vilas und von Carlos Bendana, Redaktionsmitglied der Zeitschrift Pensamiento Propio, weisen auf unterschiedliche Vorstellungen über die Entwicklung des politischen Systems in Nicaragua hin. Vilas stellt die sandinistische Demokratiekonzeption als Versuch dar, innerhalb der Zwänge von Unterentwicklung und Aggression das bürgerliche Demokratiemodell zu erweitern und damit gleichzeitig zu überwinden. Bendana fordert eine Stärkung der direkten Partizipation als entscheidendem Instrument zum Aufbau der Revolution sowohl gegen die bürgerliche Opposition als auch gegen bürokratische Tendenzen.

## Quellen:

Carlos M. Vilas: Perfiles de la Revolución Sandinista  
Liberación Nacional y transformaciones  
sociales en Centroamérica  
(Madrid/Buenos Aires/México 1984)

Carlos Bendana: Gedanken über die Partizipation des Volkes  
"Pensamiento Propio", Nr. 15  
(Managua)

Carlos M. Vilas:

Die sandinistische Demokratiekonzeption (Auszüge)

(...) Die Partizipation des Volkes bildete zwei Jahrzehnte lang die Achse des sandinistischen Kampfes, und sie ist heute das wesentliche Element der sandinistischen Demokratiekonzeption:

"Für die Frente Sandinista wird die Demokratie nicht allein auf dem politischen Feld gemessen, und sie beschränkt sich nicht allein auf die Teilnahme des Volkes an den Wahlen. Demokratie (...) bedeutet Partizipation des Volkes an den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten. Je mehr das Volk daran teilhat, desto demokratischer sind diese Angelegenheiten. Die Demokratie beginnt im wirtschaftlichen Bereich, wenn die sozialen Ungleichheiten sich abzuschwächen beginnen, wenn die Arbeiter und Bauern ihr Lebensniveau verbessern. (...)

Wenn diese Ziele einmal erreicht sind, erweitert sich die Demokratie sofort auf andere Bereiche: Sie erstreckt sich auf das Feld der Regierung, wenn das Volk seine Regierung bestimmt, gefalle es, wem es gefallen mag. (...)

In einer weiter fortgeschrittenen Phase bedeutet Demokratie die Partizipation der Arbeiter an der Leitung der Fabriken, der Landwirtschaftsbetriebe, Genossenschaften und kulturellen Zentren. Zusammengefaßt, bedeutet Demokratie das Eingreifen der Massen in alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens." (1)

Es handelt sich um ein komplexeres Konzept als das der Wahl-demokratie. Es lehnt Wahlen nicht ab, aber es beschränkt sie nicht auf das Stimmrecht. Die Parole "Das Volk hat schon gewählt", die die FSLN Anfang 1980 proklamierte, drückte einerseits die Verbundenheit der Volksmehrheiten mit einem Kampf und einem Projekt zur Transformation der Gesellschaft aus, die mit enormen Opfern verbunden waren. Gleichzeitig bedeutete sie ein Urteil über die Wahlpraxis vor 1979, die der Regelung der internen Widersprüche der herrschenden Klasse auf der Grundlage der Stabilität des somozistischen Regimes diente. (2)

Demokratie ist demnach für die FLSN: "wo

- das Wirtschaftssystem den Männern und Frauen die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse an Nahrung, Arbeit, Wohnung, Erziehung und Gesundheit garantiert;
- die Regierungsinstitutionen so aufgebaut sind, daß die Distanz zwischen dem Machtapparat und den Volksmehrheiten verringert wird;
- die Regierung die Verteidigung der Volksmacht dem gesamten bewaffneten Volk überträgt;

- man für die Verwirklichung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ziele auf die organisierte Partizipation des Volkes zählt;
- der politische Wille, die Gesetzgebung und die Mechanismen existieren, die politischen, sozialen und kulturellen Rechte der Mehrheiten zu effektivieren und zu garantieren;
- die Macht von den arbeitenden Massen ausgeübt wird, so daß sie eindeutig einen Volkscharakter hat". (3)

(...)

Das politische Subjekt der sandinistischen Volksdemokratie ist nicht mehr der Bürger (4), wie ihn die bürgerlich-liberale politische Theorie entwickelt. In dieser Konzeption wird das isolierte Individuum - institutionelle Entsprechung des freien Produzenten/Eigentümers -, das gegenüber einem Staat eine Art politische Mikrosouveränität ausübt und verteidigt und seine Individualität behauptet, zum Bürger. Im Gegensatz dazu ist es in der sandinistischen Revolution das Aufbrechen dieser Isolierung voneinander und die freiwillige Integration in die Massenorganisationen, die das Individuum zum Bürger macht, da ja seine neuen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte in dem Maße praktiziert werden, in dem diese Integration sich vollzieht.

Bedeutet dies eine Vermittlung der Anliegen, Initiativen und Interessen der Leute durch diese neuen Strukturen? Die Kritik der Organisationen der Bourgeoisie - COSEP (5), INDE (6) und anderer - an den Massenorganisationen, bezog sich im Prinzip auf diesen Punkt. (7) Aus dieser Perspektive sind die Massenorganisationen Formen der Manipulation des Willens der Leute zur Mitarbeit und Instrumente, die die Freiheit und die Unabhängigkeit der Meinungsbildung der Bevölkerung beschneiden. Diese Kritiken bezogen sich vor allem auf die CDS, deren Partizipation sich auf eine Vielzahl von Feldern und Aktivitäten erstreckt - Verteidigung, Versorgung, Umwelthygiene usw.

Die Fehler, Irrtümer und auch willkürlichen Maßnahmen, die manchmal ergriffen wurden (8), und die unvermeidbaren Beschränkungen, die auf die fehlende Erfahrung und die Knappheit der Mittel zurückzuführen sind, dürfen nicht vergessen werden. Die Einschätzung der Massenorganisationen als Vermittlungsorgane, in einer Beziehung, die direkt sein müßte, enthält jedoch die Elemente der bürgerlich-demokratischen Ideologie, auf die wir oben eingegangen sind. Aber die Beziehung Staat/Massenorganisation/Bevölkerung kann man sich auch auf andere Weise vorstellen, nach der die Organisationsinstrumente sind, die die Entwicklung der Partizipation des Volkes in den neuen Handlungsräumen, die sich ihr öffnen, möglich machen.

In diesem Sinn ist es möglich, zwei Dimensionen der Frage zu unterscheiden. Auf der einen Seite stehen die traditionellen Persönlichkeitsrechte: Sie sind für jedes einzelne Individuum anerkannt, und ihre Ausübung ist gleichermaßen individu-

ell. Es werden keine anderen Einschränkungen anerkannt als die, die in jedem politischen System aus Ausnahmesituationen abgeleitet werden: Kriegszustand oder äußere Aggression, innerer Notstand usw. Für die Masse des Volkes - daran muß erinnert werden - hatten diese Rechte während der vorrevolutionären Geschichte Nicaraguas niemals Gültigkeit, obwohl sie in allen Verfassungs- und Gesetzestexten niedergelegt waren.

Auf der anderen Seite stehen die neuen Rechte, die ebenfalls der gesamten Bevölkerung zuerkannt werden, die aber - da sie Ergebnis des Triumphes der Volksrevolution sind - objektiv einen Klassenbezug haben und deren Ausübung wegen ihrer eigenen Natur die Integration ihrer Träger in kollektive Strukturen erfordert. Insoweit als der Staat des Volkes sich grundsätzlich auf der Ausübung dieser neuen Rechte einer kollektiven Praxis aufbaut, wird das Individuum zum Bürger, wenn es sich in die Strukturen eingliedert, die diese Praxis ermöglichen.

(...)

Das internationale Gewicht der bürgerlich-liberalen Ideologie hat dazu geführt, daß die Diskussion über den demokratischen oder autoritären Charakter der politischen Macht, die die sandinistische Revolution aufbaut, sich um Themen wie die Realisierung von Wahlen, die Medienpolitik und ähnliches dreht. Die Fehler dieser Diskussion sind - im besten Fall - nicht ihre Themen, sondern die Art und Weise, in der sie behandelt werden. Die Debatte über die Wahlen wurde sowohl von der (nicaraguanischen, d.Ü.) Bourgeoisie als auch von ihren internationalen Verbündeten und Freunden jenseits einer ernsthaften Betrachtung darüber geführt, unter welchen konkreten Bedingungen Nicaragua seine Revolution macht. Es gibt in der ganzen Geschichte des Landes keinen Präzedenzfall (demokratischer Wahlprozesse, d.Ü.), der als Anknüpfungspunkt dienen könnte. Die bisherige Geschichte stärkt, ganz im Gegenteil, das Mißtrauen oder die Geringschätzung breiter Sektoren der Bevölkerung gegenüber dieser Art Verfahren. Etwas, das die Beobachter von außen anscheinend nicht wahrnehmen - oder nicht wahrnehmen können - ist die für jeden, der die Lage von Nahem betrachtet, offensichtliche Tatsache, daß die Wahlen für die Mehrheit der Bevölkerung keine Frage ist, die sie berührt oder die die Aufmerksamkeit auf sich zieht. (...) (Das tun) andere Themen: die Versorgung, die hohen Preise, die Verteidigung, die Partizipation in den Massenorganisationen. (...)

Es ist schließlich sehr schwierig zu verhindern, daß das Streben nach Wahlen - auch wenn es das Ergebnis ehrlicher Besorgnis ist - von vielen Leuten als konterrevolutionäre Forderung oder zumindest als Frontstellung gegenüber der Revolution angesehen wird. Tatsächlich sind die Oppositionsgruppen die einzigen, die Wahlen fordern, weil sie in ihnen die Möglichkeit eines Zugangs zur Macht sehen, der ihnen verwehrt ist. Unabhängig davon, ob diese Hypothese in Wirk-

lichkeit ein Vorwand ist, reicht sie aus, daß viele Leute in diesen Forderungen die "Spitze" einer reaktionären Position sehen. Der Druck der Opposition bezüglich der Wahlfrage hat zweifellos ein Ziel, das über die Wahlen selbst hinausgeht. Im August 1980 verpflichtete sich die FSLN, für 1985 Wahlen anzusetzen, und seit Mitte 1982 hat die revolutionäre Regierung verschiedene Maßnahmen in diesem Sinne ergriffen. Das Drängen der Oppositionsparteien, der nordamerikanischen Regierung und anderer Kräfte des Auslands erklärt sich folglich nur als Manöver, die politische Ehrlichkeit der sandinistischen Revolution in Zweifel zu ziehen, und die Ausschreibung der Wahlen eher als Resultat des eigenen Drucks denn als freiwillige Erfüllung einer Verpflichtung seitens der Revolution darzustellen.

(...)

Die Problematik, eine demokratische Volksmacht aufzubauen, beschränkt sich jedoch nicht auf die Frage der politischen Opposition. Es wurde schon festgestellt, daß der Prozeß der Konstituierung einer Volksdemokratie auch der Prozeß der Konstituierung eines politischen Subjekts ist, das sich von dem der bürgerlich-liberalen Demokratie unterscheidet. Während dieses sich in seiner Frontstellung gegenüber dem Staat konstituiert, konstituiert sich das politische Subjekt einer Volksdemokratie in der effektiven Nutzung der Partizipation und der Organisation, die die Revolution ihm ermöglicht und von denen sein eigener Fortschritt abhängt. In dieser Perspektive ist das zentrale Thema (des Aufbaus der demokratischen Volksmacht, d.Ü.) die Beziehung zwischen dem revolutionären Staat und den Massenorganisationen, die die Ausübung der Partizipation des Volkes ermöglichen. Im einzelnen: Was ist der Charakter dieser Partizipation? Erlebt man tatsächlich eine fortschreitende Entstaatlichung der Gesellschaftspolitik der Revolution - im Sinne eines größeren Bereichs einer autonomen Partizipation der Massenorganisationen - oder muß die Partizipation der Massenorganisationen eher als schrittweise Umwandlung in Apparate des Staates des Volkes charakterisiert werden? Ist die Partizipation der Massenorganisationen eine politische Partizipation oder gerhorcht sie eher technischen oder operativen Kriterien - dem Fehlen ausreichender Mittel als Folge des Wirrwarrs und der Plünderung unter Somoza und der vom Ausland gesteuerten Aggression?

(...)

Es liegt außerhalb jeden Zweifels, daß die Ergebnisse in der Ausbildung, im Gesundheitswesen, in der Verteidigung, die trotz der Begrenztheit der Mittel, der geographischen Schwierigkeiten usw. so schnell erzielt wurden, ohne die Partizipation der Leute mittels der Massenorganisationen nicht möglich gewesen wären. Aber diese Partizipation war weder eine rein technische, noch beschränkte sie sich auf die Ebene des rein Operativen. Es handelt sich im vollständigsten Sinn des Wortes um eine politische Partizipation, insofern sie ein Projekt der Organisation und der Lenkung

der nationalen Gemeinschaft, letzten Endes ein Klassenprojekt, darstellt. Der Staat hilft, berät, stellt soweit wie möglich materielle Mittel zur Verfügung, aber er verdrängt die Partizipation nicht und erst recht ordnet er sie nicht unter. Auf der anderen Seite hat man innerhalb des Staates selbst Räume und institutionelle Instanzen der Partizipation geschaffen (...), in denen die Massenorganisationen ihre Sichtweise vertreten und ihre Position bezüglich der politischen Fragen diskutieren, die hier entschieden werden. Da die Entscheidungen im allgemeinen per Konsens getroffen werden, bedeutet die zahlenmäßige Unterlegenheit der Organisationen nicht notwendigerweise ein Fehlen realer Bedeutung.

(...)  
Da es sich (...) um einen Staat im Prozeß der Konstituierung handelt, kann es voreilig sein, von Entstaatlichung zu sprechen, da die Aktivitäten, auf die man sich dabei bezieht, niemals zuvor zum staatlichen Bereich gehörten. Die Revolution schafft sie direkt als Raum der Partizipation des Volkes.

Schließlich muß die Diskussion der Beziehung zwischen den Massenorganisationen und dem Staat in der sandinistischen Revolution von dem Umstand ausgehen, daß beide Produkte - wenn auch Produkte im Prozeß der Herausbildung - ein und desselben politischen, revolutionären Projektes sind (...). Das bedeutet nicht, zu übersehen, daß es um Fragestellungen und Probleme geht, die diskutiert werden müssen, und daß das übertriebene Streben nach Effizienz, der Technokratismus und apparatorientierte Konzeptionen Teil der inneren Dynamik jeder sozialen Revolution sind; das gilt vor allem, wenn sie sich in einer Gesellschaft ohne organisatorische und partizipatorische Traditionen vollzieht, und insbesondere wenn sie gegenüber bewaffneten Aggressionen und externen Pressionen wachsender Intensität standhalten muß. Zusaätzlich impliziert ein breiter Prozeß der Partizipation und der Dezentralisierung in einem politischen und Wirtschaftssystem, das sich erst seit kurzem strukturiert, einen größeren Zeitaufwand, Experimente und Fehler. Unter diesen Bedingungen wird den Kriterien der Effizienz und Durchführbarkeit größerer Raum gegeben und so eine engere Anbindung der Massenorganisationen an den revolutionären Staat begünstigt.

(...)  
In Nicaragua (...) geht das demokratische Projekt der Massen Hand in Hand mit dem Prozeß der Konstituierung eines revolutionären Staates des Volkes und darüber hinaus mit der Durchführung tiefgreifender Veränderungen der sozioökonomischen Struktur. Das bedeutet, einen neuen Staat zu schaffen, und nicht allein, einem schon bestehenden Staat einen anderen Charakter zu geben. Der somozistische Staat, die Ausdrucksform des abhängigen kapitalistischen Staates in Nicaragua, beschränkte sich letztlich auf die Zwangsgewalt der Guardia Nacional; ihre Niederlage durch die sandinistischen Waffen bedeutete den Zusammenbruch des Staates.

Die Sandinistische Revolution muß die Aufgabe der Schaffung eines Staates übernehmen, der nicht allein der Staat eines politischen und anti-imperialistischen Projektes des Volkes, sondern der im elementarsten Sinn ein moderner Staat ist: von nationalen Streitkräften bis zu einem effizienten Kommunikationssystem; von der judikativen Gewalt bis zum Erziehungs- und zivildienstlichen System; von der Staatsangehörigkeit bis zur Regelung des städtischen Verkehrs; von der physischen Integration des Territoriums bis zur Schaffung einer einigermaßen effizienten Bürokratie.

(...)  
Es wäre naiv, anzunehmen, daß der Prozeß der Entwicklung der Demokratie im revolutionären Nicaragua sich ohne Rückschläge oder Schwierigkeiten vollzöge, oder daß diese allein dem Druck des Imperialismus geschuldet seien. Wir haben bei verschiedenen Gelegenheiten auf das Fehlen demokratischer Traditionen, politischer Institutionen, der Gültigkeit des Rechts usw. im Land hingewiesen; all das läuft auf einen Mangel an Erfahrung hinaus. Es wäre ebenso falsch, sich ausschließlich auf die vorübergehenden Beschränkungen der sandinistischen Demokratie zu konzentrieren oder übertriebenes Gewicht auf die Fehler zu legen, die manchmal begangen werden. Es handelt sich natürlich nicht darum, die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen oder eine Haltung paternalistischer Wohlwollens einzunehmen: die Fehler der Revolutionäre sind schädlicher für den revolutionären Prozeß als die Angriffe seiner Feinde. Aber die Denunzierung der Fehler von außerhalb des revolutionären Prozesses ist für seine Verbesserung irrelevant. Es handelt sich daher in einer Arbeit dieser Art darum, die objektiven und subjektiven Grenzen eines demokratischen, populären Prozesses in einer Gesellschaft wie der nicaraguanischen - unter dem Druck, unter dem sie sich befindet, und ohne eine vorherige demokratische Praxis, die wenigstens als Bezugspunkt dienen könnte - zu verstehen.

- 1) Comunicado oficial de la Dirección Nacional del FSLN sobre el proceso electoral, Barricada, 24.8.1980
- 2) Es war insofern im klassischen Sinn der Verarbeitung und Lösung von Widersprüchen zwischen Eigentümern eine typische bürgerliche Demokratie.
- 3) Carlos Núñez: Democracia: El camino que nos señala el pueblo, in: R. Sol (ed.): El reto democrático en Centroamérica, San Jose 1983, pp.157-188
- 4) im Sinne von Staatsbürger/citoyen, A.d.Ü
- 5) Oberster Rat der Privatwirtschaft, A.d.Ü
- 6) Nicaraguanisches Entwicklungsinstitut, A.d.Ü.
- 7) vgl. zu.B.: INDE: Análisis económico 1981, Managua 1981
- 8) vgl. z.B. in Envío 17 (Nov. 1982) den Brief des Kommandanten der Revolution Bayardo Arce (...) an die Koordinatoren der CDS, in dem er auf die Notwendigkeit hinweist, Ausschreitungen, die von einigen CDS begangen würden, schnell ein Ende zu bereiten. (...)

Gedanken über die Partizipation des Volkes

In Nicaragua ist "poder popular" (Volksmacht) ein Synonym für "participacion popular" (Partizipation des Volkes). Der Ausdruck "partizipative Demokratie" ist weniger gebräuchlich und kennzeichnet die Natur dieser Partizipation im Gegensatz zur sog. "repräsentativen Demokratie". Letztere impliziert die hierarchische Zentralisierung der Regierungsfunktionen in den Händen der "politischen Klasse", die durch Gehälter und Privilegien an eine Minderheit gebunden ist, die die Produktionsmittel monopolisiert. Die partizipative Demokratie besteht demgegenüber darin, daß viele ihrer Funktionen dem in Gewerkschaften, Berufsvereinigungen, gesellschaftlichen und Massenorganisationen zusammengeschlossenen Volk übertragen werden.

Die Volksmacht aufzubauen, heißt, Mechanismen zu schaffen, die zum einen die Kontrolle des Volkes über die Staatsapparate und zum anderen die Kontrolle der Arbeiter über die Produktionsmittel sichern, und das in einem Verhältnis, daß sich diese Mechanismen gegenseitig stärken.

Der Prozeß der Suche nach diesen partizipatorischen Instanzen und ihrer Gründung kann nicht geradlinig sein, wie man ihn üblicherweise darstellt, wenn man das, was nur ein Projekt ist, für seine Wirklichkeit hält (vgl. z.B. die Arbeit von Jose Luis Corrajo, *Revolucion y Democracia en Nicaragua*, Cuadernos de Pensamiento Propio, Nr. 7; dt. in Lateinamerika. Analysen und Berichte 8, d.Ü.)

Es ist ein Prozeß von Vorstößen und Rückzügen, der sich in erster Linie aus dem Kampf ergibt, den die Arbeitenden und u.a. die Arbeiterklasse einerseits gegen die interne bürgerliche Opposition und andererseits gegen die bürokratischen Tendenzen führen müssen. Diese bürokratischen Tendenzen hatten einem Regime geerbt, in dem u.a. kleinbürgerliche Funktionäre tätig sind und der die entgegengesetzten Interessen einer gemischten und abhängigen Wirtschaft zum Ausdruck bringen muß.

In zweiter Linie ist es ein Prozeß, welcher aus dem mit dem ersten verknüpften Kampf resultiert, der gegen die nordamerikanische Regierung wie gegen die internationalen Kräfte geführt wird, die den revolutionären Prozeß in gewisser Weise unterstützen und dabei danach streben, ihn zu beeinflussen.

#### Die Zeitabschnitte

Aus politischer Sicht kann man nun in den fünf Jahren, die seit dem 19. Juli 1979 vergangen sind, drei große Abschnitte

unterscheiden, je nach den Kräften und je nach der Revolution, die sich um eine Periode sticht mit den ande-  
liche usw.) in Über-  
schaftliche Ganze b

1. Vom 19. Juli 1979 bis April 1980: Reorganisation der Kräfte

Die interne bürgerliche Opposition, die die Regierung Carter natürlich unterstützt, vertraut darauf, den Prozeß bestimmen zu können. Die Frente Sandinista baut, während sie mit Zwangsmaßnahmen gegen die Extreme der Linken und der Rechten vorgeht, die Apparate des neuen Staates auf: a) Das Heer und die Sandinistische Partei, die einen professionellen und dauerhaften Charakter bekommen; b) die Regierungsjunta des nationalen Wiederaufbaus, die von zwei Vertretern der bürgerlichen Opposition (Violeta de Chamorro und Alfonso Robelo) und dreien der Frente Sandinista gebildet wird; c) der Staatsrat, ein mitgesetzgebendes Organ, in dem alle politischen Parteien und gewerkschaftliche, berufliche, gesellschaftliche und Massenorganisationen vertreten sind, wobei die Volkskräfte, die die Frente Sandinista führt, in der Mehrheit sind.

Dieser Abschnitt endet mit dem Rücktritt der Vertreter der bürgerlichen Opposition in der Regierungsjunta, den sie anläßlich der Veränderungen im Staatsrat vollziehen, die die Frente viel stärker begünstigt.

2. Vom April 1980 bis zum 4. Dezember 1983: Staatliche Zentralisierung der Bewegung

Die militärische Verteidigung gegen den Sektor der Opposition, der sich - v.a. unter der Regierung Reagan - mit der Guardia Nacional verbündet, und der staatliche Zwang gegen den Sektor der Opposition, der im Land bleibt, berühren auch die gewerkschaftlichen und politischen Rechte der Arbeitenden. Die Politik ist v.a. Außenpolitik, also Angelegenheit des Staates.

3. Beginn am 4. Dezember 1983 mit der Ankündigung des Wahlprozesses von 1984: Partizipative Demokratisierung der Bewegung

Die militärische Verteidigung bleibt, in Verbindung mit der Außenpolitik natürlich prioritär. Was jetzt aber über die Form der Aktivitäten entscheidet, ist der politische Kampf im Innern und damit die ideologische Auseinandersetzung auf Massenbasis. Die Einschränkungen der politischen Rechte werden gelockert. (...)



den kämpfenden mit dem die  
Es handelt nur mechanisch mit den ande-  
das gesellschaftliche sind:

## Politischer Rückstand

Die staatliche Zentralisierung, die im Hinblick auf die Verteidigung vor sich ging, bezog auch die Gewerkschaften und die Massenorganisationen im allgemeinen mit ein. Das erlaubt es, den Feind zu kontrollieren und aus einer militärischen Perspektive die Macht zu sichern, aber es begrenzte die Fähigkeit der Arbeitenden, sich politisch weiterzuentwickeln und zu einer Konsolidierung der Macht mittels der Kontrollmechanismen des Volkes beizutragen.

Natürlich, die Gewerkschaften und Massenorganisationen wuchsen (von 27.020 Gewerkschaftsmitgliedern im Juli 1979 auf 207.391 im Dezember 1983), und es fanden große politische Mobilisierungen statt. Aber dieses Wachstum und diese Mobilisierungen weisen eher auf die moralische Autorität der Frente Sandinista hin als auf die politische Entwicklung der Arbeiter, weil eine solche Entwicklung in direktem Zusammenhang mit der Diskussions- und Entscheidungsfähigkeit der Basis über die anstehenden Aufgaben steht. Der Entwicklung dieser Fähigkeiten standen aber der wirtschaftliche und soziale Notstand (9.9.1981) und die Aufhebung der Rechte und Garantien (15.3.1982) entgegen, die die Vertikalisierung dieser Organisationsstrukturen begünstigten.

Diese Vertikalisierung mußte logischerweise die Repräsentativität der Arbeiterorganisationen im Staatsrat beeinträchtigen und im Staatsapparat die bürokratischen Tendenzen begünstigen. Unter den Bedingungen eines Arbeiter- und Bauernstaates sind die Gewerkschaften die Hauptwaffe im Kampf gegen die Bürokratie; und das sind sie in einem noch viel größerem Maße in einem Staat, der - wie erwähnt - die gegenwärtigen Interessen einer gemischten und abhängigen Wirtschaft ausdrücken muß.

Daher mußte die Beschränkung der Kampfmöglichkeiten der Gewerkschaften die Kluft zwischen der Verwaltung und den Arbeitern verstärken - die wegen der Arbeitsteilung ohnehin besteht -, indem sie die Bande der Solidarität innerhalb der Verwaltung festigte, die eher die gemeinsamen Interessen der Machterhaltung als die Lösung der Probleme der Arbeiter im Auge hat. Ausdruck dieser Elemente des Bürokratismus sind die Selbstschonung (autoindulgencia) und der Triumphalismus der Berichte einiger Ministerien, die der Koordinator der Regierungsjunta des Nationalen Wiederaufbaus, Daniel Ortega, in seinem letzten Jahresendbericht (Ende 1983, d.Ü) vor dem Staatsrat kritisierte.

## Die Partizipation verstärken:

Es ist eben die Existenz oder das Fortbestehen dieser Probleme, die es der Rechtsopposition erlaubt hat, in der Offensive zu bleiben, wobei sie sich auf die unbestreitbare Steuerung der ideologischen Inhalte stützen konnte, die in einem kulturell und politisch wenig entwickelten Land fortbestehen.

Wenn es die politische Auseinandersetzung erfordert, auf diesem Feld zu kämpfen, auf dem die Ideologie der Rechten vorherrschen kann (was sie bisher auch tat), reicht es nicht, auf die Solidarität des sozialistischen Lagers zu zählen, sondern muß die Praxis der Partizipation des Volkes vertieft werden - und so wird es sicher von den Arbeitenden empfunden. Der Sandinismus muß sich diese Praxis zu eigen machen, um sich weiterhin als Ideologie des Volkes entwickeln zu können. Die aktive Partizipation, die Partizipation an den Entscheidungen, die lebendige Erfahrung, an der Ausübung der Macht teilzuhaben, ist das Einzige, was das Volk letztlich überzeugen kann, daß es seine Macht ist und nicht eine, die ihm aus entgegengesetzten Perspektiven gegenübertritt.

Um es anders zu sagen: Die Bürokratie, die die wirksamste Negation dieser Partizipation ist, ist der wichtigste politische Verbündete, mit dem die Gegner der Revolution rechnen. Diese haben die Fälle von Willkür, Korruption und Unfähigkeit in der Regierung ausgenutzt und werden sie, soweit sie können, weiter ausnutzen. Sie werden sie den Einschränkungen der Rechte, der wirtschaftlichen Not, der schlechten Versorgung und den Opfern gegenüberstellen, die die Revolution vom Volk verlangt. Sie werden sie für die gesamte Regierung verallgemeinern und sich demgegenüber als Vertreter des Rechts, der Ehrlichkeit und der Kompetenz zur Lösung der Probleme der Nicaraguaner darstellen.

Die exemplarischen Sanktionen und Strafen mögen eine gegenläufige Wirkung zum Bürokratismus erzielen. Aber das Einzige, was die Funktionäre definitiv von den Versuchen befreit, die die Macht mit sich bringt, und den Rechten potentielle Komplizen im Inneren des Staatsapparates nimmt, ist die Kontrolle, die von denen ausgeübt wird, die am meisten daran interessiert sind, daß das gesellschaftliche Mehrprodukt nicht verschwendet wird: die Kontrolle durch die, die es produzieren.

## Die CDS, ein Mechanismus, der verbessert werden muß

Ein Beispiel von einiger Klarheit sind diesbezüglich die Probleme der Versorgung und der Warenspekulation (deren letzte Ursache natürlich in der Wirtschaftsblockade und der nordamerikanischen Aggression liegt).

Der erste Schritt der Regierung, diesen Problemen zu begegnen, war es, die Verantwortlichkeit für die Distribution der Grundbedürfnisgüter dem Ministerium für Binnenhandel (MINICOIN), und für den Verkauf an die Konsumenten den Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS) zu übertragen. Die CDS sind die repräsentativsten Massenorganisationen des Landes und integrieren die Einwohner jedes Wohnblocks oder Stadtviertels, gerade um dieser Art von Problemen zu begegnen. Die Partizipation des Volkes sichert so im Prinzip von unten die Aktivitäten des Staates und die Durchführung von Maßnah-

men wie dem Gesetz zum Schutz der Konsumenten, das der Staatsrat am vergangenen 23. Juni verabschiedet hat. Jeder weiß, daß neben den Schwierigkeiten, die nicht vom Willen der Funktionäre abhängen, wie im Falle des Transports, bürokratische Nachlässigkeit und sogar die Komplizenschaft gewisser Funktionäre und Leiter von CDS mit den Spekulanten existieren. Es ist offensichtlich, daß die Machtposition dieser Funktionäre und Leiter, mit ihrer Infrastruktur von Kanälen und Hierarchien sie nicht nur gegenüber der Kontrolle des Volkes, sondern auch vor der Arbeit der Sandinistischen Polizei schützt.

Demnach kann nicht bezweifelt werden, daß, um Spekulation zu bekämpfen, die Fähigkeit zur Entscheidung an der Basis verbessert werden muß: a) die Basis muß für die Wahl der Leiter zuständig sein, welche ihr verantwortlich und von ihr abwählbar sind; b) der so gewählten Leitung müssen Sanktionsmöglichkeiten und Beteiligung an der Kontrolle der für die Distribution zuständigen staatlichen Stelle gegeben werden.

Dies ist genau die Funktionsstruktur, mit der die CDS während des Aufstands vom September 1978 entstanden sind. Hier, wie in anderen Fällen, ist Erfahrung in dem Maße wieder aufzunehmen, die die neuen Probleme erfordern und die neuen Umstände ermöglichen.

Zusammengefaßt waren die zwei Zeitabschnitte zwischen Juli 1979 und Dezember 1983 grundsätzlich durch die Konsolidierung der Macht bezüglich der militärischen Verteidigung gekennzeichnet. Das wäre natürlich ohne die Partizipation des Volkes nicht möglich gewesen, die von vornherein den potentiellen Sieg der Frente Sandinista in den Wahlen vom nächsten November bekräftigt. Aber die Berücksichtigung brachte - z.T. übertriebene - Rückschritte in den Bereichen der Partizipation an den Entscheidungen und damit bei der Konsolidierung der Macht durch die Vertiefung des nationalen Konsens.

Während dieser Zeit sammelte die Revolution jedenfalls die Erfahrungen, die jetzt synthetisiert werden müssen, um die Mechanismen der Partizipation zu klären. Diese Mechanismen müssen in ein System der Volksmacht eingegliedert sein, das besonders die arbeitende Bevölkerung in die Lenkung von Wirtschaft und Staat eingliedert. In diesem Sinn und auf diesem Gebiet hätte die Revolution sich dann nur zurückgezwungen, um mit Kraft und mehr Entschiedenheit einen Sprung nach vorne zu tun.

Quelle ▶

Wahlen in Nicaragua -

Die sandinistische Revolution verteidigen

Bonn 1984, S. 4-5

## 2. NICARAGUA 1984:

### DIE INNEREN UND ÄUSSEREN BEDINGUNGEN

#### FÜR DIE WAHLEN

## DIE ERSTEN DEMOKRATISCHEN WAHLEN

Am 4. November 1984 werden in Nicaragua der Präsident und ein Vizepräsident sowie eine verfassungsgebende Versammlung gewählt. Die Amtszeit beträgt jeweils sechs Jahre.

Das allgemeine Wahlrecht ist im Programm der Frente Sandinista, die im Juli 1979 im bewaffneten Kampf der somozistischen Diktatur die Macht ertrifft und sie der Regierung für nationalen Wiederaufbau übergab, niedergelegt und bildet eine grundlegende Forderung im Kampf dieser Nation für Demokratie.

Nicaragua hat kaum Erfahrung mit Demokratie oder mit freien Wahlen. Wahlen wurden allenfalls unter Bedingungen militärischer Herrschaft ausländischer Mächte durchgeführt; und die politischen Institutionen, die sie hervorbrachten, überlebten die Revolution von 1979 nicht.

Folgende Beispiele zeigen, welche Art Wahl die Nicaragüenser bis heute kennengelernt haben:

- Von 1838 bis 1893 hatten einzig die Besitzer von ländlichen Bürgerrechte. Bei den Wahlen von 1875 konnten von einer geschätzten Bevölkerungszahl von 373 383 Nicaragüensern kaum 570 wählen.

- Von 1909-1933 war Nicaragua von US-Marines besetzt; und die Gesetze sowie die gewählten Gerichte standen unter dem Diktat und wurden bestimmt von den Vertretern der nordamerikanischen Regierung. So redigierte z.B. Harold Dodd das Wahlgesetz von 1923, und bei den Wahlen von 1928 präsidierte Frank McCoy dem Wahlrat - unter dem Schutz von 5600 Offizieren und Marines, die auch das Auszählen an den Wahlstellen vornahm.

Gegen diese interventionistische Praxis der sogenannten nordamerikanischen Oberaufsicht, die dazu diente, die Macht zwischen den Liberalen und Konservativen aufzuteilen, wehrte sich 7 Jahre lang der General Augusto Cesar Sandino an der Spitze seiner Armee zur Verteidigung der nationalen Souveränität, das für eine Demokratie kämpfte, deren Spielregeln von den Nicaragüensern selbst festgelegt würden.

In den folgenden 45 Jahren, also während der Zeit der somozistischen Diktatur, die unterstützt wurde durch die verschiedenen nordamerikanischen Regierungen, waren die nicaraguensischen Wahlen in ganz Lateinamerika als Synonym für Wahlbetrug und als bar jedweder demokratischer Legitimität bekannt: ein Zweiparteiensystem, das darauf gründete, daß die Quote für die Repräsentation der Opposition im voraus ausgeteilt wurde; die Diskriminierung der anderen Oppositionskräfte aus ideologischen Gründen; die Korruption in der Handhabung der Wahlen, all dies entfremdete große Teile der Bevölkerung von diesem politischen System, das eine diktatorische Dynastie legitimieren sollte.

Entsprechend lag es am neuen legislativen Apparat, der von der Revolution geschaffen worden ist, dem Staatsrat, die notwendigen Institutionen für das Abhalten von Wahlen in Nicaragua zu schaffen.

Im September 1980 kündigte die Regierung an, daß der Prozeß der Wahlen im Januar 1984 beginnen würde und daß 1985 allgemeine Wahlen stattfinden sollten.

Im November wurde dem Staatsrat das Gesetz der Politischen Parteien zur Kenntnisnahme und Diskussion vorgelegt; am 17. August 1983 wurde es angenommen.

An der Redigierung und Verbesserung des Gesetzes nahmen 7 Parteien sowie gewerkschaftliche, soziale, religiöse Organisationen, die im Staatsrat vertreten sind, teil. Dieses Gesetz legt die Rechte und Pflichten der Parteien fest; als grundlegendes Ziel der Parteien wird festgelegt, daß sie sich im Rahmen der im Gesetz festgelegten Bestimmungen um die „Macht bewerben“.

Nach einer Amnestie vom 4. Dezember 1983, die denjenigen die Teilnahme an den Wahlen erlauben sollte, die den bewaffneten Kampf gegen die Regierung aufgenommen hatten, wurde im Januar 1984 mit der Diskussion des Wahlgesetzes begonnen. Zuvor hatten besondere Kommissionen des Staatsrates verschiedene Länder Europas und Lateinamerikas besucht, um deren Wahlstrukturen kennenzulernen und die Bestimmungen, die mit der Realität des Landes in Einklang zu bringen waren, in unsere Wahlgesetzgebung aufzunehmen.

Während der Diskussion des Wahlgesetzes beschloß die Regierungsjunta am 21. Februar 1984, den Wahltermin auf den 4. November des gleichen Jahres vorzuzerlegen. Das Wahlgesetz wurde am 15. März dieses Jahres angenommen. Für die Anwendung dieses Gesetzes wurde der Oberste Wahlrat (Consejo Supremo Electoral) gegründet, dem das Gesetz die Festlegung des Wahlkalenders überträgt.

Es wurde eine Frist von drei Monaten festgelegt, in der sich die Parteien und ihre jeweiligen Kandidaten einschreiben sollten; die Wahlkampagne begann am 1. August mit der Teilnahme von sieben legal eingeschriebenen Parteien.

Diese Parteien repräsentieren die Kräfte von links, rechts und der Mitte, im Rahmen des weiten pluralistischen Spektrums im politischen Leben unseres Landes, und tragen die folgenden Namen: die Demokratisch-Konservative Partei (Partido Conservador Democrata - PCD), die Unabhängige Liberale Partei (Partido Liberal Independiente - PLI), die Sandinistische Nationale Befreiungsfront (Frente Sandinista Liberacion Nacional - FSLN), die Christlich-soziale Volkspartei (Partido Popular Social Cristiano - PPSC), die Sozialistische Partei Nicaraguas (Partido Socialista Nicaraguense - PSN), die Kommunistische Partei Nicaraguas (Partido Comunista de Nicaragua - PC de N) und die Bewegung der Volksaktion (Popular Action Movement - MAP-ML).

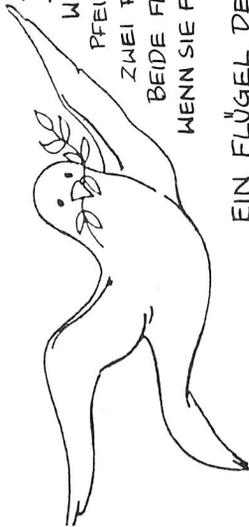
# WAS IST DAS —



# — DEMOKRATIE?



# — DIE ZWEI FLÜGEL

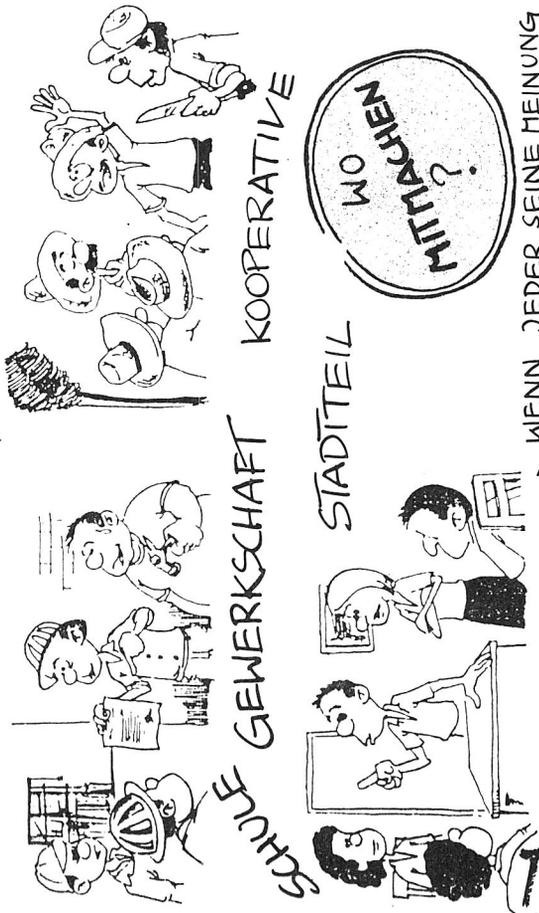


DIE DEMOKRATIE IST WIE DIE TAUBE, WIE DER BÜSCHFINK, WIE DER MORGENPFEIFER ... ZUM FLIEGEN BRAUCHEN SIE ZWEI FLÜGEL. SIE MÜSSEN GLEICHZEITIG BEIDE FLÜGEL AUF UND NIEDERSCHLAGEN, WENN SIE FLIEGEN WOLLEN.

EIN FLÜGEL DER DEMOKRATIE IST DIE

## DIREKTE UND STÄNDIGE PARTIZIPATION DES VOLKES

- DORT, WO ENTSCHEIDUNGEN GETROFFEN WERDEN, DIE DAS LEBEN ALLER BERÜHREN



WENN JEDER SEINE MEINUNG SAGT  
 WENN ENTSCHEIDUNGEN GETROFFEN WERDEN, DIE DIE MEINUNG ALLER BERÜCKSICHTIGEN  
 WENN ALLE AN GEMEINSAMEN AUFGABEN MITWIRKEN

SICH BETEILIGEN →

WO MACHST DU MIT?

# DER DEMOKRATIE —

## DER ANDERE FLÜGEL DER DEMOKRATIE IST DIE PARTIZIPATION DES VOLKES DURCH SEINE VERTRETER



DAS VOLK BESTIMMT MIT- IN SEINEM STADTTEIL, SEINER KOOPERATIVE, SEINER UNIVERSITÄT, SEINER FABRIK ... ABER FÜR GROSSE ENTSCHEIDUNGEN, DIE DIE GESAMTE GESELLSCHAFT ANGEHEN, WÄHLT ES SEINEN REPRÄSENTANTEN. DAZU FINDEN WAHLEN STATT.

■ KLAR: AUCH IN DER BESTEN DEMOKRATIE WIRD ES IMMER DEMAND MIT ANDERER MEINUNG GEBEN!



JE MEHR BÜRGER IHRE GEWÄHLTEN VERTRETER UNTERSTÜTZEN, DESTO DEMOKRATISCHER IST EINE GESELLSCHAFT



DAS VOLK WÄHLT, BESTÄTIGT UND KONTROLLIERT STÄNDIG DIE VON IHNEN GEWÄHLTEN VERTRETER UND ARBEITET MIT IHNEN TÄGLICH AN DEN VERSCHIEDENSTEN AUFGABEN.

PARTIZIPATION GARANTIERT DEMOKRATISCHE MACHT  
 DAS WAHLSYSTEM LEGITIMIERT DIE REGIERUNG

UNTERSUCHEN WIR EINMAL DIE LAGE IN NIKARAGUA WÄHREND DER VERGANGENEN FÜNF REVOLUTIONSDAHRE: HAT ES DAS SYSTEM DER PARTIZIPATION UND DER GEWÄHLTEN VOLKSVERTRETER GEBEBEN? (IN DEN ORGANISATIONEN, GEWERKSCHAFTEN, BETRIEBEN, SCHULEN, PROVINZREGIERUNGEN, DER ZENTRALREGIERUNG UND IN DEN MINISTERIEN)

# MEHR ALS 100 JAHRE

**MINDERHEIT**



WÄHREND DER 300 JAHRE ALS KOLONIE LAG DIE MACHT BEI DEN SPANISCHEN EROBERERN. SIE WAREN DIE MINDERHEIT. SIE BEHERRSCHTEN DAS LAND UND UNTERWARFEN DIE INDIANISCHE URBEVÖLKERUNG NICARAGUAS MIT BRUTALER GEWALT.

**MINDERHEIT**



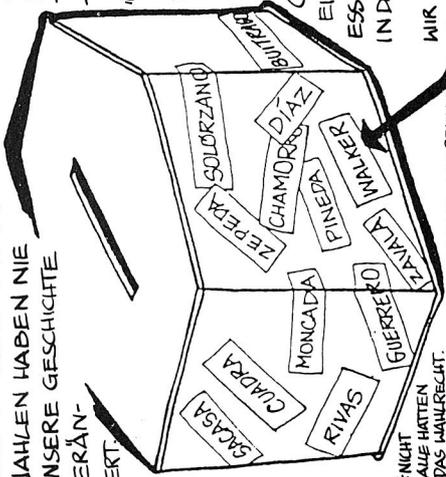
MIT DER UNABHÄNGIGKEIT GING DIE MACHT AN DIE KREOLEN ÜBER. AUCH SIE WAREN IN DER MINDERHEIT. SIE WAREN DIE BESITZER DER LÄNDEREIEIEN UND BEHERRSCHTEN DEN HANDEL. SIE WAREN UNTEREINANDER ZERSTRITTEN: DIE REICHEN GRANADAS GEGEN DIE REICHEN IN LEON.

IN DIESEN MEHR ALS 100 JAHREN VOR SANDINO HABEN WIR NICAS VIELE WAHLEN GEHABT. ABER DIE WAHLEN HABEN NIE UNSERE GESCHICHTE VERÄNDERT.

## "DIE HISTORISCHEN" PARALLELEN

AUS DEM STREIT ZWISCHEN DIESEN MINDERHEITEN GINGEN DIE ZWEI TRADITIONELLEN POLITISCHEN PARTEIEN HERVOR, DIE SOGENANNTEIEN "HISTORISCHEN PARALLELEN": DIE KONSERVATIVEN (MEHR MIT DER VERGANGENHEIT VERHAFTET UND MIT DER VIEHZUCHT AUF LANDWIRTSCHAFTLICHEN GROSSBETRIEBEN BESCHÄFTIGT) UND DIE LIBERALEN (EINBISSCHEN MODERNER UND AN EINIGEN VERÄNDERUNGEN INTERESSIERT, BESONDERS ALS NICARAGUA IN DAS KAFFEEGESCHÄFT EINSTIEG).

WIR HATTEN SOGAR EINEN GRINGO ALS "DEMOKRATISCH GEWÄHLTEN" PRÄSIDENTEN



\*NICHT ALLE HATTEN DAS WAHLRECHT. FRAUEN ÜBERHAUPT NICHT. LETZTA 600 REICHE WAREN PRIVILEGIERT ZU WÄHLEN...

# WAHLEN OHNE DEMOKRATIE

**MEHRHEIT**



DAS VOLK WAR DER KLEINE PÄCHTER AUF DEN GROSSEN HAZIENDAS, DER LASTENTRÄGER IN DEN HÄFEN, DER BERGARBEITER, DER KAFFEEPFLÜCKER, DER MARKTERKÄUFER... ER WAR DIE MEHRHEIT, ABER SEINE "PARTIZIPATION" BESTAND NUR AUS DEM SCHWEISS SEINER ARBEIT. ER HAT NIEMALS ETWAS ENTSCHEIDEN KÖNNEN.

ER HATTE KEINE WIRTSCHAFTLICHE MACHT: ER HATTE NUR DEN HUNGER. ER HATTE KEINE POLITISCHE MACHT: MANCHMAL FIEL ER IN DIE "FALLE" DER "HISTORISCHEN PARALLELEN" (IRGENDJEN POLITIKER BIEDERTSICH ALS FREUND AN, DER IHM DAS ESSEN BEI DER KINDSTAUFBEZAHLT, IHM SEINEN SARGSTIFTET UND IHM SEINE SCHULDEN ERLIES... UND SO GAB ER IHM BEI DEN WAHLEN SEINE STIMME). ER NAHM AN DEN WAHLEN TEIL, ABER SEINE STIMME ÄNDERTE NIE ETWAS. ER EXISTIERT WEITER, OHNE AN IRGEND ETWAS TEILZUHABEN, OHNE DASS SICH SEIN LEBEN IN IRGENDJEINER WEISE VERBESSERTE. ER HATTE KEINE MILITÄRISCHE MACHT: MAN MACHTE JAGD AUF IHN, UM IHN ZWANGSZUVERPFLICHTEN, BEI KRIEGEN ZWISCHEN DEN KONSERVATIVEN UND DEN LIBERALEN... MANCHMAL FAND ER SICH AUF DER SEITE DER EINEN ODER ANDEREN PARTEI WIEDER, ABER IMMER WAR ER DER ARME.

## Die Kissinger-Kommission spricht von zwei Angriffsoptionen

Quelle: Envío 2/1984, Wuppertal

Bei der Lektüre des Kissinger-Berichts wird klar, welchen Weg das Weisse Haus einschlagen will. In Bezug auf Nicaragua bietet die KK zwei Grundoptionen an. Die eine - als Sofortmassnahme gedacht - empfiehlt verstärkten militärischen, politischen und wirtschaftlichen Druck, um die Prinzipien der Revolution zu beugen und Nicaragua zu Verhandlungen zu zwingen. "Generell glauben wir," steht im Bericht zu lesen, "dass es unvermeidlich wäre, den momentanen Druck zu lockern oder die Anläufe zu schmälern, es sei denn, das Regime in Managua zeigt sich zu Verhandlungen bereit." Als zweite Massnahme wird eine direkte militärische Intervention durch die USA ins Auge gefasst. Dies im Falle einer Wiederwahl Reagans als Präsident der Vereinigten Staaten oder wenn sich die kritische Situation in El Salvador wesentlich zuspitzen sollte. "Nicaragua", so argumentiert die Kommission, "muss sich darüber im Klaren sein, dass als letztes Mittel immer noch die Gewalt eingesetzt werden kann; die USA und die Länder der Region behalten sich diese Option vor." Um diese Position zu rechtfertigen, wird Nicaragua von der KK als vermeintliche "Gefahr für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten" im Rahmen des Ost-West-Konfliktes dargestellt.

So zeigen sich die wirklichen Pläne der Republikaner, welche durch die wiederholte Aufforderung der Contadora-Gruppe zum Dialog immerhin gebremst werden konnten. Die Deklarationen des panamaischen Präsidenten De la Esprillea und des mexikanischen Außenministers Sepúlveda, im Juni und November 83 hätten bereits geplante, grossangelegte kriegerische Konflikte aufgehalten werden können, waren somit nicht aus der Luft gegriffen. (Siehe ENVIÓ 25 und 29). Aber die Position der KK gegenüber Contadora ist klar: dass "die USA das Vorgehen der CONTADORA-Gruppe nicht als Wegweiser für ihre eigene Politik akzeptieren", denn "die Interessen dieser vier Länder sind nicht einheitlich und stimmen nicht immer mit den unsrigen überein." Diese Haltung hindert die USA jedoch nicht daran, Contadora verbal zu unterstützen und diesen Kanal auszunützen, um auf andere Länder Zentralamerikas, um auf Nicaragua diplomatischen Druck auszuüben, während sie unverfroren mit ihren Aggressionen gegen Nicaragua weiterfahren.

Die KK lässt auch Reagans Haltung gegenüber Europa deutlich zutage treten: Entweder unterstützen die Europäer die Politik des Weissen Hauses, oder sie sollen schweigen. "Wo immer möglich, müssen wir um politische und diplomatische Unterstützung (dieser Länder) bemüht sein, und wo dies nicht möglich ist, ihre Zurückhaltung fordern", steht im Bericht zu lesen. "Wir müssen verhindern, dass sie dem sandinistischen System zu viel Unterstützung zukommen lassen, solange dieses seinen Kurs nicht grundlegend ändert."

### DRUCKAUSÜBUNG AUF NICARAGUA

#### Zwischen Institutionalisierung und Boykott

Eine sorgfältige Durchsicht des Kissinger-Berichts deutet auf zwei Punkte, die im Zusammenhang mit den jüngsten Bekanntmachungen der nicaraguanischen Regierung - im Besonderen zu den Wahlen - wichtig sind. Einmal das tiefgehende Misstrauen gegenüber dem nicaraguanischen Vorhaben: "Es fällt nicht der Kommission zu, über Ehrlichkeit und Wichtigkeit dieser Bekanntmachungen (Ankündigungen von Wahlen und militärischem Abbau) zu urteilen. Eines steht jedoch fest: Um glaubwürdig zu werden, müssen diese Vorschläge noch gewaltig überarbeitet und exakter umschrieben werden. (...) Nicaraguas Bereitschaft (...) müsste einer Feuerprobe unterworfen werden (...)" Zum anderen sticht die Selbstverständlichkeit ins Auge, mit der die treibende Kraft der gestützten Diktatur - die Nationalgarde Somozas - als Teilhaber des Demokratisie-

rungsprozesses im neuen Nicaragua anerkannt wird. Laut KK müsste ein Friedensabkommen "die Teilnahme der Aufständischen an den Wahlen" beinhalten. Diese beiden Punkte sind seit einiger Zeit Teil des Repertoires von Richard Stone, Gesandter Ronald Reagans für Zentralamerika.

Und -Zufall?- diese beiden Punkte tauchen auch in den Vorschlägen eines Sektors der nicaraguanischen Wirtschaft und Politik auf. Sowohl der Privatwirtschaftsverband COSEP, als auch die Christlich-Soziale, die Sozialdemokratische- und die Konservative Demokratische Partei ratifizierten im Verlaufe des Monats mehrmals ihr Ende Dezember publiziertes Dokument zum Wahlprozess. Zentral ist darin ihre Forderung nach der "Durchführung eines Gespräches auf nationaler Ebene mit allen politischen Parteien und Bewegungen, inklusive derjenigen, die unter Waffen stehen." Dazu bitten sie um Schirmherrschaft der Contadora-Gruppe und Überwachung der Wahlen, in welchen laut ihrem Vorschlag Vertreter für eine legislative und konstituierende Nationalversammlung gewählt würden, und zwar durch die CONTADORA oder die OAS. (Unterstreichungen vom Verf.).

Die Übereinstimmung mit Kissinger und Stone ist offensichtlich: In den "politischen Bewegungen unter Waffen" finden sich vor allem Somozisten und unter "Überwachung der Wahlen" soll die Präsenz einer "Experten-Gruppe" aus anderen Ländern in Nicaragua verstanden werden, die die nationale Regierung ausser Acht lässt und sich in der Rolle eines Obersten Richters um den Wahlprozess kümmert. Den Überwachungsälnder steht unter Umständen auch die Hilfe fremder Truppen zu: Verfügung, deren Kommando sie übernehmen, um ihre Diktate durchzuführen zu können. (Siehe dritten Artikel in diesem ENVIÓ, drei historische Beispiele zur Durchführung von Wahlen in Nicaragua), Was sowohl die USA, als auch ein Sektor der nationalen Opposition als "grundlegende Garantien, um dem Sandinismus Glaubens schenken zu können", bezeichnen, heisst im Klartext Rückkehr der Angehörigen des repressiven Apparates Somozas und Intervention in der Verkleidung als Wahlüberwacher. Doch damit nicht genug: Derselbe oppositionelle Sektor droht bereits mit dem Wahlboykott, falls diese Forderungen unerfüllt blieben. Diese Drohung, würde sie wahrgemacht, erleichterte es Reagan, seiner zweiten Option, der direkten Intervention, grünes Licht zu geben.

## Die umstrittensten Themen in den Wahldebatten

Quelle: Envío 3/84, Wuppertal

Wie in jedem Wahlprozess haben die gegnerischen Parteien sehr unterschiedliche Meinungen in Bezug auf die jeweiligen Themen. Die revolutionäre Situation in der Nicaragua lebt, führt zur Beschleunigung und Verschärfung gewisser Kontrollversen, die einen jeden Wahlprozess charakterisieren. Die umstrittensten Themen können innerhalb weniger Wochen an Aktualität verlieren, andere gewinnen sie für einige Tage oder stehen weiter aus. Die gegenwärtige Situation, noch vor Beginn der Wahlkampagne, verändert sich schnell und ist voller Spannungen. Im folgenden werden wir kurz auf die Themen eingehen, die z.Zt. die meiste Polemik auslösen.

Ein allgemeines Thema grundsätzlicher Natur bezieht sich auf die Bereitschaft der FSLN, freie Wahlen abzuhalten. Viele betrachteten die Ankündigung der Wahlen vom 4. Dezember letzten Jahres nur als taktisches Manöver, um die Spannung der Monate Oktober und November zu überwinden. Diese Hypothese schien sich zu bestätigen, als die Wahlkommission des Staatrates am 6. Februar, infolge der Luftangriffe auf militärische Ziele im Nordwesten von Nicaragua beschloss, die Übergabe der Gesetzesvorlage an das Plenum des Staatrates zu verschieben, wobei sie als Grund das Fehlen des notwendigen friedlichen Klimas anführte. Am folgenden Tag widerrief die Regierungsjunta - Kraft ihrer Befugnisse - diesen Entscheid und betonte erneut,

das man die angekündigten Fristen respektieren werde. In Nicaragua gab es drei verschiedene Reaktionen auf den Beschluss der Kommission. Die einen hielten ihn für gerechtfertigt, denn ihrer Meinung nach hat die militärische Verteidigung dem Demokratisierungsprozess gegenüber Vorrang. Andere sahen es als einen Irrtum an, dass man auf die militärische Provokation eingegangen war, und sie meinten, dass sich Nicaragua sowohl für die Verteidigung wie die Demokratisierung einsetzen kann. Für andere schlussendlich war dieser Entscheid nichts weiter als ein sandinistisches Manöver, ein Mittel, um die fehlende Bereitschaft zur Durchführung von Wahlen zu verschleiern. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass dieser Entscheid der Verschiebung weder von der Regierung noch vom Staatsrat ausging, sondern von einer seiner Kommissionen. Nach Klärung dieser Situation nahm der Wahlprozess einen normalen Verlauf, ohne von den geplanten Schritten abzuweichen.

Es ist wahrscheinlich, dass die Reagan-Administration entsprechend ihrer bisherigen politischen Linie versucht, Nicaragua in sehr schwierige militärische Situationen zu bringen, die den Ablauf des Wahlprozesses beeinflussen könnten. Führende nicaraguanische Persönlichkeiten (Daniel und Humberto Ortega, Tomás Borge) haben bei verschiedenen Gelegenheiten erklärt, dass die Angriffe von ARDE und FDN - schadenbringend aber kontrollierbar - die Wahlen nicht verzögern würden, dass jedoch der Angriff eines anderen Landes - Honduras, Vereinigte Staaten oder eine regionale Allianz - zu ihrer Verschiebung zwingt.

Ein anderes Thema, das zu Polemiken Anlass gibt, hat mit dem Pluralismus der Wahlen zu tun. Einige waren der Meinung, dass Nicaragua Wahlen innerhalb einer einzigen Partei durchführen werde, der FSLN. Aber aus der Gesetzesvorlage geht ganz deutlich hervor, dass Wahlen durchgeführt werden, an denen sich jede offiziell anerkannte und eingeschriebene Partei beteiligen kann, um an die Macht zu kommen. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es neun offiziell anerkannte Parteien. Alle - ausgenommen die vorübergehend abwesende Sozialdemokratische Partei PSD - nehmen an den Debatten zum Wahlgesetz im Staatsrat teil.

Ein drittes stark diskutiertes Thema bezieht sich auf die Redlichkeit des Prozesses und die Respektierung der aus den Urnengängen hervorgehenden Resultate. Drei Parteien (Sozialdemokraten, Konservative - demokratische Fraktion - Christlich-Soziale) schlagen vor, dass andere Länder - beauftragt von der OAS, der UNO oder CONTADORA - die Verantwortung für den ordnungsgemässen Ablauf des Wahlvorganges übernehmen sollen - es wird dabei auch von "Überwachung" gesprochen. Der Vorschlag geht dahin, dass diese Überwachungsmitglieder die letzte Kontrolle und Leitung übernehmen und unter Umständen ihre eigenen Truppen zur Garantie für den Prozess und die Auszählung der Wahlresultate einsetzen können. Die FSLN betrachtet diesen Vorschlag als Verletzung der nationalen Souveränität, wobei sie das Beispiel des Nationalheerführers Augusto C. Sandino anführt, der auf solche Wahlen mit dem bewaffneten Aufstand reagiert hat. Die FSLN befürwortet die Gegenwart internationaler Beobachter, die die Reinheit der Wahlen beurteilen sollen. Als mögliche Beobachter werden die CONTADORA-Gruppe, die Sozialistische Internationale, die Liberale Internationale, die Christ-Demokratische Internationale, die Bewegung der Blockfreien und die Organisation der Vereinten Nationen genannt. Dieses Thema gibt ständig zu neuen Diskussionen Anlass, doch schon ist klar erkennbar, dass die FSLN in diesem Punkt nicht nachgeben wird. Ihre Position findet bei Vertretern anderer Parteien im Staatsrat Unterstützung.

Ein weiteres Thema, das Diskussionen auslöst, hängt mit den für eine echte Wahlkampagne notwendigen Freiheiten zusammen. Grundsätzlich bestreitet niemand die Berechtigung und Gewährleistung dieser Freiheiten. Das Problem liegt in der Schwierigkeit, die einer Kriegssituation eigenen Restriktionen mit den für einen Wahlkampf grundlegenden Freiheiten zu vereinen. Die gegenwärtig in Nicaragua gültige Notstandsverordnung drückt sich in einer Reihe militärischer Massnahmen aus, die zum Teil die Pressefreiheit und die patriotischen Kundgebungen einschränken. Einige Parteien verlangen die komplette Abschaffung dieser Notstandsverordnung, ohne jedoch Alternativvorschläge zu unterbreiten, die der militärischen Landesverteidigung Rechnung tragen. Andere treten für eine Teilabschaffung dieser Verordnung ein,

wobei die strikt militärischen Aspekte beibehalten werden, jedoch aufgehoben werden soll, was die Wahlvorbereitungen beeinträchtigen könnte.

Im Laufe dieser Diskussionen - eine der anhaltendsten - stimmte der Staatsrat den Artikeln zu, die die Veranstaltung von Kundgebungen und die Parteipropaganda in der Presse, Radio, Fernsehen und anderen Medien regeln. Eine spezielle Kommission wird überprüfen, ob das Fernsehen, das früher der FSLN unterstand, inzwischen aber ein staatliches Unternehmen ist - allen Parteien den gleichen Zeitraum zur Verfügung stellen soll (Christlich-Soziale Partei), oder ob das Prinzip der freien Verträglichkeit angewendet werden soll (Unabhängige Liberale Partei). Die FSLN scheint die christlich-soziale Motion zu unterstützen. Dies darf als Hinweis dafür verstanden werden - der Kommandant Daniel Ortega hat schon davon gesprochen -, dass die Notstandsverordnung revidiert und bei seiner definitiven Annahme, den Grundsätzen des Wahlgesetzes angepasst werden wird.

Ein fünfter Streitpunkt ist die Frage, wer vom Wahlkampf ausgeschlossen bleibt. Das Grundgesetz der Republik vom 20. Juli 1979 verbietet die Rückkehr zum somozistischen System. Ungeachtet dessen gibt es drei Parteien, die im Dezember 83 ihre Teilnahme an den Wahlen von der Forderung abhängig machten, demokratischen Wahlen habe ein nationaler Dialog mit der bewaffneten Konterrevolution 7 sie besteht in der Hauptsache aus ehemaligen Nationalgardisten - vorauszugehen. Der "nationale Dialog" gehört auch zu den Vorschlägen, die die US-Administration gegenüber der nicaraguanischen Regierung mit Nachdruck vertreten hat. Um mehr Nicaraguasern die Möglichkeit zu geben, sich an den Wahlen zu beteiligen, erliess die Regierungsjunta am 4. Dezember 83 eine Amnestie zur Repatriierung, welche besonders den Bauern, die Infolge falscher Versprechen oder Nötigung das Land verlassen hatten - einschliesslich derer, die sich dann der bewaffneten Konterrevolution anschlossen - zugute kommen sollte. (Bis heute haben 806 Personen von ihrem Recht auf Rückkehr Gebrauch gemacht. Der Gültigkeitszeitraum des Dekrets wurde vom 21. Februar auf den 4. Mai verlängert). Ebendieser Erlass schliesst jedoch die Rückkehr von Offizieren der Nationalgarde Somozas und von Anführern der bewaffneten Gruppen, welche die militärische Invasioneiner ausländischen Macht befürworteten, und von ebendieser Macht wirtschaftliche Unterstützung erbeten oder angenommen haben, welche Terrorakte gegen die nicaraguanische Bevölkerung und Sabotage im wirtschaftlichen Bereich durchführen, besonders die leitenden Köpfe von ARDE und FDN, die sich in den vergangenen Jahren hundert von Verbrechen schuldig gemacht haben, sind von dieser Verordnung betroffen. Innen gegenüber ist die nicaraguanische Regierung zu keinen Konzessionen bereit. Wenn sie es wäre, würde sie sich mit dieser Haltung die Ablehnung breiter Kreise der Bevölkerung einhandeln. Man darf nicht vergessen, dass der Sturz der Somozas-Diktatur ca. 50 000 Menschenleben kostete. Dennoch gibt es nach wie vor einige Oppositionsparteien, für die das Mitspracherecht der Konterrevolutionäre in der internen Politik ein ernstzunehmender Diskussionspunkt ist.

Eine weitere Frage, die Meinungsverschiedenheiten auslöst, betrifft den Gegenstand der Wahlen. Ein Vorschlag ist, zunächst ausschliesslich eine konstituierende Nationalversammlung zu wählen, die dann ihrerseits eine provisorische Exekutive ernennen würde. Eine andere Konzeption legt nahe, Nationalversammlung (mit legislativer und konstituierender Funktion) und Exekutive gleichzeitig zu bestimmen. Die rechten Oppositionsparteien tendieren mehrheitlich zur ersten Möglichkeit; die Parteien der Linken zu der zweiten. Das Hauptargument, welches die Rechte für ihren Standpunkt ins Feld führt, lautet: Das Grundgesetz der Republik, als rechtlicher Rahmen des revolutionären Staates, fordert vorangehend Wahlen für eine konstituierende Versammlung, auf deren Basis innerhalb von etwa zwei Jahren eine Verfassung ausgearbeitet wäre. In der Zwischenzeit würde die Regierungsjunta weiterhin als Exekutive fungieren. Erst nach Abschluss der Verfassungsgebung sollte - entsprechend den dort festgesetzten Normen - Wahlen für eine Exekutive und Legislative abgehalten werden.

Nach Ansicht politischer Beobachter würde dieser Wahlmodus der FSLN gestatten, auf breiter rechtlicher Grundlage ihr Mandat zu verlängern, unabhängig von einer späteren Wahlniederlage bzw. einem Wahlsieg. Die FSLN - von anderen Parteien unterstützt - zieht jedoch den einmaligen Gang zur Wahlurne vor. Demnach wird, solange noch keine neue Verfassung vorliegt, die gleichzeitig mit der Nationalversammlung gewählt Exekutive auf Basis des Grundgesetzes regieren. Formalrechtlichen Ein-

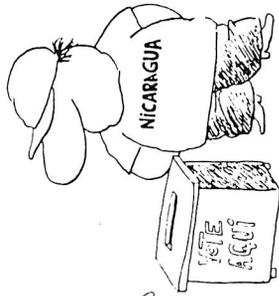
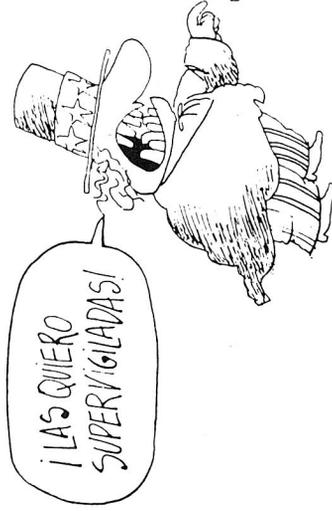
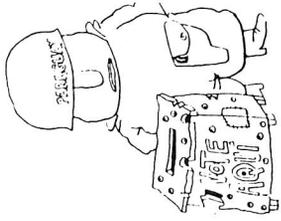
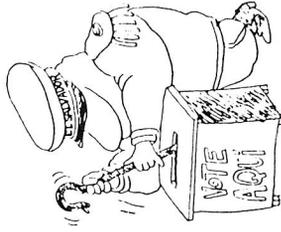
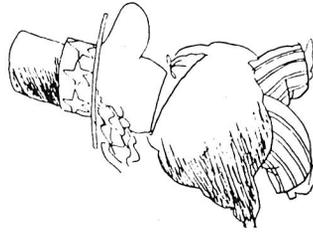
wänden der rechten Oppositionsparteien wurde durch eine Reform des Grundstatuts in den drei die Wahlmodalitäten betreffenden Artikeln der Boden entzogen. Freilich steht hinter den Diskussionen nicht allein die rechtliche Frage, sondern ein politisches Kalkül. Die FSLN ist davon überzeugt, dass sie die kommenden Wahlen, sowohl für die Exekutive wie auch die Nationalversammlung, ohne Schwierigkeiten gewinnen wird. Von daher möchte sie die Wahlen zügig und in der Form durchführen, die ihr erlaubt, sich möglichst rasch den Aufgabenfeldern der wirtschaftlichen Festigung und - bei anhaltenden Aggressionen - militärischen Verteidigung zuzuwenden.

Arturo Cruz, ehemaliges Mitglied der nicaraguanischen Regierungsjunta, der als ein ernsthafter Kritiker des gegenwärtigen Wahlprozesses gilt und eine Art inoffizieller Kandidat der rechten Oppositionsparteien darstellt, scheint die Einschätzung der Sandinisten bezgl. des Wahlresultats zu teilen: "Wenn die Sandinisten ihren beachtlichen Rückhalt in der Öffentlichkeit behalten, ist es wahrscheinlich, dass sie in freien und gerechten Wahlen den Sieg davon tragen", heisst es in einer Erklärung vom 2. März. Diese Prognose stellen auch die Parteien der Rechten, und sie suchen daher den Prozess der Institutionalisierung der Revolution hinauszuzögern, um weiterhin einen Grund für Angriffe auf diesen Prozess zu haben. Darin stimmen sie mit der kommunistischen Partei überein, wenn auch aus anderen Beweggründen. Die Kommunisten erhoffen sich von einem längeren Institutionalisierungsprozess bessere Möglichkeiten, sich als die eigentliche Avantgarde des Revolutionsprozesses zur Geltung zu bringen.

Schliesslich war das Wahldatum ebenfalls Gegenstand von Debatten. 1980 hatte die nicaraguanische Regierung Wahlen für das Jahr 1985 angekündigt, ohne Monatsangabe. Damals und noch bis im Januar dieses Jahres schlugen die Rechtsparteien eine Verschiebung vor. Als diese dann jedoch am 21. Februar offiziell angeklündigt wurde, reagierten die Parteien der Rechten mit einer gewissen Verwirrung. Zustimmung und Kritik wurden laut; es hiess, man habe nicht genügend Zeit, um sich angemessen zu organisieren. Politische Beobachter sehen übereinstimmend die Verlegung des Datums einerseits als Zeichen der politischen Flexibilität der Regierung, dann aber auch als Versuch, von nicaraguanischer Seite her den Präsidentschaftskandidaten Reagan in die Zwickmühle zu bringen.

In den Vereinigten Staaten finden die Wahlen am 6. November statt; genau zwei Tage davor liegen die nicaraguanischen und zielen so darauf ab, 1. die Möglichkeiten einer direkten Invasion in Nicaragua im letzten Regierungsjahr Reagans zu verringern, 2. eine breitere internationale Legitimität für die Revolution und eine stärkere innere Einheit in Nicaragua zu erreichen, was in dem Falle, dass Reagan wiedergewählt wird und sich für eine Invasion entscheidet, sehr bedeutsam sein wird. 3. den Grundstein für eine Verständigung zwischen Nicaragua und einem Präsidentschaftskandidaten der Demokraten zu legen - gesetzt freilich, ein solcher würde gewählt. In dieser Perspektive dürfte man auf den Beginn eines Dialogs zur Entspannung im zentralamerikanischen Krisenherd hoffen.

Dieses sind im Grossen und Ganzen die Punkte, welche bisher am stärksten diskutiert wurden. Weitere Fragen stehen noch aus, wie z.B.: Dürfen Militärs wählen? Ab welchem Alter darf gewählt werden? (Nach Ansicht der FSLN haben sich die Jugendlichen mit 16 Jahren das Wahlrecht verdient, da sie ja auch in diesem Alter an der Alphabetisierung, der Verteidigung, den Ernten usw. teilnehmen). Müssen vor den Wahlen einige Gesetze abgeschafft werden, wie z.B. das Wehrdienstgesetz, das Gesetz zur Kontrolle der Kapitalflucht, etc., oder ist es die neue Regierung, der ein Urteil über die Gültigkeit bzw. die Nicht-Gültigkeit dieser Gesetze zusteht? Viele Themen sind umstritten, und nicht selten gibt es Meinungsverschiedenheiten innerhalb der verschiedenen Parteigruppierungen. So gehen z.B. in der Frage des Wahlalters die Ansichten der rechten Parteien auseinander. Einige führen als Argument die fehlende psychische Reife oder die weitgehende Loyalität dieser Bevölkerungsschichten gegenüber der FSLN an, um gegen das Wahlrecht ab 16 zu Felde zu ziehen. Andere glauben, dass die Wahlberechtigung diesen Altersstufen durchaus angemessen sei, da die bestehenden Realitäten ihren Reifungsprozess beschleunigt hätten, und es scheint ihnen bei Weitem nicht ausgemacht, ob sich die FSLN dieser Bevölkerungskreise sicher sein kann. Im Staatsrat jedenfalls wird es hinreichend Zeit geben, die widerstreitenden Standpunkte zu erörtern, ehe die endgültige Version des Wahlgesetzes gefunden sein wird.



„HIER WÄHLEN“

Ich will sie überwacht haben!

# Nicaraguas

## Suche nach dem Pluralismus

Fünf Jahre nach dem Sieg planen die Sandinisten Wahlen für November /

Von Romeo Rey (Managua)

Im Norden und im Süden von Rebellengruppen bedrängt, an der Ost- und Westküste durch die Präsenz mehrerer Einheiten der US-Kriegsmarine bedroht und durch tägliche Spionageflüge der nordamerikanischen Luftwaffe belästigt, bereiten die Sandinisten weniger als fünf Jahre nach ihrem Sieg über General Somoza in Nicaragua Schritt für Schritt die Abhaltung von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vor, die am 4. November dieses Jahres stattfinden sollen. Schon ein halbes Jahr vor dem Urnengang äußern jedoch die Gegner des linksgerichteten Regimes, das seit 1979 tiefgreifende Reformen durchgeführt hat, im voraus Zweifel an den demokratischen Absichten der herrschenden FSLN und stellen Maximalforderungen, welche die Regierung von Managua kaum erfüllen kann.

Mitte März stimmte der Staatsrat nach mehrmonatiger Debatte — von der sich die konservative Opposition in der Schlußphase distanzierte, an der aber andererseits die Bevölkerung vermittels ihrer Basisorganisationen teilnehmen konnte — dem Wahlgesetz zu. Es ermöglicht nach Ansicht liberaler Sachverständiger die Realisierung freier Wahlen und enthält keine Dispositionen, die eine demokratische Willensbildung verhindern. Die FSLN-Regierung hat sich zudem bereit erklärt, den kriegsbedingten Notstand außerhalb der am stärksten bedrohten Grenzgebiete bereits mehrere Monate vor dem Wahlgang aufzuheben, die Pressezensur auf rein militärische Berichterstattung und auf Wirtschaftsmeldungen zu beschränken, die Panikreaktionen in der Bevölkerung auslösen können, und die Präsenz ausländischer Beobachter an den Urnen zu gestatten.

„Wir werden das Ergebnis respektieren, auch wenn es uns nicht begünstigen würde“, versichert Sergio Ramirez, Mitglied der dreiköpfigen Regierungsjunta, der FR. „Wozu sollten wir sonst Wahlen abhalten?“ Der deutschstämmige Post-

Während die zwei gemäßigt linksgerichteten Parteien (die unabhängigen Liberalen) und PPCS (christlich-soziale Volkspartei) sowie die Kommunisten der PSN und PCN ihre Teilnahme am Urnengang am 4. November bereits angekündigt haben, zögern die vier konservativen Gruppen. Die mit dem Privatunternehmerverband COSEP in der Coordinadora Democrática verbündeten Christlich-Sozialen (PSC), liberalen Konstitutionalisten (PLC) und Sozialdemokraten (PSD) sowie die konservativen Demokraten (PCD) fordern ungeachtet der Kriegslage totale Pressefreiheit, die Aufhebung des Notstandes im ganzen Land und das Wahlrecht für alle Rebellen. An der Wahlgesetzgebung kritisieren sie die Herabsetzung des Mindestalters für Stimmberechtigte auf 16 Jahre und die Teilnahme der Uniformierten am Urnengang.

Die bürgerliche Opposition hatte in früheren Jahren den ursprünglichen Plan der FSLN, 1985 die ersten Wahlen durchzuführen, verschiedentlich ungeduldig kritisiert und eine raschere Demokratisierung gefordert. Jetzt ist aus jenem Lager der Einwand zu hören, die Sandinisten hätten es zu eilig, es müsse zuerst ein zwecks Fixierung der Spielregeln „umfassender Dialog“ stattfinden. Die Regierung lehnt das mit der Begründung ab, daß alle Parteien und repräsentativen Organisationen, auch COSEP, bei der Ausarbeitung des Wahlgesetzes im Staatsrat Gelegenheit hätten mitzureden und sich den verschiedenen Delegationen anzuschließen, die im Auftrag dieses 1979 (noch vor dem politischen Umsturz) ernannten und 1980 erweiterten Ersatzparlaments nach Westeuropa reisten, um die entsprechende Gesetzgebung in verschiedenen Ländern zu studieren.

Ein Kernpunkt des Disputs scheint die Vormachtstellung der Sandinisten im Staatsrat vor und nach Vergrößerung von dessen Sitzzahl zu sein. Mit dieser Tatsache mochte man sich auf bürgerlich-konservativer Seite nie abfinden, obwohl sie das logische Ergebnis der Revolution darstellt, die in unvergleichlich viel stärkerem Ausmaß durch die Aktion der FSLN verwirklicht worden war als durch die Privatwirtschaft und ihre politischen Anhänger.

Im Gegensatz zu den vier rechtsgerichteten Parteien haben die unabhängigen Liberalen und die christlich-soziale Volkspartei (1976 von der damals noch durchaus regimekonformen PSC abgespalten) bereits mehrere Jahre vor dem Umsturz eine konsequent antisozialistische Politik betrieben. Beide Gruppierungen, die bis vor ein paar Monaten der von den Sandinisten angeführten patriotischen Front angehörten, betonen nunmehr im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen ihre Unabhängigkeit.

„Das Wahlgesetz ist das bestmögliche, was man unter den gegebenen Umständen erreichen konnte“, räumt Virgilio Godoy, PLI-Vorsitzender und bis März dieses Jahres Arbeitsminister, ein. Seine Partei verlangt eine Reduktion des Not-

standes auf die eigentlichen Konfliktzonen, völlige Presse- und Bewegungsfreiheit während der Kampagne und Wahlverbot für die Offiziere der sandinistischen Streitkräfte. Godoy kritisiert einige Aspekte des Wahlgesetzes, unter anderem die Tatsache, daß Entscheide des obersten Wahlgerichts keinen Rekurs zulassen, und das Fehlen von Maßnahmen, die der Opposition massiveren Zugang zu den Massenmedien als vorgesehen stattdessen werden.

Luis Guzmán und Mauricio Draz von der PPSC rechtfertigen die Präsenz und Mitarbeit ihrer Partei im Staatsrat mit dem Argument, daß sie sich mit konstruktiver Kritik bisher tatsächlich Gehör verschaffen konnten. Der ursprüngliche Text des Wahlgesetzes habe aufgrund der Einwände von Sektoren innerhalb und außerhalb des Sandinismo über 100 zum Teil entscheidende Änderungen erfahren. Die christlich-soziale Volkspartei werde an den Wahlen teilnehmen, um politischen Freiraum zu gewinnen und um die Sandinisten (an deren Sieg mit absoluter Mehrheit es ihres Erachtens keine Zweifel gebe) daran zu gewöhnen, andere Meinungen zu hören. Die PPSC wolle versuchen, den fehlenden materiellen Mitteln zum Trotz einen Achtungserfolg zu verzeichnen und damit den Pluralismus in Nicaragua zu stärken. Auch diese Gruppe verlangt jedoch die Aufhebung der Zensurbestimmungen, „wenn möglich im ganzen Land“.

D/R/S



minister Enrique Schmidt sagt seinerseits einen „sauberen und gerechten Demokratisierungsprozeß“ voraus: „Wenn wir verlieren, ziehen wir uns zurück. Dann wissen wir, daß wir uns geirrt haben.“

Nachdruck mit Quellenangabe  
FRANKFURTER RUNDSCHAU  
gestattet.

Frankfurter Rundschau  
Chef vom Dienst  
Große Eschenheimer Straße 16-18  
Telefon: (069) 21 99 442  
6000 FRANKFURT 1, Postfach 100660

26. Aug. 1985

## Hauptaspekte des neuen Wahlgesetzes

Quelle: Envío 4/1985, Wuppertal

Das neue Gesetz tritt 7 Monate vor dem Wahltermin und 3 Monate vor Beginn der Wahlkampagne in Kraft.\*

Zum einen baut es auf den geschichtlichen Erfahrungen Nicaraguas auf, zum anderen wird es durch die Überlegungen der Staatsratskommissionen bereichert, die 5 europäische, 7 lateinamerikanische Länder und die Vereinigten Staaten besuchten, um ihre jeweiligen Wahlsysteme zu studieren. Dass die Mehrheit im Staatsrat -Forum zur Gesetzesdebatte- von Repräsentanten der FSIN oder ihr nahestehenden Organisationen gebildet wird, scheint kein Argument zu sein, um die Legitimation des Gesetzes in Frage zu stellen. Es wäre, als ob man die Gültigkeit der nordamerikanischen Verfassung bezweifeln wollte, weil sie von den "Grundungsvätern" in einer revolutionären und jeglicher Institutionalität entbehrenden Epoche ausgearbeitet wurde; diese Verfassung ist aus derselben Revolution, die der nordamerikanischen Union zu ihrer Entstehung verhalf, hervorgegangen. Oder als ob man das deutsche Grundgesetz für ungültig erklären wollte, weil es durch den Parlamentarischen Rat abgefasst wurde, der niemals durch allgemeine Wahlen bestimmt, sondern durch die Besatzungsmächte der Sieger des II. Weltkrieges eingesetzt worden war. Die Geschichte zeigt, dass jede Revolution, jeder geschichtliche Neubeginn die Grundmauern für den nationalen Institutionalisierungsprozess selbst setzt.

Im Staatsrat erörterte die Opposition in völliger Freizügigkeit alle ihre das Gesetz betreffenden Gesichtspunkte. Ausserhalb konnte sie diese über die Kommunikationsmittel verbreiten, die Pressezensur wurde trotz des geltenden Gesetzes des nationalen Notstandes praktisch abgeschafft.

Vom Wahlrecht ausgenommen sind für herkömmliche Delikte Verurteilte, die ihre Strafe ableisten, sowie ehemalige Offiziere der somozistischen Nationalgarde und des Sicherheitsdienstes, die für die Delikte, derer man sie beschuldigt, noch nicht gerichtlich abgeurteilt wurden. Ebenfalls ausgeschlossen sind die Führer der Konterrevolution, welche um die nordamerikanische Invasion in Nicaragua gebeten haben, Unterstützung für ihre konterrevolutionären Aktionen beantragt oder Angriffe gegen die Bevölkerung oder das Wirtschaftspotential Nicaraguas geleitet oder geplant haben. Ähnliche Einschränkungen sind auch in anderen Wahlgesetzen zu finden. Italien z.B. schliesst in seiner Verfassung die "verantwortlichen Führer" des faschistischen Regimes (Verf. XII) und Mitglieder des Königshauses Savoyen (Verf. XIII) von der Wahlberechtigung und dem Recht zur Kandidatur aus. Der ganze Text des bundesdeutschen Grundgesetzes ist darauf ausgerichtet, die Rückkehr des Nazismus zu verhindern.

Das Wahlrecht ist auf Nicaraguaner, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, ausgedehnt worden; dafür waren Abänderungen im Staatsbürgerrecht notwendig. Diese Entscheidung war eine der meistumstrittenen. Sie wurde damit begründet, dass die nicaraguanische Jugend aufgrund der revolutionären Verhältnisse schneller gereift sei. Die Verfüggung berührt in keiner Weise das Sorgerecht, da das Alter der Volljährigkeit nicht verändert wird. Um für das Präsidenten- oder Vizepräsidentenamt zu kandidieren, muss man das 25. Lebensjahr vollendet haben, um Repräsentant in der Nationalversammlung zu werden, reichen 21 Jahre aus.

\* Das Wahlgesetz in El Salvador wurde am 13. Februar 1984 verabschiedet und bekanntgegeben, zu einem Zeitpunkt, als die Kampagnen für die Wahlen am 25. März 1984 schon längst angelaufen waren.

Die den Wahlen vorausgehenden Einschreibungen, auf Grund derer man die Liste der wahlberechtigten Bürger anfertigen wird, ist obligatorisch. Jeder Bürger ist verpflichtet, sich dort, wo er normalerweise wohnt, im Wahlbüro einzuschreiben. Auch in Frankreich ist die Einschreibung in die Wählerliste Vorschrift, um anschliessend vom Wahlrecht Gebrauch machen zu können. Dasselbe Bedingung besteht in Italien, wo sich der Wähler in die Wählerliste seiner Wohngemeinde einzutragen hat. Ist die Einschreibung also eine Pflicht und wer nicht zu den Urnen geht, wird nicht bestraft, er schliesst sich lediglich selbst von diesem Bürgerrecht aus.

Auch das Wahlrecht für Angehörige der Streitkräfte war in den Diskussionen heftig umstritten. In unzähligen Ländern der Welt -einschliesslich der Vereinigten Staaten- wird den Militärs im Wahlgesetz dieses Recht garantiert. In Nicaragua wird ihnen -wie auch in vielen anderen Ländern- nur die Kandidatur unter sagt sein, solange sie im aktiven Wehrdienst stehen, ausserdem ist das Tragen der ordnungsgemässen Waffen während des Wahlaktes selbst verboten.

Die Frage der Wahlkreise ist in vielen Wahlgesetzen und unter den verschiedenen politischen Sektoren ein Streitpunkt. In der nicaraguanischen Gesetzgebung wurde das Problem folgendermassen gelöst: Der Präsident und Vizepräsident wird in einem nationalen Wahlkreis gewählt, die Repräsentanten für die Nationalversammlung (legislative und konstituierende Funktion) in regionalen Wahlkreisen. Die regionalen Wahlkreise entsprechen den 6 Regionen und 3 Spezialzonen, die bei der nationalen Verwaltungsreform entstanden, welche 1982 nach ökonomischen und ökologischen, sowie unter Gesichtspunkten der Verteidigung vorgenommen worden war.

Bei der Zuweisung der entsprechenden Anzahl von Repräsentanten für die Nationalversammlung pro Region ging man folgendermassen vor: Man teilte die annähernd bestimmte Gesamtbevölkerungszahl Nicaraguas durch die 90 Abgeordnetensitze der Nationalversammlung und erhält damit die Anzahl von Bürgern, die von je einem Repräsentanten vertreten wird. Anschliessend kann man für jede Region oder Zone entsprechend der dortigen Bevölkerungszahl die Anzahl der ihnen zustehenden Vertreter bestimmen.

Aufgrund der manipulierenden Handhabung in der Vergangenheit ist das System der statistischen Erhebung in Nicaragua in einem sehr schlechten Zustand. Es gibt kein Bürgerregister, das korrekt geführt worden wäre. Von daher erscheint die Bestimmung, dass die obligatorische Einschreibung vor den Wahlen die Grundlage für die Wählerlisten sein wird, sehr sinnvoll. Dass man auf den Wohnsitz achtet und die Listen im Einschreibungsbüro wenigstens 10 Tage lang auslegen wird, um eventuelle Reklamationen zu ermöglichen, wird dazu beitragen, die strukturellen Begrenzungen durch das fehlende Wahlgänger auszugleichen. In diesem Sinne wird es auch von Nutzen sein, dass die Wahlen am selben Ort der Einschreibung stattfinden werden. Bei all diesen Massnahmen wird am Ende kaum die Gefahr eines Wahlausschlusses oder einer doppelten Wahl bestehen.

Das Wahlgesetz definiert u.a. die verschiedenen Wahlorganismen (4 Wahlorganismen und 2 Hilfsorganismen). Der Oberste Wahlausschuss wird von 3 Mitgliedern und ihren jeweiligen Stellvertretern gebildet, die vom Obersten Gerichtshof ernannt werden; während des gesamten Wahlprozesses wird er sozusagen als "viertes Machtorgan" aktiv sein. Zu den Aufgaben des Obersten Wahlausschlusses gehört es, das gesamte Einschreibungsverfahren zu regeln, die Zeit der Wahlkampagne festzulegen, die Frage der Berufungen und Geldmittel zu lösen, die Kandidatenvorschläge der verschiedenen Parteien in Empfang zu nehmen, die Stimmenausählung durchzuführen. In jedem Wahlkreis wird es ausserdem einen Regionalen Wahlausschuss geben, der die Funktion hat, die Mitglieder der unteren Wahlorganismen zu benennen, die Frage der Geldmittel und Be-

rufungen in erster Instanz zu regeln und die regionale Stimmenaushöhlung zu kontrollieren. Darauf folgen die Zonalen Wahlkommissionen, deren Wirkungsbereich zum grossen Teil mit den Gemeindebezirken identisch ist. Ihnen obliegt es, die Namen der möglichen Mitglieder des Wahlbüros vorzuschlagen und ihre Tätigkeit zu überwachen; und letztendlich sind es diese Kommissionen, die für die Einschreibungen, die unmittelbare Organisation des Wahlvorgangs selbst und für die erste Stimmenaushöhlung zuständig sind. Alle an den Wahl beteiligten Parteien haben das Recht, in jedes dieser Wahlgremien einen Beisitzer zu entsenden. Ein Kontingent der Sandinistischen Polizei wird den Wahlorganismen zur Verfügung stehen und die Ordnung in den Wahllokalen gewährleisten.

Das Wahlsystem Nicaraguas enthält Teillelemente der verschiedenen Gesetzgebungen in anderen Ländern. Z.B. wird das System der relativen Mehrheit bei der Wahl der Exekutive auch in den Vereinigten Staaten angewandt; das übliche nordamerikanische Zweiparteiensystem lässt dieses Verfahren zwar nicht ohne weiteres erkennbar werden, doch es wird deutlich, wenn sich eine dritte oder vierte bedeutende Kandidatur ergibt (1948: Truman, Dewey, Wallace, Thurmond; 1968: Nixon, Humphrey, Wallace). So wie in den USA existieren auch in Nicaragua keine Bestimmungen, die eine zweite Wahlrunde mit dem Modus der absoluten Mehrheit vorsehen. Auch die proportionale Zuweisung von Repräsentanten für die Nationalversammlung nach Stimmquotient, die man in Nicaragua anwenden wird, findet man in zahlreichen anderen Wahlgesetzen (Italien, Spanien, BRD, Venezuela). Das nicaraguanische Gesetz hat darüberhinaus eine Variable eingeführt - im Gesetzesentwurf nicht vorgesehen und von der Opposition beantragt -, welche die kleinen Parteien begünstigt. Sie erlaubt, dass die "Reststimmen" die auf nationaler Ebene einen Abgeordneten mehr für die Nationalversammlung vergrössern, dass diese Parteien evtl. gebungen, z.B. in Spanien oder Venezuela, werden diese Reststimmen automatisch den Stimmen der Parteien zugerechnet, die die Mehrheit errungen haben. Eine weitere Originalität in diesem Sinne ist, dass die Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten der Parteien, die nicht gewählt werden, an die erste Stelle in den Parteienlisten der Aspiranten für die Nationalversammlung rücken können. Diese Bestimmung wurde auf Vorschlag der FSIN in das Gesetz aufgenommen und damit gerechtfertigt, dass die Parteien normalerweise für die Präsidentschaftskandidatur ihre qualifiziertesten Mitglieder auswählen und dass für diese politischen Persönlichkeiten auf jeden Fall die Möglichkeit bestehen sollte, Mitglied der Nationalversammlung zu werden, welche die neue nicaraguanische Verfassung ausarbeiten wird.

Darüberhinaus gibt es noch weitere Verfügungen zugunsten der kleinen Parteien: die Streichung der anfänglichen Bedingung, laut der jede Partei, um am Wahlkampf teilnehmen zu können, 5000 Unterschriften von Parteimitgliedern vorweisen musste; ausserdem die Streichung der Bedingung, in den Wahlen mindestens 3 % der Stimmen erreichen zu müssen, um danach als Partei weiter existieren zu können.

Im Gesetz wird allen am Wahlkampf beteiligten Parteien gleichermaßen Zugang zu den staatlichen und privaten Medien garantiert. Insgesamt stehen (unter allen Parteien gleich verteilt) für die Propaganda in den beiden Kanälen des Fernsehens (heute staatlich) 15 Minuten und in den staatlichen Rundfunksendern 30 Minuten täglich zur Verfügung. Die Parteien müssen dafür jedoch finanziell aufkommen. Die privaten Rundfunksender sind verpflichtet, jeder Partei mindestens 5 Minuten täglich zu gewähren, mehr als 30 Minuten täglich pro Partei sind jedoch nicht gestattet. Nicht gestattet ist auch die Wahlpropaganda in den 2 kirchlichen Sendern des Landes: "Radio Católica" und "Ondas de Luz" (Wellen des Lichts, evangelisch). Jede Art öffentlicher Parteiveranstaltungen während des Wahlkampfes ist garantiert, vorausgesetzt, sie wurden vorher bei den dafür zuständigen Wahlgremien beantragt und genehmigt. Die Ausarbeitung des Terminkalenders für die Fernseh- und Rundfunkpropaganda liegt in Händen des obersten Wahlausschuss -beraten durch

den Nationalen Rat der politischen Parteien-, die Erstellung des Terminkalenders für öffentliche Veranstaltungen und Kundgebungen in Händen der Wahlkommission des jeweiligen Wahlkreises. Das Wahlgesetz verbietet Propaganda für die Wahlenthaltung.

Der Staat garantiert über den obersten Wahlausschuss jeder Partei zur Unterstützung ihrer Wahlkampagne eine Grundfinanzierung (6 Millionen Cordoba). Das Gesetz erlaubt Wahlspenden, sowohl von Körperschaften oder Einzelpersonen des In- und Auslandes; die des Inlandes müssen jedoch aufgeführt und die des Auslandes bei der Zentralbank gewechselt werden. In einigen Ländern, z.B. in Spanien, sind Wahlskampfspenden aus dem Ausland verboten. Es ist bemerkenswert, dass dies in Nicaragua trotz des gespannten innenpolitischen Klimas nicht der Fall ist. Verschiedene Parteien unterhalten Beziehungen zu ihren Parteiinternationalen: z.B. die Christlich Sozialen, Liberalen, etc.

Eine Forderung der Opposition war die Einladung ausländischer Vereinigungen und/oder Persönlichkeiten zur Überwachung des Wahlprozess und der Wahlen. Das nicaraguanische Volk kann sich noch gut an die "Überwachung" der Wahlen von 1928 und 1932 durch nordamerikanische Marineinfanteristen erinnern. Diese "Überwachung" mündete in die somozistische Diktatur und die Schaffung der Nationalgarde. Die nicaraguanische Regierung hat angekündigt, dass sie u.a. Beobachter der Vereinten Nationen, der Contadora-Länder und der Sozialistischen Internationale einladen wird, dem Wahlprozess beizuwohnen. In Nicaragua ist sich jeder - und die Regierung vielleicht mehr als alle anderen - darüber bewusst, dass die internationale Aufmerksamkeit jedes Detail dieses Wahlprozess wahrnehmen und bewerten wird, und dass von diesem Wahlprozess ein guter Teil des Images der revolutionären Institutionalisierungsbestrebungen abhängen kann. Die Regierung vertrat fest darauf, dass besser als jeder andere die Bevölkerung selbst die Wahlen überwachen wird und ihr Urteil ausschlaggebend sein wird.

Es ist schwierig, alle während der Diskussion um das Wahlgesetz entstandenen politischen Meinungen einzufangen. In der am Schluss angefügten Tabelle sind die Positionen der politischen Parteien Nicaraguas zu den wichtigsten und umstrittensten Themen der Staatsratsdebatte zusammengefasst; Themen, die sicherlich auch nach der Verabschiedung des Gesetzes immer wieder aufgewärmt und weiter diskutiert werden.

Die Entscheidungsbefugnis, die das Gesetz dem obersten Wahlausschuss für den Fall zugesteht, dass in einer im Gesetz nicht berücksichtigten Angelegenheit Anordnungen getroffen werden müssen, die Tatsache, dass der Direktor der Fernsichtungs bei der Abfassung des Terminkalenders für die Wahlpropaganda Beratungsfunktion hat, die dem Vorsitzenden des Wahlbüros zugewiesene Aufgabe, den Wählern den Wahlmodus zu erklären, die Tatsache, dass es den staatlichen Funktionären, den Angehörigen der Streitkräfte oder der Polizei nicht versagt ist, Mitglied der Wahlorganismen zu werden und schliesslich der Umstand, dass gegebenenfalls die Möglichkeit einer Berufung oder Ungültigkeitserklärung nicht über die Ebene des Regionalen Wahlausschuss hinausgehen kann, scheinen offene Flanken des Gesetzes zu sein, wo Kritik angesetzt werden kann. Das Gesetz ist nicht perfekt, der internationalen Rechtsprechung im Bezug auf Wahlen jedoch bemerkenswert angeleglichen.

# Jahrestag im Zeichen der Wahlvorbereitung

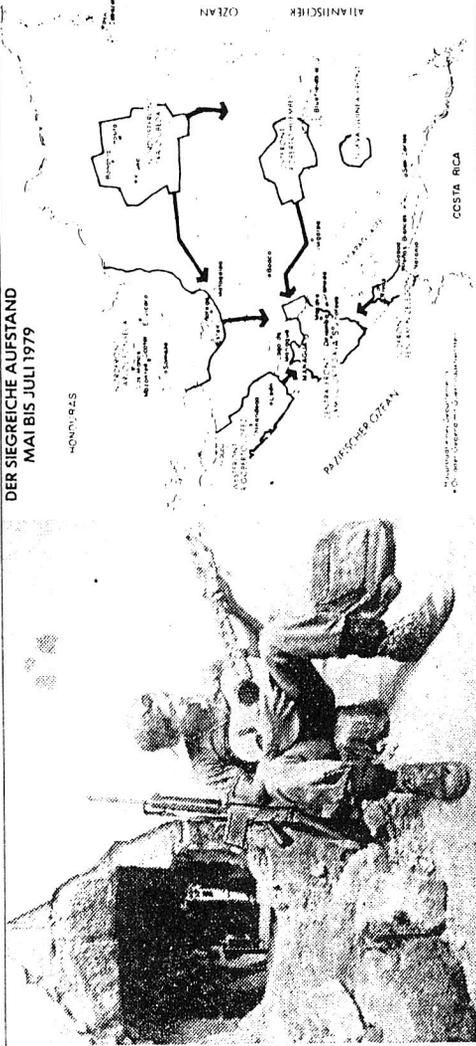
## Fünf Jahre sandinistische Revolution

Dieses Jahr stehen im revolutionären Nicaragua noch zwei Höhepunkte aus. Heute feiern die Sandinisten den 5. Jahrestag des Triumphes über die somozistische Diktatur: Für den 4. November sind Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung und gleichzeitig Präsidentschaftswahlen geplant. Wo steht die sandinistische Revolution nach einem halben Jahrzehnt Regierungspraxis? In welchen Bereichen blieb den Sandinisten der Erfolg versagt? Wie bereiten sie sich auf die Wahlen vor? Im folgenden beginnen wir den Versuch, einige Teilaspekte zu beleuchten.

## Sandinisten emennen Kandidaten

**Managua (apia)** Als sich am vergangenen Dienstag ungefähr tausend Anführer, Mitglieder und Sympathisanten der Sandinistischen Befreiungsfront FSLN in einem von Somozas ehemaligen Lustschlössern zu ihrer vierten Generalversammlung seit dem Sieg der Revolution vor fünf Jahren einfanden, waren noch einige der hinteren Reihen leer. Minister und hochrangige Militärs hatten neben den Vertretern der sandinistischen Gewerkschaften, den Journalisten und Musikern in einem bunten Durcheinander Platz genommen, um dem aus dem neuen Comandantes bestehenden Nationalen Direktorium zuzuhören, die diesmal vollzählig erschienen waren.

Es war wieder einmal einer jener historischen Augenblicke, deren Bedeutung nicht im Gehabe der Anwesenden, sondern durch die Tragweite der Entscheidungen zum Ausdruck kam; sollten doch heute abend die Kandidaten für Präsidentschaft, Vizepräsidentschaft und Abgeordnetenmandat der neun Wahlregionen benannt werden. Die endgültige Entscheidung, den Sandinistenkommandanten und gegenwärtigen Koordinator der Regierungsjunta, Daniel Ortega Saavedra, als zukünftiges Staatsoberhaupt und Sergio Ramirez Mercado zu seinem Stellvertreter vorzuschlagen, bedeutete zu diesem Zeitpunkt nicht einmal mehr eine Überraschung für den Doyen (Letter) der Revolution Tomas Borge Martinez, der sich noch bis zuletzt darum bemüht hatte, die bereits im Januar dieses Jahres getroffene Vorentscheidung rückgängig zu machen. Jetzt ergrieff der 53-jährige Veteran der Guerrillabewegung schließlich ohne jede innere Regung das Wort:



DER SIEGREICHE AUFSTAND MAI BIS JULI 1979

Sehr im Unterschied zu osteuropäischen Beispielen ist die Partei klein und hat, wie sich heute wieder einmal zeigte, in einem einzigen Sitzungssaal Platz. Ihre Mitglieder haben auf lokaler und regionaler Ebene der staatlichen Verwaltung nur eine beratende Funktion. Ihr Einfluß nicht sich weniger auf den Staat als auf die im Aufbau begriffenen Massenorganisationen. Die Partei stützt sich auf ein äußerst lockeres Gefüge von Mitgliedern, das einiglos aber keineswegs alle - Minister ebenso umfaßt wie einige, ebenfalls bei weitem nicht alle, Arbeiter- und Bauernführer. Zusammengehalten wird das Gefüge vor allem durch seine Spitze, die Dirección Nacional, deren neun Comandantes die Grundzüge der Politik im wesentlichen bestimmen, und diese auch über einige Schlüsselministerien (Verteidigung, Inneres, Landwirtschaft und Planung) unmittelbar umsetzen. Die FSLN bildet somit durch ihre Nationale Führung eine Art Synthese zwischen der staatlichen Bürokratie und den Massenorganisationen, und kontrolliert damit weitgehend den internen politischen Prozeß des Landes.

### Keine leninistische Partei

Die Existenz unterschiedlicher historisch begründeter Tendenzen innerhalb des neunköpfigen Führungsgremiums ist eine altbekannte Tatsache. In der letzten Zeit konzentrierte sich die Auseinandersetzung immer mehr auf die Frage, ob dem Staatsoberhaupt, einem statischen Element also, oder den Massenorganisationen, die starres aber klassenkämpferische Züge aufweisen,

das Hauptgewicht zukommen solle. Während sich die Partei klein und hat, wie in Beispielen im Osten, die Partei klein und hat, wie sich heute wieder einmal zeigte, in einem einzigen Sitzungssaal Platz. Ihre Mitglieder haben auf lokaler und regionaler Ebene der staatlichen Verwaltung nur eine beratende Funktion. Ihr Einfluß nicht sich weniger auf den Staat als auf die im Aufbau begriffenen Massenorganisationen. Die Partei stützt sich auf ein äußerst lockeres Gefüge von Mitgliedern, das einiglos aber keineswegs alle - Minister ebenso umfaßt wie einige, ebenfalls bei weitem nicht alle, Arbeiter- und Bauernführer. Zusammengehalten wird das Gefüge vor allem durch seine Spitze, die Dirección Nacional, deren neun Comandantes die Grundzüge der Politik im wesentlichen bestimmen, und diese auch über einige Schlüsselministerien (Verteidigung, Inneres, Landwirtschaft und Planung) unmittelbar umsetzen. Die FSLN bildet somit durch ihre Nationale Führung eine Art Synthese zwischen der staatlichen Bürokratie und den Massenorganisationen, und kontrolliert damit weitgehend den internen politischen Prozeß des Landes.

In gewisser Weise wird also der Staat die Partei erst ausbilden und nicht, wie in einem eher leninistischen Verständnis, umgekehrt. Wie groß die Macht der Massenorganisationen und der sandinistischen Partei tatsächlich sein wird, bleibt deshalb einem Prozeß vorbehalten, den die Wahlen am 4. November einleiten werden. Sicher scheint jedoch, daß bei dem zu erwartenden Wahlsieg von Daniel Ortega die Macht der sandinistischen Exekutive unangestastet bleiben wird. Deshalb konnte der Präsidentschaftskandidat der FSLN heute seine erste Wahlrede mit den Worten beginnen: „Wir haben danach getrachtet, gute Soldaten zu sein“, und fügte mit einer Verbeugung vor dem Präsidium der sandinistischen Generalversammlung hinzu: „Dirección Nacional ordenada“ („Nationale Führung, befehlt“, ein in Nicaragua häufig zu hörender Massenausruf gegenüber der politischen Führung).

Wie dem auch sei: Die Würfel sind gefallen, und die Entscheidung wurde von allen

Leo Gabriel

Eher Poet als Politiker, verwies er auf die Konsolidierung der Einheit, die das „von Mörsern und Verleumdungen in die Enge getriebene Nicaragua“ heute erreicht hat. Nur in einem Nebensatz ließ er durchblicken, daß die „einzigsten, die einen Revolutionär zum Abdanken bringen“ könnten, die Revolutionäre selbst seien und lobte seine Kritiker: „Ein Revolutionär, der keine Kritik übt, ist ein Konformist und macht sich verdächtig.“

### Die Kandidaten

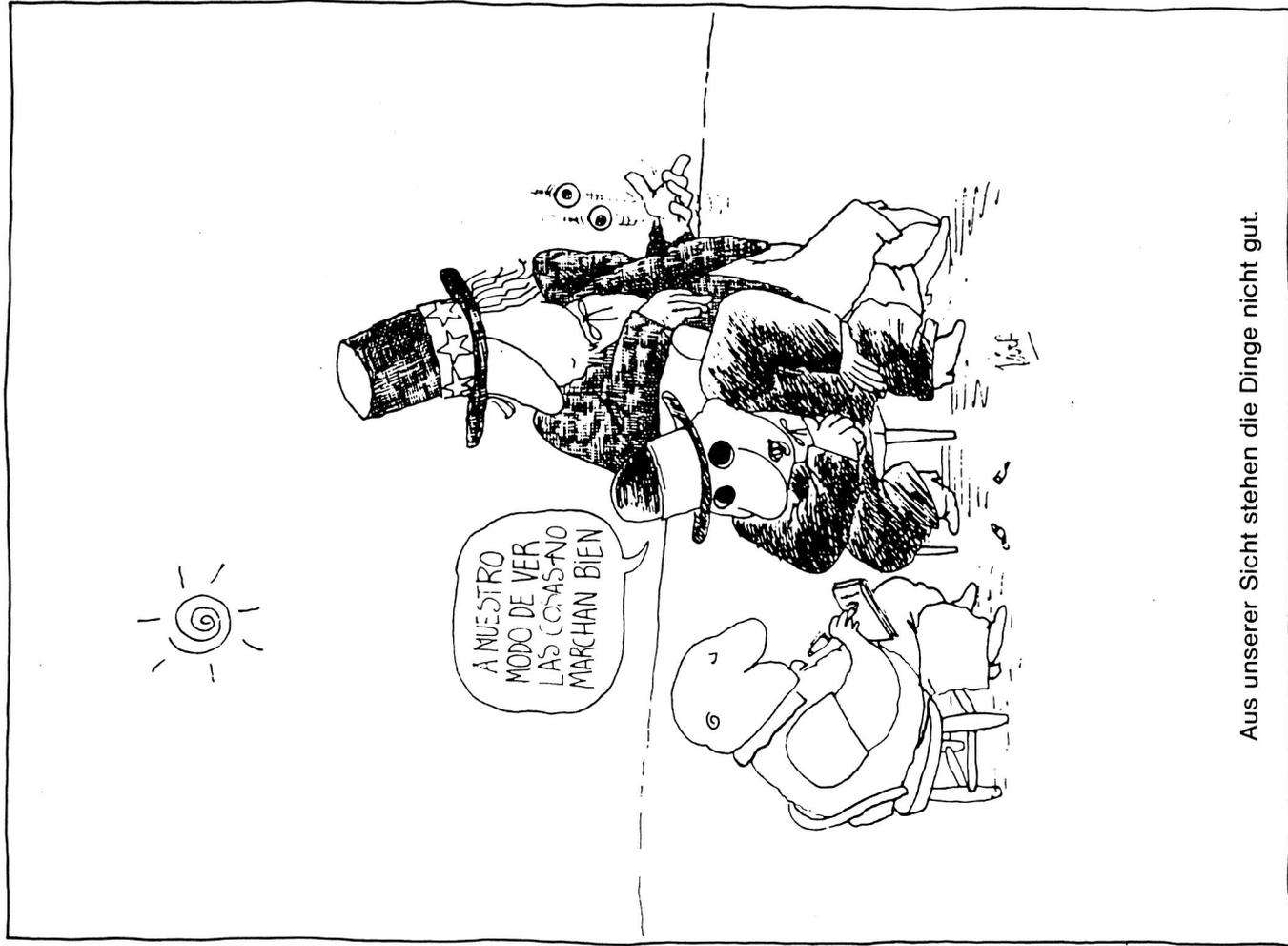
Es blieb dem Vorsitzenden der politischen Kommission der FSLN, Bavardo Arce, überlassen, die einzelnen Kandidaten vorzustellen. Als er die lange Liste der Abgeordnetenvorschläge zur Nationalversammlung vorlas, füllten sich plötzlich die leeren Plätze, von denen sich bald viele in Managua völlig unbekannt Bauern erhoben, um sich dem Beifall klatschenden Publikum vorzustellen.

Tatsächlich befinden sich unter den Kandidaten für die neun Wahlregionen nur einige wenige klingende Namen, wie etwa der bekannte Liedermacher Carlos Mejía Godoy oder der eben ernannte Botschafter in Washington, Carlos Tinneermann. Als einziger Sanktionskommandant ließ sich der Vorsitzende des Staates, Carlos Núñez, aufstellen. Die meisten der Kandidaten entstammten den sogenannten sandinistischen Massenorganisationen und sind zumeist Bauern oder Arbeiter, ein für lateinamerikanische Verhältnisse unerhörtes Phänomen. Daß diese dabei nicht unbedingt nach ihrer Popularität ausgesucht worden sind, beweisen die drei für die umstrittene Atlantikregion ausgesuchten Miskitofrauen Dorothy und Minerva Wilson sowie das ehemalige Führungsmitglied der inzwischen aufgelösten Indioorganisation Misurasata, Hazel Lau.

„Die Zeiten, in denen man für vorfabrizierte Figuren abstimmen ging, sind vorbei: in Nicaragua werden in Zukunft nicht Personen gewählt, sondern ein Programm“, erläuterte Comandante Daniel Ortega knapp das eigenartige Phänomen. Das Programm, das er meinte und auch sofort verlas, beinhaltete aber keine politische Analyse, ja entwickelte nicht einmal ein strategisches Konzept. Es ist pragmatisch gehalten wie eh und je bei den Ortigas: Unter den mehr als zwanzig Kapiteln, die

Alle Karikaturen (mit Ausnahme auf S. 53) aus:

Róger Sánchez: Karikaturen aus Nicaragua  
Edition Nahua, Wuppertal 1985



Aus unserer Sicht stehen die Dinge nicht gut.

### 3. DIE WAHLEN

#### Die gegnerischen Parteien

Quelle: Envío 10/1984, Wuppertal

Wir beabsichtigen an dieser Stelle keinen systematischen Vergleich der Programme der verschiedenen Parteien, weil sich dies wegen der unterschiedlichen Formen, in denen diese Programme ihren Ausdruck finden, als zu langwierig und auch zu schwierig erweisen würde. Wir haben es vielmehr vorgezogen, auf einige Eigentümlichkeiten des Programmes einer jeden Partei hinzuweisen und die Töne zu skizzieren, die sie im Wahlkampf anschlagen

#### PARTIDO LIBERAL INDEPENDIENTE (Unabhängige Liberale Partei, PLI)

Zusammen mit der FSLN, der PSN und der PPSC bildete sie die Patriotische Revolutionsfront (FPR). Sie war die erste Partei, die dieses Bündnis verließ, als der Wahlprozeß angekündigt wurde.

Ihre Kandidaten für das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten sind: Virgilio Godoy, 50 Jahre, Rechtsanwalt, der bis Februar 1984 Arbeitsminister der Revolutionsregierung war, und Constantino Pereira, 49 Jahre, Volkswirt.

In ihrem Aktionsprogramm (26. Februar 1984) umreißt die PLI eine Wirtschaftspolitik, die sich auf Wirtschaftsplanung statt auf Verstaatlichung gründet und auf das Vortreiben und die Weiterentwicklung der gemischten Wirtschaft. Auf internationaler Ebene tritt sie - getreu den historischen Traditionen des Liberalismus auf diesem Gebiet - für die Ausweitung der Beziehungen zu den zentralamerikanischen Staaten ein.

Die PLI, die erklärt hat, am Wahlkampf teilzunehmen, "um den Frieden wiederherzustellen", hat genau dieses Thema des Friedens zur zentralen Achse ihrer Propaganda gemacht. Ihre Losungen und Reden zeigen dies deutlich. In einem Land, wo der Krieg an erster Stelle steht, kann es weder Wohlstand noch Frieden für das Volk geben.

"Wenn wir für die PLI stimmen, stimmen wir für den Frieden", erklärt einer ihrer Radio-Spots. Für die PLI ist der Krieg "ein Geschäft derjenigen, die uns regieren". So kündigt sie an, daß ihr "erster Schritt" sein werde, die Gesellschaft zu entmilitarisieren und die Armee wieder zu nationalisieren; denn "die Armee wird keine Haupt-sorge einer liberalen Regierung sein". Die Analyse, die die PLI vom derzeitigen Krieg macht, paßt sich in das schon klassische Schema vom "Ost-West-Konflikt" ein: "Wir lehnen es ab, das Experimentierfeld der beiden Supermächte für die Austragung ihrer Konflikte zu sein."

In der Frage der Wirtschaft behauptet die PLI, daß "die gemischte Wirtschaft nichts weiter als ein Exportartikel" der Revolutionsregierung sei. Den größten Nachdruck legt sie auf die derzeitigen Engpässe bei der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs: "Dem GIBT ES NICHT ein Denkmal gesetzt werden." Während seiner Kampagne hat Godoy in allgemeiner und umfassender Weise die Revolutionsregierung kritisiert, wobei er selbst die Alphabetisierungskampagne mit einbezog. Er erklärte, daß "das Produkt" dieser fünf Jahre "eine ungeheure Enttäuschung" sei, und daß die Regierung "Nicaragua praktisch in ein großes Konzentrationslager verwandelt wollte."

Constantino Pereira ist unter allen Kandidaten vielleicht derjenige, der die FSLN am heftigsten angegriffen hat, wobei er ihr vorwarf, die Regierung und die Posten mit größerer Verantwortung an die gleichen Aristokratenfamilien wie schon immer auszuliefern, und das nur aus dem Interesse heraus, die Geltung ihrer Namen in den Machtstrukturen Nicaraguas zu sichern.

Die PLI behauptet, daß sie auf 25 % der Wahlberechtigten rechnen könne und zwischen 35 und 45 der 90 Parlamentssitze besetzen werde. Für den Fall ihres Sieges hat die PLI erklärt, daß sie eine Regierung der "nationalen Versöhnung" bilden würde, die

Sondertribunale auflösen würde, die derzeit die konterrevolutionären Delikte verhandeln, daß sie eine breite Amnestie verfügen würde und nach der Ausarbeitung der Verfassung erneut zu allgemeinen Wahlen aufrufen würde. Ganz allgemein und ohne zu sagen wie, verspricht die PLI "den Frieden", wenn sie an die Macht kommt.

#### Wahlkampfsplitter

- "So wahr es ist, daß ein Teil dieser Krise von außen kommt, so haben doch andere Faktoren ihren Ursprung hier im Lande, wegen derjenigen, die reagieren, wegen des Bruchs all der seit dem 19. Juli gemachten Versprechungen ... Wenn Sandino noch lebte, würde er für die PLI stimmen".
- (Virgilio Godoy, San Juan de Oriente, 18. August)
- (Nachheftiger Kritik am Festival der Volksmusik aus Lateinamerika und der Karibik, das Ende August vier Tage lang in Managua stattfand und an dem 400.000 Personen teilnahmen):

"Nicht einmal die Römer haben so etwas gewagt. Denn sie gaben Brot und Spiele. Und hier gibt es nur Spiele!"

(Virgilio Godoy, La Trinidad, 25. August)

#### Partido Socialista Nicaragüense (Sozialistische Partei Nicaraguas, PSN)

Zusammen mit FSLN, PLI und PPSC bildete sie die Patriotische Revolutionsfront (FPR). Sie war die einzige dieser Parteien, die sich - allerdings erfolglos - darum bemühte, daß "alle revolutionären Kräfte" bei den Wahlen vereint antraten.

Ihre Kandidaten für das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten sind:

Domingo Sánchez Salgado, 69 Jahre, der älteste der Bewerber, alter Arbeiterführer, und Adolfo Eversté, 48, Ingenieur, der bis vor einigen Monaten beim Landwirtschaftsministerium für die Geflügelproduktion verantwortlich war.

In ihrem Wahlprogramm (1. August 1984) erklären die Sozialisten, daß "die sandinistische Volksrevolution die bedeutendste Errungenschaft darstellt, die bis zu diesem Moment von unserem Volk erkämpft worden ist."

Und sie fügen hinzu, daß "die PSN diesen revolutionären Prozeß von Anfang an unterstützt hat und auch immer unterstützen wird, wegen seines an den Interessen des Volkes ausgerichteten antiimperialistischen Inhalts."

"Die FSLN ist die Partei, der wir am nächsten stehen. Wir sind Brüder in politischer und ideologischer Hinsicht... Wir hüten den revolutionären Prozeß wie unseren Augapfel", erklärte Sánchez Salgado während des Wahlkampfes.

In ihrem Programm schlägt die PSN vor 1) die Verteidigungsbemühungen zu verstärken, 2) die Wirtschaft in Ordnung zu bringen, 3) den Staatsapparat effizienter zu machen, 4) die Volksdemokratie zu praktizieren.

Während der Wahlkampagne - in der die PSN hofft, "das Ansehen wieder zum Leben zu erwecken", das die Sozialisten im ganzen Land genießen - sieht sich die PSN "im Zentrum" der Auseinandersetzung, wobei sie besonderen Nachdruck auf die sogenannte "Revolution in der Revolution" legt. Diese müsse sich auf den Kampf gegen Willkür, Opportunismus, Bürokratismus und Sektierertum richten, die der Revolution ihre Kräfte rauben würde. "Für eine Revolution ohne Sektierertum und mit Gerechtigkeit", drückte es einer der Radio-Spots der PSN aus. Die PSN schlägt unter anderem ein Gesetz über Rechtschaffenheit vor, das auf die Staatsfunktionäre anzuwenden sei, die einer strengen Auswahl unterworfen werden müßten.

Die PSN schlägt eine Exekutiv-Gewalt vor, in der "alle patriotischen Kräfte vertreten sein sollen". Die Sozialisten haben im Wahlkampf Fehler der Revolutionsregierung im Bereich der Wirtschaftsplanung kritisiert, die die Produktion auf ein "erbärmliches Niveau" heruntergezogen hätten.

Im Rahmen ihrer Vorschläge zur Wirtschaftspolitik tritt die PSN für die Konsolidierung und Vertiefung der Agrarreform ein, für die Verkündung eines Besetzes zu den ausländischen Investitionen, für die Entwicklung der Bauindustrie und die Beibehaltung und Unterstützung der sogenannten "vier Formen des Eigentums" ein, die die gemischte Wirtschaft bestimmen (staatlich, privat, gemischt und genossenschaftlich).

Des weiteren besteht die PSN auf einer ernstgemeinten Politik zur Einigung der Arbeiterklasse Nicaraguas.

Im Wahlkampf klagt die PSN den nordamerikanischen Imperialismus als den Schuldigen für den Krieg in Nicaragua an und schlägt den Ausbau der Strukturen zur Landesverteidigung vor.

#### Wahlkampfspplitter

"Die Lösung hält allein die FSLN in den Händen; denn was können die anderen Parteien anbieten, wo Dr. Godoy die Rechte der Arbeiter niedergehalten hat? Was kann die Konservative Partei dem Volk anbieten, wo sie rückschrittliche Gesetze gemacht hat? Die PSN hat die (revolutionären) Gesetze nicht gemacht, aber sie hat für sie gekämpft."

(Sánchez Salgado, Granada, 12. August)

"Der Zug in Richtung Sozialismus fährt auf zwei Gleisen: Das eine kann die FSLN sein, das andere die PSN."

(Sánchez Salgado)

#### Partido Popular Socialcristiano (Christlich-Soziale Volkspartei, PPSC)

Zusammen mit FSLN, PLI und PSN bildete sie die Patriotische Revolutionsfront (PPR).

Ihre Kandidaten für das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten sind:

Mauricio Díaz, 34 Jahre, Rechtsanwalt, und Guillermo Mejía, 46, Arbeiterführer und Handwerker.

In ihrer Grundplattform (vom 24. Mai) für eine Regierung tritt die PPSC für einen "Sozialismus christlicher Prägung" ein, der für sie "nicht nur ein einfacher Zwischenweg zwischen Kapitalismus und Kommunismus" ist. Die PPSC ist für "substantielle Modifizierungen" des revolutionären Prozesses. Auf wirtschaftlichem Gebiet soll dem genossenschaftlichen "Gemeineigentum" der Vorzug gegeben werden und der derzeitige Bereich des Staatseigentums durch Mechanismen der Selbstverwaltung in Eigentum der Arbeiter selbst umgewandelt werden, wobei in den Händen des Staates nur noch die "strategischen Aufgaben" (der Bereich der Grunddienstleistungen) verbleiben soll. Das "Prinzip der Eigenbeteiligung" soll die Grundlage der sozialen Organisation sein, wobei sie auch für eine Dezentralisierung der Entscheidungen als Mittel gegen die Bürokratisierung eintritt. Ein hohes Maß an Mitbestimmung der Arbeiter in den Unternehmen und ein starker Zustrom von ausländischem Kapital sind die Lösungsmöglichkeiten, die sie auf wirtschaftlicher Ebene vorschlägt.

In ihrer Wahlkampagne, die sie als "einen patriotischen Kreuzzug zur Erlösung des Vaterlandes" bezeichnet, hat die PPSC besonderen Nachdruck auf das "Christliche" gelegt. Darauf weisen auch ihre Wahllogos hin: "Christen an die Macht", "Die Christen sind der Frieden", "Revolution ja, aber eine christliche", "Die Furcht ist weder christlich noch nicaraguanisch" ...

Dies ist ihre Botschaft "an die 99,9 % der Nicaraguaner, die sich zum Christentum kennen" (Mejía). Die PPSC hofft auf 15 % der Wählerstimmen.

Auf religiösem Gebiet tritt die PPSC für die Einführung des Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen auf Antrag der Eltern hin ein, sowie für die Einstellung von Feldkaplanen in den Reihes der Armee und für die Verankerung und Regelung der Verweigerung des Militärdienstes aus Gewissensgründen. Obwohl die PPSC die nordamerikanische Regierung wegen Beteiligung am derzeitigen Angriffskrieg kritisiert, und die militärische Landesverteidigung unterstützt, behauptet sie doch gleichzeitig, daß es die FSLN sei, die "die Herausforderung zu diesem Krieg angenommen habe".

#### Wahlkampfspplitter

"Die Stimmen der besonnenen Nicaraguaner gehen an die Christlich-Soziale Volkspartei... Zur Verkörperung der christlichen Werte und damit sie diese christlichen Werte in praktische Politik umsetzt."

(Mauricio Díaz, Äußerung im Fernsehen, 23. August)

"Hier gibt es keinen Sozialismus, hier gibt es ein Land mit einer kapitalistischen und außerdem angeschlagenen Wirtschaft."

(Guillermo Mejía, Politische Diskussionsrunde an der Zentralamerikanischen Universität von Managua, 26. September).

#### Partido Comunista de Nicaragua (Kommunistische Partei Nicaraguas, PC de N)

Während der fünf Jahre der Revolution hat die PC de N beständig ihre oppositionellen Einstellungen zu den Maßnahmen der Revolutionsregierung zum Ausdruck gebracht, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet.

Ihre Kandidaten für das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten sind:

Allian Zambrana, 30 Jahre, Arbeiterführer, und Manuel Pérez Estrada, 70, Gewerkschaftsführer.

In ihrem Programm (15. Mai 84) macht die PC de N einen klaren Unterschied zwischen ihrem Sofortprogramm und dem mittelfristigen Programm. Das letztere tritt für die Diktatur des Proletariats ein sowie für den Aufbau des Sozialismus und der kommunistischen Gesellschaft in Nicaragua. Um dorthin zu gelangen, vertritt sie in ihrem Sofortprogramm den sogenannten "sicheren Weg des friedlichen Übergangs zum Sozialismus". Darin bezeichnet sie die Agrarreform als die "vordringliche und grundlegende Aufgabe". Eine andere Agrarreform, als sie die Revolutionsregierung durchführt, der sie vorwirft, die soziale Basis des Kapitalismus zu erweitern, weil sie Tausende von Landarbeitern zu Eigentümern macht, wodurch das Bündnis zwischen Arbeitern und Landarbeitern verhindert würde, das eine wirkliche Volksherrschaft garantieren würde.

Die PC de N klagt die Revolutionsregierung des "Agrarismus" an und tritt für die Nationalisierung des gesamten Landes ein, das den Bauern dann zur dauerhaften Nutzung übergeben werden soll. Die Wirtschaftspolitik im allgemeinen beurteilt sie als "nur auf Wachstum gerichtet". Unter den Maßnahmen, die sie vorschlägt, um diese Tendenz zu beseitigen, befinden sich die Nichtanerkennung der Auslandsschulden, die Zurückweisung jeder Art von kapitalistischen Krediten und eine Vertiefung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, gekoppelt mit einer Politik strenger Sparsamkeit. Die Wahlkampagne der PC de N ist sehr kärglich gewesen. Es gibt kaum Massenversammlungen und die Partei hat das Fernsehen nicht nutzen wollen. Das Schwergewicht hat auf der Auseinandersetzung mit der Wirtschaftspolitik der derzeitigen Regierung gelegen, die sie vom Projekt der gemischten Wirtschaft bis hin zu Details der Lohnpolitik als nichtrevolutionär bezeichnet.

"Den Wahlkampf gewinnen! Weil das Vaterland es nötig hat! Können wir das? Wir sind tausendfach sicher, daß wir es können!" lautet der am meisten wiederholte Radio-Spot der kommunistischen Wahlpropaganda.

#### Movimiento de Acción Popular Marxista-Leninista (Bewegung der marxistisch-leninistischen Volksaktion, MAP-ML)

Die MAP-ML hat eine feindselige Oppositionshaltung zur Revolutionsregierung eingenommen, insbesondere auf den Gebieten Wirtschaft und Arbeit.

Ihr Kandidat für das Amt des Präsidenten ist Isidoro Téllez, 36 Jahre, Gewerkschaftsführer, für das Amt des Vizepräsidenten kandidiert Juan Alberto Henríquez, 38 Jahre, Journalist.

In ihrem - nicht datierten - Programm unterscheidet die MAP-ML das Strategische vom Taktischen. Das strategische Programm vertritt die Errichtung des "proletarischen Sozialismus und des Kommunismus". Aber um dorthin zu gelangen, gibt die MAP-ML in ihrem taktischen Programm eine Reihe konkreter Aufgaben an, die entsprechend den unterschiedlichen politischen Konjunkturen verschieden aussehen. So kommt es, daß diese Aufgaben in sehr allgemeiner Form in Formulierungen wie diesen ihren Ausdruck finden: "Die Stärkung und Entwicklung als Vorhut der Arbeiterklasse" oder "Die politische und ideologische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse von der Bourgeoisie und der Kleinbourgeoisie". Obwohl die MAP-ML insbesondere in Arbeiterkreisen sehr aktiv gewesen ist bei der Darlegung ihrer Vorstellungen, so ist doch ihr Wahlkampf, den sie als Mittel zur "Vertiefung der Revolution" betrachtet, bemerkenswert arm an bedeutenderen oder aufsehenerregenderen Aspekten gewesen, auch wenn sie sich des Fernsehens bediente. In

der Tat hat sie nach eigenem Bekunden in der Wahlkampfzeit besondere Anstrengungen zur Ausbildung ihrer Kader gemacht, wobei sie sich die neuen politischen Spielräume zunutze machte.

In ihren Veröffentlichungen hat die MAP-ML häufig Kritik am Begriff und verschiedenen Implikationen der gemischten Wirtschaft geübt, denn - so sagt sie - "sie stellt wieder kapitalistische Beziehungen her und hat sich zum Moment der Repression gegenüber der Arbeiterbewegung verwandelt". Sie hat auch beständig den nordamerikanischen Imperialismus kritisiert und die Notwendigkeit militärischer Verteidigung besonders stark betont. Indem sie zum Beispiel anregte, daß das Geld, das der revolutionäre Staat ausgibt, um die private Produktion anzuregen, lieber zum Kauf von mehr und besseren Waffen verwendet werden sollte.

In ihrer Propaganda erinnert die MAP-ML für gewöhnlich daran, daß ihre antisozialistischen Volksmilizen - die MILPAS, die jeder kannte - "die einzige bewaffnete Kraft war, die an der Seite des Volkes und der Sandinisten kämpfte". (Die MILPAS führten 1978 und 79 einige wirklich spektakuläre bewaffnete Aktionen durch.) Einer der Slogans der MAP-ML lautet: "Keine einzige Stimme für die Bourgeoisie! Kugeln für den Imperialismus!"

#### Wahlkampfplitter

"Nein, nein, wir können nicht sagen, daß hier Ausbeutung und Unterdrückung aufgehoört hätten. Es gibt weiterhin die Bourgeoisie, es gibt Großgrundbesitzer, es gibt Hungerlöhne! Ein Sozialismus mit der Bourgeoisie, ein Sozialismus, der mit dem Imperialismus verhandelt, ein Sozialismus auf dem Rücken der Arbeiterklasse: Das ist das sandinistische Modell."

(Juan A. Henríquez. Politische Diskussionsrunde an der Zentralamerikanischen Universität von Managua, 3. Oktober)

"Wir gehen nicht in diesen Wahlkampf, um Stimmen zu werben. Was wir wollen ist, zu den Köpfen der Arbeiter, der fortgeschrittenen Menschen durchdringen, die an die proletarische Revolution denken. Wir wollen eine Regierungsgewalt, die vom Volk selbst ausgeübt wird ... Denn heute ist es die nationale und die internationale Bourgeoisie, die über diese Revolution entscheidet. Und die Sozialdemokratie will den Sozialismus nicht!" (ebenda)

#### Partido Conservador Democrata (Konservativ-demokratische Partei, PCD)

Die drei konservativen Gruppen, die sich im März 79 zur derzeitigen PCD vereinigten, haben seit dem Triumph der Revolution eine Haltung offener und dauerhafter Opposition gegenüber dem revolutionären Prozeß aufrecht erhalten.

Die Kandidaten der PCD für das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten sind: Clemente Guido, 54 Jahre, Arzt, und Mercedes Rodríguez, Unternehmerin und Gutsbesitzerin, 52, Witwe von General Emiliano Chamorro, dem konservativen Staatsführer vor dem Somozismus, der später mit Somoza Garcia paktierte. (In ihren Radio-Spots erinnert die PCD an den General Chamorro und läßt ihn hochleben.)

In ihrem im März 79 formulierten Programm besteht die PCD, die ihre "soziale Basis in den Landarbeitern" sieht und für "sozialen Frieden zwischen den Klassen" eintritt, unter anderem auf der Respektierung des Privateigentums, sofern dies eine soziale Funktion erfüllt, und sie tritt für die Abschaffung des Monopols und die Anwendung einer wirkungsvollen Besteuerungspolitik ein. Sie schlägt auch die Einführung des allgemeinen Wehrdienstes vor. Auf der politischen Ebene vertritt die PCD den politischen Pluralismus, die Autonomie der Gemeinden und freie Wahlen. "Arbeiter in der Gein ihrem Wahlkampf begreift sich die PCD als Partei 'der Mitte'. "Arbeiter in der Gewerkschaft! : Die konservativ-demokratische Partei erwartet dich in der politischen Mitte. Wir sind die Mittelklasse, die für deine Rechte kämpft!", erklärt einer ihrer Radio-Spots.

Auf wirtschaftlichem Gebiet besteht die PCD in ihrer Propaganda auf der Formel vom "Sozialpakt", der dem Arbeiter Gewinnbeteiligung und Kontrollrechte gegenüber der Unternehmensführung garantieren soll, und dem Unternehmen Garantien, Anregungen und die Sicherheit geben soll, daß sein Eigentum nicht beschlagnahmt wird, wenn es produktiv ist. Gegenüber der heutigen Agrarreform, die sie als "willkürlich, widerrechtlich und

von rein theoretischen Vorstellungen ausgehend" bezeichnet, schlägt die PCD "konservative Genossenschaften" im Geiste des Sozialpaktes vor.

Wenn sie an der Macht ist, will die PCD drei Sofortmaßnahmen treffen: die Abschaffung dessen, was sie "Beschlagnahmen" (1) nennt, die Abschaffung des Militärdienstes - den sie in ihrem schriftlichen Programm selbst fordert - und den Aufbau guter Beziehungen zu den vereinigten Staaten, denn "mögen die Yankees auch schlecht sein, die Dollars sind es nicht."

Guido verspricht in seiner Kampagne "die Revolution des Überflusses" und beglückwünscht die Mütter, die verhindert haben, daß ihre Söhne Militärdienst leisten. In ihren Versammlungen werden die Zeiten der Konservativen (die Periode "der 30 Jahre", zwischen 1837 und 1893) in Erinnerung gerufen, als "der Überfluß so groß war, daß bis hin zu den Hunden alle nur Würste aßen."

#### Wahlkampfplitter

"Nicaraguaner: wir bitten dich nur um einen Tag, um einige Minuten Zivilcourage, damit du mit einem Kreuz das grüne Banner der Konservativ-Demokratischen Partei von Nicaragua zeichnest und ein für alle Mal diesen Alptraum der letzten fünf Jahre ausradierest kannst."

(Clemente Guido, San Lorenzo, 19. August)

"Ich möchte euch nur an das Gebet der Freiheit erinnern, das Gebet, das ihr jeden Tag vor dem Zubettgehen sprechen müßt, auf daß es euch den Mut gebe, für die konservative Partei zu stimmen ... Dieses Gebet der Freiheit lautet: Der Frente die Stirn bieten!"

(Clemente Guido, Nagarote, 15. September)

"Die Contadora-Akte ist ein romantisches Dokument, wie aus den Sozialkundehausaufgaben eines Erstkläßlers ... Ein Dokument, das eher auf der Linie der wirkungslosen politischen Literatur Lateinamerikas liegt, und das nur zur Tarnung der wahren Absichten der Sandinisten dient, damit sie sich weiter als friedliebend ausgeben können."

(Clemente Guido, Masaya, 30. September)

#### Frente Sandinista de Liberación Nacional (Sandinistische Befreiungsfront, FSLN)

An der Spitze einer Regierung der nationalen Einheit hat die FSLN den revolutionären Prozeß während der letzten fünf Jahre geleitet.

Ihre Kandidaten für das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten sind:

Daniel Ortega, 39 Jahre, Kommandant der Revolution, und Sergio Ramirez, 42, Schriftsteller und Rechtsanwalt.

Die FSLN hat kein Regierungsprogramm vorgelegt, sondern einen sogenannten Kampfplan, der in 23 Punkten das historische Programm der FSLN mit den Errungenschaften und Zielen des begonnenen revolutionären Projektes vereint. In diesem Plan finden alle Verpflichtungen, die die FSLN übernimmt, ihren Ausdruck in Formulierungen, die auf einen Prozeß hinweisen, der weitergeführt werden soll. So verpflichtet sich die FSLN, zu "vertiefen", "weiter voranzutreiben", zu "konsolidieren" ... Angesichts der Neuerung, die die Ausarbeitung einer neuen Verfassung für Nicaragua bedeutet, weist die FSLN in ihren Dokumenten darauf hin, daß "sie in die politische Verfassung Grundlinien für die Organisierung der Volksmacht und des revolutionären Staates einarbeiten" wird:

"Die sandinistische Volksrevolution setzt eine breite und wirkungsvolle Beteiligung des Volkes in Gang..."

Sowohl in der nationalen Wirtschaftslenkung als auch im Planungsprozeß auf Branchenebene, auf regionaler Ebene und in den Unternehmen. Außerdem in Form der Beteiligung der Massenorganisationen am Prozeß der staatlichen Entscheidungsfindung bezüglich der Politikbereiche, die sie betreffen. So steht als Ziel, die repräsentative Demokratie mit der direkten und auf Beteiligung beruhenden Demokratie zu kombinieren ...

1) In Wirklichkeit hat es nach dem Inkrafttreten des ersten Gesetzes, das den "Besitz der Somozas und ihrer nahen Angehörigen" konfiszieren sollte, keine weiteren Beschlagnahmen mehr gegeben. Es gab Einteilungen auf der Rechtsgrundlage des Gesetzes zur Landreform und zur Verhinderung von Kapitalflucht. Diese Einteilungen sehen in bestimmten Fällen Entschädigungen vor.

Es soll eine Volksdemokratie höheren Typus' erreicht werden, die sich auf wirkliche und wirksame Ausdrucksformen der Volksmacht gründet."

Und sie stellt klar, daß "die Organisation der Volksmacht und der Regierungsgewalt sich auch konkret vor Ort ausdrücken muß".

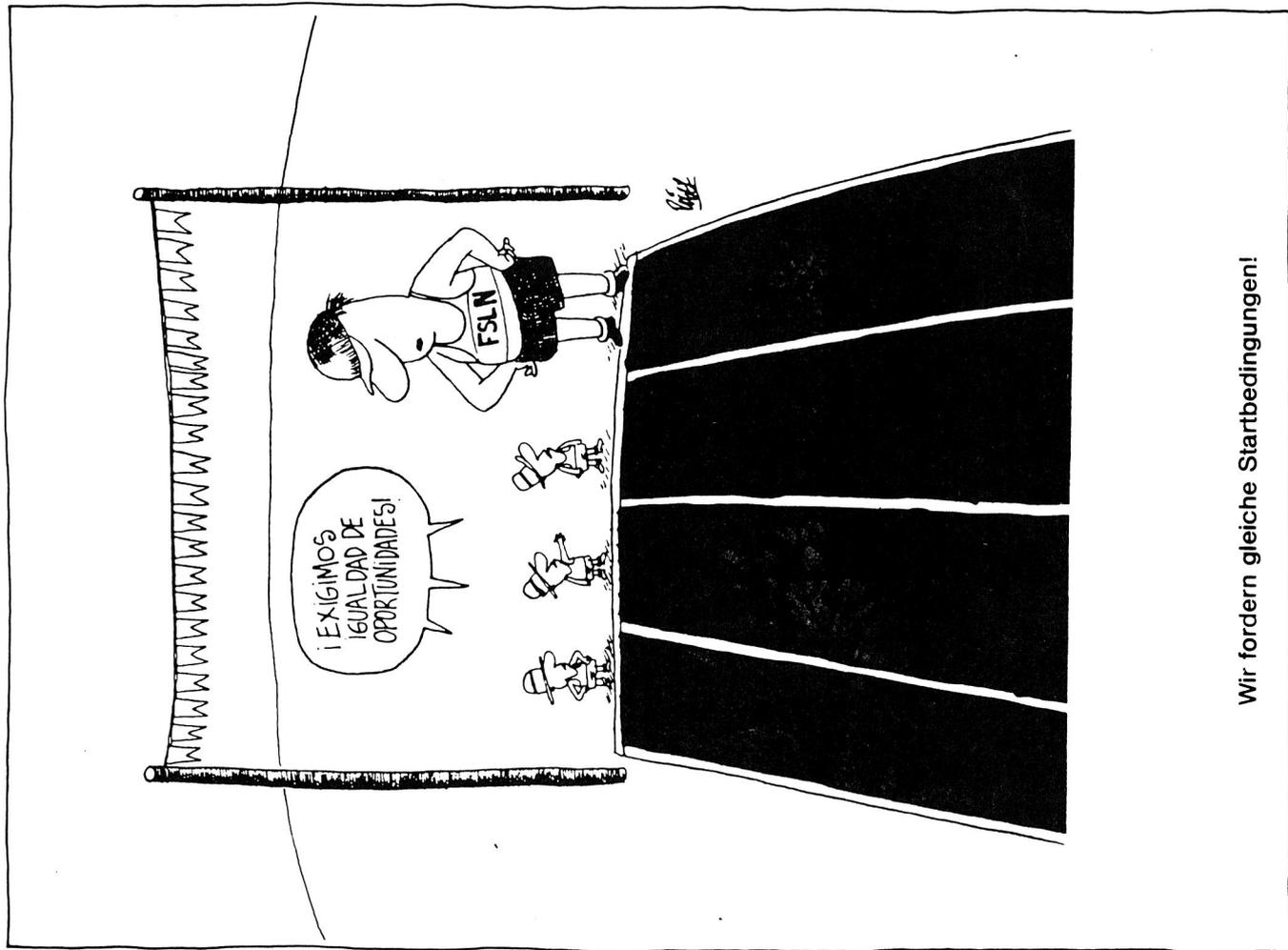
Die FSLN vertraut darauf, 80 % der Stimmen zu erringen, wie der Kommandant Arce auf dem Treffen der Sozialistischen Internationale in Rio de Janeiro erklärte. In ihrer Wahlkampagne hat sie die Zahl der Treffen vervielfacht, die sie seit fünf Jahren jede Woche zwischen den Revolutionsführern und den Ministern der Regierung auf der einen Seite und bestimmten Teilen der Bevölkerung (Stadtteilbewohner, Berufsgruppen, Gruppen mit ähnlichen Interessen, Volksorganisationen etc.) auf der anderen Seite veranstaltet. Auf diesen Treffen, die "Dem Volke gegenüber" genannt werden, und die immer im Radio und Fernsehen übertragen werden, werden die grundlegenden Themen der jeweiligen Woche erörtert und Fragen beantwortet, die die Anwesenden stellen.

Das herausragendste im Wahlkampf der FSLN ist der große Realismus, mit dem all ihre Kandidaten die Probleme angehen. Ein Realismus, der sich im folgenden Satz aus den offiziellen von der FSLN für den Wahlkampf vorgelegten Dokumenten zusammenfassen läßt: "Die FSLN erklärt aus Verantwortung gegenüber dem Volk, das sie anführt, daß die Möglichkeiten, den Lebensstandard schnell zu erhöhen, sehr begrenzt sind." Mit eben diesem Realismus wird in diesen Monaten - wie auch schon vorher - über das Fortdauern des Krieges gesprochen, über die begrenzten Möglichkeiten, Frieden zu schaffen, über die Schwierigkeiten, die schon begonnenen Entwicklungsprojekte voranzutreiben, über die äußerst schwierigen wirtschaftlichen Aussichten ... Über den Wahlkampf der FSLN zu sprechen, bedeutet in bestimmter Hinsicht über den ganzen revolutionären Prozeß zu sprechen, der auch in diesen Monaten weiter voranschreitet, jetzt mit dem Ziel, sich durch die Befragung des Volkes zu institutionalisieren. Als positiven Nebeneffekt des Wahlkampfs, und damit die Sandinisten besser auf die Beschwerden und Hoffnungen des Volkes eingehen können, hat die FSLN 70.000 Aktivisten mobilisiert, die Haus für Haus besuchen sollen. Sie sollen den Kampfplan vorstellen und ihn mit den Meinungen einer jeden Familie konfrontieren. Im Monat September ist mit diesen Besuchen systematisch begonnen worden, denen die FSLN mehr Bedeutung als irgendeiner anderen Wahlkampfmethode beimißt. Diese Methode des direkten Kontaktes mit dem Volk, die Erinnerungen an das Vorgehen während des langen Krieges gegen die Diktatur wachruft, ist jetzt charakteristisch für die Kampagne der Sandinisten, nachdem es in den ersten Augusttagen so schien, als würde sie untergehen in der mit protzigen Methoden geführten millionenschweren Werbekampagne.

"Weiter voran mit der Frente!" ist der einzige Wahlkampfslogan der FSLN. Darin drückt sich der Sinn aus, den diese Wahlen haben: sie sind eine weitere Etappe auf einem Weg, der schon freigeschlagen und anerkannt ist.

#### Wahlkampfplitter

"Es wird ein ganzes Leben dauern, bis wir das völlige Glück erreichen, denn viele von uns werden sterben, und die neuen Generationen werden diesen Prozeß weiter vorantreiben müssen"  
(Kommandant Carlos Nuñez, León, 1. August).



Wir fordern gleiche Startbedingungen!

# WAHLENTHALTUNG: EINE STIMME FÜR DEN KRIEG?

## DIE POSITION DER REAGAN-ADMINISTRATION

Die am 21. Februar 1984 vom Koordinator der Regierungsjunta, Daniel Ortega, angekündigte Vorverlegung der Wahlen auf den 4. November 1984 wurde unter hohen Erwartungen nicht nur von der Bevölkerung Nicaraguas, sondern auch von vielen Ländern in aller Welt begrüßt.

Eine bemerkenswerte Ausnahme bildete die Reaktion der Reagan-Administration, die die nicaraguensischen Wahlen schon Monate vor dem eigentlichen Wahlkampf von ihren verschiedenen Sprechern als „illegitime Farce“ diffamieren ließen.

Ein paar Monate zuvor, im Oktober 1983, hatte Nicaragua die Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit den Contadora-Verhandlungen aufgefordert, einem gleichzeitigen Rückzug aller Militärberater aus Zentralamerika, dem Abbau aller ausländischen Militärbasen in der Region und dem Verbot von militärischen Manövern mit Beteiligung ausländischer Truppen zuzustimmen. Diese Punkte bildeten die Grundlage für eine Friedensinitiative Nicaraguas, die den Anklagen den Boden entzog, mit denen die Reagan-Administration ihre Politik der militärischen Aggression gegen Nicaragua zu rechtfertigen pflegte.

Ohne auf die Aufforderung Nicaraguas einzugehen, fuhren die USA fort, Nicaragua öffentlich wegen des „Fehlens innerer Demokratie, des Mangels an Pressefreiheit und der Verfolgung der Miskito-Indianer“ zu schelten und diese Vorwürfe als Beweise für totalitäre Deformation auszugeben, womit die Politik der verdeckten Operationen gerechtfertigt werden sollte, die vom CIA und seiner Söldnerarmee aus FDN, ARDE und MISURA durchgeführt wurden.

Das „Fehlen von Demokratie“ scheint der hauptsächliche Vorwurf zu sein, dessen sich die USA bedienen, um den unerklärten Krieg gegen Nicaragua zu rechtfertigen.

Obwohl die Regierungsjunta, eingedenk ihrer Verpflichtung gegenüber dem nicaraguensischen Volk, eine Amnestie erließ (Dezember 1983), um zur Schaffung optimaler Voraussetzungen für die Beteiligung der Bevölkerung an den Wahlen beizutragen, obwohl sie die Wahlen auf den 4. November 1984 vorverlegte und die Rechte der politischen Parteien sowie die Pressefreiheit (Juli 1984) in vollem Umfang wiederherstellte, hat der militärische und politische Feldzug der Reagan-Administration gegen Nicaragua sich zunehmend verschärft.

Der konservative Politiker Adolfo Calero, der Sprecher von FDN-ARDE (der Söldnerarmee, deren militärische Führung sich vor allem aus früheren Offizieren der Nationalgarde Somozas zusammensetzt), kündigte im Zusammenhang mit diesem Feldzug eine neue militärische Offensive an, die noch während des September den militärischen Sieg über die Regierung Nicaraguas sicherstellen sollte.

Wenn internationale Beobachter auch ernste Zweifel hegen, ob die CIA-FDN-ARDE-Operationen überhaupt geeignet seien, die sandinistische Regierung zu besiegen, so ist doch klar, daß diese Truppen im Falle einer möglichen direkten militärischen Invasion durch die USA die Rolle einer Speerspitze übernehmen werden. Und bisher hat sich Präsident Reagan geweigert, eine solche direkte Invasion als Teil seiner Strategie der Reagan-Administration Konflikte auszuschließen.

Es ist so nicht weiter verwunderlich, wenn jene bewaffneten Gruppierungen, die offensichtlich in die militärische Strategie der Reagan-Administration

eingebunden sind, die Wahlvorbereitungen heftig bekämpft haben. Dies um so mehr, als sie im politischen Leben Nicaraguas völlig isoliert dastehen.

## DIE COORDINADORA DEMOCRATICA UND DIE US-STRATEGIE

Die Coordinadora Democratica und die in ihr zusammengeschlossenen drei Parteien haben sich selbst vom Wahlprozeß ausgeschlossen. Sie verweisen auf das „Fehlen von Garantien“ als Begründung dafür, sich nicht innerhalb der vom Wahlgesetz vorgeschriebenen Zeiträume registrieren zu lassen.

Auf welchen Voraussetzungen bestand die Coordinadora Democrática? Über welchen Einfluß verfügen die Parteien und Organisationen, die solche Forderungen aufstellen?

Die Antworten auf diese Fragen bilden zugleich den Schlüssel für das Verständnis ihrer Zielsetzungen und ihrer Strategie. Eine der „Vorbedingungen, auf denen die Coordinadora besteht, ist die Aufhebung des Notstandes; diese Forderung haben im übrigen jene Oppositionsparteien, die sich für die Wahlen eingeschrieben haben, seit der Wiederherstellung ihrer politischen Rechte am 19. Juli 1984 auch ständig erhoben.

Auch andere Forderungen – wie die nach der Trennung von Staat und Partei, nach einer selbständigen richterlichen Gewalt und nach Abschaffung der Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS) – unterscheiden sich nicht von denen, die als Wahlslogans von den am Wahlkampf beteiligten Oppositionsparteien erhoben werden. Die Hauptstoßrichtung in den Forderungen der Coordinadora zielt jedoch auf eine Amnestie, die auch die inhaftierten Somozisten und die Führer der konterrevolutionären Bewegung miteinschließen soll, auf die Aussetzung der Präsidentschaftswahlen sowie die Verlegung der Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung auf einen späteren Zeitpunkt – und schließlich auf das Zustandekommen eines nationalen Dialogs, der die konterrevolutionären Gruppierungen miteinbezieht.

Die erste Forderung traf auf erbitterten Widerstand in der nicaraguensischen Bevölkerung, die das Opfer der Nationalgardisten war, die heute wegen der von ihnen unter der Diktatur verübten Massaker abgeurteilt im Gefängnis sitzen. Auf die zweite Forderung einzugehen, wäre gleichbedeutend mit einer Annullierung des Wahlgesetzes, an dessen Entwurf und Verabschiedung doch alle politischen Sektoren des Landes, und insbesondere die Oppositionsparteien, beteiligt waren.

Der Aufruf zu einem nationalen Dialog unter Einschluß der von der Reagan-Administration finanzierten konterrevolutionären Gruppen wurde von der Regierung zurückgewiesen; sie sieht darin einem programmatischen Vorschlag, über den man die Bevölkerung bei den Wahlen abstimmen lassen sollte.

Der konservativ Politiker Arturo Cruz, den die Oppositionsparteien bei seiner Ankunft im Lande am 23. Juli als ihren Präsidentschaftskandidaten auf den Schild gehoben haben, erklärte, daß die Coordinadora den nationalen Dialog als grundlegende Bedingung für eine Teilnahme an den Wahlen ansehe.

Der Vorschlag der Coordinadora, der in der Presse und insbesondere in der Tageszeitung *La Prensa* weite Verbreitung fand, stieß aufgrund des breiten nationalen Konsenses gegenüber den ehemaligen Nationalgardisten

Somozas und gegen die interventionistische Politik der USA in den demokratischen Sektoren Nicaraguas kaum auf Widerhall. Dies wurde auch deutlich durch die massive Registrierung von Wählern für die November-Wahlen, die die ehrgeizigen Vorankündigungen des Obersten Wahlrates noch um 13,7% überstieg.

Die Forderung nach einem Dialog mit den Söldnertruppen als einer Vorbedingung für die Wahlen bildet auch das zentrale Argument für den Versuch der USA, die vom CIA dirigierte Kampftruppen zu rechtfertigen und in eine „kriegführende Kraft in der nicaraguensischen Politik“ umzutaufen.

Nachdem Adolfo Calero am 9. August in Washington erklärt hatte, daß er kein Hindernis für die Wahlen darstellen wolle, und die Idee verworfen hatte, die FDN entsprechend den Wünschen der Coordinadora in den Dialog miteinzubeziehen, konnte man in dem von ihm repräsentierten unbedeutenden Teil der gegen die Frente Sandinista stehenden Opposition Änderungen in den Positionen feststellen.

Am 14. August sprach Dr. Cruz, wiederum in Washington, zum ersten Mal von einem Dialog ohne Beteiligung der Konterrevolutionäre; nichtsdestoweniger gab er zu erkennen, daß die Einbeziehung der Kontras letztlich das Ziel jeglicher Verhandlung mit anderen politischen Kräften sei. Die Wahlkampagne hatte zu dem Zeitpunkt, als Cruz seine neuen Vorschläge präsentierte, schon begonnen; und innerhalb Nicaraguas nahm man diese Vorschläge gar nicht ernst, weil die Idee dazu einer politischen Initiative der von der Reagan-Administration finanzierten Söldnertruppen entstammte. Die tatsächliche Verhandlungsmacht der Coordinadora wurde kenntlich in dem geringen Interesse an ihren Veranstaltungen in den Provinzen und in dem negativen Echo auf ihre Aktionen während der Wählerregistrierung.

### WAS REPRÄSENTIERT DIE COORDINADORA DEMOCRÁTICA?

Die Mehrheit der Organisationen, die zur Coordinadora gehören, hat keine nationale Gefolgschaft; und sie haben kaum Einfluß auf die nicaraguensische Bevölkerung.

Die Christlich-Sozialen, die Organisation mit der längsten politischen Tradition, hat zwei Spaltungen hinter sich. 1976 spaltete sich die Christlich-soziale Volkspartei, die sich heute an den Wahlen beteiligt, ab und bildete eine eigene Partei. Erst kürzlich schloß sich eine Gruppe militanter Mitglieder

der Christlich-sozialen Partei der Konterrevolution in Costa Rica an, wo sie als Mitglieder der ARDE die „Christlich-demokratische Front“ bilden.

Obwohl sie seit mehr als einem Viertel Jahrhundert existieren, verfügen die Christlich-Sozialen nicht über Organisationen in allen Teilen des Landes, was für ihre geringe nationale Anhängerschaft spricht.

Ein weiteres Mitglied der Coordinadora, die Liberale Konstitutionalistische Partei, wurde 1967 gegründet, als sich ein Teil der Liberalen entschloß, mit dem Somozismus zu brechen. Ohne über eine nationale Organisationsstruktur zu verfügen, stellen die Liberalen Konstitutionalisten eine kleine Gruppe von kaum mehr als 300 Mitgliedern im ganzen Land dar.

Das jüngste Mitglied in der Coordinadora sind die Demokraten, die sich aus Politikern zusammensetzen, die sich am Widerstand gegen Somoza nicht beteiligt hatten und deren Organisation im wesentlichen über den Verteilungsapparat der oppositionellen Tageszeitung *La Prensa* funktioniert; Pedro Joaquín Chamorra, der Mitinhaber der *La Prensa*, ist eine der Führungsfiguren der Sozialdemokraten.

Die Konservative Partei Nicaraguas ist ebenfalls Mitglied der Coordinadora; sie vertritt traditionelle Strömungen, die wiederholt mit der Somoza-Diktatur kollaboriert hatten. Deswegen besitzen sie im Mittelstand und in der Arbeiterklasse Nicaraguas keinerlei Ansehen.

Die Arbeiterorganisationen in der Coordinadora Democrática – der CUS und der CTN – sind just in dieser Frage gespalten: Ob man zur Coordinadora gehören solle oder nicht. Beide Arbeiterorganisationen zusammen haben nicht mehr als 10.000 Mitglieder; das sind weniger als 10% der organisierten Arbeiterschaft in Nicaragua.

Schließlich ist der Verband der Privatunternehmer (COSEP) in der Coordinadora vertreten; er repräsentiert das Großunternehmertum. Die Unterstützung für den COSEP hat zugenommen, seit man ihn zu einer Standesorganisation gemacht hat und er Pressure-group-Funktion für die politischen Interessen seiner Führung entwickelt hat. Es gibt neben und unabhängig von dem COSEP noch einen weiteren Sektor von Großunternehmern, die eigene Positionen vertreten. Die kleinen und mittleren Bauern, die mehr als 30% der landwirtschaftlichen Produktion des Landes bestreiten, sind in der Nationalen Vereinigung der Bauern und Viehzüchter (UNAG) zusammengeschlossen.

Quelle:

Wahlen in Nicaragua -  
Die sandinistische Revolution verteidigen  
Bonn 1984, S. 13-14

# Die Qual mit den Wahlen in Nicaragua

Managua (apia). Das spektakuläre Gastspiel des kurzlebigen Präsidentschaftskandidaten der nicaraguanischen Geschichte, Arturo Cruz Porras vom konservativen Wahlblock der „Coordinadora Democratica“ könnte sich zu einem politischen Dauerbrenner gegen die FSLN entwickeln. Denn obwohl keine einzige der in dieser Allianz zusammengeschlossenen Oppositionsparteien einen Kandidaten innerhalb der am Mittwoch letzter Woche abgelaufenen Frist bei der obersten Wahlbehörde eingetragen hat, geht die Diskussion über die Änderung des Wahlfahrplanes zwischen den Sandinisten und den sechs ordnungsgemäß registrierten Wahlparteien der linken und liberalen Opposition weiter.

Die Show bei der Rückkehr des ehemaligen Mitglieds der nicaraguanischen Regierungsjunta Arturo Cruz sollte an die Bilder bei der Rückkehr von Oppositionsführern in Chile, Brasilien, Uruguay erinnern. Alles war bestens vorbereitet: Spruchbänder mit „democracia si, comunismo no“, „habra mucha pasta de diente con Arturo presidente“ („mit Arturo als Präsident gibt es wieder Pepsodent“ etc.) gab es in Hülle und Fülle. Die nordamerikanischen Fernseh- und Reporterteams arbeiteten auf Hochtouren - manche waren extra eingeflogen worden -, und das Geschrei aus den Lautsprechern ließ das eigene Wort erstickten.

Doch der den Wahlkämpfen in Mexiko und Venezuela entlehnte klamaukartige Stil, mit dem die Konservativen überraschten, vermochte die mangelnde Quantität ihrer Anhängerschaft nicht zu ersetzen: Am Flughafen und auf einer Demonstration waren kaum 100 Leute erschienen und selbst bei der Wahlversammlung blieben einige Sitze des ungefähr 600 Personen umfassenden Stadtkinos leer.

„Um auf dem internationalen Markt der öffentlichen Meinung die Legitimität dieser Wahlen verkaufen zu können“, begann der aus Washington eingeflogene Bankexperte Arturo Cruz seine Vorstellung. „muß der Scheck auch die Unterschrift der Opposition tragen, um nicht ungedeckt zu sein“.

Die „Coordinadora“ machte ihre Teilnahme an den Wahlen von der Erfüllung eines neun Punkte umfassenden Forderungskatalogs abhängig, der unter anderem eine Trennung von Staat und Partei, die Aufhebung des Notstandes und eine Generalamnestie sowie Verhandlungen mit der bewaffneten Opposition verlangt. Cruz machte auch keinen Hehl daraus, daß er Absprachen mit den Anführern der konterrevolutionären Bewegungen wie dem FDN-Chef Adolfo Calero, den ARDE-Vorsitzenden Alfonso Robelo und dem Miskito-Führer Steadman Fagoth getroffen hätte, denzufolge diese bereit wären, die Waffen niederzulegen, sofern die Sandinisten den von der bürgerlichen Op-

position erhobenen Forderungskatalog erfüllten.

## Verhandlungen mit der Contra gefordert

In ihrer ersten Reaktion blieben die Sandinisten zunächst hart: Die Forderung nach einer Verlängerung der Einschreibfrist für die Kandidaten, die am 25. Juli ablief, quittierte der Vorsitzende der politischen Kommission der FSLN mit der Bemerkung, daß seine Partei nicht in der Lage sei, die von der staatlichen Wahlbehörde getroffenen Entscheidungen rückgängig zu machen. „Wir sind aufgefordert worden, die Partei vom Staat zu trennen und halten uns auch daran“, erklärte Comandante Bayardo Arce. Trotzdem gestand er auf Antrag der linken Oppositionsparteien eine Verlängerung der am 4. August ablaufenden Frist zu, innerhalb der die einzelnen Parteien miteinander Allianzen schließen können. „Wenn die Coordinadora ernsthaft an der Teilnahme an den Wahlen interessiert ist, dann könnte sie irgendeine ihrer Parteien vorläufig einschreiben und hätte dann immer noch Zeit, Koalitionen zu bilden, Kandidaten auszuwechseln oder überhaupt von den Wahlen zurückzutreten“, argumentierte Arce.

Aber der von Arturo Cruz angeführten Oppositionsallianz geht es um mehr als partielle Zugeständnisse im formalen Wahlverfahren. Sie will Zeit gewinnen, um ihre Position im In- und Ausland möglichst publikumswirksam aufbauen zu können. Sie will die Sandinisten mit ihrem Neun-Punkte-Programm schon vor den Wahlen zur teilweisen Anerkennung des konservativen Regierungsprogrammes und vor allem zu Verhandlungen mit der „Contra“ zwingen.

„Mit den Söldnerheeren gibt es nichts zu verhandeln“, erklärte kürzlich der Koordinator der Regierungsjunta und Präsidentschaftskandidat der FSLN, Daniel Ortega. „Denn diese sind ein Instrument der USA und daher müssen wir mit diesem Land direkt verhandeln.“ Die kategorische Ablehnung der Sandinisten gegenüber dem Vorschlag, „nicht mit dem Zirkusdirektor, sondern mit den Akrobaten zu verhandeln“ (Bayardo Arce), beruft sich auf die über 7.000 Toten, die die bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Contra seit drei Jahren gefordert haben.

## „Cruz im Auftrag der CIA“

„Der Herr Cruz tauchte in Nicaragua im Auftrag der CIA, des State Department und der US-Regierung auf, um Präsident Reagan dabei zu helfen, „die Anstrengungen Nicaraguas zu unterminieren, die Unterstützung der nordamerikanischen öffentlichen Meinung wiederzuerlangen“. Diese harten Worte Daniel Ortegas scheinen nicht ungerechtfertigt, wenn man bedenkt, daß Nicaragua in der westlichen Presse insgesamt schwere Rückschläge zu verzeichnen hatte. Schon seit Monaten wurde die Anschuldigung der Konservativen, in Nicaragua fehlten die Voraussetzungen für freie Wahlen, gerade von jenen Medien wiederholt, die die Wahlen in El

Salvador trotz der zur selben Zeit stattgefundenen Bombardierungen der Zivilbevölkerung als 'Inbegriff der Demokratie' darzustellen wußten.

Man kann sich daher leicht ausrechnen, daß ein Arturo Cruz, dessen Kandidatur den sogenannten „demokratischen Prinzipien“ geopfert wird, weitaus mehr Wasser auf die Mühlen der auf seiten der Sandinisten stehenden Presse wird gießen können, als in der Rolle des wenig populären Kandidaten der Konservativen im eigenen Land. Der politische Dauerbrenner Cruz, der u.a. alle christdemokratischen Parteien Westeuropas und einen Teil der Demokratischen Partei in den USA hinter sich weiß, braucht sich selbst gar nicht mehr zu legitimieren, wenn er die Legitimität der Sandinisten in Zweifel stellt.

Die FSLN stellt sich seit einigen Tagen zu einer fast permanenten Diskussion mit den Parteienvertretern. In diesen Diskussionen kommen nicht nur formale Themen wie die Einschreibfristen und die Parteienfinanzierung zur Sprache, sondern auch die Frage der Aufhebung des Ausnahmezustandes, die die FSLN von einem von allen Parteien unterschriebenen Brief an Ronald Reagan abhängig machen will, in der dieser zur Einstellung der Aggressionshandlungen gegen Nicaragua aufgefordert werden soll.

Auf diese Art und Weise sind die Sandinisten auch bereit, Konzessionen zu machen, deren politisches Kapital aber nicht den mit Washington und den Contras verbundenen Konservativen zugute kommen, sondern jenen Parteien, die sich - obwohl den Sandinisten gegenüber kritisch gesinnt - gegen die Aggressionshandlungen der USA ausgesprochen haben. Wie weit diese Konzessionen gehen werden, kommt nicht nur auf den Stand der Verhandlungen zwischen den Parteien an, sondern auch auf das Kräfteverhältnis der verschiedenen politischen Strömungen im Innern der FSLN. Dort gibt es einerseits diejenigen, die mit Innenminister Tomas Borge der Auffassung sind, daß der Krieg ohnedies unvermeidbar ist, egal welche Flexibilität die FSLN auch zeigt und diejenigen, wie Daniel Ortega, die einen „würdevollen Frieden“ als Resultat von internationalen und internen Allianzen noch für möglich halten.

Die politische Krisensituation wird derzeit noch durch die Tatsache verschärft, daß die antisandinistischen Kontingente in den Bergen des Nordens und Nordwestens eine Großoffensive vorbereiten. Bei der Rekrutierung von Tausenden von Jugendlichen im Alter von 16 bis 20 Jahren leisteten einige von ihnen Widerstand.

Wenn man mit den Angehörigen der neuen Rekruten spricht, stellt man eine wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der gegenwärtigen Lage fest, die sich auch in der Forderung der linken Oppositionsparteien nach Verhandlungen mit den USA widerspiegelt.

Leo Gabriel, apia

# Saubere Wahlen sind in Sicht

*Managua (taz) - Erstmals in der Geschichte Nicaraguas zeichnet sich eine hohe Teilnahme der Bürger an Wahlen ab. Die mangels Wahlregister notwendige Wählerregistrierung ist am Montag nach vier arbeitsfreien Tagen mit einer Einschreibungsquote von mindestens 80% aller Bürger über 16 Jahren zu Ende gegangen. Dieses für ein Dritte-Welt-Land sensationell hohe Interesse an Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stellte am Montagabend der Präsident der Obersten Wahlbehörde, Mariano Fiallos, nach Abschluß der Kampagne in Managua fest.*

In Matiguas, einem kleinen, von der Contra häufig umkämpften Nest 200 Kilometer nordöstlich von Managua wartet bei tropischem Wolkenbruch auch am Sonntag, dem dritten Tag der Einschreibungskampagne, eine lange Menschenschlange auf ihre Registrierung. „Wie heißen Sie“, fragt die Präsidentin des Einschreibebüros, Rutvilia Munguia. „Juana Fonseca Calvo“, antwortet eine dunkelhäutige Bäuerin. „Haben Sie ein Dokument, aus dem das hervorgeht?“ „Nein, aber ich habe zwei Zeugen mitgebracht“, antwortet sie wie fast alle hier. Die Präsidentin, der offenbar alle Einschreibewilligen bekannt sind, steht auf und nimmt den beiden Zeuginnen den Schwur ab, daß es sich um die Besagte handele. Zwei Beisitzerinnen vermerken die Angaben über Namen, Geburtsort und -datum sowie Wohnort in zwei dicken Wahlbüchern und bitten die Bäuerin schließlich um ihre Unterschrift und den Abdruck des rechten Daumens in der Liste. Die Einschreibung ist mit der Aushändigung einer „Bürgerkarte“ und der Belehrung durch die Präsidentin, diese Karte müsse zur Wahl am 4. November wieder mitgebracht werden, beendet.

## **Keine Unregelmäßigkeiten**

Die gleiche sorgfältige Prozedur hatte ich am Vortag in mehreren Vierteln Managuas und in ländlichen Bezirken der angrenzenden Provinz Masaya festgestellt. Eine deutsche Journalistin, die den Sonntag im Kriegsgebiet an der Grenze zu Honduras verbracht hatte, berichtete, daß selbst die Einschreibestelle von Las Manos, 200 Meter von der Grenze entfernt, von den Bauern des Ortes eifrig frequentiert worden sei. Unregelmäßigkeiten waren sowohl dort wie auch an den Orten, die ich besuchte, nicht zu bemerken. Der einzige Mangel, der offenbar in mehreren Provinzen auftrat, betraf die unzureichende Versorgung mit den Karten, die am 4. November zur Wahl vorgelegt werden müssen. So mußten einige Einschreibewillige ihren bisweilen äußerst mühsamen Weg ein zweites Mal zurücklegen. Die Vorbereitung der Wahlen verläuft ungewöhnlich akribisch und erscheint geradezu als Fremdkörper in einem Land, in dem für die unmittelbaren Belange der Menschen durchaus Wichtigeres als die Abhaltung von Wahlen mit weitaus weniger Aufwand bedacht wird. Wer noch den Ausspruch eines FSLN-Chefs im Ohr hat, in der gegenwärtigen Situation gäbe es für Nicaragua Nötigeres als die Abhaltung

von Wahlen, wurde von der enormen Anstrengung überrascht, mit der die Regierung eine hohe Beteiligung der Bürger an den Wahlen zu erreichen sucht.

Im Vergleich zu den salvadorianischen Wahlen am 25. März, wo die Wahlhelfer oft erst am Wahltag selbst die Vorschriften erhielten und nicht einmal die Zeit hatten, sich mit den wichtigsten Instruktionen vertraut zu machen, haben wir hier in den Einschreibebüros allenthalben über Wahlgesetz und -verfahren gut informierte Mitarbeiter vorgefunden. Nach dem Prinzip der Alphabetisierungskampagne sind zunächst im Mai 100 Multiplikatoren geschult worden, die ihrerseits jeweils 50 Helfer ausgebildet haben, bis schließlich auf der Ebene der 4.500 Einschreibebüros im ganzen Land 50.000 Helfer auf die Einschreibung und die Novemberwahl vorbereitet waren.

## **Wahlfälschung praktisch unmöglich**

„Allein im Departement Managua mit vielleicht 550.000 Einschreibeberechtigten haben wir 938 Einschreibestellen eingerichtet“, erklärt der Wahlpräsident für diese Region, Oscar Melendez. „Wir können nicht ausschließen, daß sich jemand zweimal meldet; unter den 358.000 Einschriebenen der ersten beiden Tage ist das auch schon zweimal vorgekommen. Da die elf Leute eines jeden Wahlbüros überwiegend aus dem Viertel selbst stammen, ist dennoch weitgehend ausgeschlossen, daß jemand noch in einem zweiten Viertel erklären kann, er wohne dort, um sich einzutragen.“

Ebenfalls anders als in El Salvador, wo bereits am frühen Nachmittag des Wahltages aufgrund des enormen Durcheinanders auf die Konsultation des Wahlregisters überhaupt verzichtet wurde, jeder wählen konnte, wo er wollte, und damit eine effektive Überprüfung unmöglich geworden war, ist in Nicaragua mit einem sehr einfachen und sauberen Wahlverfahren zu rechnen: Die hohe Zahl der Wahlbüros ermöglicht, daß jeweils kaum mehr als 500 Wahlzettel nach Vorlage der „Bürgerkarte“ und nach dem Vergleich mit den Angaben im Wahlbuch ausgegeben werden.

„Wer einen Wahlzettel erhält, muß seinen Daumen in eine nicht abwaschbare Tinte stecken“, berichtet Oscar Melendez. „Innerhalb eines Tages bekommt man sie nicht ab. Die Daumen müssen bei Vorlage der Karte vorgezeigt werden. Für andere Kontrollen fehlen uns die Mittel. Allein hier in Managua kostet uns die Einschreibung 18 Millionen Cordobas (etwa 1,7 Mio. DM).“

## **Keine Kritik von selten der Opposition**

In den Einschreibebüros fällt auf, daß die Opposition keine oder kaum Wahlhelfer gestellt hat. Die Helfer sind häufig Lehrer oder wurden aus den jeweiligen Vierteln nach Konsultation mit dem Wahlrat der Zone vorgeschlagen. Die FSLN, ihre Nachbarschaftskomitees und Gewerkschaften sind wegen ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit daher am häufigsten hinter

den Einschreibebüros vertreten. Das allerdings greift die Opposition nicht an, wohl wissend, daß keine Partei in der Lage wäre, auch nur eine einzige Person in jedes der Einschreibebüros zu delegieren.

Der zurückgetretene Präsidentschaftskandidat der rechtsoppositionellen „Coordinadora Democrática“, Arturo Cruz, begründet seine Kritik an dem Urnengang, die Wahlen legitimierten „eine marxistisch-leninistische Tyrannei“ dann auch damit, daß die Wahlen ohne vorherige Einhaltung seines Forderungskatalogs durchgeführt werden, vor allen ohne vorherigen Dialog mit der CIA-finanzierten FDN und dem inzwischen militärisch kaltgestellten ehemaligen ARDE-Führer Eden Pastora. Am Wahlprozeß selbst, das erkennen sämtliche Oppositionsparteien mit ihrem Schweigen bereits jetzt an, dürfte kaum etwas auszusetzen sein.

## **Von Internationalen Beobachtern nichts zu sehen**

„Wo sind denn die internationalen Beobachter, die den Wahlprozeß in El Salvador in ein Vorbild an Demokratie umgeschwindelt haben?“, fragt die Grünen-Abgeordnete Gaby Gottwald, die sich gerade in den Gebieten umgesehen hat, in denen die Contra über eine gewisse Stärke verfügt. „Am 4. November wird die Stimmabgabe interessieren, nicht aber mehr der gewaltige Aufwand, den vorwiegend die FSLN unternommen hat, damit erstmals in der Geschichte Nicaraguas saubere Wahlen mit hoher Beteiligung stattfinden können. Was hier geschieht, widerspricht den bei uns gehandelten Klischees: Es ist der Aktivität der FSLN zuzuschreiben, daß sich mehr als 80% der Bevölkerung für ihr Wahlrecht engagiert haben; ein Anteil, von dem jede amerikanische Regierung nur träumen kann.“

Juana Fonseca Calvo aus Matiguas erzählt, warum sie sich eingeschrieben hat. „Zum ersten Mal gibt es freie Wahlen. Ich habe noch nie gewählt und bin jetzt 60 Jahre alt.“ Ob sie wisse, was gewählt werde und welche Parteien kandidieren, frage ich sie. „Nein, das weiß ich nicht. Aber sie haben erzählt, es gibt freie Wahlen, und da muß man hingehen.“

Die erste Phase des nicaraguanischen Wahlprozesses, die Einschreibung, ist beendet. Mit dem 1. August beginnt die zweite, der Wahlkampf. Es bleibt zu hoffen, daß die kommenden drei Monate die Bevölkerung über den Inhalt der Wahl aufklären, so daß sich am 4. November auf den Stimmzetteln tatsächlich das widerspiegelt, was die Bevölkerung politisch will. Das kann auch das sauberste Wahlverfahren nicht garantieren. Doch nach dem überaus starken Engagement der Bevölkerung bei der Einschreibung sind die Voraussetzungen hierfür günstiger als in allen vergleichbaren Dritte-Welt-Ländern.

Klaus-Dieter Tangermann

## KOMMENTAR

Zum „Verbot“ einiger nicaraguanischer Oppositionsparteien

## Ein willkommenes „Verbot“

„Nicaraguas Oppositionsparteien verboten“, verkündeten die internationalen Presseagenturen. „Desinformations-Multis“, werden diese in Nicaragua genannt, und da ist etwas Wahres dran. Denn wenn man in Nicaragua erst aus ausländischen Zeitungen über angebliche „Judenverfolgungen“ im Lande und zuletzt sogar über die absurden Behauptungen über „Rauschgiftaffären“ der Sandinistenführung erfuh, so wundert man sich nicht mehr darüber, daß die oppositionelle „Coordinadora Democrática“ überall mehr Gesicht hat als in Nicaragua.

Die Vertreter dieses Bürgerblocks müssen regelmäßig Pressekonferenzen einberufen, um daran zu erinnern, daß es sie noch gibt und um ihr Bekenntnis zu dem im Dezember veröffentlichten Dokument „Freie Wahlen: ein Schritt in Richtung Demokratie“ zu bekräftigen. In dem Papier, das sich inhaltlich wenig von dem Anfang 1983 verbreiteten Forderungskatalog der CIA-gesponsorten Contras unterscheidet, stellen die drei Rechtsparteien ihre Bedingungen für die Beteiligung an den Wahlen. Diese Bedingungen sind mittlerweile zum großen Teil erfüllt worden. Bereits am 3. Dezember 1983 hatte die nicaraguanische Regierung eine Amnestie für gefangene Miskito-Indianer erlassen, die auf seiten der Contras gekämpft hatten. Vor einem Monat wurde das Habeas-Corpus-Recht wiederhergestellt, das Streikverbot aufgehoben, die Pressezensur auf militärische Informationen beschränkt. Vertreter der Coordinadora hatten jedoch schon Monate vorher vertraulich wissen lassen, daß ein Verbot ihnen nicht ungelogen käme, um „der Weltöffentlichkeit zu beweisen, daß es keine wirklich freien Wahlen geben wird“ (so der Chef des Privatunternehmerverbandes COSEP im Mai).

Von den drei in der Coordinadora vertretenen Parteien hat lediglich die „Christlich-Soziale Partei“ (PSC) Geschichte und Basis. Gegründet in den 50er Jahren erfuh sie ihren größten Aufschwung nach der kubanischen Revolution, als US-Präsident Kennedy im Rahmen der „Allianz für den Fortschritt“ die reformistischen Kräfte in Lateinamerika stärkte. Für die 1975 von der PSC abgespaltenen linkschristlichen PPSC repräsentiert die alte Partei die verkümmerten Werte der Vergangenheit und ist als so „fortschrittlich“ einzuschätzen wie José Napoleón Duarte in El Salvador.

Die „Liberal-Konstitutionalistische Partei“ (PLC) - ein Sammelbecken für Somoza-freundliche Unternehmer und Angehöriger freier Berufe - bekennt sich zum klassischen Liberalismus und macht keinen

Hehl daraus, daß die wenigen sozialen Prinzipien eher aus optischen Gründen in ihrem Parteiprogramm aufgenommen wurden.

Die „Sozialdemokratische Partei“ (PSD) schließlich - wenige Monate nach dem Sturz Somozas gegründet - bemüht sich ohne großen Erfolg um Aufnahme in die Sozialistische Internationale, wo sie nur am äußersten rechten Flügel Fürsprecher gefunden hat.

Juntamitglied Sergio Ramirez, der die „Sozialchristliche“ für die stärkste der Oppositionsparteien hält, sieht die Stärke der mehr auf dem Papier als in Wirklichkeit existierenden kleinen Rechtsparteien im Wahlboykott.

In der Tat können diese Gruppierungen in der Provinz weder auf eine Parteistruktur, noch auf eine Anhängerschaft verweisen. In entlegenen Gebieten hat sich bisher noch kaum herumgesprochen, daß es in Nicaragua überhaupt Parteien gibt.

Das monatelange Hinhalten über der Coordinadora - Einschreibung oder Nicht-Einschreibung - sollte wohl dazu dienen, die Sandinisten, die mehrmals die Einschreibefrist verlängerten, mürbe zu machen, und die Widersprüche innerhalb der FSLN-Führung zum Ausbruch kommen zu lassen.

Ob es von sandinistischer Seite klug war, den Rechtsparteien jetzt durch Entzug der Rechtspersönlichkeit öffentliche politische Betätigung zumindest bis zur Verabschiedung eines neuen Parteiengesetzes im nächsten Jahr zu verbieten, ist mehr als fraglich. Denn im Ausland werden sie in jedem Fall Stimmung gegen die Wahlen machen, und im Inland wird das Konfliktpotential nur größer.

Arturo Cruz, der verhinderte Präsidentschaftskandidat der Coordinadora, will nach seiner „Anti-Wahlkampagne“ durch Lateinamerika und Europa nach Nicaragua zurückkehren und trotz Verbot Veranstaltungen abhalten. Als nicaraguanischer Staatsbürger kann er nicht abgeschoben werden. Die Sandinisten werden ihn also verhaften müssen und riskieren damit, einen neuen „Martyrer für die Demokratie“ aufzubauen.

Über diese Konfrontationen wird man dann allzuleicht vergessen, daß sich immerhin sieben Parteien (von der konservativen PCD bis zur ultralinken MAP) an einem unter Kriegsbedingungen äußerst fairen Wahlkampf beteiligen, bevor sie sich am 4. November dem von einem minderheitenfreundlichen Wahlgesetz geregelten Volksvotum stellen.

Ralf Leonhard/Managua

Managua (taz) - Am fünften Jahrestag des sandinistischen Sieges über Diktator Somoza, dem 19. Juli, wurde dem Volk, wie bei solchen Ereignissen üblich, Gutes verheißen: „Um die Sauberkeit der anstehenden Wahlen zu gewährleisten, garantiert die Revolutionäre Regierung die Ausdrucksfreiheit. Eine vorherige Kontrolle wird einzig bei jenen Informationen beibehalten, welche die Verteidigung unserer von der nordamerikanischen Macht angegriffenen Nation berühren.“ Mit diesen Worten kündigte Juntachef Daniel Ortega die nahezu völlige Aufhebung der Pressezensur an, die seit der Verhängung des wirtschaftlichen und sozialen Notstandes im März 1982 ausgeübt worden war.

## Politische Zensur ist selten

„Wir müssen jeden Morgen nach wie vor zwischen zehn und elf Uhr sämtliche Artikel der Zensurstelle vorlegen und erhalten die Antwort in der Regel zwischen 14 und 15 Uhr“, erklärte Salvador Espinoza von der Oppositionszeitung 'La Prensa' gegenüber der taz. „Wir können jetzt etwas mehr als früher schreiben“, fügte Auslandschef Edgar Castillo hinzu, „die Zensur hat sich etwas gelockert. Aber vor kurzem haben sie uns an einem sehr wichtigen Tag so viele Artikel herausgestrichen, daß die Zeitung überhaupt nicht erscheinen konnte.“

Ende der ersten Augustwoche war die Einschreibefrist für die Parteien abgelaufen, die sich an den Wahlen am 4. November beteiligen wollen. Die Parteien des Rechtsblocks „Demokratische Koordination“ hatten bereits Monate zuvor angekündigt, an den Wahlen nicht teilnehmen zu wollen und hatten diese Entscheidung gerade wahrgemacht, indem sie der Einschreibung fern geblieben waren. Dem Parteiengesetz gemäß würde ihnen daraufhin der Status einer politischen Partei aberkannt werden. Man konnte also gespannt sein, wie die Parteien diese Entwicklung sähen und was sie nun zu tun gedächten. Doch ihr Organ, 'La Prensa', erschien an diesem Montag, dem 6. August, nicht.

„Sie hatten einen Artikel vorgelegt, in dem Arturo Cruz (der Führer der Rechtsopposition, d.Red.) als Präsidentschaftskandidat bezeichnet wurde“, erklärte Leutnant Nelba Blandón vom Innenministerium, die Zensurchefin. „Nachdem sich die Parteien der Demokratischen Koordination nicht eingeschrieben haben, ist er das ja nun nicht mehr. Deswegen durfte der Artikel nicht erscheinen.“ Guerillakommandant Omar Cabezas fügte hinzu, nur dieser eine Artikel sei zensiert worden, die anderen habe die 'Prensa' von sich aus hinzugefügt, um behaupten zu können, die Zensur habe an einem so wichtigen Tag das Erscheinen der Stimme der Opposition verhindert.

Mit der Wirklichkeit hatte das jedoch nichts zu tun. Die Zensur hatte an diesem Tag nicht weniger als acht Artikel herausgestrichen, von denen die wichtigsten über öffentliche Veranstaltungen von Arturo

# Revolution — revolutionäre Zensur?

Cruz in Matagalpa und Chinandega berichteten und Cruz tatsächlich als Präsidentschaftskandidaten der sogenannten „Demokratischen Koordination“ bezeichneten. „Was hat das mit der Verteidigung der Nation zu tun?“, fragt Edgar Castillo und verweist auf die Rede von Daniel Ortega vom 19. Juli.

Doch die Zensur derartiger Artikel ist die Ausnahme. Politische Meinungen fallen so gut wie nie unter die Zensur. Das Meinungsspektrum in der nicaraguanischen Presse reicht von linker Kritik an den Sandinisten in den Organen der KP, der Sozialistischen Partei und der kleinen MAP bis zu äußerst rechten Positionen derer, die gegen Nicaragua Krieg führen, die „Contra“-Organisation FDN und ihrer Befürworter in der amerikanischen Regierung. Noch im August druckte 'La Prensa' eine gegen die Sandinisten gerichtete achtteilige Serie von Arturo Cruz.

## Zensur im militärischen Bereich: SMP

Dagegen unterliegen Meldungen zur militärischen Lage strikter Kontrolle. Die meisten Artikel zu diesem Thema sind der 'Prensa' im August herausgestrichen worden, und nicht ein einziger Artikel wurde zu dem in Nicaragua gegenwärtig äußerst brisanten Thema, der Wehrpflicht, genehmigt. Es handelt sich bei diesem „Servicio Militar Patriótico“ (SMP) um ein gewöhnliches Wehrpflichtgesetz, wie es in anderen Staaten auch erlassen wird, zumal in einem Verteidigungskrieg gegen eine äußere Aggression. Nur hatte es das bislang in Nicaragua nicht gegeben, zumal sich die Wehrpflicht angesichts der Aggression de facto in eine Kriegspflicht verwandelt. Als die Regierung dieses im letzten Jahr erlassene Gesetz anzuwenden begann und junge Männer rekrutierte, kam es mehrfach zu Protesten in der Bevölkerung. Für den Krieg gegen die von Honduras aus unterstützten „Contras“ reicht offenbar das bisherige aus Freiwilligen gebildete „Sandinistische Volksheer“ (EPS) nicht mehr aus: Seit kurzem werden Jugendliche auch gegen ihren Willen eingezogen. Die Rechtsparteien, die bislang vorwiegend aus der schlechten Versorgungslage Kapital gegen die Regierung zu ziehen versuchten, haben natürlich sofort erkannt, daß hier der Zündstoff liegt, der ihrer in der Bevölkerung bislang eher mit Ablehnung aufgenommenen Forderung nach einem „Nationalen Dialog“ zwischen der Regierung und den „Contras“ Wirkung verschaffen könnte. Denn der Widerstand gegen die Einberufung der Söhne in einen Krieg, der inzwischen an die 8.000 Tote gefordert hat, reicht auch in sandinistische Familien hinein und ließe sich — so die Hoffnung der Rechtsparteien — mit der Forderung nach einem Kriegsende durch eben den „Nationalen Dialog“ verknüpfen.

„Wir begrüßen diesen fünften Jahrestag mit Schmerz, den die Fortsetzung des Krieges zwischen Nicaraguanern erzeugt, der aus den Verletzungen und Abweichungen vom ursprünglichen Plan der Regierung herrührt“, schrieb die 'Prensa' in einem Editorial am 18. Juli und machte die Regie-

rung für den Krieg verantwortlich. Nicht nur für die 'Prensa', auch für die Rechtsparteien ist klar, wer für den Krieg verantwortlich ist. Motto: Wären die Sandinisten nicht da, gäbe es keinen Krieg. So liegt für die Sandinisten ihrerseits ebenso auf der Hand, worauf die Forderung nach einem „Nationalen Dialog“ abzielt. Der Preis für ein Ende der äußeren Aggression ist die Beteiligung der „Contra“ an der Macht. Als Arturo Cruz wenige Tage vor Ende der Einschreibfristen von der Forderung abrückte, die Sandinisten müßten einen Dialog mit der „Contra“ aufnehmen und sich stattdessen selbst als Vermittler ins Spiel brachte, war die Antwort prompt: Sowohl FDN-Chef Adolfo Calero als auch Edén Pastora, die beiden Führer der bewaffneten Opposition, waren plötzlich nicht mehr an dem „Nationalen Dialog“ interessiert.

Die Regierung hatte sich in der vermutlich richtigen Überlegung nicht einmal auf Gespräche über die Dialog-Forderung eingelassen, daß dadurch kein Friede zu gewinnen sei. Nicht die „Contra“-Gruppen bestimmen nämlich hierüber, sondern die US-Regierung, die mittels ihrer Botschaft in Honduras auch die Koordination des Krieges innehat. Für die CIA dürfte es in der Tat nicht unmöglich sein, die FDN durch andere Söldnerorganisationen zu ersetzen, sollte dies notwendig werden, um den Krieg fortführen zu können. So bleibt der Regierung nichts anderes, als die „Contra“-Drohung einer Großoffensive mit 18.000 Mann ernstzunehmen. Seit einigen Wochen wird verstärkt rekrutiert. In mehreren Orten ist es — allerdings als Einzelfälle und keineswegs als Regel — zu dem gekommen, was Juntamitglied Sergio Ramirez „Übergriffe“ nennt. Sandinistisches Militär hatte in mehreren Gegenden Überlandbusse angehalten und alle jungen Männer mitgenommen, die sich entsprechend ausweisen konnten. Als die Mütter davon erfuhr, belagerten sie die Meldestellen und verlangten die Rückkehr ihrer Söhne, die sich in einem Fall zumindest bereits an der Front befanden. In einigen Orten freilich — auch das ein Kennzeichen nicaraguanischer Politik — gaben die Militärs die Jugendlichen wieder heraus, damit der Protest endlich aufhöre.

Ohne die Zensur wäre der bisher regional versprengte Protest in einen allgemeinen Sturm gegen den Kriegsdienst umgeschlagen und hätte die Regierung in ihrem Verteidigungskrieg im wesentlichen auf ihr Freiwilligenheer zurückgeworfen. Wie weit damit der von den USA ohne weiteres zu eskalierende Krieg in Grenzen gehalten werden kann, ist fraglich. Eine Aufhebung der Zensur, worunter gemäß der extensiven Auslegung der Sandinisten auch der „SMP“ (die Wehrpflicht) fällt, läuft in der Auffassung der Sandinisten auf dasselbe hinaus wie die Forderung nach dem „Nationalen Dialog“: Was eine unbehinderte Berichterstattung über den SMP auf dem militärischen Gebiet bewirken könnte, soll der „Nationale Dialog“ auf der politischen Ebene erreichen, nämlich die Schwächung der Sandinisten und eine Regierungsbeteiligung der „Contra“.

## Zensur im wirtschaftlichen Bereich

Wer in Nicaragua mit sandinistenfreundlichen Zeitgenossen über die Zensur spricht, wird immer wieder vom Zucker-Skandal im Jahre 1980 hören. Damals hatte die 'Prensa' in völliger Kenntnis der tatsächlichen Lage wahrheitswidrig behauptet, im Lande werde der Zucker knapp, weil er nach Cuba exportiert werde. Wenige Tage darauf war er dann wirklich knapp. Nicaragua ist ein Land des Mangels, wie die meisten sogenannten Dritte-Welt-Länder. Hamsterkäufe wie in diesem Fall können von der zu geringen Produktion — und schon gar nicht beim Versuch einer sozial gerechteren Verteilung nach Plan — nicht aufgefangen werden.

„In den letzten Wochen“, erzählte Edgar Castillo von der 'Prensa', „haben sie uns einige Male sogar herausgestrichen, was uns Ärzte berichteten, daß nämlich Typhusfälle drastisch angestiegen seien.“ Und in der Tat: auch ich kannte zahlreiche an Typhus erkrankte Ausländer. Die Krankheit war möglicherweise viel weiter verbreitet, als bekannt war. Das aber festzustellen, war wiederum nicht möglich, da die Kapazität der wenigen vorhandenen Laboratorien hierfür bei weitem nicht ausreicht. So war es naheliegend, anzunehmen, daß die Regierung in diesem Fall Panik vermeiden wollte, in der jeder losläuft und sich Anti-Typhusmittel besorgt, ohne wissen zu können, ob er tatsächlich erkrankt ist. Im Nu wären die Vorräte erschöpft und fehlten dort, wo sie gebraucht würden. „Zum einen“, sagte mir allerdings Pedro, ein argentinischer Arzt, „gibt es ausreichend Typhusmittel, zum anderen wäre auch ein Import nicht teuer.“ So stimmte diese Vermutung über Zensur also nicht. „Doch wenn es auch in diesem Fall andere Gründe geben muß, so trifft es in anderen Fällen durchaus zu. Besonders bei teuren Mitteln ist das gefährlich. Die Regierung muß dann ihre knappen Devisen für den Import verwenden, weil die an sich vorhandenen Mittel dann in der Mehrheit von denen verbraucht werden, die nicht krank sind.“

Wie Nelba Blandón im Thyphusfall die Zensur begründet hätte, war nicht zu ermitteln. Das neunköpfige Führungsgremium der FSLN hatte der Zensurchefin jegliche Stellungnahme zur Zensur untersagt, teilte ihre Sekretärin mit.

## Gegen das Gerücht gibt es keine Zensur

Wie wohl jedes Dritte-Welt-Land ist auch Nicaragua ein Land, in dem das Gerücht die Meinungen beherrscht. Es gibt drei Tageszeitungen, die zusammen eine Auflage von nur 160.000 bis 200.000 haben. Die rund 50 Radiosender, von denen drei Viertel privat betrieben werden, sind zu meist von sehr geringer Reichweite. Ihr Einfluß ist nicht sehr groß. Dennoch hat das gedruckte Wort herausragende Bedeutung: Kaum einer hat es gelesen, doch das Gerücht beweist seine Glaubwürdigkeit mit „in der 'Prensa' hat gestanden...“ Auch innerhalb der Linken: „Stimmt es, was die 'Prensa' geschrieben hat, daß ...?“ Als bei einer Prozession vor einigen Jahren eine



Die Zeitung „La Prensa“ hängt ihre zensierten Artikel öffentlich aus. Die hier abgebildeten umfassen den Zeitraum vom 3. bis 19. August 1984  
Foto: Klaus-D. Tangermann

mitgeführte Heiligenstatue unerklärlicherweise weinte, wußte die 'Prensa' am nächsten Tag den Grund der Tränen: die Politik der Regierung. In einem Land, wo ständig derartiges passiert, wo die 'Prensa' sogar von einer Frau zu berichten wußte, die ein Huhn geboren hatte, werden Absurditäten im Gerücht zu Tatsachen. Und welchen Wert hat gegen das Gerücht schon die Tatsache, daß irgendein Kirchenmensch die Heilige in der Nacht zuvor in einen Kühlraum gestellt hatte, so daß sie schwitzte, als sie herauskam?

Zensur in einem revolutionären Land? In Nicaragua zeigt sich, wie überall, wo es Zensur gibt, daß diese ein expansives Wesen besitzt. Sie läßt sich nicht eingrenzen, selbst wenn sie nur im Bereich der Versorgung und der militärischen Angelegenheiten angewendet werden soll. Meldungen über Krankheiten werden wegen ihrer wirtschaftlichen Nebenaspekte verboten, womit die Zensur den Gesundheitsbereich erreicht. Meldungen zum Wehrdienst sind politische und keine militärischen Nachrichten. Weitaus gravierender wäre es allerdings, wenn die Regierung dazu übergehen würde, Meinungen zu zensieren. Bislang sind in der Regel Meinungen betroffen, die von der Zensurchefin in irgendeinem Zusammenhang mit dem Krieg oder der schwierigen Versorgungslage gebracht werden. Welche Kriterien sie dabei anlegt, ist wohl keinem Journalisten in Nicaragua klar. Nicht zuletzt deswegen fordern sie und fast alle oppositionellen Parteien ein Ende der Zensur. Was inzwischen im Wahlkampf zum politischen Kampf gegen die Sandinisten geworden ist, sah man vor zwei Jahren noch anders: Verständnis für die Zensur war sogar von 'Prensa'-Redakteuren zu hören, als zwei von ihnen im Juni 1982 eine Deutschland-Tournee absolvierten.

Klaus-Dieter Tangermann



#### EINE ERSTKLASSIGE SCHLAGZEILE

Puh, nichts Wichtiges für die erste Seite...

„Zusammenstöße an der Grenze“ – „15 neue Gewerkschaften“ – „Vergabe von Politititeln im Rahmen der Agrarreform in Zelaya“ – „Zahnpastafabrik in Betrieb genommen“ ...

Ausgezeichnet! Die Ausgabe ist gerettet!

„HUHN MIT 15 FÜßEN GEBOREN“.

## DER ENDSPURT VOR DEN WAHLEN

Quelle: Envío 11/84, Wuppertal

### Den Gesprächen in Río folgte das Gipfeltreffen der politischen Parteien

Mehr und mehr werden Einzelheiten der Gespräche bekannt, die am 1. und 2. Oktober zwischen Arturo Cruz und anderen Führern der Coordinadora Democrática und Comandante Bayardo Arce aus der Nationalen Führung der FSLN stattfanden. Den Rahmen dieser Gespräche bildete die Tagung des Büros der Sozialistischen Internationale (SI)

Es zeigte sich sehr deutlich: (1) Die Gespräche - unter den Augen der "Zeugen" der SI - wurden von der FSLN eingeleitet, als bekannt wurde, daß die Führer der Coordinadora Democrática (CDN) in Río anwesend waren; (2) die mehr als 20 "Wahlgarantien", die von der CDN gefordert wurden (mehr Sendezeit in den Medien, höhere Mittel für Papierzuteilungen, etc.) wurden von Cdtte. Arce ausnahmslos angenommen, im Gegenzug sollten Cruz und die Führer der CDN versuchen, eine wirkliche Feuer-einstellung seitens der konterrevolutionären Führer der FDN und der ARDE herbeizuführen (sowohl Cruz als auch Calero (FDN) und Pastora (ARDE) haben wiederholt erklärt, daß sie miteinander in Verbindung stehen und gute Beziehungen zueinander unterhalten). Für diesen Fall verpflichtete sich die sandinistische Befreiungsfront, die Wahlen bis in den Januar hinein zu verschieben; (3) nachdem zu Beginn der Gespräche Übereinstimmungen erzielt werden konnten, schien Cruz jedoch im fortgeschrittenen Stadium der Verhandlungen zunehmen im Zweifel über darüber, daß die Führer der CDN in Managua dieses Abkommen unterstützen würden. Immer wieder werden Stimmen laut, die besagen, daß von Seiten des COSEP, des Unternehmerverbandes, der die politische Richtung der CDN bestimmt, jeder Kompromiß abgelehnt werde; (4) Als Cruz schließlich erklärte, daß er nicht die "Kompetenz" habe, definitive Abkommen zu unterzeichnen, bat die SI, die Frist für die Einschreibung der CDN in das Wahlregister zu verlängern, bis alle Beteiligten wieder nach Managua zurückgekehrt wären. Da aber von Seiten der CDN nicht klar wurde, um welchen Zeitraum diese Frist verschoben werden sollte, zog Arce daraus den Schluß, daß es sich um eine neue Verzögerungstaktik und nicht um einen ernsthaften Kompromiß handelte. Die Verhandlungen, die ein Druckmittel in einer ausweglosen Situation zu sein schienen, kamen zum Stillstand

In Río erläuterte Cdtte. Arce die Vorgänge, die zum Scheitern der Verhandlungen führten, in allen Einzelheiten. Die CDN hat in Managua und anderswo lediglich das Scheitern der Gespräche betont, um so den Akzent auf die Unnachgiebigkeit der Sandinisten und auf die "Illegitimität" der Wahlen zu setzen.

Die Führer der SI, die Zeugen der langen Gespräche waren, zogen es vor zu schweigen, um neutral zu bleiben. Dennoch machen die Erklärungen Willy Brandts, Vorsitzender der SI, bei seinen Besuchen in Managua (13. und 14. Oktober), Havana (15. Oktober) und Mexiko (19. Oktober) den Standpunkt der sozialdemokratischen Parteien in der SI - die voller Zuversicht auf die nicaraguanische Revolution schauen - gegenüber den Ereignissen in Río und den Wahlen deutlich.

"An jeder Wahl können nur diejenigen teilnehmen, die teilnehmen wollen." "Der Zug ist am 1. Oktober abgefahren" (Diese Äußerung bezieht sich auf das Datum, an dem die Einschreibefrist für die CDN abließ). "Ich bin als Freund in dieses Land gekommen und verlasse es auch wieder als Freund, mit großer Hochachtung vor dem revolutionären Erbe und den Erfolgen, die unter solch schwierigen Bedingungen erreicht wurden".

( Brandt in Managua )

Wie man sieht, spricht Brandt deutlich den mangelnden politischen Willen der CDN an. Comandante Tomás Borge faßte die in den Verhandlungen in Río entstandene Situation wie folgt zusammen: "Die FSLN hatte ebensoviel Interesse daran, daß sich die CDN einschreibt, wie die CDN hatte, sich nicht einzuschreiben".

Wenn auch die Debatte in Río der CDN vor der Weltöffentlichkeit als neues "Argument" gegen die Wahlen diente, so hat sie doch gleichzeitig in Nicaragua dazu beigetragen, den Rahmen der politischen Debatte zu bestimmen. Die sechs Parteien, die in Opposition zur FSLN an den Wahlen teilnahmen, kritisierten, daß sich einige Parteien nicht der Wahl stellten. Sie beanstandeten, daß die CDN nicht nur im Ausland zur "einzigsten" und "legitimsten" Opposition hochgespielt worden sei, sondern daß dieses verzerrte Bild auch im Inland existiere und die FSLN selbst die Verantwortung dafür zu tragen habe, da sie der CDN zuviel Aufmerksamkeit gewidmet habe. Gemäß den Forderungen der Opposition traf die FSLN am 4. und 6. Oktober mit den sechs Parteien zusammen, um sie ausführlich über die Gespräche in Río ebenso wie über die Gespräche mit den USA in Manzanillo zu informieren.

Seit Anfang Oktober gab es Treffen der sechs Oppositionsparteien, um die Lage des Landes gemeinsam zu analysieren. Nachdem die Nicht-Teilnahme der CDN endgültig feststand, öffnete sich ein neuer Weg der Beziehungen zwischen der FSLN und den sechs Oppositionsparteien. Diese luden die FSLN zu ihren Versammlungen ein, die FSLN nahm die Einladung an. Die drei Parteien der CDN wurden ebenfalls eingeladen, lehnten es jedoch ab, zu erscheinen.

Diese Versammlungen unter Beteiligung der FSLN bildeten in der letzten Wahlkampfphase den Auftakt für das Gipfeltreffen der politischen Parteien, ein Ereignis von größter politischer Bedeutung. Das Gipfeltreffen fand vom 9. bis zum 20. Oktober statt. In sieben Gesprächsrunden wurde 60 Stunden lang diskutiert. Schon wegen der deutlichen ideologischen Unterschiede der Parteien waren die Gespräche nicht einfach. Zudem versuchten die sechs Oppositionsparteien aus verschiedenen Positionen heraus, über den eigentlichen Rahmen der Wahlen hinaus Einfluß zu erlangen und sich vor den Wahlen politischen Spielraum und gesellschaftliches Gewicht zu sichern. Eine der wichtigsten Kräfte dieses Gipfeltreffens, die PLI unter der Führung von Virgilio Godoy, drängte wie keine andere Partei darauf, post-elektorale Zugeständnisse zu erlangen und machte ihre Teilnahme an den Wahlen von dem Charakter dieser Zugeständnisse abhängig.

Auf dem Gipfeltreffen wurden wichtige Übereinkünfte erzielt, die am 20. Oktober von sämtlichen Parteien unterzeichnet wurden. Damit es dem Leser möglich ist, sich ein Bild von der Bedeutung der Übereinkünfte zu machen, geben wir sie hier wörtlich wieder. Die Vereinbarungen beziehen sich auf die politische Zukunft des Landes nach den Wahlen, sie dienen der Stärkung der nationalen Einheit zugunsten des Friedens und des Wohlergehens des Volkes.

### Die Vereinbarungen des Parteiengipfels

A. Fortführung der demokratischen Institutionalisierung unseres revolutionären Prozesses. Dies schließt ein:

- 1) Regelmäßig wiederkehrende Wahlen;
- 2) Presse- und Meinungsfreiheit;
- 3) Die Freiheit, sich zu organisieren;
- 4) Freizügigkeit;
- 5) Gewerkschaftliche Freiheit und innergewerkschaftliche Demokratie;
- 6) Jeder Nicaraguaner, ungeachtet seiner politischen oder religiösen Überzeugung, hat das Recht und die Pflicht,

- 7) Innerhalb des Systems der gemischten Wirtschaft garantiert die Regierung die verschiedenen Eigentumsformen,
- sich an der Verteidigung des Vaterlandes und des revolutionären Prozesses zu beteiligen; er kann dabei seinen Aufgabebereich innerhalb des Heeres auf der Basis seiner militärischen und patriotischen Verdienste frei wählen;

derer es ohne Anspruch auf Vollständigkeit folgende gibt: staatliches, privates, kooperatives und persönliches Eigentum, sowie die daraus abgeleiteten Verbindungen und Mischformen gemäß der Regelungen, die die Gesetze im Interesse der Nation festlegen;

8) Nach Verkündigung der Verfassung der Republik werden demokratische Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten stattfinden. Ohne die Autorität der Zentralregierung zu schmälern, genießen sie ausreichende Autonomie und müssen die Bürgerschaft ständig über ihre administrativen Maßnahmen unterrichten;

9) Alle Gemeinde- und Nachbarschaftsorganisationen bilden sich auf der Basis des Beteiligungswillens und der Wahl der Bürger, sie haben eine soziale Funktion und sind unparteiisch.

#### Die Krise der PLI und der PCO: Ein letztes Hindernis

Nachdem die Vereinbarungen des Gipfeltreffens unterzeichnet waren, die auch die Teilnahme an den Wahlen am 4. November mit einschlossen, gab Virgilio Godoy bekannt, daß sich die PLI aus dem Wahlkampf zurückziehen werde. Diese Entscheidung fiel am Sonntag, den 21. Oktober, auf dem Nationalkonvent der PLI. (Godoy hatte schon Wochen zuvor bekanntgegeben, daß sich auf diesem Konvent entscheiden werde, ob die Liberalen an den Wahlen teilnehmen werden oder nicht). Nach siebenstündiger Debatte entschieden sich die Delegierten des Konvents mit 94 zu 20 Stimmen gegen die Teilnahme. Die Bekanntgabe dieses Beschlusses löste Bestürzung und Überraschung aus, denn obwohl Godoy diese Möglichkeit mit einbezogen hatte, war man der Meinung, daß die Vereinbarungen des Gipfeltreffens ein Fernbleiben der PLI ausgeschlossen hätten. Auch im Ausland hatte diese Nachricht tiefgreifende Wirkungen, da sie die seit dem Juli durch die Koordinatorin vertretene Auffassung unterstrich, diese Wahlen seien aufgrund des Fehlens einer echten Opposition ihrer Legitimität beraubt.

Bezeichnenderweise rühmte die Tageszeitung "La Prensa" - die bis dato die PLI als "Kollaborateure" der FSLN bezeichnet hatte und insbesondere Virgilio Godoy lächerlich gemacht hatte - am Vortag des Konvents die Liberalen und speziell Dr. Godoy ganz übermäßig. Die CDN und Sprecher der US-Regierung, wie auch die in Honduras und in Costa Rica operierenden Radiosender lobten Godoys Entscheidung und stellten sie als den letzten noch fehlenden Beweis für die fehlende Legitimation der Wahlen dar.

Die innerparteilichen Reaktionen auf die Bekanntgabe der Wahlenthaltung durch Godoy machten deutlich, daß sich in dieser Entscheidung eine tiefgehende Spaltung der PLI widerspiegelt.

In der Nacht zum 22. Oktober erläuterte Godoy die Motive dieser Entscheidung in einer Fernsehsendung. Auf einen kurzen Nenner gebracht beinhaltete seine Argumentation: es gebe keine ausreichenden Garantien dafür, daß der Volkswille zum Ausdruck kommen könne; die wesentlichen Probleme der Nation würden mit den Wahlen nicht verschwinden; der Friede werde durch sie nicht herbeigeführt. Um des Friedens willen, dem höchsten Bedürfnis der Nation, habe sich die PLI aus dem Wahlkampf zurückgezogen, in der Überzeugung, daß nur in einem nationalen Dialog, der alle Gruppen einschließt, an eine Lösung zu denken sei (man muß hier anmerken, daß

dieser nationale Dialog schon Gegenstand der Übereinkünfte des Gipfeltreffens war. Sein sofortiger Beginn war bereits beschlossen und seit dem 31. Oktober finden Gespräche statt).

Unmittelbar nach Godoys Ankündigung wurden von der Führung und der Basis der PLI Stimmen laut, die ihr Mißfallen an der Entscheidung zum Ausdruck brachten, die sie als unparteiisch und an den Interessen der USA orientiert bezeichneten. Demonstrativ wiesen sie auf die Unterredung hin, die Godoy zwei Tage vor dem Konvent mit dem amerikanischen Botschafter in Managua, Harry Bergold, gehabt hatte. Der Inhalt dieser Unterredung wurde Thema vieler Debatten und Spekulationen. Am 30. Oktober, nur vier Tage vor der Wahl, teilte Godoy dem obersten Wahlrat seine Entscheidung schriftlich mit und beantragte die Rücknahme der Symbole und Kandidaten von den Wahlzetteln. Noch in der gleichen Nacht machte der Oberste Wahlrat von seinen Befugnissen als "vierte Macht im Staate" Gebrauch und verkündete, indem er sich auf die Bestimmungen des Wahlgesetzes bezog, daß trotz Godoys Antrag die Kandidaten der PLI auf den Wahlzettel verbleiben und das die für sie abgegebenen Stimmen gültig sind. Die Begründung für diese Entscheidung war zum Teil auch technischer Natur, da die Zeit und das Geld, die Stimmzettel neu drucken und verteilen zu lassen, nicht mehr gegeben war.

Die Entscheidung des Obersten Wahlrates - die von Godoy als illegal bezeichnet wurde - verstärkte die Spaltung innerhalb der PLI. Constantino Pereira, Kandidat der Liberalen für die Vizepräsidentschaft, appellierte, gestützt auf die gesetzlichen Grundlagen, an den Kampfgeist der PLI und des gesamten Volkes, und forderte dazu auf, sich der Wahlenthaltung Godoys zu widersetzen und wählen zu gehen. In einem langen Auftritt in Funk und Fernsehen begründete Pereira in einer deutlich antisandinistisch, jedoch auch eindeutig patriotisch gefärbten Ansprache seine Haltung mit Argumenten wie diesen: "Die Parteien und die Kandidaten dienen dem Volk ... Die PLI ist eine Partei, die die Gesetze respektiert und innerhalb der Legalität handelt ... Meine Handlungsweise soll die Ehre der PLI retten ... Mein Ziel ist es, die PLI auf einer patriotischen Grundlage zu einen".

Was konnte Godoy dazu bewegen, eine auch unter seinen eigenen Anhängern so unerwartete wie strittige Entscheidung zu treffen, gerade in Hinsicht des Friedens, für den er sich nach eigenen Bekundungen einsetzen wollte? Über diese Frage wurde viel spekuliert. Sein Parteikollege Pereira hat - ohne Namen zu nennen - angedeutet, daß Godoy die Präsidentschaftskandidatur in einer künftigen Koalition der Oppositionsparteien in Wahlen nach dem 4. November angeboten worden sei, in denen ihm ein sicherer Sieg winke. "Es war eine Frage der letzten Konsequenz, eine Art von Vereinbarung, Geboren aus Stolz und Hochmut, die stark von dem Versprechen getragen wurde, Präsident der Nicaraguaner sein zu können", erklärte Pereira nach den Wahlen.

Am 28. Oktober hielt die Konservative Demokratische Partei (PCD) ihren Nationalkonvent ab, um ebenso wie auch die Liberalen zu entscheiden, ob man an den Wahlen teilnimmt oder nicht. Da man von den großen Meinungsverschiedenheiten unter den Konservativen in diesem Punkt wußte, war die Spannung groß und es existierten Befürchtungen, daß es ähnlich wie im Fall der PLI zu einer Krise kommen könnte, die eine Wahlenthaltung der PCD begünstigen würde. Die Krise entstand, jedoch gewannen in ihrem Verlauf diejenigen nach hitzigen Debatten die Oberhand, die mit der PCD zu den Wahlen antreten wollten. Diese Gruppe wurden von Clemente Guido, dem Präsidentschaftskandidaten der PCD angeführt. Jugendliche "turbas" (massiv und handgreiflich auftretende Demonstranten) - es handelte sich um konservative "turbas", nicht um sandinistische - kämpften mit dem Ruf "Es lebe Clemente! Nieder mit den Sandinisten!" gegen die Entscheidungstendenz an, die wesentlich vom Generalsekretär der Partei, Enrique Sotelo Borjón, vertreten wurde.

In diesen beiden traditionellen und in historisch verwurzelten Parteien des Landes traten Krisen und Spaltungen auf, die in der letzten Phase der Wahlen politische Bedeutung gewannen und die beiden letzten Hindernisse waren, die der Wahlpraxis noch zu überwinden hatte. Schließlich beteiligten sich diejenigen Liberalen und Konservativen an den Wahlen, die ihre patriotische Einstellung bewahrt hatten. Die Wahlergebnisse zeigten auf, daß die Wahlbeteiligung eine richtige Entscheidung war: diese Parteien bewahren ihren Einfluß in bestimmten Teilen des Volkes.

Interview mit Dieter Nohlen:

"Das Wahlgesetz ... demokratisch und pluralistisch"

aus: Pensamiento Propio, Nr. 14

Dieter Nohlen, Professor an der Universität Heidelberg, und einer der wenigen Spezialisten für die Theorien von Wahlprozessen und der damit zusammenhängenden Gesetzgebung, analysiert das Gesetz, das, von der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus Nicaraguas angeregt, den Wahlprozess regeln wird.

**Pensamiento Propio (P.P.):** Die Debatte um das nicaraguanische Wahlgesetz hat im Staatsrat hitzige Diskussionen sowie grundlegende Kritik der Opposition hervorgerufen. In welchem Umfang bestimmt ein Gesetz den eigentlichen Prozess?

**Dieter Nohlen (D.N.):** Ein Wahlgesetz ist die eigentliche Grundlage dafür, den politischen Kampf um die Macht zu ordnen und zu organisieren. Es beeinflusst die Möglichkeiten, der Repräsentation, die die verschiedenen politischen Strömungen haben. Tatsächlich diskutiert man das Wahlsystem, d.h. die Methode, mittels welcher sich die Stimmen in Sitze umwandeln.

**P.P.:** Nicaragua hat sich für ein System der Verhältniswahl entschieden. Worin bestehen die Unterschiede zwischen den zwei grundlegenden Systemen, der Mehrheitswahl und der Verhältniswahl?

**D.N.:** Das "System der Mehrheitswahl" führt im allgemeinen dazu, daß die Partei, die aus der Abstimmung als stärkste hervorgeht, auch die absolute Mehrheit im Parlament erhält. Sie kann eine Einparteien-Regierung bilden. Dagegen ist es bei einer Verhältniswahl bedeutend schwieriger, eine parlamentarische Mehrheit zu bilden. In Europa haben wir außer in England in allen Ländern Systeme der Verhältniswahl; aber das Ausmaß der Proportionalität ist unterschiedlich.

**P.P.:** Wie wirken sich diese Unterschiede aus?

**D.N.:** Es ist kompliziert, den ganzen Mechanismus und die verschiedenen Beispiele zu erklären. Im Falle Spaniens haben die Parteien, die auf nationaler Ebene nur 5 % der Stimmen erreichen, keine guten Chancen, an der Verteilung der Sitze beteiligt zu sein. Dagegen gibt das nicaraguanische Wahlsystem die Möglichkeit einer nahezu proportionalen Vertretung: eine Partei, die 5 % der Stimmen erhält, kann auf 5 % der Sitze rechnen.

**P.P.:** Welche Bedeutung messen Sie der Größe der Wahlkreise zu?

**D.N.:** (...) In Nicaragua gibt es zehn Wahlkreise: drei kleine, denen ein bis drei Sitze zustehen und sieben weite, denen neun bis 15 Sitze zustehen. Aber der Faktor Wahlkreisgröße wird durch die Anwendung eines Wahlquotienten ausgeglichen.

**P.P.:** Was ist dieser Wahlquotient?

**D.N.:** Er wird so festgelegt, daß Sitze übrigbleiben, d.h. nicht alle Sitze werden auf der Ebene der Wahlkreise verteilt, sondern ein beträchtlicher Teil - etwa 20 bis 25 % - werden in einem zweiten Verfahren aufgeteilt. In diesem haben diejenigen Parteien, denen es auf der Ebene der Wahlkreise nicht gelungen ist, einen Sitz zu erringen, alle Möglichkeiten, an der Aufteilung dieser übriggebliebenen Sitze teilzunehmen.

**P.P.:** Trotzdem behaupten die Parteien der Opposition, daß das Wahlgesetz sie marginalisiere.

**D.N.:** Bei fast allen Wahlsystemen befinden sich die kleinen Parteien im Nachteil. Bei einigen mehr, bei anderen weniger. Im Falle Nicaraguas kann man festhalten, daß die Verteilung der Sitze in hohem Maße proportional zur Anzahl der gewonnenen Stimmen ist. Dieses Wahlgesetz erlaubt, daß eine kleine Partei, die wenig mehr als ein Prozent der Stimmen erringt, einen Sitz im Parlament erhält.

**P.P.:** Mit anderen Worten, bereits die Tatsache, daß eine Partei registriert ist, verleiht ihr fast automatisch das Recht, im Parlament vertreten zu sein.

**D.N.:** Ja, so ist es. Hier in Nicaragua kann man leicht zu einer pluralistischen Situation in der Regierung gelangen. Der zweite Sitz ist natürlich viel schwieriger zu erringen. Nur Israel und Holland haben Wahlgesetze, die die kleinen Parteien in dieser Weise begünstigen. (...)

**P.P.:** Hat in einem freien und sauberen Wahlprozeß eine Partei an der Macht auf jeden Fall die Mittel und Wege zu gewinnen?

**D.N.:** Tatsächlich befindet sich derjenige, der die Macht besitzt, in einer begünstigten Position: er kontrolliert genügend Kommunikationsmittel, verfügt über mehr Mittel, hat mehr Kontakte nach außen. Dennoch, wie Spanien bewiesen hat, garantieren diese alten Vorteile in keiner Weise den Sieg. Aber wenn es über eine lange Zeit hinweg keine freien Wahlen gegeben hat, überschätzt man den Wert von Faktoren, die in Wirklichkeit weniger bedeutend sind.

Nicaragua: Wahlen unter Kriegsbedingungen

# Entscheidung zwischen Revolution und Unterwerfung

von unserem Korrespondenten Michael Rediske

Es gibt zwei ideologisierte Versionen, die bevorstehenden Wahlen in Nicaragua wahrzunehmen. Für die Rechte — auch in der Bundesrepublik — sind es totalitäre Scheinwahlen, die der Opposition keine Chance lassen. Für eine idealistische (oder nur taktisch argumentierende) Linke garantiert schon die Teilnahme von sechs formalgleichen Parteien die Demokratie in Nicaragua. Richtig ist, daß diese Wahlen Mängel haben; daß es keine volle Gleichheit der Parteien gibt, und daßß es am 4. November auch keinen ebenbürtigen Gegner für die Sandinisten geben wird. Genauso richtig ist jedoch, daß es vollkommene Wahlen nicht geben kann: mitten im Krieg, in einem Destabilisierungsprozeß, in dem es gar nicht um die Regierung der einen oder der anderen Partei geht, sondern um die Revolution oder Unterwerfung unter die USA.

Dieser Beitrag ist letzte Woche geschrieben worden, als die Wahlabsage der PLI (unabhängige Liberale) noch nicht bekannt war. Da die wesentlichen Bedingungen dieser Wahl unverändert geblieben sind, haben wir nur geringfügige Änderungen vorgenommen. D. Red.

Wahlkampf findet in Nicaragua am Wochenende statt. Eine Veranstaltung in der Provinz am Samstagmittag, dann fährt der Präsidentschaftskandidat in die Hauptstadt zurück, und Sonntag wird er in einer anderen Stadt sein und fast immer ist es eine der 16 Bezirkshauptstädte. Die kleinen Orte müssen sich — natürlich gibt es Ausnahmen — meist mit den Parolen oder Parteikürzeln begnügen, die man ihnen auf die Häuserwände gemalt hat. Einzig die FSLN hat über ihre Massenorganisationen genug personale Kapazität, um an vielen Orten gleichzeitig zu sein. Ein Samstagmittag im September, Daniel Ortega und Sergio Ramirez, beide FSLN-Vertreter in der Regierungsjunta und Bewerber um das Präsidentsen-

schon Entscheidungsstrukturen und mit der Zwangsumsiedlung indianischer Bevölkerung.

Heute sind diese Widersprüche zum Dilemma der Revolution geworden. Wo jährelang — in Gewerkschaften und Massenorganisationen der FSLN — politische Erziehung wesentlich in der Erläuterung der von oben bestimmten Linie bestand, da sehen manche in der FSLN die nun wirklich „pluralistische“ Auseinandersetzung, die die Parteien heute im Wahlkampf miteinander führen, als Gefahr an. In der Tat, wer sich auf der Straße umhört, der stellt fest, daß viele — auch wenn sie „eigentlich“ für die Revolution sind, die Demagogie nicht durchschauen. Da wird

Kultur der Gewalt, die älter als die Somozadiktatur und der Mord an Sandino 1934 ist. Und die Oppositionsparteien haben bisweilen auch ihre kleinen „sturbas“. Ein Dutzend Jugendliche der „Unabhängigen Liberale“ zeigte mir neulich lachend ihre „Fahnenstangen“, mit denen sie zur Wahlkampiveranstaltung nach Masaya führen: immerhin 50 Zentimeter lange Metallstangen, an denen dann kleine rot-weiße Partewimpel befestigt wurden.

## Stark und schwach zugleich

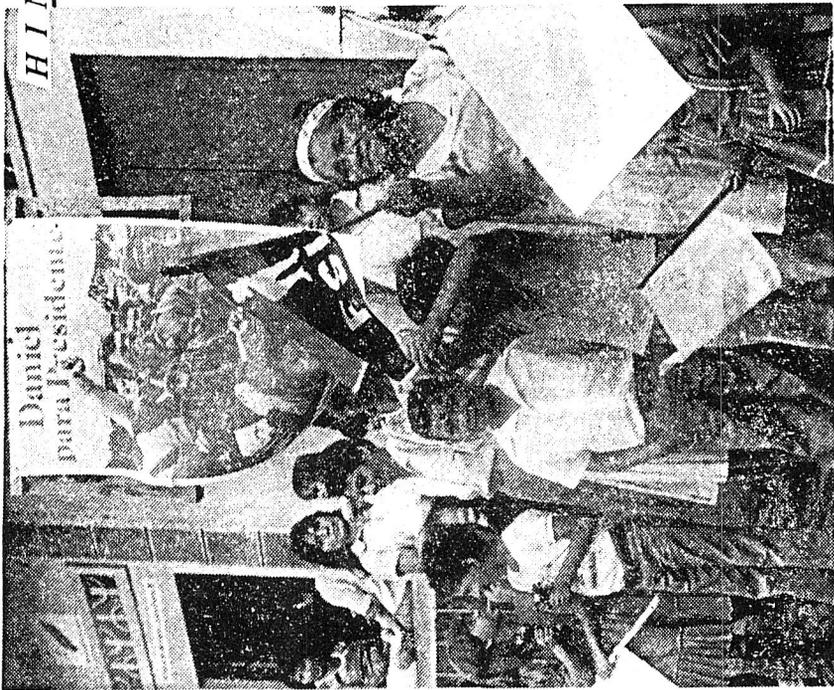
Die Ausgangssituation ist zu ungleich und labil, als daß Wahlen fünf Jahre nach Beginn der Revolution an den lateinamerikanischen Wahldemokratien wie Costa Rica

Parteien — links wie rechts — klar, daß der Pluralismus sich für sie in drei Dingen erschöpfe — überhaupt weiter zu existieren, „mit zu verwalten“ sowie an künftigen Wahlen teilzunehmen. Versuchen andere Parteien jedoch, die Bevölkerung offen zu mobilisieren, dann folgte oft Repression. Dem maoistischen Tradition entstammenden MAP wurde die Tageszeitung „El Pueblo“ verboten und die Gewerkschaften zerschlagen (1980). Dem MDN, Partei von Unternehmern und Freiberuflern (heute in der „Contra“), wurde im Frühjahr 1981 die erste geplante Kundgebung von der Sandinistischen Jugend verhindert; der ein halbes Jahr später landeten die Führer der Kommunistischen Partei für mehrere Monate im Knast, nachdem sie 100 Pro-

Parteien — links wie rechts — klar, daß der Pluralismus sich für sie in drei Dingen erschöpfe — überhaupt weiter zu existieren, „mit zu verwalten“ sowie an künftigen Wahlen teilzunehmen. Versuchen andere Parteien jedoch, die Bevölkerung offen zu mobilisieren, dann folgte oft Repression. Dem maoistischen Tradition entstammenden MAP wurde die Tageszeitung „El Pueblo“ verboten und die Gewerkschaften zerschlagen (1980). Dem MDN, Partei von Unternehmern und Freiberuflern (heute in der „Contra“), wurde im Frühjahr 1981 die erste geplante Kundgebung von der Sandinistischen Jugend verhindert; der ein halbes Jahr später landeten die Führer der Kommunistischen Partei für mehrere Monate im Knast, nachdem sie 100 Pro-

## Wahlboykott

Anders die Lage der Parteien der „Demokratischen Koordination Nicaraguas“ („Coordinadora“) und den unabhängigen Liberalen (PLI), die nun endgültig nicht an der Abstimmung teilnehmen. Ihr Fehlen bedeutet sicherlich den größten Mangel der Wahlen nach außen hin. Hervorgegangen ist die „Coordinadora“ aus der harten anti-sandinistischen Fraktion im parlamentarischen „Staatsrat“. Unter ihren drei Mitgliedsparteien befindet sich eigentlich nur eine — die Christlich-Sozialen (PSC) — der ein gewisses Stimmpotential (fünf bis zehn Prozent) zugebrant wird. Die beiden anderen, die Liberal-Konstitutionalistische (PLC) und die Sozialdemokratische Partei (PSD) wären



Wahlkampf der FSLN, der einzigen Partei, deren Veranstaltungen zahlreich besucht werden. Foto: Michael Rediske

Kämpfe nahe an die Städte Matagalpa, Jinotega, Estelí und Rama heranreichen, war im vergangenen Sommer keine leichte Entscheidung für die regierende FSLN. Erst wurde die versprochene Aufhebung des Ausnahmezustandes verschoben (vom 4. Mai auf den 19. Juli), dann beschränkte man sich darauf, nur Teile der Notstandsmaßnahmen außer Kraft zu setzen. Hobman Anfang August das allgemeine Streikverbot auf, so wurden — als dies zu großen Streiks in der „Victoria“-Brauerei und der Metallfabrik „Metasa“ führte — die Streiks einzeln für illegal erklärt.

Die Liberalisierung für die politischen Parteien geht unterdessen bis kurz vor die Grenze, jenseits derer die aufgestauten sozialen Konflikte sich schneeballartig verstärken könnten. Innerhalb dieses Rahmens aber hat sich ein Wahlkampistil herausgebildet, der den kleinen Oppositionsparteien sogar in mancher Hinsicht ein überproportionales Gewicht verleiht: gleiche Sendezeit im Fernsehen für alle; eine Zeitungsberichterstattung, bei der auch die FSLN-irrendliche Tageszeitung „Nuevo Diano“ weite Passagen der Wahlkampifreden von Oppositionskandidaten wiedergibt, mit schärfster Kritik an den Sandinisten; und ein Klima, in dem die fünf am Wahlkampf verblienen Oppositionsparteien nur noch über wenig Behinderungen (timmer an lateinamerikanischen Maßstäben gemessen) klagen können. Wenn sie dennoch weiter zögern, ihre Wahlberechtigung endgültig zuzusagen, dann eher deshalb, weil sie in sogenannten „Gipfeltreffen“ aller eingeschriebenen Parteien noch versuchen, der FSLN Parteienprivilegien für die Zeit nach den Wahlen abzuhandeln.

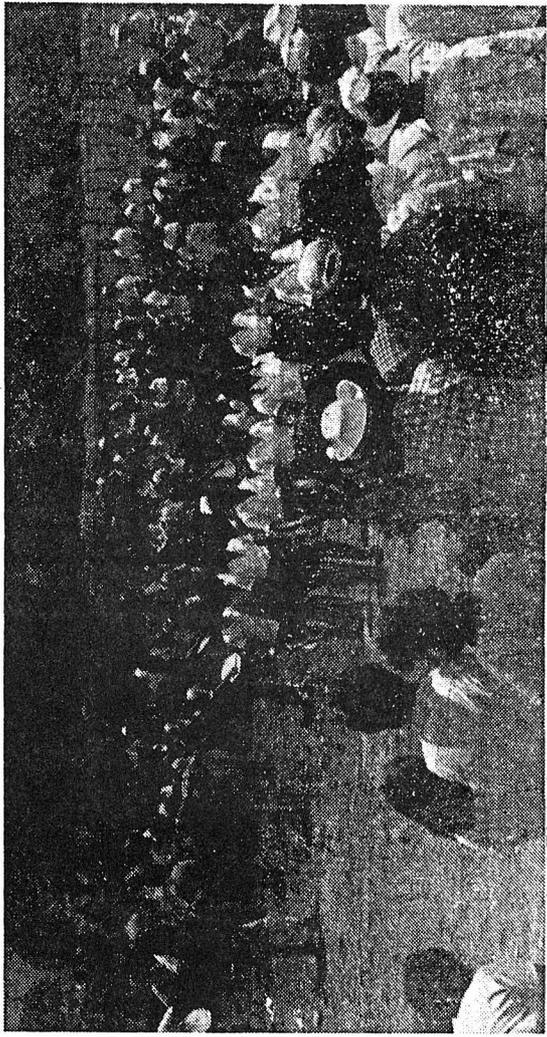
Vizepräsidentenamt, stellen sich in Esteli vor. Die Stadt mit 50.000 Einwohnern gilt als die Hochburg der FSLN par excellence. 120 km nördlich von Managua gelegen, war sie einst wichtigste Schaltstelle zwischen der Guenilla in den Bergen und den FSLN-Strukturen der großen Städte. Insgesamt drei Aufstände hat es 1978/79 im „heroischen Esteli“ gegeben. Die ersten Reihen vor der Tribüne auf dem großen Platz bilden denn auch die Mütter der Gefallenen des „Befreiungskrieges“, dicht gedrängt Spruchbänder und Fahnen. Auch der Beifall ist stark für Ortega, den amtierenden Staatschef, der eine eher nachdenkliche Rede hält und versucht, den Zusammenhang zwischen Krieg und dem immer schwieriger werdenden Lebensbedingungen begrifflich zu machen. Anschließend gibt es ein Mikrophon für das Publikum. Die Fragen sind meist vorbereitet, aber dennoch unangenehm: zum Militärdienst vor allem und zu den Versorgungsschwierigkeiten. Die Antworten versprechen wenig, die FSLN ist auch in ihrer Propaganda realistischer geworden. Dennoch, die Zahl der Zuhörer, die gekommen sind, ist für Esteli bescheiden: gut dreitausend mögen es sein.

Auch FSLN-Mitglieder, die von Haus zu Haus ziehen, um Wähler zu werben, machen keinen Hehl daraus, wie schwer es geworden ist, die Leute trotz ihrer Unzufriedenheit davon zu überzeugen. „weiter vorwärts mit der Frente“ zu gehen, wie der Sandinisten-Wahlkampf lautet. Die Revolutionspartei ist froh, wenn am Wahltag 1.200.000 zu den Urnen gehen, das wären rund zwei Drittel der eingeschriebenen Wähler, und wenn davon 60 Prozent für sie stimmen.

### Dilemma der Revolution

In den letzten beiden Jahren sind die Sandinisten immer weiter in die Enge getrieben worden — eingekreist von US-verbundenen Nachbarländern und bedrängt von einer 15.000-Mann-Guerilla, die sich auf zwei Dritteln des dünnbesiedelten Nicaragua relativ frei bewegen kann und die direkt von der CIA ausgehalten wird. Reagan's Politik: die Revolution mit allen Mitteln (bis an die Grenze der direkten Invasion) zu bekämpfen, hat die historischen Schwächen der FSLN künstlich verstärkt. Statt ihr Zeit zu geben, aus eigenen Fehlern und Rückschlägen zu lernen, hat der Kampf der Gegenrevolution unvermeidliche Widersprüche polarisiert und die vermeidbaren Realität werden lassen. So bewußt Widersprüche und Spannungen von der Gegenrevolution gezeugt werden, so künstlich hat die FSLN sie in der Vergangenheit zurückzudrängen versucht: mit Streikverbot, streng hierarchi-

behauptet, die Sandinisten hätten ja durch ihre kompromißlose Haltung den Krieg mit den USA provoziert. Da ist die Wirtschaftskrise nur noch sozialistische Mißwirtschaft, oder da behauptet der Kandidat der „Unabhängigen Liberalen“ Virg-



Selbst den traditionellen Parteien in Nicaragua gelingt es den Wahlkampfaufträge der Konservativ-Demokraten PCDN nicht, größere Wählermengen zu mobilisieren. Das Bild zeigt für vier Provinzen.

lio Godoy — bis vor einem halben Jahr Arbeitsminister — sei 1979 habe es keine Gesetze, sondern nur „sandinistische Willkür“ gegeben. Vor allem bei mittleren Parteikadern, aber auch in den höheren Rängen der FSLN gibt es Leute, die solche Polemik längst als systemgefährdend oder konterrevolutionär ansehen. Sie haben sich zwar nicht durchgesetzt, als über die politische Öffnung im Juli dieses Jahres entschieden wurde. Doch sie — und an erster Stelle wird Innenminister Tomas Borge genannt — schaffen es, der Öffnung immer wieder Dämpfer aufzusetzen. Da sind vor allem die Scharen radikaler Jungendlicher, die gerne jede Gelegenheit ergreifen, die Auseinandersetzungen mit der Rechten mit Knüppeln und Steinen auszugetragen. In der Regel gehören sie der Sandinistischen Jugend an und sind zur Stelle, ohne daß irgend ein Kommando sie ruft. Offensichtlich ist aber auch, daß sie auf ein anderes Kommando hören — dann, wenn man ihnen bedeutet, daß ihr Auftreten unerwünscht ist. Sicherlich diese „turbas“ (Horden) genannten Schlägertrupps sind Tradition in Nicaragua, sind Teil einer

zent Lohnerhöhungen gefordert hatten. Das interne Kalkül der FSLN hierfür war simpel: eingezwängt zwischen radikalen Forderungen von links und der sich zusammenbauenden Front des Regimismus auf der anderen Seite bedürfte die

schon mangels Tradition und Mitgliedern kaum zu einem Wahlkampf instande. Ihr Einfluß nähert sich von dem Finanzier des Zusammenschlusses, dem Unternehmerverband COSEP. Unter dem Schirm des nicht kandidierenden Kandidaten der „Coordinadora“ des parteilosen Arturo Cruz finden zwei Fraktionen Platz. Als die Christlich-Sozialen (PSC) im vergangenen Monat immer mehr eine Wahlteilnahme zuneigten und selbständig Vorgespräche (so mit dem PLI) führten, setzte der COSEP-Fraktion, die über die besten Verbindungen zur bewaffneten „Contra“ in Honduras und Costa Rica verfügt, liegt an den Wahlen selbst wenig. Ihre Vorbereitungen, ein „nationaler Dialog“ mit der „Contra“ und die Verschiebung der Wahl um mehrere Monate, scheinen viel eher Teil eines taktischen Spiels zu sein. Jeder spätere Wahltermin würde die Sandinisten nämlich eine Unzahl an Stimmen kosten. Die „Contra“ hat den Krieg in den vergangenen Wochen verstärkt, die Versorgung — momentan durch Importe künstlich hochgehalten — wird sich verschlechtern; und die Pläne, bis zum Jahresende das Heer mit 30.000 weiteren Wehrpflichtigen auszufüllen, sind mehr als nur unpopulär. Daß die FSLN in dieser Situation forderte, die „Contra“ solle zunächst die Waffen niederlegen, dann würde man die Wahlen bis zum Januar verschieben, ist genauso logisch wie unrealistisch. Die US-finanzierte „Contra“ wird ihre Waffen nicht ohne einen Sturz der Sandinisten aus der Hand geben, und die Sandinisten können sich mehr Vorleistungen kaum noch erlauben, wenn das für sie zentrale Problem — der von außen gesteuerte Krieg — nicht gelöst wird.

Die Wahlen in Nicaragua haben große Mängel, doch sie sind so gleich, wie sie sein können inmitten eines höchst ungleichen Krieges, zu dessen Teil sie längst geworden sind. Die Schwächen der Wahlen — und mehr: der Demokratie in Nicaragua — sind für jeden sichtbar. Doch schon ein wenig Augenmaß zeigt, daß es hier — egal, mit welcher Partei — vorläufig weder eine Basisdemokratie noch ein fehlerfreies parlamentarisches System geben kann. Machbar sind, wünscht man nicht die bedingungslose Rückkehr Nicaraguas in den Block der US-geführten Länder, im großen und ganzen diese Wahlen und keine anderen. Machbar wäre allerdings weniger Dogmatismus und Schablonenkritik. Doch die Revolutionen machen die Revolutionäre (und nicht ihre Sympathisanten im Ausland). Sie sind es, die lernen und verantworten müssen. Ob sie es können: solange Krieg herrscht, bleibt das zu bezweifeln.

### Umstrittene Liberalisierung

Gerade jetzt dem Druck von außen nachzugeben und eine politische Öffnung zuzulassen, wo 15.000 Mann der Contra-Truppen im Land operieren, wo die täglichen

Revolution einer flexiblen zentralen Führung, die in der Lage sei, ohne lange Debatten das Gleichgewicht zwischen innerem und äußerem Druck immer wieder neu herzustellen. Zu groß — und zumindest nicht ganz von der Hand zu weisen — war die Angst der FSLN-Führer, offene Auseinandersetzungen innerhalb der Revolution würden nur zu leicht eine Bresche für Ronald Reagan schlagen. Tatsächlich wurde diese Furcht umso begründeter, je länger die Schaukeipolitik der FSLN andauerte, je mehr der Krieg an den Grenzen der Wirtschaft numierte und je mehr interne Konflikte sich aufstauten: ein scharfer Reallohnverlust der Arbeiter, hochgespannte Erwartungen aller sozialen Gruppen an die Regierung, nicht zuletzt auch die erzwungene Militarisierung vieler gesellschaftlicher Strukturen.

DOKUMENTATION  
des Otto-Suhr-Instituts  
an der Freien Universität

Die Realität des „Wahlkampfes“ in Nicaragua

— Demokratische Oppositionsparteien unter dem Joch der Sandinisten —

Professor Dr. Winfried P i n g e r, MdB

Entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

(DUD) Bonn, 12. September 1984

Haben Sie Erfahrung als aktiver Wahlhelfer? Könnten Sie sich einen Einsatz unter folgenden Bedingungen vorstellen? Die Lebensmittelmärkte werden Ihnen entzogen. Wenn Sie von der Wahlveranstaltung Ihrer Partei zurückkehren, lauern Ihnen Schlägertrupps auf, um Sie zu verprügeln. Wenn Sie besonders aktiv waren, werden Sie bald als Staatsfeind denunziert, erkennbar an den großen Buchstaben an Ihrer Hausmauer. Es kann Ihnen dann passieren, daß Sie ohne Haftbefehl abgeholt und eingesperrt werden. Wann wird der Volksgerichtshof Sie aburteilen? Er kann bis zu 30 Jahre Gefängnis verhängen! Wie groß sind das Mißtrauen des Blockwartes und der Haß der „Verteidigungskomitees“? Wird Ihre Familie enteignet und damit ihrer Lebensgrundlage beraubt? In den Medien kann Ihr Fall nicht gebracht werden: was nicht gleichgeschaltet ist, wird zensuriert.

Dies ist die Realität des „Wahlkampfes“ in Nicaragua vor den Wahlen am 4. November. Die demokratischen Oppositionsparteien haben angesichts dieser massiven Behinderung und der Einschüchterung ihrer Anhänger auf die Teilnahme an der Wahl verzichtet. Danach traf sie ein weiterer Bannstrahl der Sandinisten: die sozialchristliche und sozialdemokratische Partei sowie die liberale Verfassungspartei wurden verboten und dürfen ihre Meinung nicht mehr verbreiten.

Ohne freie demokratische Wahlvorbereitung ist aber auch kein demokratisches Wahlergebnis mehr möglich, und deshalb müssen wir hinsichtlich Nicaragua von einer Wahlfarce sprechen. Es bleibt unverstündlich, weshalb die SPD uns trotzdem noch weismachen will, bis jetzt sei alles korrekt verlaufen. Und es bleibt unerfindlich, warum sie jetzt immer noch glaubt, massive Entwicklungshilfe an das Regime würden den Demokratisierungsprozeß in Nicaragua unterstützen, während das Regime alle Weichen auf Gleichschaltung gestellt hat.

Nicht die jetzigen Comandantes haben das Somoza-Regime verjagt, sondern das gesamte nicaraguanische Volk. Dieses Volk wird eine Entrechtung und wirtschaftliche Misere unter anderem Vorzeichen ebensowenig hinnehmen wie damals, trotz der Aufrüstung, die in Zentralamerika ihresgleichen sucht.

Arturo Cruz, der Präsidentschaftskandidat der demokratischen Opposition, will abrüsten: „Ich glaube, daß eine so kleine Nation wie Nicaragua keine Armee braucht, vor allem, wenn das Land von einer Regierung geführt wird, die sich auf das Votum der Bevölkerung stützt.“ Diese Aussage ist klar genug: mehr politischer und wirtschaftlicher Pluralismus und mehr Rechstaatlichkeit erhöhen den inneren Frieden und beenden die Guerilla-Gefahr. Dadurch steigt die innere und äußere Sicherheit, Militärausgaben können für Entwicklungsaufgaben eingesetzt werden, auch bei den Nachbarländern, die sich zur Zeit von Nicaragua bedroht fühlen. Dann erhielte auch bei der regionalen Zusammenarbeit neue Impulse: durch Entwicklung Armut und soziale Ungerechtigkeit überwinden und den Ost-West-Konflikt aus Zentralamerika verbannen.

Warum lehnt die Linke diesen Gedankengang so vehement ab?

\*\*\*

## Die Wahlen in Nicaragua sind eine Farce

Nach dem Scheitern der Vermittlungen / Von Willy Otten Fluippengracht

SANTIAGO, 5. Oktober. Das marxistische Regime der Sandinisten in Nicaragua setzt seinen Konfrontationskurs fort. Es ist nicht bereit, einen fairen Wahlkampf und freie Wahlen am 4. November zuzulassen. Die Forderungen der in der Coordinadora Democrática (CD) zusammengeschlossenen Oppositionsparteien nach demokratischen Garantien und Einleitung eines nationalen Dialogs als Voraussetzung für eine Wahlbeteiligung der Opposition hat das immer totalitär herrschende Regime ebenso abgelehnt wie den Antrag der CD, die Wahlen zu verschieben. Unter den gegebenen Bedingungen sind Wahlen eine Farce. Vermittlungsbemühungen des kolumbianischen Staatspräsidenten Betancur sind gescheitert. Von wohlwollenden Anregungen des Vorsitzenden der Sozialistischen Internationalen, Brandt, haben die Kommandanten in Managua sich nicht beeindruckt lassen.

Mitunter hatte es in letzter Zeit den Anschein, das Regime könnte doch noch einlenken. Widersprüchliche Äußerungen aus Managua schienen darauf hinzudeuten, daß noch nach einer einheitlichen Linie des Gegenkommens gesucht wurde. Innerer und äußerer Druck könnten, so hofft die Opposition, denjenigen sandinistischen Kräften Austrieb geben, die nichts gegen einen späteren Wahlerrnu und Zugeständnisse an die politischen Gegner einzusetzen hätten. Durchgesetzt hat sich jedoch der härteste Kurs. In der Nacht des 1. Oktober führt Arturo Cruz, Kommandant Arce, der in Bogotá mit Betancur und in Rio de Janeiro mit Brandt gesprochen hat, stets dafür ein, denn sie bezeichnen die demokratische Opposition als „Werkzeug des amerikanischen Imperialismus“. Auf diese kompromißlose Linie sind jetzt alle neun Kommandanten eingeschwenkt.

Sie haben wiederholt von ihrem angeblichen „Interesse“ an einer Wahlbeteiligung der Coordinadora Democrática und des früheren Präsidentschaftskandidaten Cruz gesprochen. Auch hatten sie nichts gegen die mehrmals von der obersten Wahlbehörde verfügte Ver-

längerung der Einschreibefrist für die Kandidaten der Opposition einzuwenden. Aber nachdem sie sich zur Unnachgiebigkeit entschlossen haben, besteht jetzt ihr einziges „Interesse“ daran, Zeit zu gewinnen, um das sandinistische Machtmonopol zu legalisieren. Ihre sogenannten Wahlen vom 4. November sollen nur dazu dienen, den marxistisch-revolutionären Status quo und die militaristischen Strukturen der Diktatur zu festigen. Diese starre Haltung des Regimes gegenüber seinen politischen Gegnern ist systemkonform und kann nicht mehr überraschen. Die Übernahme der Kommunisten bei der Machtübernahme in Osteuropa nach Jalta wird von den Sandinisten in Nicaragua meisterhaft nachgeahmt.

Die demokratische Opposition sieht nun kaum noch Hoffnungen auf eine politische Lösung der nicaraguansichen Krise. Die Gefahr hat zugenommen, daß die Auseinandersetzungen künftig vorwiegend militärisch ausgetragen werden. Rebellenorganisationen in Nicaragua haben eine verstärkte Kampfätigkeit angekündigt. Für sie stand längst fest, daß die Kommandanten die Ziele der siegreichen Revolution gegen den früheren Diktator Somoza verraten haben. Wichtigstes Ziel war es, eine freihetlich-pluralistische Demokratie aufzubauen. Dazu hatten sich die Kommandanten gegenüber dem Volk Nicaragua und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) verpflichtet. Sie haben sich aber systematisch davon entfernt. Sie wollen stattdessen ihre „Art“ von Demokratie aufbauen, wie Außenminister d'Escoto sagte. Dafür benötige die Regierung weder die Mitwirkung der CD noch die von Arturo Cruz. In Nicaragua finde auch ohne die Opposition ein „echter demokratischer Dialog“ statt, meinte d'Escoto vor Journalisten im Anschluß an die Außenministerkonferenz der EG- und der mittelamerikanischen Staaten in Costa Rica. Das Volk habe schon die Wahlen das letzte Wort gesprochen. Die ersten freien und demokratischen Wahlen in Nicaragua seien erst die Revolution und die Befreiung Nicaraguas von der Kontrolle durch die Vereinigten Staaten“ hätten diese Wahlen möglich werden lassen, behauptete der Außenminister.

# WAHLEN UNTER SOMOZA -- DER

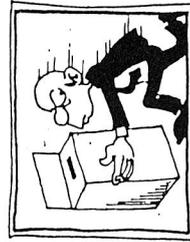
DIE SOMOZISTEN SPIELTEN MIT DER DEMOKRATIE, WENN SIE WAHLEN ABHIELTEN. SIE BENÜTZTEN DAS SYSTEM DER „HISTORISCHEN PARALLELEN“ UND GABEN SICH „LIBERAL“. ES GELANG IHNEN, DASS EINE GRUPPIERUNG DER KONSERVATIVEN (DIE „STECHMÜCKEN“), IHNEN DABEI HALF. DIE USA HATTEN DAS GRÖSSTE INTERESSE AN DER BEIBEHALTUNG DES „DEMOKRATISCHEN“ SPIELCHENS ZWEIFER PARTEIEN.



MIT BROT UND SCHNAPS KAUFTE MAN STIMMEN ...



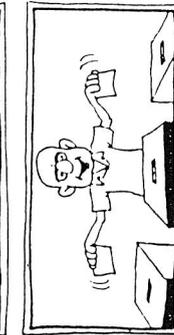
... ODER MAN ERPRESSTE SIE DURCH DROHUNG



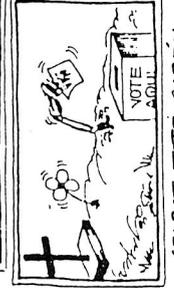
WAHLURNEIN UND STIMMZETTEL VERSCHWANDEN



SCHLÄGERTRUPPS TRATEN AUF ...



MANCHER WÄHLTE DREIMAL



SELBST TOTE GABEN „IHRE STIMME“ AB ...



DAS PARTEIBUCH DER LIBERALEN WAR DAS BESTE MITTEL, UM ÄRGER ZU VERRÄUDELN ...



BEI DEN WAHLEN FÜLTTEN SICH DIE GEFÄNGNISSE ...



... UND DIE LEUTE WÄHLEN ERST GAR NICHT

WOZU AUCH?

© AN WELCHEN WAHLEN HAST DU TEILGENOMMEN? WELCHE ERINNERUNG HAST DU AN SIE? WELCHEN WAHLBETRUG HAST DU SELBST ERLEBT? WARUM HAST DU GEWÄHLT?

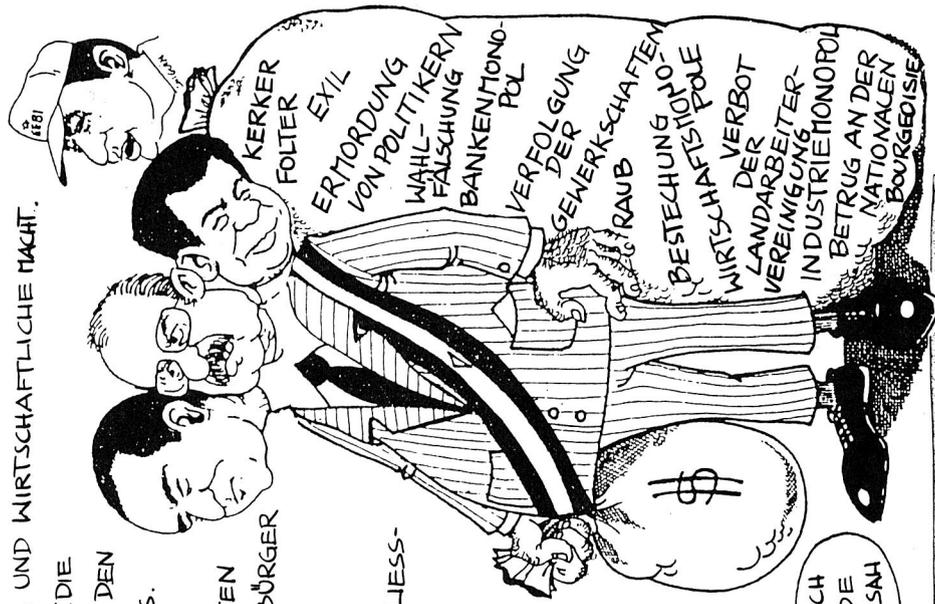
# SOMOZISMUS WAR KEINE DEMOKRATIE

NACH DEM MORD AN SANDINO REGIERTEN DIE SOMOZAS NICARAGUA 45 JAHRE LANG - MIT DEM SEGEN DER USA.

ÜBER JAHRZEHNTE HINWEG KONTROLLIERTEN DIE SOMOZAS DIE POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE MACHT. DIE MILITÄRISCHE MACHT (DIE NATIONALGARDE) STAND IN DEN DIENSTEN DER SOMOZAS.

NACH UND NACH HATTEN AUCH IMMER WENIGER BÜRGER MITSPRACHE RECHT.

DESHALB WAREN SCHLIESSLICH ALLE GEGEN DEN SOMOZISMUS (DIE ARME MEHRHEIT UND DIE REICHE MINDERHEIT)



BLOSS ICH NICHT

... BISS ICH SEIN ENDE NAHEN SAH

© WAS HÄLST DU FÜR DAS SCHLIMMSTE AN SOMOZISMUS? WARUM WÄRST DU ANTI-SOMOZISTISCH?



**REGIONES  
Y ZONAS  
ESPECIALES**

Wahlschein

BOLETA ELECTORAL PARA PRESIDENTE Y VICEPRESIDENTE						
CONSEJO SUPREMO ELECTORAL REPUBLICA DE NICARAGUA						
1	2	3	4	5	6	7
PPSC	MAP-ML	PCDN	FSLN	PC de N	PLI	P.S.N.
<b>PARTIDO POPULAR SOCIAL CRISTIANO</b>	<b>MOVIMIENTO DE ACCION POPULAR MARXISTA LENINISTA</b>	<b>PARTIDO CONSERVADOR DEMOCRATA DE NICARAGUA</b>	<b>FRENTE SANDINISTA DE LIBERACION NACIONAL</b>	<b>PARTIDO COMUNISTA DE NICARAGUA</b>	<b>PARTIDO LIBERAL INDEPENDIENTE</b>	<b>PARTIDO SOCIALISTA NICARAGUENSE</b>
<b>PRESIDENTE MAURICIO DIAZ DAVILA</b>	<b>PRESIDENTE ISIDRO TELLEZ TORUNO</b>	<b>PRESIDENTE CLEMENTE GUIDO</b>	<b>PRESIDENTE DANIEL ORTEGA SAAVEDRA</b>	<b>PRESIDENTE ALLAN ZAMBRANA SALMERON</b>	<b>PRESIDENTE VIRGILIO GODOY REYES</b>	<b>PRESIDENTE DOMINGO ANTONIO SANCHEZ SALGADO</b>
<b>VICEPRESIDENTE GUILLERMO MEJIA SILVA</b>	<b>VICEPRESIDENTE JUAN ALBERTO ENRIQUEZ OPORTA</b>	<b>VICEPRESIDENTE MERCEDITAS RODRIGUEZ DE CHAMORRO</b>	<b>VICEPRESIDENTE SERGIO RAMIREZ MERCADO</b>	<b>VICEPRESIDENTE MANUEL PEREZ ESTRADA</b>	<b>VICEPRESIDENTE CONSTANTINO PEREIRA BERNHEIM</b>	<b>VICEPRESIDENTE ADOLFO JOSE EVERTSZ VELEZ</b>



# BOLETA ELECTORAL PARA REPRESENTANTES A LA ASAMBLEA NACIONAL

## REPUBLICA DE NICARAGUA CONSEJO SUPREMO ELECTORAL

## REGION II

1

PPSC



**PARTIDO  
POPULAR  
SOCIAL  
CRISTIANO**

2

MAP-ML



**MOVIMIENTO DE  
ACCION POPULAR  
MARXISTA  
LENINISTA**

3

PCDN



**PARTIDO  
CONSERVADOR  
DEMOCRATA  
DE NICARAGUA**

4

FSLN



**FRENTE  
SANDINISTA  
DE LIBERACION  
NACIONAL**

5

PC de N



**PARTIDO  
COMUNISTA  
DE NICARAGUA**

6

PLI



**PARTIDO LIBERAL  
INDEPENDIENTE**

7

P.S.N.



**PARTIDO  
SOCIALISTA  
NICARAGUENSE**

PROPIETARIOS

RAMON LARIOS RUIZ  
CARLOS GUEVARA BERRIOS  
FRANCISCO JIMENEZ MANTILLA  
AMADO ORDONEZ MORENO  
ARIEL MANGA TREMINIO  
AGNER DAVILA MUNOZ  
LUIS ALBERTO MARTINEZ SANTAMARIA  
JOSE MA. MORENO MARTINEZ  
HUMBERTO RAMIREZ LOPEZ  
JOSE DOLORES MELENDEZ ZUNIGA  
CARLOS DELGADO REYES  
JULIO CESAR URQUIVO LOPEZ  
RENE VARGAS CHEVEZ  
RAFAEL MANGAS TREMINIO  
NESTOR BORGE MONTES

SUPLENTE

JULIO C. SANDOVAL HERNANDEZ  
NOHEMI CORRALES GUEVARA  
ALVARO VALLE PASTORA  
RAUL ROMERO ROMERO  
ESTEBAN PALACIOS SALMERON  
FRANCISCO VALLE MIRANDA  
ANTONIO SOTO RIZO  
LUIS ALBERTO MARTINEZ SILVA  
EMILIO ALFONSO SALGADO DIAZ  
JORGE GRANERA LOPEZ  
JOSE ALVAREZ MUNGUIA  
JOSE FCO. BOLANOS CAMACHO  
ANGELA JIRON SANDOVAL  
ESPINOZA

PROPIETARIOS

FRANCISCO RIOS ROSALES  
CARLOS LOPEZ ESPINOZA  
LUIS MANZANARES GUTIERREZ  
FRANCISCO CALERO DAVILA  
ALBERTO DELGADO MEDINA  
ORLANDO ROMERO PAREDES  
ENEMESIO BERRIOS VILLANUEVA  
EVERTZ SOLORZANO GOMEZ  
LUIS ANTONIO DELGADO MONTALVAN  
FREDY BACA JEREZ  
JUAN JIRON GALEA  
PEDRO PABLO GARCIA ROJAS  
LUIS HERNANDEZ SUAZO  
PEDRO LOZANO BETANCO  
SOCORRO ESPINALES ORDONEZ

SUPLENTE

FERNANDO MALESPIN MARTINEZ  
LUIS GODOY MEDINA  
ROBERTO MEJIA BLANDON  
MANUEL ROJAS PICADO  
ROBERTO VARELA MENDOZA  
LEONTE POVEDA GRANERA  
ASUNCION MERCADO GARCIA  
BERNARDO ROJAS GUIDO  
MELBA VELASQUEZ MORENO  
TOBIAS MORALES OJUIROZ  
SERGIO BENE LOPEZ BARBERA  
MARTIZA MEDINA DOBARRIE  
NAPOLEON MEZA CENTENO  
MARTHA PADILLA MELENDEZ  
JULIO ARTIAGA ALVAREZ

PROPIETARIOS

ULISES TERAN NAVAS  
GUILLERMO CURRAN ROJAS  
JULIO FONSECA LOPEZ  
ROBERTO ALVARADO BENAVIDES  
SILFREDO PEREZ SOLIS  
FRANCISCO GUTIERREZ OCAÑO  
ARNULFO ROMERO SANTAMARIA

SUPLENTE

JORGE DELGADO LAINEZ  
WENCESLAO VANEGAS LANZAS  
MARIO REYES TERAN  
GENARO REYES PEREZ  
JOSE DOMINGO TELLEZ PEREZ  
WILLIAM ARGENTAL ARGENTAL

PROPIETARIOS

CARLOS NUÑEZ TELLEZ  
FCO. JOSE JAROUIN RAMIREZ  
RAFAEL MAIRENA DELGADO  
ELIGIO PALACIOS MARADIAGA  
BLAS ESPINOZA CORRALES  
EDUARDO ZAPATA AL AMIRANO  
VICTORINO ESPINALES REYES  
MA. TERESA DELGADO MARTINEZ  
JOSE ANGEL ARAUZ URBINA  
JUANA SANTOS ROQUE BERVIS  
URIEL GUEVARA GUERRERO  
JORGE ALBERTO ROJAS CACERES  
JOSE ROBERTO SALGADO MANTILLA  
LEOBARDO SANCHEZ CORRALES  
PABLO JOSE ESCALANTE TURCIOS

SUPLENTE

ALONSO PORRAS DIAZ  
LUIS FELIPE PEREZ CALDERA  
CARLOS CENTENO GARCIA  
ANTONIO MEZA ROJAS  
MA. DEL CARMEN CASTILLO MENESES  
MILCHADES ADRIAN MARTINEZ  
RODRIGUEZ  
HUMBERTO JOSE MELENDEZ ROJAS  
JOSE OSWALDO NOVOSA OSEJO  
JULIO GUILLERMINAMOS  
THELMA LIGIA URIARTE MARVAEZ  
ALEJANDRO JOSE BRAVO SERRANO  
FAUSTINO NAPOLEON VARGAS  
VASQUEZ  
ANA ROSA VARGAS MUNGUIA  
JOSE GREGORIO TERCERO FLORES  
CARLOS MARIO PALMA BLANDON

PROPIETARIOS

SAMUEL FRANCO ROMERO  
NICASIO ZELEDON ZELEDON  
EDGARDO SILVA ROMERO  
FREDDY ROJAS LUNA  
ROBERTO EMILIO ARCIA VILLANUEVA  
JOSE RAUL HERNANDEZ DELGADO  
FRANCISCO LACAYO REYES  
BAYARDO PANTOJA MARENCO  
PEDRO TERCERO CASTILLO  
DANILIO ADOLFO ESCOBAR MARVAEZ  
JOSE MONCADA CARDENAL  
JUAN GUZMAN CAJALES  
OSCAR BATRES LOPEZ  
GERARDO RAMON VARGAS ANDINO  
ZENNAIDA CARRERA ORDONEZ

SUPLENTE

JUSTINO RODOLFO PALMA PEREZ  
HERBERT GOMEZ CASTILLO  
MANUEL ROSTRAN URRUTIA  
FRANCISCO REYES MENDEZ  
LUIS ALBERTO FUENTES FLORES  
CRISTOBAL BACA REYES  
FRANCISCO TORREZ PEREIRA  
ESTEBAN GONZALEZ LOAISIGA  
MANUEL RODRIGUEZ PINEDA  
DENIS CORDERO LOPEZ  
PABLO RODRIGUEZ ESPINOZA  
JOSE ANTONIO PADILLA LOPEZ  
HERNANDEZ  
ELVIN PANTOJA OVIEDO

PROPIETARIOS

EDUARDO CORONADO PEREZ  
CAMILO ZAPATA ZUNIGA  
GUILLERMO SELVA ARGUELLO  
ANIBAL MARTINEZ NUÑEZ  
ULISES SOMARRIBA JARQUIN  
MANUEL PEREZ ESPINOZA  
CARLOS A. GONZALEZ ALVARADO  
EMILIO MONTES FLORES  
SERGIO MELENDEZ MEZA  
RAMON ROSA MARTINEZ VARGAS  
EDMUNDO GONZALEZ GUEVARA  
HERMOGENES PALACIO BACA  
DORO REAL AMAYA  
SIDRO OJUIROZ SANDOVAL

SUPLENTE

ELMER LINARTE CUEVAS  
JULIO MELENDEZ HERNANDA  
OSCAR BERRIOS OCAÑO  
JOSE SMITH JIRON  
ROBERTO SANDOVAL MUNGUIA  
JUSTINO LINDO HERRERA  
CARLOS ESTRADA SILVA  
VARNONIO ZAPATA ZAMORA  
APOLONIO CORONADO PEREZ  
ADRIAN FLORES SANTAMARIA  
PEDRO LEON CARGAMO  
CARLOS LEZAMA CASTILLO  
BERNARDO JIRON FLORES  
ALFONSO ALVARADO ZEPEDA  
MAURICIO MEDRANO SANCHEZ

PROPIETARIOS

FELICIANO ANTONIO HERNANDEZ  
TORRES  
RODOLFO RAUL ZELAYA VARGAS  
LUIS MANUEL JIRON OLIVAS  
JULIO NESTOR ARGENTAL CARRASCO  
MARIO ERNESTO ZELAYA LOPEZ  
NAPOLEON BACA BALMACEDA  
MARIO JOSE REYES IDIAQUEZ  
FRANCISCO ALEJANDRO MALTA OCONNOR  
LUIS JOSE CARVALLO GONZALEZ  
DANIEL ABELARDO PEREZ MUNGUIA  
GUSTAVO AGUSTIN CENTENO CHEVEZ  
MODESTO LUCIO HERNANDEZ SALINAS  
FRANCISCO CATALINO MAYORGA LOPEZ  
RAMIRO ANTONIO BARRERA CAMO  
JOSE HUMBERTO AMADOR HERNANDEZ

SUPLENTE

ZULIAN GROSS OJUIROZ  
FELIX DANIEL SUAZO PEREIRA  
JUSTO RAMON HOMEMO RIVERA  
BLAS ENRIQUE SANTAMARIA BLANCO  
NORMA DEL SOCORRO SOLIS MUNGUIA  
LILLYAM DEL SOCORRO SOLIS MUNGUIA  
SANTOS MARVAEZ CABALLERO  
JULIO CESAR PEREZ CANALES  
NARCISO ABIGAIL ZAPATA PICON  
TRANQUILINO ALCIDES TORRES  
MAYORGA  
MODESTO FRANCISCO SUAZO PRAVIA  
PEDRO JOAQUIN PADILLA GUERRERO  
MASTO HELODORO VALLECILLO MOYA  
NESTOR PORFIRIO SANDOVAL MORALES  
JOSE ANTONIO PANIAGUA LEYTON

# Der Frieden kommt nicht näher

## Beobachter loben die Transparenz der Wahlen in Nicaragua

Von Romeo Rey (Managua)

Im neuen Konferenzgebäude „Augusta Silvia“ in Managua konnten am Montag Hunderte von Journalisten den Beamten des Obersten Wahlrates (CSE) zusehen, wie sie die Resultate über Fernsehleinbilde und verwerteten. Wie selten bei lateinamerikanischen Wahlen war die Stimmzählung von völliger Transparenz gekennzeichnet. „Hier erleben wir die Geburt einer neuen Demokratie mit“, stellte die deutsche Theologin Dorothée Soelle fest, die neben etlichen anderen ausländischen Beobachtern die Stimmzählung im CSE verfolgte. In El Salvador hatten die Presseleute bei den Märzwahlen dieses Jahres keinerlei Zugang zum Rechenzentrum gehabt. Es war damals lediglich zu erfahren, daß sich die Mitglieder des dortigen Wahlrates wegen schwerer organisatorischer Unregelmäßigkeiten lautstark gestritten hatten.

Schwedische Wahlbeobachter haben erklärt, sie seien von der Arbeit des nicaraguanischen Wahlrates stark beeindruckt. Ihrer Ansicht nach beging die „coordinadora“ einen großen Fehler, als sie sich bei der Diskussion des Wahlergebnisses aus dem Staat zurückzog und für den Boykott des Urnenganges entschied. In der nachfolgenden Debatte seien noch zahlreiche Änderungen am Gesetztext vorgenommen worden, die in dem einzigen Ausnahme — der Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre — allesamt die Oppositionsparteien begünstigten. Schon die ursprüngliche im März 1984 veröffentlichte Fassung des Gesetzes wurde von den Schweden als „gut“ bezeichnet, und daraufhin seien im Juni und Juli weitere Verbesserungen vorgenommen worden.

### Geburt einer Demokratie

Während der gesamten Wahlkampagne habe die Opposition rund 25 Klagen an den Obersten Wahlrat gerichtet, aber laut Informationen der Klägerparteien (vor allem der konservativen Demokraten und unabhängigen Liberalen) könne man keine einzige als schwerwiegend bezeichnen. Einzig die Belästigung von Cruz und einigen Coordinadora-Politikern an einigen Orten seien etwas massiver gewesen, fielen jedoch genau genommen nicht in den Bereich der Wahlkampagne, da sich ihre Koalition selber vom Prozeß distanzieren habe.

Der frühere Verteidigungsminister des NATO-Staates Norwegen und Beobachter der Sozialistischen Internationalen, Thorvald Stoltenberg, zeigt sich über das Wahngesetz ebenfalls befriedigt

und streicht die technisch saubere Durchführung des Urnenganges heraus. Dabei müsse man sich vor Augen halten, daß diese Wahlen in einem Land stattfänden, das sich im Kriegszustand befindet, eine Invasion befürchtet, unter schwerer Armut leidet und über keinerlei demokratische Tradition verfügt. Er habe am Sonntag im Gespräch mit zahlreichen Wählern offene und furchtlose Antworten zugunsten und gegen die FSLN erhalten.

Richard Bäuml, Staatsrechtprofessor der Universität Bern und Mitglied der schweizerischen Bundesversammlung, der im Gegensatz zu den meisten anderen Beobachtern nach dem 4. November nicht überstürzt abreiste, hält den Vorwurf einer „Wahlfarce nach sowjetischem Vorbild“ für einen „Fall von ubler Fehlinformation, die von der Regierung Keagan geschürt und von der Coordinadora-Opposition in Nicaragua weiterverbreitet“ werde. Von den Beobachtern, die diese Parteien an die FSLN stellten, seien viele erfüllt worden. Ein Teil davon sei hingegen für die Äußerung unannehmbar gewesen und offensichtlich in der Absicht erhoben worden, dem Wähler durch Nichtteilnahme Legitimität zu entziehen.

„Die zukünftige demokratische Entwicklung hängt nun in Nicaragua vom größten Teil von äußeren Faktoren ab“, glaubt ein hinsichtlich des Wahlprozesses gut informierter, skandinavischer Diplomat. „In der sandinistischen Befreiungsfront gibt es verschiedene Tendenzen. Was letztlich für die Regierenden entscheidende Bedeutung hat, ist das Überleben Nicaraguas als souveräne Nation.“

Wenn die Wahlen nach Ansicht sachverständiger Beobachter also korrekt abgewickelt wurden, so hat es zwischen Theorie und Praxis gleichwohl gewisse Differenzen gegeben. Die Pressezensur ist — wie beispielsweise auch in Urnenvahlen stattfinden werden — nicht abgeschafft worden. Einige politische Kundgebungen wurden, wie das zur Zeit beim Demokratisierungsprozeß in Brasilien ähnlich geschieht, von überhitzten Aktivitäten gestört. Und wie in den meisten anderen Ländern Lateinamerikas hatte die sandinistische Befreiungsfront als Regierungspartei propagandistisches Übergewicht.

Es drängt sich die Frage auf, welche Ansprüche in Sachen Demokratie an Nicaragua gestellt werden können. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß diese zentralamerikanische Nation bisher über keine demokratische Tradition verfügte. Sie wurde seit Mitte des letz-

# Die Wahlergebnisse der Parteien: Zahlenwerte und Einschätzungen

Quelle: Envío 11/84

Die FSLN erhielt 63% aller abgegebenen Stimmen.<sup>3)</sup> Dies Ergebnis bestätigt ihre Stellung als führende politische Kraft in diesem Land. Das Ergebnis widerlegt vor allem die Behauptung der nordamerikanischen Propaganda, es handele sich um ein „Plebiscit“. Die in Paris erscheinende Zeitung „Le Monde“ deutete das Ergebnis als Bestätigung der Popularität und der Schlüsselrolle der FSLN. Insgesamt 31% der Stimmen entfielen auf die sechs Oppositionsparteien, die sich an der Wahl beteiligten, davon 27% auf die Parteien der rechten Mitte und nur 4% auf die drei mehr links von der FSLN angesiedelten Parteien.

Diese Ergebnisse überzeugen sowohl wegen der Ehrlichkeit im gesamten Wahlprozeß wie auch am Wahltag, die von den internationalen Beobachtern und der internationalen Presse konstatiert wurde, ebenso beruhen sie auf die Fähigkeit der FSLN und anderer Parteien, die Bevölkerung im Wahlkampf zu mobilisieren. Viele der internationalen Wahlbeobachter und Journalisten wurden am 1. November Zeuge der Abschlusskundgebung der FSLN vor den Wahlen, die in Managua stattfand. Sie konnten sich davon überzeugen, daß es zu dieser Kundgebung von staatlicher Seite weder besondere Transportmittel, noch Geschenke oder andere Vergünstigungen gegeben hatte. Zur Glaubwürdigkeit der Abstimmungsergebnisse trug auch die kontinuierliche Information der Öffentlichkeit während der laufenden Auszählung durch den obersten Wahlrat bei, der Zwischenergebnisse veröffentlichte, die von Beginn an eine klare Tendenz zeigten und nie eine größere Abweichung als 6% vom Endergebnis beinhalten.<sup>1)</sup>

Man kann darüber spekulieren, wie viele Stimmen die Coordinadora unter Arturo Cruz wohl bekommen hätte, wenn sie sich an den Wahlen beteiligt hätte. In der Wahlkampagne wurde der Weltöffentlichkeit das Bild vermittelt, als drehe es sich um die Kandidatur der „wesentlichen Opposition“ des Landes. Aber dieses Bild ist aus verschiedenen Gründen sehr zweifelhaft: in den 40 Jahren der Diktatur unternahm der Somozismus große Anstrengungen, die oppositionellen Parteien zu vereinzeln und zu spalten; das Bündnis der oppositionellen Bourgeoisie gegen Somoza, von Robelo 1978 in der Form des MDN gegründet, erlangte kein politisches Gewicht (die MDN arbeitet heute mit der bewaffneten Konterrevolution zusammen); eine der „Kräfte“ die die Coordinadora bilden, die PSD, entstand erst 1979, nach dem Sieg der Revolution; und eine andere „Kraft“ in der Coordinadora, die PLC, hat ein äußerst kleine Minderheit als soziale Basis. Es gibt in der nicaraguanischen Geschichte keinen Beleg für die „Kraft“ der Coordinadora. Es erscheint wenig glaubhaft, daß Arturo Cruz und die Coordinadora beträchtlich mehr Stimmen hätten erringen können, als die oppositionellen Parteien, die sich für den 4. November eingeschrieben hatten.

Es gibt keine Wahlergebnisse, mit denen die Unterstützung für die Coordinadora zu messen wäre. Allerdings gibt einige wichtige Hinweise für die Höhe dieser Unterstützung. Was die Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft betrifft, so ist wichtig hier zu erwähnen, daß die Ankunft von Arturo Cruz in Nicaragua Ende Juli nach einer breit angelegten Propagandakampagne durch „La Prensa“ nur 400 Personen zu seinem Empfang bewegte. Seine Wahlversammlungen in Matagalpa, Chinandega, León, Boaco und Masaya brachten jedesmal nicht mehr als 1000 Personen auf die Beine.

3) Die Prozentzahlen beziehen sich — wie dies in demokratischen Wahlen üblich ist — auf die Zahl der abgegebenen Stimmen.

1) Der oberste Wahlrat legte fünf offizielle Zwischenberichte zur Stimmauszählung vor. Die ersten Ergebnisse wurden auf der Basis von 16% der Stimmegebnisse am 5. November um 3.00 Uhr morgens veröffentlicht. Die späteren Zwischenergebnisse wurden auf der Basis von 39%, 69%, 80% und 90,5% (7. November, 22.00 Uhr) der Stimmegebnisse hochgerechnet. Diese Verfahren steht in einem deutlichen Kontrast zur der „üblichen Praxis“ in anderen zentralamerikanischen Ländern, in denen oft verkürrt Ergebnisse über das Fernsehen bekanntgegeben werden. Dann folgt zumeist der Informationsfluß ab, und die einige Tage später veröffentlichten Endergebnisse haben nur wenig mit den ersten Informationen gemein.

Die politische Realität in Nicaragua gibt zu der Vermutung Anlaß, daß eine große Koalition in der Opposition zwischen den drei Parteien der Coordinadora und den drei Parteien der rechten Mitte (PCD, PLI und PPSC) sehr unwahrscheinlich gewesen wäre. Die PPSC hätte in diese Koalition nicht hineingepaßt, da sie unterschieden für eine strukturelle Veränderung optierte, die sie einige Jahre vor dem Sturz der Diktatur (1975) zu einem Bruch mit den Christdemokraten (PSC, heute in der Coordinadora) führte. Die offensichtlich äußerst freundschaftliche Beziehung des Unternehmersbandes (COSEP) und der PSD mit der nordamerikanischen Regierung wäre wiederum ein Hindernis für die Zusammenarbeit zwischen den Coordinadora-Parteien und PCD und PLI gewesen, deren Führer konsistent nationale Positionen vertreten.

Deshalb können die Stimmenanteile, die die PCD (13%) und PLI (9%) errangen, als Stimmen interpretiert werden, die zum einen die Verwurzelung in konservativen und liberalen Traditionen der politischen Geschichte Nicaraguas ausdrücken, zum anderen als Unzufriedenheit und Opposition gegen die FSLN, die sich jedoch innerhalb einer weithin anerkannten neuen politischen Realität bewegt. Schwieriger sind die 5% der Stimmen für die PPSC zu bewerten. Stand auch sie in Konkurrenz zur Coordinadora? Eines der wichtigsten Charakteristika der PPSC war, den christlichen Glauben auf ihre Fahnen zu schreiben. Die Coordinadora versuchte ebenfalls, sich das Bild christlicher Ergebnisheit und des Gehorsams gegenüber der Kirche zu geben.

Unter den 25% der Wahlberechtigten, die nicht zur Wahlurne gehen konnten oder wollten, muß man ebenfalls nach Stimmen suchen, die vielleicht der Coordinadora zugutegekommen wären. Allerdings muß man sich zuvor verdeutlichen, daß in diesem Anteil der Stimmberechtigten wie in jedem Land der Welt diejenigen enthalten sind, die niemals eine aktive politische Position ergreifen oder ihre Stimme abgeben. Dies Gruppe der Nichtwähler erreicht gewöhnlich mindestens 10% der Stimmberechtigten. Unter den 25% der Nichtwähler befinden sich auch jene, die sich im Juli eingeschrieben hatten und dann zur Verteidigung eingezogen worden sind und damit das Wahlrecht nicht mehr ausüben konnten. Unter diesen 25% befinden sich weiterhin diejenigen, denen für große Entfernungen keine Transportmöglichkeiten zur Verfügung standen, dies gilt insbesondere auf dem Lande (in der Region I z.B. verkehrten am 4. November keine öffentlichen Verkehrsmittel). Für die Einschreibung in die Wahllisten, an der sich ca. 93% der Bevölkerung beteiligte (es fehlt eine genaue Bevölkerungsstatistik), standen vier Tage zur Verfügung, während die Wahlen an einem Tag stattfanden. Darüberhinaus war die Einschreibepflicht, während die Beteiligung an der Wahl freiwillig war und ein Recht darstellt.

Ein kleiner Teil dieser 25%, die sich nicht an der Wahl beteiligten, waren schließlich die Leute, die nicht zur Wahl gehen konnten, weil sie am Wahltag oder während der Einschreibungen im Ausland waren, oder die in den Monaten zwischen Juli und November gestorben sind. Durch den Krieg hat sich die Sterblichkeitsrate erhöht.

Tabelle II  
Enthaltungen und ungültige Stimmen nach Regionen \*

Stimmen (in %) im Verhältnis zu den Einschreibungen	Regionen und Zonen **						Landesdurchschn.			
	I	2	3	4	5	6		I	II	III
Enthaltungen	20.3	20.4	18.1	22.7	37.5	41.6	17.4	32.3	25.2	24.6
ungültige Stimmen	6.7	3.4	4.2	4.5	4.7	4.8	6	8	3.4	4.6

Quelle: Oberster Wahlrat und Auswertung des IHCA

\* nach dem Abschlußbericht, aufgeteilt nach Regionen

\*\* I = Estelí, Nueva Sgovie, Madriz; 2 = León, Chinandega; 3 = Managua; 4 = Masaya, Carazo, Granada, rivas; 5 = Boaco, Chontales; 6 = Matagalpa, Jinotega; I = Zelaya Norte; II = Zelaya Sur; III = Río San Juan

Es wäre sicher interessant, auch eine genauere Analyse der ungültigen Stimmen machen zu können (4,6% aller Eingeschriebenen), um zu unterscheiden, welche davon wesentlich ungültig gemacht wurden (durch witzige Bemerkungen, konterrevolutionäre Phrasen, Klekse, obzöne Worte usw.) und welche unwissentlich ungültig abgegeben wurden, insbesondere in den Orten, in denen es noch Analphabetismus gibt. Interessant ist auf jeden Fall, daß es anscheinend keinerlei Beziehung zwischen den Enthaltungen und den ungültigen Stimmen gibt, die existieren müßte, wenn man von der Annahme ausgeht, daß beide im wesentlichen eine politische Haltung ausdrücken. In den Gebieten, in denen es die größte Zahl von "Enthaltungen" gab, wird noch deutlicher, warum zwischen beiden keine Beziehung besteht. Wie die Tabelle II zeigt, gab es die größte Zahl von Enthaltungen in Kriegsgebieten oder in Gebieten, die traditionell für ihre politische Apathie bekannt sind.

Tabelle I

	Summe (1)		Prozentsätze (1)		Prozentsätze (2)		*** Summe (2)
	eingeschriebene Bürger	Summe	eingeschriebene Bürger	Gültige Stimmen	eingeschriebene Bürger	Gültige Stimmen	
Stimmbezirke *	3,876						
Eingeschriebene Bürger	1,551,597		**				
Abgegebene Stimmen	1,170,142	75.4			75.4		1,170,102
Wahlenthaltungen	381,455	24.6			24.6		381,495
Gültige Stimmen	1,098,933	70.8			70.4		1,091,878
Ungültige Stimmen	71,209	4.6	6.1		5.0	6.7	79,224
FSLN	735,967	47.4	62.9	67.2	47.0	62.3	729,159
PCD	154,327	10.0	13.0	14.0	9.9	13.0	152,883
PLI	105,560	6.8	9.0	9.6	6.8	9.0	105,497
PPSC	61,199	3.9	5.2	5.6	4.0	5.3	61,525
PC de N	16,034	1.0	1.4	1.5	1.0	1.4	16,165
PSN	14,494	0.9	1.2	1.3	1.0	1.3	15,306
MAP-ML	11,352	0.7	1.0	1.0	0.7	1.0	11,343

Quelle: Oberster Wahlrat

\* Insgesamt gab es im Land 3892 Stimmbezirke. Wegen der Kriegshandlungen konnten 16 Wahllokale nicht in Funktion treten

\*\* Die Verteilung der abgegebenen Stimmen (in Prozent) ist mit einem Pfeil gekennzeichnet. Diese Zahlen, die für die meisten demokratischen Wahlen von großer Bedeutung sind, werden wir auch in der weiteren Untersuchung verwenden.

\*\*\* Die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen für die Wahlen zur Nationalversammlung werden zur Ermittlung des Wahlquotienten für die betreffenden Regionen verwendet.

Dritter Durchgang und Endverteilung der Sitze zur Nationalversammlung

Parteien	Reststimmen	noch nicht verteilte Sitze	verteilte Sitze (3. Runde)	verteilte Sitze insgesamt	Sitze für Ex-Präsidentenschaftskand.	Anzahl der Sitze insgesamt
MAP-ML	11,343		1	1	1	2
PPSC	10,946		1	5	1	6
PCD	8,688		1	13	1	14
FSLN	6,451		1	61	0	61
PLI	5,161		0	8	1	9
PC de N	3,822		0	1	1	2
PSN	2,963		0	1	1	2
Summe		4	4	90	6	96

Basis-Information über den Wahlprozeß in Nicaragua

CONCEPTOS	Región I	Región II	Región III	Región IV	Región V	Región VI	Z.E. I	Z.E. II	Z.E. III	TOTAL NACIONAL
Stimmberechtigte insgesamt	166103	283133	469325	267670	173093	202562	62059	25501	16102	1665528
In Wählerlisten eingetragen	153708	267852	441109	276669	140421	204710	36346	25793	13980	1560588
Abgegebene Stimmen	120600	215644	359612	212015	87397	116553	29992	17867	10462	1170142
Enthaltungen	33108	52208	81497	64654	53024	88157	6354	7926	3518	390446
Ungültige Stimmen	10182	9317	18501	12237	6525	9663	2191	2111	482	71209
Gültige Stimmen	110418	206327	341111	199778	80872	106890	27801	15756	9980	1098933
PPSC	3928	10012	22665	11654	4904	5597	1676	655	108	61199
MAP-ML	1616	1750	2139	1755	1456	1899	343	268	126	11352
PCDN	8790	13207	52745	38530	17607	17095	3821	1593	939	154327
FSLN	80219	150210	228862	122490	49323	66815	20030	10171	7847	735967
PC de N	1791	3071	4507	2740	1213	1921	323	321	147	16034
PLI	12908	25843	25592	19147	5422	12020	1357	2524	747	105560
PSN	1166	2234	4601	3462	947	1543	251	224	66	14494
Juntas Recept. de votos	345	590	937	854	463	461	107	86	49	3892

Quelle: Consejo Supremo Electoral ( CSE ), INEC.  
erhoben d. Banco de Datos, INIES/CRIES.

Quelle:  
Pensamiento Propio, Nr. 18

## Die Wahlen von innen

Quelle: Envío 12/84

Im März 1984 hatte die Regierungs-Junta von Nicaragua die Mitglieder des Obersten Wahlrats bestimmt, - der von diesem Zeitpunkt an die Funktion einer vierten Gewalt im revolutionären Rahmen einnahm. Zu seinen Aufgaben gehörte nach dem Wahlgesetz die Regelung des Einschreibverfahrens, die Festlegung der Zeit der Wahlkampagne, die Frage der Berufungen und Geldmittel zu lösen, die Kandidatenvorschläge der verschiedenen Parteien in Empfang zu nehmen, sowie die Stimmentauszählung durchzuführen.

Auszüge aus einem Interview des "Envío" mit Leonel Argüello (L.A.) und Roberto Everstz (R.E.) zur Verdeutlichung, wie sich die Wahlen "von innen" darstellen.

IHCA Was waren in diesem Sinn die größten Erfolge, die markantesten Unterschiede?

R.E. Einer der wesentlichsten Unterschiede mußte darin bestehen, einen Wahlbetrug auszu-schließen. Dafür war das Verfahren der Stimmenauszählung grundlegend. Wir haben die Wahlge-setze studiert, nach denen die Wahlen unter Somoza durchgeführt worden sind. Dort sandte der Wahlbezirk - so hieß damals, was wir "Kommission zur Stimmentgegennahme" nennen - die Ergebnisse durch ein kommunales Gremium zuerst zur Wahlkommission jeder Provinz, von dort zum Hauptsitz der Wahlprüfungskommission in Managua. Das dauerte manchmal drei Wochen. Der Betrug wurde mit aller Wahrscheinlichkeit in den "kommunalen Zwischenfilter" vorgenommen. Unser Verfahren dagegen war von Anfang an so ausgerichtet, daß die Information direkt und unverfälscht von der Kommission der Stimmentgegennahme in den Wahllokale zur Rechnungs-abteilung des obersten Wahlrats in Managua gelangte. Es gab keine Zwischenstellen. Gleich-zeitig haben wir ein System der doppelten Information benutzt, um eine doppelte Kontrolle zu ermöglichen: Ein Telegramm mit den Ergebnissen schickte die Kommission nach Managua, ein anderes, gleichlautendes, ging an den regionalen Wahlrat. Jetzt, wo wir die Listen der Stimmenauszählung haben, können wir die Ergebnisse dort mit den beiden übermittelten Tele-grammen vergleichen. Und die Information ist die gleiche. Und wir haben, zur nochmaligen Sicherung, jeder Kommission einen telegrafischen Schlüssel gegeben. Dieser Schlüssel diente dazu, daß die Angestellten des Telegrafenamtes überprüfen konnten, ob es sich um ein authentisches oder um ein gefälschtes Telegramm handelte. Ein Beobachter, Mitglied des obersten Wahlrats von Venezuela, sagte uns, er sehe in so einem Schlüssel für Wahlen in anderen Ländern eine wirksame Hilfe bei der Nachrichtenübermittlung in der entscheidenden Phase der Stimmenauszählung.

IHCA Gab es unter Somoza Betrug nur bei der Stimmenzählung?

R.E. Betrug gab es überall. Von besonderer Bedeutung war zum Beispiel das Wahlregister. Man übt großen Druck aus, damit die Leute sich einschrieben, am Tag der Wahl war der Druck schon geringer. Es interessierte nicht, daß alle wählten, sondern daß sie eingeschrieben waren. Nach Beendigung der Wahl wurden in jedem Bezirk Stimmen für die abgegeben, die sich gar nicht beteiligt hatten: Die Leute hinter den Tischen begannen, Wahlscheine auszufüllen. Und so haben sie die Urnen gefüllt. Wichtig war die Zahl der Registrierungen, die Zahl der wirklichen Wähler war immer "arrangiert". Um das zu verhindern, haben wir den Wahlausweis (libreta civica) geschaffen. Wir haben hier in Nicaragua keinen einheitlichen Ausweis für die Bürger. Wer sich eingeschrieben hat, hat einen Ausweis erhalten, und nur mit diesem Aus-weis konnte er wählen. In dem Moment, in dem er gewählt hatte, wurde der Ausweis einbehalten so hatten wir noch eine Garantie mehr, eine weitere Kontrolle. Am Ende wurde die Zahl der Stimmzettel in der Urne mit der Zahl der Ausweise auf dem Tisch und mit der Zahl der Kreuze im Verzeichnis der eingeschriebenen Wähler verglichen. Wenn es irgendeine Differenz gegeben hätte, hätte die Ursache gesucht werden müssen, bis sie gefunden worden wäre.

IHCA Was war noch für die somozistischen Wahlen - außer dem Betrug - charakteristisch?

L.A. Die Nötigung. Die ersten Wahlen unter Somoza waren nicht geheim. Der Bürger kam zum Tisch und machte dort vor dem Vorsteher sein Kreuz. Oder der Vorsteher selbst machte das Kreuz dahin, wo der Bürger es hinhaben wollte. Das war die größtmögliche Nötigung, die für ein analogisches Volk existieren konnte. Die letzten beiden Wahlen waren schon ge-heim. Aber die Nötigung zeigte sich da bei dem Papier, das für die Wahlscheine benutzt wurde: Transparentpapier, vollkommen durchsichtig. Die Stimme wurde mit einem Bleistift markiert, der sich stark in das Papier eindrückte. Egal wie man das Papier faltete, es war immer zu sehen, für wen gestimmt worden war. Wenn der Wähler hinausging, war es deshalb für den Vorsteher leicht, dem Wächter an der Tür ein Zeichen zu geben, damit dieser dem Bürger ein Spezialpapier aushändigte, wenn er für die Partei von Somoza gestimmt hat. Dieses Papier hieß "la magnifica" ("das Wunderbare"). Ein rosa oder rosarotes Papier, in der Farbe der liberalen Partei Somozas, auf dem der Name des Wählers vermerkt wurde. Und dieses Papier half, wenn man Probleme mit der Polizei hatte. Oder die Polizei half bei Auseinandersetzungen mit den Nachbarn. Oder man konnte mit dem Papier die Zahlung irgendeiner Strafe vermeiden.

R.E. "La magnifica" wurde auch als Nachweis für "richtiges" Wählen verlangt. Das war zum Beispiel bei meiner Mutter der Fall. Sie war gezwungen zu wählen, weil sie beim Staat ange-stellt war. Am Tag nach der Wahl mußte sie das Papier zeigen, damit man ihr ihren Lohn gab. Es war demütigend, aber es war so.

IHCA Und das Szenario der Wahlen vom 4. November war anders als in der Vergangenheit?

L.A. Vollkommen. Zumindest, soweit ich mich erinnere. Während des Somozismus herrschte immer ein Chaos im Wahllokal. Am 4. November gab es Respekt und Ordnung. Der Bürger erhielt seine beiden Scheine, das Wahlverfahren wurde ihm erklärt und er ging in einen abgeschlossenen Raum. Im Somozismus gab es nur ein durchsichtiges Laken. Wir hatten einen dicken blauen Vorhang. Unsere Wahlscheine waren aus einem völlig anderem Papier als das Transparentpapier. Wir haben ein dickes Papier benutzt, das uns aus Schweden gesendet wurde, dem darüber hinaus auf der Rückseite ein Streifen aufgedruckt wurde, um sicherzustellen, daß man nicht sah, was geschrieben wurde. Außerdem haben wir anstelle des Bleistifts einen Stift benutzt, der die Papieroberfläche nicht durchdringt. Es gibt keinerlei Ähnlichkeit zwischen dem somozistischen Wahlschein und dem heutigen. Die heutigen wurden von Roberto Everstz ent-worfen. Viele nordamerikanische Journalisten haben uns gesagt, daß sie in den USA auch gern so schöne Wahlscheine hätten. Sie hätten sehen sollen, wie viele Fotos sie von den Wahl-scheinen gemacht haben. Nachher haben wir uns entschlossen, ihnen einen als Muster zu geben, so sehr hatten sie uns darum gebeten... Nach dem Ausfüllen des Wahlscheines haben die Bürger selbst sie in die Urnen gesteckt. In der Vergangenheit gab es sogenannte "Aktivisten" der Parteien - obwohl es eigentlich nur die Aktivisten von Somoza waren - die sich in den Wahl-bezirken mit größerer Freiheit bewegten, als die Mitglieder der Wahlkomitees selbst. Unter dem Vorwand, ihnen zu helfen, haben diese Leute den Wählern die Stimmzettel abgenommen und sie selbst in die Urnen getan. So etwas gab es am 4. November nicht. Eine der Prioritäten, die wir uns gesetzt hatten, um für immer die Erinnerung aller an diese so groteske, so de-mütigende Vergangenheit zu tilgen, war, geheime Wahlen ohne Nötigung sicherzustellen.

R.E. Schließlich gab es einen großen Unterschied bei der Wahlbeteiligung. Denn ein anderes Charakteristikum der Vergangenheit war das fehlende Interesse des Volkes an der Wahl und das fehlende Interesse der Regierung, die Wahl zu ermöglichen. Ein Indiz dafür war die Anzahl der Wahllokale. Bei der letzten Wiederwahl von Somoza, 1974, gab es nicht einmal 2.200 Wahl-lokale. Das war vor zehn Jahren und die Bevölkerung ist natürlich gewachsen, aber wir hatten fast 4000 Wahllokale, 48 Prozent davon auf dem Land und 52 Prozent in den Städten. Wir haben sie überall eingerichtet, an den zugänglichsten und vertrautesten Orten. Die ländlichen Wahl-lokale waren an den gleichen Stellen, zu denen die Leute auch mit ihren Gesundheits- und Erziehungsproblemen gehen, wo sie ihre Grundnahrungsmittel erhalten, wo sie in diesen fünf Jahren der Revolution ihre Probleme lösen. Diese Orte dienten ihnen auch als Wahllokale. Wir hatten den klaren politischen Willen, das ganze Volk an den Wahlen teilnehmen zu lassen. Am 4. November wurde auch an Orten gewählt, an denen man nie zuvor von Wahlen gehört hatte. Zum Beispiel in den Gemeinden der Miskitos an der Küste, die niemals gewählt hatten, denn Somoza errichtete Wahlbezirke nur im städtischen Bereich von Bluefields, in Puerto Cabezas und in den Minen.

IHCA Was war in diesen acht Arbeitsmonaten das Schwierigste?

R.E. Das Schwierigste war, die fast 4000 Wahllokale einzurichten. Das mußten wir für die Ein-schreibungen im Juli fertig haben. Das Statistische Institut half uns, aber sie arbeiteten mit Karten von 1982, als eine Volkszählung hätte durchgeführt werden sollen, was aber nicht geschehen war. Die Karten waren weder aktualisiert, noch entsprachen sie der Realität. Denn von damals bis heute sind mehr als 150.000 Personen wegen der Aggressionen umgesiedelt worden. Auf diesen Karten waren die neuen Siedlungen in der Provinz Rio San Juan nicht verzeichnet, dafür erschienen dort San Juan del Norte, wo es heute nichts als Schlamm gibt, und es gab keine Kennzeichnung der Miskito-Siedlungen - es war eine schwierige Aufgabe. Wir gingen aufs Land, um die Angaben zu überprüfen, denn das kann man nicht vom Schreibtisch aus machen. Ohne Information und nach Augenmaß haben wir die Karten neu gemacht, damit wir die Wahl-lokale bestimmen konnten.

Diese schwierige Etappe war zwischen April und Juni. Und es gab Probleme bis hin zu unseren eigenen Leuten, denn einige örtliche Komitee-Präsidenten nahmen sich Freiheiten heraus und machten ihre eigenen Zählungen. Sie sagten, daß täten sie, damit sie vorbereitet seien, und sie wüßten, wie viele Leute sich einschreiben würden. Das hat die Opposition dazu be-nutzt zu behaupten, wir machten die Zählung um zu wissen, wie viele Leute für die Frente stimmen würden. Wir haben das verboten, sie haben darauf bestanden - das war alles ziemlich schwierig. Deshalb glauben wir, daß der größte Erfolg des Wahlprozesses bei den Einschrei-bungen lag. Nachdem das geschafft war, war es leichter für uns, die Wahlen zu planen.

Die Beziehungen zwischen dem obersten Wahlrat und den politischen Parteien und die erste Erfahrung der Wahlkampagne.

An den Wahlen vom 4. November haben sich sieben politische Parteien beteiligt. Drei Parteien, die in der Coordinadora Democratica zusammengeschlossen sind, beteiligten sich nicht, wegen angeblicher fehlender Garantien für eine freie Abstimmung. Die Mitglieder des obersten Wahlrats mußten sich täglich mit diesen Gruppen in Verbindung setzen, auf verschiedenen Ebenen und in der Hitze eines heißen Wahlkampfes.

IHCA Wie haben sie gehandelt? Waren sie Richter, Schiedsrichter, Lehrer oder Lehrlinge? Gab es Spannungen in den Beziehungen zwischen dem Wahlrat und den Parteien der Coordinadora?

L.A. Nein, ich würde sagen, daß die Beziehungen mit einigen Parteien der Coordinadora immer herzlich waren. Besonders mit den Socialcristianos (Sozialchristen) und besonders mit einigen Funktionären von ihnen. Sie baten uns sogar um alle Dokumente, um selbst ihre Vorbereitungsseminare abzuhalten. Obwohl sie nicht teilnahmen, wollten sie in alle einbezogen werden, zur Schulung ihrer aktiven Mitglieder. Dem persönlichen Bekenntnis eines Funktionärs zufolge, haben sie sich darauf vorbereitet, sich in jedem Moment an den Wahlen zu beteiligen. In diesem Sinn haben wir ihnen hier jede Unterstützung gegeben, um die sie uns er-suchten. Und indirekt haben wir ihnen gesagt, daß sie sich jederzeit einschreiben können, selbst als die Einschreibungen schon zuende waren, wir haben uns mit der nötigen Umsicht um sie gekümmert. Leider haben sie sich nicht eingeschrieben. Die Beziehungen zu der PSD, mit den Sozialdemokraten, waren immer kühl, aber von ihrer Seite aus. Sie kamen nie hierher, um sich mit uns in Verbindung zu setzen, und sie haben unsere Einladungen nie beantwortet. Die PLC, die konstitutionellen Liberalen, kamen hierher und haben uns sogar einen Brief vorgelegt, in dem stand, daß sie sich einschreiben wollen und daß sie um einen Ein-schreibetermin bitten. Sie haben diesen Termin, an dem die Liste ihrer Kandidaten entge-gengenommen werden sollte, erhalten - aber in letzter Minute haben sie sich wieder zurück-gezogen.

IHCA Sie haben dies alles unter einem sehr besonderen Blickwinkel erlebt. Haben Sie das Gefühl, daß diese Parteien sich so verhalten haben, weil sie durch den Verband der Privatunternehmer, dem COSEP, unter Druck gesetzt worden sind?

L.A. Durch den COSEP oder durch eine andere Macht. Bei den Sozialchristen gab es eine klare Spaltung zwischen Befürwortern und Gegnern der Teilnahme. Wir wissen das. Ich persönlich weiß das, denn ich habe mit Mitgliedern der Christlichen-Sozialen Internationale, mit italienischen Christdemokraten gesprochen, die mit gesagt haben, daß sie der PSC empfohlen haben, sich einzuschreiben und teilzunehmen, einige Minimalbedingungen vorausge-setzt, so minimal sie auch sein mögen. Das war erfür ich in den Gesprächen, die ich während meines Europabesuchs geführt habe, auf dem ich unseren Wahlprozeß vorgestellt habe.

IHCA Und die Unabhängigen Liberalen, die PLI? Hat Sie die Entscheidung des Vorsitzenden, Dr. Godoy, sich in letzter Minute zurückzuziehen, überrascht oder nicht?

L.A. Mit der PLI hatten wir immer ganz normale Beziehungen. Das einzige Haar in der Suppe bei diesen Wahlen war ihre Entscheidung, sich zurückzuziehen. Dies war ein harter politisch-er Schlag, obschon die Enthaltung der Coordinadora zweifellos ein noch härterer war, da sie und ihr Kandidat Cruz im Zentrum der internationalen westlichen Medienöffentlichkeit stand.

R.E. Man muß daran erinnern, daß Dr. Godoy hier im Rat immer gesagt hat, daß er noch einen Trumpf in der Hand habe. Er hat das zu allen gesagt, bis hin zu den Sekretärinnen. Und einige Aktivisten der PLI sagten uns, daß sie nicht wüßten was dieser Trumpf sei, daß sie ihn nicht kennen. Für uns kam die Entscheidung der PLI überraschend. Wir haben sie damals, am Vorabend der Wahlen, nicht erwartet.

IHCA Und welchen Eindruck haben Sie von den anderen sechs Parteien?

L.A. Ich würde sagen, die geordnetsten waren die "pepes", die PPSC. (Christlich-soziale

Volkspartei. Sie waren die einzigen, die uns ihre Programme immer vollständig vorgelegt haben, auch ihre Sendezeiten in den Kommunikationsmedien. Ich würde sagen, daß die "pepes" die beste und zusammenhängendste Werbekampagne gemacht haben. Es gab keine Improvisationen, keine Änderungen in letzter Minute, alles war sehr gut organisiert. Ihre Alternative der Veränd-erung der Revolution ohne Änderung der Ideologie war sehr gut dargestellt. Auf der anderen Seite stellten die kleinsten linken Parteien die größten Ansprüche. Die kommunistische Partei zum Beispiel war in diesen Büros ständig präsent mit immer neuen Forderungen. Aber ich be-grüße diese Haltung, denn sie haben uns zum harten Arbeiten gezwungen. Es wäre gut gewesen, wenn alle soviel verlangt hätten wie sie.

R.E. Zu ihren Gunsten muß gesagt werden, daß sie sehr fleißig waren. Wenn zum Beispiel das gesendete Zeitungspapier in sehr großen Rollen ankam und erst geschnitten werden mußte, be-vor es bedruckt werden konnte, haben sie niemals Einwände erhoben. Sie nahmen die Rolle und übernahmen die ganze Arbeit. Sie übernahmen sogar den Transport. Sie benutzten Lastwagen il-er Aktivisten und holten das Papier, selbst wenn sie zum Hafen von Corinto fahren mußten. Das muß man anerkennen. Die konservative Partei (PCD) war dagegen sehr bequem, sie wollte alles schon fertig, das Papier, wenn möglich, schon bedruckt haben. Natürlich war der Mann, der diesen Bereich betreute, einer von denen, die für eine Enthaltung der PCD waren. Und deshalb fand er immer ein Haar in der Suppe.

IHCA Und die FSLN?

L.A. Die FSLN ist in ihrem Mangel an Respekt gegenüber der Autorität unübertroffen - als Partei war die FSLN die unbequemste. Am gleichen Tag, als die Kampagne eröffnet wurde, haben sie uns alle Wände des obersten Wahlrats mit ihren Parolen bemalt, und wir mußten sie herbe-stellen, daß sie uns am nächsten Tag die Wände neu streichen... Aber ebenso wie sie uns die Arbeit erschwert haben, konnten wir alles und sofort von ihnen fordern. Und immer gab es Verbesserungen. Am Anfang, als die ersten Beschwerden kamen, habe ich mir die Freiheit ge-nommen, auf eigene Faust an Kommandant Bayardo Arce zu schreiben und ihn zu bitten, seine Leute zur Ordnung zu rufen. Er hat kurz darauf ein sehr scharfes Memorandum an alle seine Aktivisten herausgegeben, in dem er sie zu mehr Respekt verpflichtete. Auf Staatsebene war die Haltung anders. Am meisten hat uns das Innenministerium geholfen, es war immer hilfsbe-reit.

R.E. Ja, die Basis der sandinistischen Aktivisten hat uns am meisten Probleme gemacht. Aber das ist logisch, und wir haben damit gerechnet. Sie waren fünf Jahre lang die Herren der Straße, Spannungen konnten nicht ausbleiben. Das war eines der "Schlüssel-Probleme", die wir in den ersten vorbereitenden Versammlungen auf uns zukommen Gesehen haben, und es hat uns sehr beschäftigt, ein richtiges Vorgehen dagegen zu bestimmen. Die fehlende Erziehung und das Übermaß an Macht, das sie gespürt hatten - es war normal, daß es Probleme geben würde. Aber all das wurde besser durch die Maßnahmen, die die sandinistischen Autoritäten und später die Regierungsautoritäten ergriffen haben. Comandante Borge hat einige Male hart öffentlich eingegriffen. Und Comandante Carlos Nunez noch stärker. Und all das verbesserte sich.

L.A. Es gab Vorfälle am Anfang, zum Beispiel die mit den Wahlausweisen. Einige vom CDS hatten begonnen, von den Bürgern, die sich im Juli eingeschrieben hatten, den Wahlausweis als Vor-aussetzung für die Lebensmittelverteilung zu verlangen. Es gab zu Recht Beschwerden. Wir haben dann in das Gesetz der Wahltechnik ein Vergehen aufgenommen, das sich auf den Mißbrauch des Wahlausweises bezieht, und wir haben ausführlich veröffentlicht, daß der Wahlausweis aus-schließlich zum Wählen da ist. Der Mißbrauch wurde gebremst und auch verfolgt. Wir sind hier sogar gegen zwei Personen gerichtlich vorgegangen, die behauptet hatten, sie seien Leiter des CDS, obwohl sich später herausstellte, daß sie nichts weiter als hochstaplerische, auf den eigenen Vorteil bedachte Nachbarn waren....

IHCA Man hat im Ausland viel von Ausschreitungen durch sandinistische "Pöbel" im Wahlkampf gesprochen - wie werten Sie solche Nachrichten?

L.A. Das Problem des "Pöbels", war, wenn es überhaupt existierte, sehr gering. Trotz der Erklärungen von Virgilio Godoy, daß von 40 Veranstaltungen, die sie gemacht haben, 30 und mehr vom Pöbel gestört worden wären. Das stimmt nicht. Wir hatten einige Probleme mit Ausschreitungen, aber die Leute wurden angemessen bestraft. Für einige Leute war wirk-

lich jede beliebige Person "Pöbel". Für die PLI war "Pöbel" einmal ein Betrunkenener, der schlecht von der Frente sprechen hörte und umgeben auf das Podium stieg. Sie sagen, er hätte den Sprechenden stark bedroht. Aber er war betrunken und es wäre nur ein Polizist nötig gewesen, der ihn mitgenommen hätte. Auf jeden Fall muß gesagt werden, daß die Streitfälle weniger wurden. Wir haben hier im Rat eine spezielle Beschwerdestelle eingerichtet, vor der alle Probleme ausbreitet wurden, mit denen sich die Parteien täglich konfrontiert sahen. Am Anfang regnete es Beschwerden von allen Seiten, in den Zeitungen, im Radio. Nach dem Aufruf von Comandante Arce am 17. August gab es noch einige Fälle in dem Monat, aber schon im September und Oktober sind die Probleme klar zurückgegangen, mit dem einen oder anderen schwereren Zwischenfall. Zum Beispiel der Fall eines betrunkenen Soldaten, der auf einen Bus mit Aktivisten der PLI geschossen hat und unglücklicherweise einen verletzt. Dieser Fall kam vor ein Militärgericht, der Soldat wurde zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt und aus der Armee ausgestoßen. Es gab in den drei Monaten wirklich eine reale Veränderung und große Fortschritte. Und wenn es irgendeinen Fall gab, konnten wir handeln. Es gab in diesen letzten drei Monaten zum Beispiel eine Beschwerde der Konservativen Partei über Vorfälle bei einer Kundgebung von ihnen in Jinotepe. Sie sagten, daß sie von sandinistischem "Pöbel" angegriffen worden wären. Und als wir selbst dort nachforschten, stellte sich heraus, daß die Konservativen selbst Streit angefangen hatten: Als sie von einigen Sandinisten den Sprecher "Poder popular" (Volksmacht) hörten, bewarfen sie diese mit Limonadenflaschen. Die anderen warfen daraufhin mit anderen Dingen zurück und am Ende standen sich die beiden Gruppen mit Stöcken und Steinen gegenüber. Häufig erhielten wir auch sehr allgemeine Beschwerden, etwas daß ein olivgrün gekleideter Mann dies oder jenes gemacht habe. Und wenn wir um genaue Angaben zu Ort, Zeit und Person baten, damit wir die Sache verfolgen konnten, hörte die Beschwerde auf. Die PLI hat stark verallgemeinert. Und wenn wir sie um konkretere Angaben baten, haben sie behauptet, wir würden uns nicht um ihre Beschwerde kümmern. Aber es ist einfach unmöglich, jemanden zu bestrafen, den in der Anonymität bleibt. Am wirksamsten brachten immer die Kommunisten ihre Beschwerden vor. Einmal wurde einer ihrer Aktivisten verhaftet, der Propaganda in einer Fabrik machte. Sie haben hier vorgeprochen und wir haben ihnen sofort einen unserer Rechtsanwälte geschickt, nach zwei Stunden war der Mann frei. Wir haben uns dann beim Innenministerium beschwert und sie haben uns erklärt, daß der Kommunist zum Streik aufgerufen hatte. Wir mußten sie also daran erinnern, daß Streiks seit August erlaubt sind, und sie haben ihren Fehler eingesehen. Ich würde sagen, daß es bei uns zu Anfang eine gewisse Unentslossenheit gab, drastischere und strengere Maßnahmen zu ergreifen, wirklich hart zu sein. Aber die Forderungen der Kommunisten und andere Kritik, die an uns geübt wurde, in der man uns vorwarf, daß wir nicht unabhängig seien, haben uns geholfen, uns zu bessern. Die Kritik war für uns lebenswichtig.

IHCA Welche Rolle haben Sie in dieser Phase gespielt? Lehrer, Richter, Zeuge, Schiedsrichter?  
L.A. Mehr als alles andere Lehrer. Gott sei dank mußten wir nur sehr selten Schiedsrichter sein.

R.E. Deshalb haben einige gesagt, daß die Wahlkampagne in Nicaragua glanzlos war. Für einige Leute ist eine glanzvolle Kampagne anscheinend gleichbedeutend mit einer Kampagne mit vielen Zwischenfällen und viel Chaos. Das gab es hier nicht. Und daher sagen sie, die Kampagne sei glanzlos gewesen, denn es habe keine Opposition gegeben. Aber in Wirklichkeit war es für sie glanzlos, weil kein Blut floß. Eine Opposition gab es sehr wohl, und sie war ein ebenbürtiger Gegner.

IHCA Meinen Sie, daß sich die Parteien im Wahlkampf so verhalten haben, wie es von Ihnen erwartet wurde?

R.E. Der Wahlkampf war sicherlich manchmal durch primitivste Angriffe auf die schwächsten Punkte nicht nur der siegreichen Partei, sondern der Revolution selbst bestimmt. Der Militär- dienst, die Versorgungsprobleme - das waren die Hauptthemen der Opposition. Man kann sagen, daß diese Parteien kein alternatives Konzept zur FSLN, kein ganzes Konzept vorgelegt haben. Insofern war der Wahlkampf nicht so, wie wir es uns gewünscht hätten. Aber man muß berücksichtigen, daß dies der erste Wahlkampf in unserer Geschichte war. In der Vergangenheit hingen die Wahlergebnisse nicht von den Stimmen ab, sondern waren das Produkt des immer gleichen politischen Paktes. Ein Wahlkampf war nicht nötig, weil alles schon von vornherein verteilt war: 70 Prozent der Sitze für die Partei von Somoza, 30 Prozent für die konservative Partei, die mit den Somozisten koalitiert hat. Warum hätte man einen Wahlkampf machen sollen?

Es hätte überhaupt keinen Sinn gehabt. Wir haben das jetzt zum ersten Mal gemacht. Wir haben uns in einen Wahlkampf begeben, in dem die Parteien sich einbringen, um Stimmen zu gewinnen.

L.A. Ich glaube, daß die Führung der Frente utopischerweise gedacht hat, daß der Wahlkampf auf der Basis von Programmen stattfinden würde, aber man hat die Realität vergessen. Und die Alltagsrealität ist das, was wehtut, was man fühlt: die Probleme, Lebensmittel zu beschaffen, der Schmerz der Söhne, die an die Kriegsfront müssen. Es ist klar, daß das alles in den Wahlkampf kam. Das Gegenteil glauben, heißt, die Menschen für Engel halten. Der Wahlkampf mußte so ein, wie er war. Eine weitere Schwäche des Programms war die Kürze der Zeit, die die Parteien hatten. In nur drei Monaten ein ganzes Programm vorzustellen, heißt riskieren, keine Stimmen zu erhalten. Und Wahlen dienen dazu, Stimmen zu gewinnen. Und um Wähler zu gewinnen, mußte der Schwerpunkt auf die Argumente gelegt werden, auf die die Menschen am empfindlichsten reagierten, auf all das, was den Leuten wehtut.

IHCA Sie haben betont, daß die Wahlen ein Prozeß der Bürgerziehung waren. Glauben Sie, daß sie auch ein Prozeß revolutionärer Erziehung waren?

L.A. Auch das waren sie. Denn sie haben auch die Führer erzogen. Diese Wahlen wurden nach einem liberal-demokratischen Modell, aber innerhalb eines revolutionären Prozesses durchgeführt. Solche Wahlen sind wichtig, um den Rückhalt im Volk zu bestimmen, den eine Sache hat. Und vielleicht ist der größte Erfolg dieser Wahlen die große Stimmenzahl, die die Parteien erhielten, die nicht gesiegt haben. Es gab andere Meinungen, und man konnte sie ausdrücken. Im Rückblick auf den revolutionären Prozeß können wir heute klar sehen, daß die Konzeption, die wir damals, 1978, hatten, richtig war. Es gab schon damals die Zukunftsvision, daß eine der Grundlagen dieser Revolution das Mehrparteiensystem, der politische Pluralismus sein muß. Und das hat sich jetzt noch mehr gefestigt. Dieser Pluralismus, der sich in den Wahlen bestätigt hat, ist etwas von dem, was an einer Revolution wie der nicaraguanischen in Lateinamerika und in anderen Ländern gelernt werden kann. In diesem Sinn sind die Wahlen ein revolutionärer Beitrag. Das ist vielleicht einer der größten Beiträge des 4. November.

Die Ergebnisse: Überraschung und Zufriedenheit

Die Ergebnisse der Wahlen waren eine unangenehme Überraschung für diejenigen, die schon vorher im Ausland das Bild eines "Plebiscit" (ohne Opposition) verbreitet oder von einer "totalen Radikalisierung" als Ergebnis der Wahlversammlung (dem Ende des Pluralismus) gesprochen hatten. Die Wahlergebnisse widerlegten all die, die von der nicaraguanischen "Farce" gesprochen hatten. In Nicaragua haben die Ergebnisse alle überrascht. Und sie wurden mit Freude und Interesse aufgenommen. Sie sind Ausdruck der politischen Realität, auf der sich die neue Gesellschaft aufbaut.

IHCA Wie bewerten Sie die Stimmenthaltungen?

R.E. Die Wahlen in der Vergangenheit, bei denen es eine größere Wahlbeteiligung gegeben hat, waren die ersten Wahlen von Somoza García. Damals wählten 700 000 von einer Millionen Wahlberechtigten, also 70 Prozent. Wir glauben, daß vielleicht die Hälfte der Wähler vom 4. November an diesem Tag zum ersten Mal gewählt hat. Die Bauern, die über 30 Jahre alt sind, haben in ihrer Mehrheit schon früher gewählt. Zu Zeiten des Somozismus wurde großer Druck auf die Bauern ausgeübt durch die Kontrollorgane an den Straßen, die die "magnífica" (Bescheinigung, aus der hervorgeht, daß die Partei Somozas gewählt wurde) verlangten, wenn sie irgendwo hinreisen oder umsiedeln wollten. In der Stadt war der Druck geringer, deshalb gab es in den Städten immer mehr Stimmenthaltungen. Jetzt war das Gegenteil der Fall. In Managua und in den entwickeltesten Gegenden des Landes, im Pazifikgebiet, gab es die höchste Wahlbeteiligung. Auch darin kehrt sich die historische Situation um.

L.A. Wer enthielt sich der Stimme? Es gab eine große Anzahl von Leuten, die zwischen Juli und November - zwischen den Einschreibungen und den Wahlen - umsiedeln mußten, auf Grund des Krieges, und die nicht an den Ort zurückkehren konnten, wo sie sich eingeschrieben hatten. Leider haben wir keine genauen Zahlen, aber man kann als sicher annehmen, daß es viele sind. In den Regionen V und VI, wo es die größte Zahl der Stimmenthaltungen gab, hat sich der Krieg in den letzten Monaten beachtlich ausgeweitet. Andererseits muß man die militärische

Mobilisierung berücksichtigen. Die Armee hat eine Reihe von Verteidigungsringen um die Wahlorte gebildet, um den Konterrevolutionären den Weg zu versperrten. Viele Soldaten konnten dieser besonderen Maßnahmen nicht wählen gehen. Und es gab viele andere Fälle. Aus der Region I hat man uns berichtet, daß eine Militäreinheit "überraschend" zur Wahl kam. Man hatte weder mit ihr gerechnet, noch wußte man, daß sie dort war, noch gab es genug Wahlscheine für sie. Es waren mehr als 1000. Über den Damm gepölt und ohne genaue Daten würde ich sagen, daß von den 25 Prozent Stimmenthaltungen ca. 40 Prozent auf die Kriegssituation zurückzuführen sind. Der Rest werden Leute sein, die sich entschlossen haben, nicht zu wählen - und das wären die wirklichen Stimmenthaltungen.

IHCA Und wie werten Sie die Ergebnisse, die die einzelnen politischen Parteien erzielt haben?

R.E. Eine der linken Parteien hat ausgedrückt, daß es in Nicaragua einen "Rechtsrutsch" gegeben habe, besonders wegen des hohen Ergebnisses, das die Konservativen erzielt haben. Ich persönlich glaube, das zu behaupten heißt vergessen, daß wir hier eine mehr als 150 Jahre lange konservative Geschichte haben, und daß es unmöglich ist, die berühmten "historischen Parallelen" beiseite zu schieben. Das ist, zum Beispiel, die Erfahrung eines holländischen Journalisten, der mir erzählte, daß er einen Angehörigen der Miliz interviewt hat, der für die Konservativen gewählt hat. Alle in seiner Familie waren in der Miliz, aber die Familie war konservativ aus Tradition und er mußte der politischen Tradition seiner Familie treu bleiben. Die Konservativen erhielten auch die Stimmen der kleinen Grundbesitzer. In der Region IV, wo es die klassischen Minifundien gibt, und wo eine Hochburg der Konservativen ist, haben sie viele Stimmen erhalten. Das sind Leute, die sehr mit ihrem Eigentum verwurzelt sind. Diese Leute haben von der Revolution Unterstützung und Finanzierungen erhalten, sie waren nicht von der Landreform betroffen, aber sie sind sehr mit dem Gefühl des Eigentums verwachsen. In der Region V, einer Region mit großen Viehzuchtbesitzern, mit starker konservativen Wurzeln, mit konservativen Caudillos, hatten die Konservativen den höchsten Stimmenteil.

L.A. Mich hat wirklich überrascht, daß die konservative Partei, die PCO, so viele Stimmen erhalten hat. Ich habe nicht geglaubt, daß der Konservatismus so tief verwurzelt ist. Ich hatte gedacht, daß die aktuelle Spaltung der Konservativen ihnen Stimmen entziehen würde, daß die PCO von Clemente Guido von vielen Konservativen als Minderheitsfraktion angesehen würde, weil die offiziellen Embleme bei den anderen, bei der PCN geblieben sind und weil diese die Unterstützung von alten konservativen Führern hatten. Aber es kam anders.

(rechts:)  
Quelle:

Bericht an die Fraktion der Grünen im Bundestag  
(unveröffentlicht)

Gaby Gottwald

(...)

Zum Vergleich die Wahlen in El Salvador im März 1984

1. In El Salvador hat es keine Registrierung der Bürger über Einschreibungen gegeben. Über ein kompliziertes Computeregister waren zahlreiche Fehler entstanden, es hatte zum Teil Leute dreimal erfaßt, so daß Leute drei Wahlpässe hatten, andere Leute wurden überhaupt nicht erfaßt. Auf den Wahlregistern am Wahltag waren oft 500 Nummern nicht ausgedruckt. So daß Wähler mit der jeweiligen Nummer nicht wußten, wo sie wählen sollten.
2. Die Wahlzettel waren nummeriert, so daß eine Kontrolle der Bürger, was sie gewählt hatten technisch möglich war.
3. Die Wahlurnen wurden erst am morgen des Wahltages in die einzelnen Orte gebracht und nicht wie in Nicaragua bereits am Vorabend, so daß die Urnenöffnung in einigen Orten erst mittags stattfinden konnte.
4. Die Urnen waren aus Glas, so daß nach Einwerfen der Wahlzettel und deren Öffnung sichtbar war, was der Wähler angekreuzt hatte.
5. Die Wahllecken waren nicht abdeckbar und geschlossen, so daß man den Wählern über die Schulter sehen konnte, beim Ankreuzen ihrer Stimme.
6. Selbst in der bürgerlichen Berichterstattung wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß zahlreiche Militärs an den Urnen gestanden hatten, um den Bürger einzuschüchtern, bzw. um zu kontrollieren, was gewählt worden war, da es aufgrund der gläsernen Urnen einsichtbar war.
7. Aufgrund des großen Chaos an den Wahlurnen und der Unklarheit, wo welcher Bürger wählen sollte, wurde ca. gegen 15.00 Uhr am Nachmittag des Wahlsonntags über Radio bekanntgegeben, daß jeder Wähler dort wählen könne, wo er wolle, wodurch ein noch größeres Chaos entstand.
8. Am Abend des Wahlsonntages hatte die christdemokratische Partei auf einer Pressekonferenz angedeutet, daß sie unter Umständen das Wahlergebnis aufgrund des technischen Chaos nicht akzeptieren würde. Als jedoch klar war, daß Duarte, der Christdemokrat, als Präsidentschaftskandidat aus den Wahlen hervorgehen würde, nahm sie davon Abstand.
9. Während der Wahlen existierte ein Ausnahmezustand, es gab keine Pressefreiheit.
10. Eine Opposition hatte an den Wahlen nicht teilnehmen können, da ihr die physische Liquidierung gedroht hätte. Resultat: Im Vergleich der Wahlen Nicaragua und El Salvador können die von den bürgerlichen allseits hervorgehobenen freien und gleichen Wahlen in El Salvador einer normalen Betrachtung von freien Wahlen keineswegs standhalten.

Interview mit David Ashby (Konservative Partei  
Großbritanniens)

aus: Pensamiento Propio, Nr. 19

Was denkt die Konservative Partei Großbritanniens über die nicaraguanische Revolution und den Wahlprozeß? Pensamiento Propio hatte die Gelegenheit, mit David Ashby, einem Vertreter dieser Organisation, in Managua zu sprechen. Das Interview erfolgte in zwei Etappen. Die erste um sieben Uhr früh am Sonntag, dem 4. November, wurde unterbrochen, als man Ashby holte, damit er die Wahlen "beobachten" konnte; die zweite fand am folgenden Dienstag auf seinen Wunsch hin statt. (...)

Pensamiento Propio (P.P.): Wie bewerten Sie das nicaraguanische Wahlprojekt?

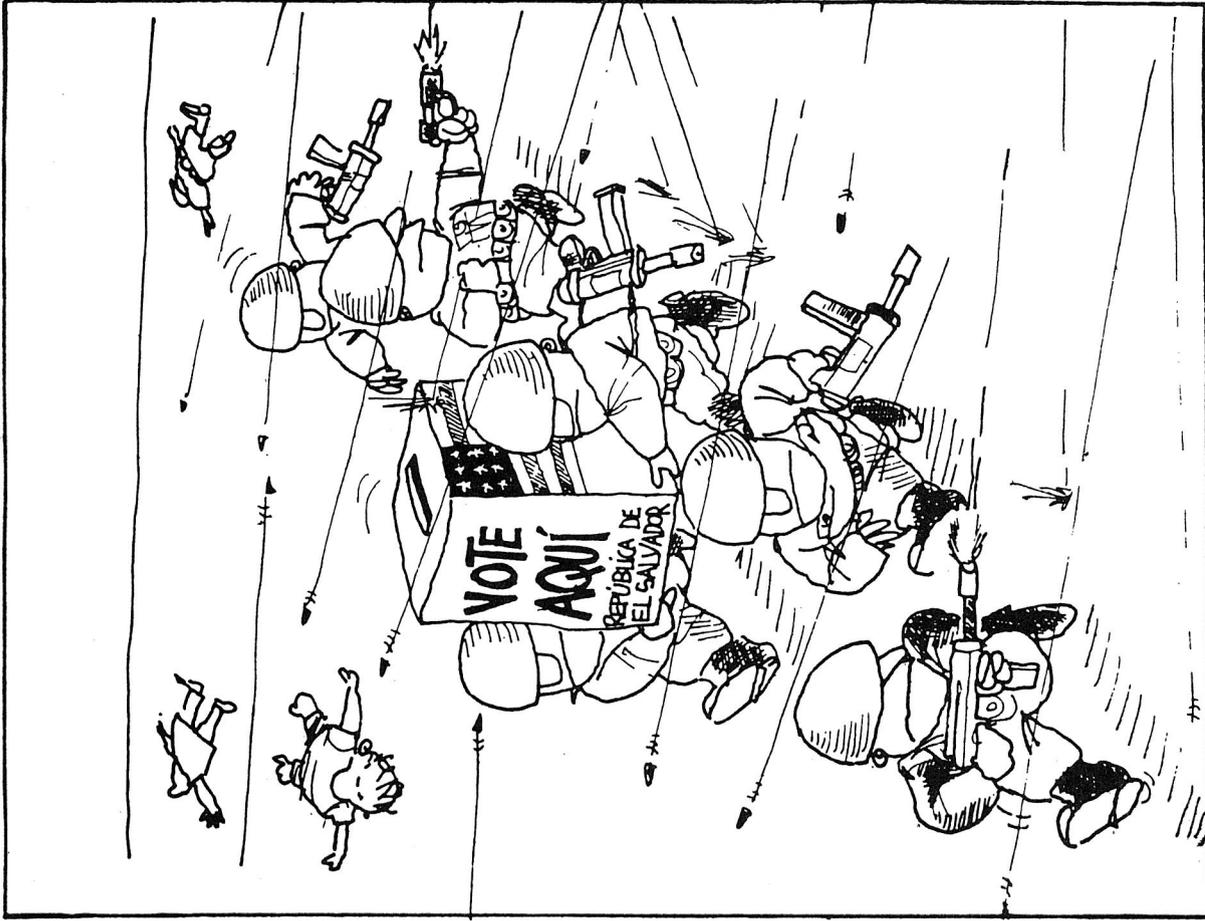
David Ashby (D.A.): Ich fürchte, die Wahlen werden als Pyrrhussieg für die Frente Sandinista enden. Ich glaube, auf internationaler Ebene werden sie nicht viele Leute zufriedenstellen. Ebensowenig glaube ich, daß sie das nicaraguanische Volk zufriedenstellen werden. Zur Zeit existieren im Land nicht die notwendigen Bedingungen, um eine wirkliche Wahl durchzuführen. Auf alle Fälle erkenne ich das Recht der nicaraguanischen Regierung an, sie durchzuführen, und unterstütze das auch... Meiner Meinung nach ist der Nationale Dialog wichtiger als die Wahlen. (...)

P.P.: Wenn Sie Nicaraguaner wären, für welche Partei würden Sie eintreten?

D.A.: Ich bin ein Konservativer; ich glaube an das freie Unternehmertum. Tatsächlich ist meine Weltanschauung genau soweit rechts wie die der Coordinadora, aber jetzt würde ich voll im Wahlkampf stecken, weil ich niemals aufgebe. In England haben wir ein ganz anderes Konzept der politischen Partei. Innerhalb der Konservativen Partei z.B. gibt es sehr verschiedene Strömungen, Leute mit ganz unterschiedlichen Ideen, aber sie gründen keine andere Partei, nur weil sie eine andere Sichtweise haben. (...) Meiner Meinung nach verstehen die Sandinisten nicht wirklich, was es bedeutet, eine Opposition zu haben. Sie haben weder die Erfahrung noch die notwendige Reife, mit der Opposition umzugehen.

Zweiter Teil: Zwei Tage nach den Wahlen

D.A.: Bevor wir anfangen, möchte ich Ihnen erst einmal sagen, daß ich die Dinge heute anders sehe. Die Wahlen sind gut durchgeführt worden. Mancher könnte einige geringfügige Kritikpunkte äußern, aber man kommt nicht umhin, zuzugeben, daß die Wahl gut organisiert war. Ich glaube, dieser Erfolg ist äußerst wichtig für Nicaragua. Jetzt verfügt das Land über die Erfahrung geneimer Wahlen. Vorher fand ich bei Ge-



Karikatur von Róger Sánchez  
aus "Barricada" 1983

sprächen mit Mitgliedern der Opposition viele, die nicht daran glaubten, daß der Wahlprozeß sauber sein würde. "Wir haben viele Wahlen in diesem Land gehabt und sie waren niemals geheim. Diese jetzt werden auch nicht anders sein", sagten sie. Ich denke, sie haben jetzt gesehen, daß dies nicht der Fall war. Und wenn man bedenkt, daß auch die nächsten Wahlen geheim und sauber sein werden, beteiligen sich vielleicht mehr Leute. Das wird sehr wichtig für den Demokratisierungsprozeß in Nicaragua sein.

P.P.: Haben Sie die Ergebnisse des Wahlkampfes überrascht?

D.A.: Allgemein gesagt, habe ich meine Meinung geändert, nachdem ich gesehen habe, wie die Ereignisse des Sonntags ablaufen. Jetzt denke ich, daß die Wahlen von größerer Bedeutung sind, als ich gedacht hatte. Die Ergebnisse zeigen z.B., daß das nicaraguanische Volk einen unabhängigen Geist hat. Sie zeigen auch, daß die Sandinisten auf einen hohen Grad an Unterstützung rechnen können. Aber diese Unterstützung ist nicht so absolut, daß die Ergebnisse verdrängend wären. Die Sandinisten werden die Notwendigkeit, die Opposition zu berücksichtigen, stärker spüren, und das ist grundlegend für eine gute Entwicklung der Demokratie.

P.P.: Denken Sie, daß die Opposition nicht mit den Minimalbedingungen rechnen konnte?

D.A.: Einerseits stellte das Wahlgesetz den Parteien der Opposition verhältnismäßig mehr Mittel für den Wahlkampf zur Verfügung, als dies z.B. in Großbritannien der Fall ist. Andererseits ist einer meiner Kritikpunkte an den Sandinisten, daß sie für ihren Wahlkampf 40- oder 50mal soviel ausgegeben haben wie die anderen Parteien. Sie haben viele schenkegeben erhalten. Sie haben das Land mit Ihren Plakaten, Wandinschriften und allen Arten von Propaganda überschwemmt. Die Nicht-Existenz einer klaren Trennung von Staat und Partei hier wäre in Großbritannien nicht gestattet. Deshalb glaube ich, daß die Wahlen nicht so gerecht waren, wie sie hätten sein können.

P.P.: Was halten Sie von der Entscheidung der Coordinadora, nicht an den Wahlen teilzunehmen?

D.A.: Es ist sehr schwierig, diese Frage zu beantworten. Die konservative demokratische Partei hat ja teilgenommen und ich bin begeistert davon. Die Coordinadora hatte Grund zur Beschwerde, aber ich denke, sie hätten sich nicht enthalten müssen. Gewiß hatten Sie Schwierigkeiten bis zum Beginn des Wahlkampfes am 15. Oktober. Sie haben sich über die Provokateure beklagt, die kamen, um ihre Versammlungen zu unterbrechen. Jeder Politiker muß sich damit auseinandersetzen. Man muß lernen, diesen Provokateuren mit Reife gegenüberzutreten (...). Mir scheint, daß es in der FSLN zwei Tendenzen gab: eine, die dachte, daß die Coordinadora teilnehmen sollte und eine andere, die sich dem widersetzte (...). Ich kann die Position der Coordinadora nicht groß kritisieren, aber ich hätte in dieser Situation nicht so gehandelt.

## Gespräch mit der zweiten politischen Kraft Nicaraguas

Interview mit dem Führer der Konservativen Partei

aus: Envío 1/85

Mit 13 % der Stimmen ist die Konservativ-Demokratische Partei Nicaraguas zur zweitstärksten politischen Kraft des Landes geworden.

Dies nachdem die Wahlteilnahme noch auf dem Parteitag eine Woche vor dem Urnengang heftig umstritten war. Nur mit Unterstützung der Parteijugend hatten sich die Befürworter einer Teilnahme mit dem Präsidentschaftskandidaten Clemente Guido letztlich durchsetzen können. Die nicaraguanische Zeitschrift 'envío' sprach mit C. Guido, der am 9.1.85 zum 2. Vizepräsidenten der Nationalversammlung gewählt wurde.

### ÜBER DEN WAHLKAMPF

"Der demokratische Weg ist der einzige, der unsere Probleme lösen kann."

"Mein Eindruck vom Wahlkampf ist, daß wir nur einen engen Spielraum hatten, um aktiv zu werden. Eng in Bezug auf die Dauer des Wahlkampfes, auf unsere finanziellen Mittel und in Bezug auf unsere Leute für die Propaganda. Aber trotz allem hatten wir einen Spielraum, um aktiv zu werden. Und wir haben ihn genutzt."

Wir haben ihn in verschiedener Hinsicht genutzt. Zum einen in dem Sinne, das nicaraguanische Volk darüber aufzuklären, daß der demokratische Weg der beste ist, um unsere Probleme zu lösen. Zum anderen, um den Nicaraguanern ihre Furcht zu nehmen. Denn sie hatten Angst, sich zu versammeln. Unsere ersten Versammlungen waren nur spärlich besucht. Die Leute ließen sich zwar blicken, aber sie trauten sich nicht herinzukommen. Es war unsere Pflicht, auf die Straße zu gehen, um diese Furcht zu besiegen. Nach und nach nahm die Beteiligung zu. Bei unserer ersten Versammlung in Managua waren 150 Leute. Die letzte Versammlung in Managua fand mit über 3.000 Personen statt. Bei einem verlängerten Wahlkampf wäre der Andrang noch größer und die Furcht noch geringer gewesen. Manchmal mußten wir die Leute drängen, unsere Wandparolen zu malen, denn auch die konservativen Aktivistinnen hatten Angst, und wir mußten sogar professionelle Propagandisten anheuern. Wir hoffen, daß es bei den nächsten Wahlen mehr Spielraum geben wird.

Vom rein politischen Gesichtspunkt her bin ich einer derjenigen, die der Ansicht sind, daß allein der demokratische Weg die Probleme unter den Nicaraguanern lösen kann. Genauso bin ich der Meinung, daß man den gesamten legalen Spielraum ausnutzen muß, den die Regierung einem gibt. Ich halte nichts von der Nichtbeteiligung. Im Grunde bedeutet Nichtbeteiligung Kollaboration. Wer sich nicht beteiligt und nicht wählen geht, wer mit seiner Stimme nicht deutlich macht, was er denkt, der ist nur scheinbar ein Oppositioneller. Wer nicht zum Ausdruck bringt, was er denkt, gibt durch seine Nichtbeteiligung der Regierung seine Stimme.

Es gibt Leute in Nicaragua, die den bewaffneten Weg gehen. Das sind zwei Bereiche des Kampfes, die man nicht durcheinanderwerfen darf. Man kann diese beiden Dinge nicht vermischen, man kann nicht auf zwei Hochzeiten tanzen. Entweder bin ich Demokrat oder ich bin Krieger. Es gibt Leute in Nicaragua, die nicht an den demokratischen Kampf glauben. Ich glaube nicht an den bewaffneten Kampf."

"Wir haben auf 30 % gehofft und davon die Hälfte erreicht"

"Das Endergebnis der Wahlen erschien mir ziemlich gut. Ich glaube nicht, daß es Wahlbetrug gegeben hat. Das Ergebnis war korrekt. Die Konservativen blieben ein wenig unter dem, was wir erhofft hatten. Wir hatten auf 30 % der Stimmen gehofft und haben ungefähr die Hälfte errungen. Dies schreiben wir der Tatsache zu, daß die PCD an vielen Fronten kämpfen mußte: nicht nur gegen die Frente Sandinista, das ist normal, sondern auch gegen die Tageszeitung "La Prensa", die gegen uns eine Kampagne führte, indem sie uns als die Drohnen hinstellte, die den Sandinismus umschwirren. Wir mußten gegen die Coordinadora kämpfen, die von außen mit dem gleichen Plan vorging. Wir kämpften gegen die von Miriam Argüello angeführte Fraktion der Konservativen, wobei M. Argüello in die Führung der Konservativen ging, um uns zu sabotieren. Und schließlich mußten wir gegen die nordamerikanische Botschaft kämpfen, die sich mit den Konservativen Enrique Sotelo Borjén und Félix Pedro Espinoza() verbündete, um unseren Parteitag im Oktober zu sabotieren und zu erreichen, daß unsere Partei sich nicht an den Wahlen beteiligte. Eine Führung, die an so vielen Fronten zu kämpfen hat, kann keine frontale Auseinandersetzung mit den Sandinisten führen, wenn sie gleichzeitig noch der Wählerschaft Mut machen muß.

Ich schreibe den Triumph der Frente Sandinista mit ihren 67 % nicht den Stimmen derer zu, die sie gewählt haben, sondern all diesen erwähnten Tatbeständen. Ich bin der Ansicht, daß die Frente viel größere Probleme gehabt hätte, wenn alle Gruppen, für die Nichtbeteiligung zu kämpfen, versucht hätten, der Frente Stimmen wegzunehmen. Der Sieg der Frente liegt nicht an den Parteien, die bei den Wahlen mitgemacht haben, sondern an denen, die sich nicht daran beteiligt haben, die sie sabotieren wollten.

Unsere Partei ist eine Partei der Mitte. Für die einen stehe ich rechts, für die anderen links. So ist das bei einer Position der Mitte, die ja am schwierigsten zu behaupten ist. Aber sie weckt die meisten Sympathien, und auf lange Sicht wird sie siegen, denn sie ist die Position der Mäßigung.

## 4. DIE BEDEUTUNG DER WAHLEN FÜR DEN POLITISCHEN PROZESS

Im Vorfeld der Wahlen waren die Einschätzungen noch sehr unterschiedlich. Während einerseits Hoffnungen auf eine Auseinandersetzung über Probleme und Fehler der Revolution bestanden (Polo Cheva), wurde andererseits die Spannung zwischen der sandinistischen Demokratiekonzeption und der Einrichtung von Parlamentswahlen deutlich, die sich zumindest in Teilen der FSLN in taktisch geprägten Auffassungen ihnen gegenüber äußert (Arce, Solis). Im Zusammenhang mit der Kriegssituation wurde daraus dann gefolgert, daß die Wahlen am politischen Prozeß kaum etwas ändern werden (Rediske).

Demetrio Polo-Cheva

aus: Krisenherd Mittelamerika

Mit Auszügen aus dem Zentralamerika-Hearing der Grünen im Bundestag vom 17.-18.3.84 in Bonn

(...) Und ich muß auch sagen, wenn man aus Managua kommt oder aus Matagalpa oder aus Leon oder aus Rio San Juan, dann weiß man ganz genau, was das wichtigste Problem für die Menschen Nicaraguas ist. Es sind nicht die Wahlen, mit Ausnahme natürlich für die Politiker. Die Wahlen sind wichtig, aber das wichtigste Problem, das Problem über das jeder redet, ist die Aggression, ist, daß man endlich einmal nach fünf Jahren Frieden haben möchte, um den Wiederaufbau vorantreiben zu können, damit nicht tausende von jungen Leuten an der Grenze sind, wo sie doch eigentlich in der Produktion stecken sollten, damit man nicht ständig Leute beerdigen muß, die man geliebt hat und weiterhin lieben wird.(...)

Dennoch finde ich, daß die Wahlen, obwohl sie nicht selbst die Lösung sind, doch zu einer Lösung beitragen und daß die Wahlen tatsächlich dazu beitragen können, daß aus Nicaragua eine Demokratie wird. Demokratie jetzt nicht verstanden als eine politische Organisationsform der Gesellschaft, die per Dekret verabschiedet wird, sondern Demokratie als ein Prozeß, Demokratie als etwas, was gelernt sein will. Demokratie als etwas, das überhaupt erst entstehen muß in unseren Ländern. Ich finde aber, daß die Wahlen dazugehören, weil sie auch zu einer Korrektur der Politik der sandinistischen Befreiungsfront beitragen könnten.(...)

(1) Beide wurden zu Abgeordneten der Nationalversammlung gewählt und haben dort ihre Sitze eingenommen.

Auf jeden Fall in dem Augenblick, wo eine einzige Partei die Forderung nach Wahlen stellt, gehören sie auf jeden Fall dann zum Demokratisierungsverständnis der Nation. Und die Mehrheit der Parteien Nicaraguas hat die Forderung nach Wahlen gestellt, deswegen müssen auch Wahlen dazu gehören, zwangsläufig. Es ist so, zumindest sehen wir das so. Ich weiß nicht, ob das zu unpolitisch gedacht ist. Aber die Wahlen gehören dazu, in diesem Augenblick, weil das eine Forderung von einer großen Zahl von Parteien ist. Allerdings, und das finde ich sehr interessant, und da stimme ich eigentlich der Tendenz Eurer Fragen auch zu: Ein Parlament ist nicht demokratischer als der Staatsrat. In einem Parlament sind nur Parteien vertreten. Im Staatsrat sind alle Parteien vertreten und dazu noch die kirchlichen Organisationen, die Bauernverbände, die Gewerkschaften, die Jugend, die Frauen und die Unternehmer, die Professoren, die Berufsverbände. Die sind alle vertreten und haben die Möglichkeit, direkt ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen, da können die Gewerkschaften nicht direkt sagen, was sie meinen, sie müssen sich eine Partei aussuchen, die sie dann vertritt und da bekommt dann das alte Gerangel nach der Kontrolle der Gewerkschaften, was ja auch die rechten Parteien wollen. Sie wollen ja diese Möglichkeit haben. Was damit passieren wird, weiß ich nicht. Ich habe meine Kristalkugel zu Hause gelassen, man kann es natürlich nicht so eindeutig sagen, auf jeden Fall werden die Massenorganisationen wahrscheinlich noch mehr auf die Straße gehen müssen, sie werden sich nach anderen Möglichkeiten umsehen müssen und werden dann versuchen, Druck, noch mehr Druck auszuüben auf die Parteien, hauptsächlich auf die FSLN. Die gefällt mir persönlich natürlich nicht besonders, diese parteilich vermittelte Interessenwahrnehmung, aber das gehört eben auch zu dem politischen Spiel in einem Lande, in dem man die Einheit der Nation ernst genommen hat. Und zwar nicht nur ernst genommen hat, weil sie wiederum von außen verlangt worden wäre oder weil europäische Politiker immer wieder betont hätten, daß wir nur Geld kriegen, wenn wir blockfrei, etc. etc. bleiben. Sondern man muß auch klar sehen, daß diese Politik der nationalen Einheit organisch herauswächst aus der Geschichte Nicaraguas und auch aus der Geschichte des Befreiungskampfes. Denn es war tatsächlich zum Schluß praktisch das ganze Volk am Kampf gegen Somoza beteiligt. Allerdings entspricht der Vormachtstellung der FSLN im Staatsapparat auch die Tatsache, daß die FSLN an der Spitze dieses Kampfes gestanden hat. Und die Wirtschaftspolitik entspricht der Tatsache, daß die Menschen nicht nur gegen eine politische Form, gegen eine Diktatur gekämpft haben, sondern auch für die Möglichkeit bestimmter Rechte, zu denen auch die ökonomischen Rechte gehören, diese endlich mal verwirklichen zu können. (...)

Nicaragua ist sehr politisiert, zunehmend politisiert, d.h. daß die Menschen immer politischer denken. Das Politische heißt dann für uns, daß die sich immer mehr verantwortlich fühlen für die Entscheidungen, die sie selbst treffen. (...)

Zu diesem Politisierungsprozeß gehört auch, daß eine Reihe von Leuten, die früher für sich keine andere Alternative gesehen haben, als die FSLN zu wählen, z.B. inzwischen andere Alternativen sehen. Das gibt es. Das sind nämlich diejenigen, die von der Wirtschaftspolitik auch benachteiligt sind.

Die gibts. Es gibt sie vor allem in den Städten. Die Klufft zwischen Stadt und Land, wie in jedem unterentwickelten Land, war auch in Nicaragua so groß, daß zunächst einmal die Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Land zugleich bedeuten mußte, eine teilweise Verschlechterung der Lebensbedingungen, zumindest ein Einbüßen von Privilegien der Stadtbevölkerung. Und es gibt Leute, denen es relativ gut geht, die sich aber doch unsicher fühlen. Es gibt viele Händler, die ein gutes Geschäft machen, weil sie heute frei spekulieren können. Eine ganze Schicht von Händlern und Spekulanten die viel Geld haben, denen es gut geht, aber sie fühlen sich unsicher, weil sie genau wissen, sehen, spüren, daß das gesamte wirtschaftspolitische Konzept der Regierung gegen sie gerichtet ist; nicht als Menschen, aber gegen deren Art, das tägliche Brot zu verdienen. Und sie merken, daß die ganze Wirtschaftspolitik ausgerichtet ist auf die Erhöhung der Produktion. Aber Händler sein ist auch eine Lebensform und die widerspricht der Lebensform eines Arbeiters in der Fabrik oder eines Landarbeiters auf dem Land. Das sind auch Schichten, die sich 1980 auch ganz euphorisch als Sandinisten begriffen haben und auch an dem Befreiungskampf teilgenommen haben, das sind Leute, die heute eine dritte Alternative suchen. Die sind keine Contras, wollen aber auch nicht unbedingt die FSLN wählen. Diese dritte Alternative gab es 1980 nicht, wie es sie heute gibt. Das sind in meinen Augen hauptsächlich die PLI und die Konservative Partei. Die Liberale und Konservative Partei. Und die sind deswegen eine Alternative, weil diese zwei Parteien, ohne sandinistisch zu sein, an der Regierung beteiligt sind. Die haben heute eine größere Kraft, als das früher der Fall war. (...)

Ich nenne z.B. jetzt zwei Dinge, die ich als Fehler bezeichnen würde. Erstens entstand in Nicaragua eine sehr starke Identifikation von Staat und Partei. Diese Kritik ist berechtigt. Wie kommt das? Das war ein Fehler u.a. auch deswegen, weil nur 5 % der Staatsbeamten bei der sandinistischen Befreiungsfront Parteimitglieder sind. Natürlich sind die führenden Minister und Vizeminister etc. Parteimitglieder, aber eben nicht die mittleren Chargen in den Ministerien. Es sind sehr viele Fehler gemacht worden, die nichts zu tun haben mit der Politik oder mit dem politischen Konzept der sandinistischen Befreiungsfront, es sind sehr viele Fehler gemacht worden, die etwas zu tun haben mit den Bemühungen eines neuen Staatsapparates, der kaum über qualifizierte Leute verfügt und der sehr große Aufgaben zu bewältigen hat, die noch kein einziges Land der Dritten Welt bis jetzt hat bewältigen können und am allerwenigsten die Bourgeoisie, die in unseren Ländern bis heute noch herrscht. Und es war auch der Fehler z.B. von Barricada (die Parteizeitung der FSLN) in den ersten Jahren, sehr stark alles zu legitimieren, es gab eine bestimmte Tendenz alles zu legitimieren, was der Staat machte oder alles besänftigen und erklären zu wollen, was der Staat für Fehler gemacht hat. Und das hat sich auch durchgesetzt in gewissen Schichten. Dadurch sind Fehler, die ja eigentlich vom Staatsapparat her erklärbar waren, dann als Fehler der sandinistischen Politik überhaupt betrachtet worden. Es gab damit zusammenhängend auch eine Identifikation, eine Identifizierung von Sandinismus und FSLN, was auch nicht richtig ist. Genauso unrichtig, wie man sagen könnte, weil die CDU "christlich demokratische" Partei heißt, ist sie die Vertreterin der Demokratie in der Bundes-

wegen, weil die Wahlen schon 1980 angekündigt worden sind, da sie schon ursprünglich im Programm der FSLN standen, nein, ich bin nicht dieser Meinung einfach deswegen, weil uns in Nicaragua klar ist, daß, je besser die Sandinisten ihre Sachen machen, je demokratischer Nicaragua wird, je mehr Nicaragua die Bedingungen erfüllt, die uns von diesen (westlichen) Ländern gestellt werden, umso gefährlicher werden sie für diejenigen, die heute Nicaragua als undemokratisch kritisieren. Denn es geht ihnen ja schließlich nicht um die Demokratie in Nicaragua, es geht ihnen um die Gefahr, die ein Land, ein kleines Land wie Nicaragua darstellt, eine Gefahr in einem Kampf zwischen Nord und Süd, in einem Kampf der Länder der Dritten Welt um ökonomische Unabhängigkeit, um das Lösen aus dieser Abhängigkeit. Denn da, wo man Nicaragua nicht einfach zum sogenannten Ostblock zählen kann und sagen kann, so da sieht ihr, da sehen wir es jetzt wieder: Revolutionäre an der Macht und sofort haben sie sich zum Werkzeug des sowjetischen Imperialismus gemacht. Wo man das nicht so einfach sagen kann, wo gezeigt wird, daß es durchaus die Möglichkeit gibt, eine eigenständige Dritte-Welt-Politik zu betreiben, die nicht bedeutet, weder mit den USA noch mit der Sowjetunion, sondern mit beiden, denn das ist die einzige Lösung, mit beiden, da wird Nicaragua zu einer größeren Gefahr. (...)

republik. Sozialdemokratie heißt ja auch Demokratie und die FDP heißt ja auch demokratisch. Und genauso ist der Sandinismus in Nicaragua als erstes ein Symbol und Ausdruck einer nationalen geschichtlichen Tendenz. Sandinismus bedeutet als erstes, bedeutet vor allem Kampf um Selbständigkeit, bedeutet Kampf um ökonomische Unabhängigkeit, bedeutet Kampf um das Recht auf Selbstbestimmung, bedeutet Kampf um eine Bündnispolitik mit allen anderen Ländern der Dritten Welt, bedeutet Kampf darum, daß endlich einmal die Probleme lateinamerikanischer Länder von den Lateinamerikanern selbst gelöst werden, wie es jetzt z.B. durch die Contadora-Bemühungen auch zum Teil erreicht wird, hoffentlich werden sie erfolgreicher als bis jetzt; und auf der anderen Seite steht eben die FSLN als Partei, die diese geschichtliche Tradition natürlich als eigene Position beansprucht, das ist ja auch legitim, genauso wie hier die Parteien Demokratie als Anspruch, als Definition ihrer Politik begreifen. Und diese Identifikation von Sandinismus und FSLN ist eben auch nicht richtig. Es gibt Symbole, die dazu führen, daß so etwas geschehen kann, z.B. daß in den Ministerien die Fahne der FSLN neben der nationalen Fahne hängt. Ich glaube, daß dies Fehler sind, die auch viele Sandinisten inzwischen so begreifen, die haben auch viel zu tun mit der Euphorie eines Sieges, an dem zweifelsohne die FSLN zum Schluß die entscheidende Kraft war. Sie haben damit zu tun, wie aus dieser Volksbewegung auch ein militärischer Erfolg wurde gegen eine Macht, die militärisch zunächst einmal der FSLN hoch überlegen war. Aber ich denke auch, daß die Wahlen dazu beitragen werden, gegen eine Gefahr Alternativen zu entwickeln, gegen eine Gefahr, die in jeder Partei lauert, die an der Macht ist, nämlich die Gefahr, diese Macht für selbstverständlich zu halten. Jemand wie Tomas Borge oder die Kommandanten müssen sich natürlich jeden Tag mit Leuten auseinandersetzen, die ihnen gegenüber sehr kritisch sind, sie müssen argumentieren, sie müssen erklären. Aber es gibt eine ganze Reihe von jungen Leuten in der FSLN, die nicht diskutieren oder argumentieren, sondern sagen, das ist klar, daß wir die wichtigste Partei im Lande sind, weil wir ja schließlich diejenigen sind, die die meisten Toten gestellt haben, weil wir diejenigen sind, die 20 Jahre konsequent gegen die Diktatur gekämpft haben, etc., etc., weil wir diejenigen sind, die eine Alphabetisierungskampagne eingeleitet haben, etc. etc. Und was man dann lernen muß, und das sind ja auch Worte der Führung der FSLN, ist, daß man sich heute nicht legitimieren kann mit dem, was man gestern gemacht hat, sondern, daß man sich jeden Tag von neuem legitimieren muß. Und wenn ich Legitimation sage, meine ich damit, daß man jeden Tag die Autorität gewinnen muß, von neuem, in jeder neuen Maßnahme. Es gibt auch die Tendenz unter vielen jungen Kadern in der FSLN, Reden zu halten, die ja eigentlich nur bereits Überzeugte überzeugen. Jetzt müssen sie es anders lernen. Durch die Wahlen! Von daher finde ich, daß diese Wahlen, obwohl sie nicht die Lösung sind, doch dazu beitragen, und daß dies ganz wichtig ist, obwohl sie 60 Mio. kosten. (...)

Es gibt allerdings auch Freunde, die behaupten, daß die Wahlen in Nicaragua eigentlich aufgrund des von außen ausgeübten Druckes stattfinden. Daß eigentlich die Wahlen eine Konzeption der Sandinisten an den Druck der westlichen Länder sind. Ich bin überhaupt nicht dieser Meinung, nicht nur des-

## Der Krieg läßt keine Wahl: Nicaragua

# Wahlen mitten im Krieg

(...)

Für die FSLN haben die Wahlen vor allem außenpolitische Bedeutung, sie sollen die Regierung noch kurz vor den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen legitimieren — genau dann, wenn nach einem Sieg Reagans eine Invasion von außen wahrscheinlicher wird. Die FSLN hatte sich die Unterstützung der Sozialistischen Internationale für die Wahlen erst dadurch einhandeln können, daß sie ihr unter der Hand versprach, am 4. Mai dieses Jahres den Ausnahmezustand aufzuheben. Dafür, daß diese Ankündigung nicht eingehalten wurde — zum Schock für die SPD, die kurz darauf auf ihrem Parteitag den Erfolg der Mittelamerika-Reisen Hans-Jürgen Wischniewskis feiern wollte — können kaum militärische Gründe ausschlaggebend sein. Denn die Pressezensur für militärische Ereignisse oder repressive Maßnahmen in Kriegszonen wären von der Liberalisierung ohnehin nicht betroffen. Offensichtlich gibt es andere Erwägungen, die das Zögern der FSLN begründen: Je kürzer der dann noch fehlende Zeitraum bis zu den Wahlen, desto weniger wahrscheinlich ist es, daß aufgestaute Protestaktionen sich in eine nicht mehr aufzuhaltende Lawine verwandeln, die den bürgerlichen Parteien trotz ihrer bisherigen Alternativlosigkeit wieder eine Chance geben könnte.

Bisher hat nur die bis vor kurzem in der Regierung vertretene „Unabhängige Liberale Partei (PLI), die von der Internationale der Liberalen Parteien unterstützt wird, angekündigt, einen Präsidentschaftskandidaten gegen die FSLN aufzustellen. Die Parteien der Rechten werden sich dagegen erst entscheiden, wenn sie wissen, wieviel Bewegungsfreiheit und Propagandamöglichkeiten ihnen die Aufhebung des Ausnahmezustandes tatsächlich gibt. Hier hat die FSLN einen schwachen Stand: Für ihre internationale Reputation — auch bei der Sozialdemokratie und der Contadora-gruppe — braucht sie die Wahlbeteiligung der Rechten.

So wird auch das weitere Tauziehen um den Beginn und das Wie des Wahlkampfes von diesen taktischen Überlegungen der FSLN bestimmt sein: Die bürgerliche Opposition soll so schwach gehalten werden, daß sie (trotz gesetzlich garantierter unbegrenzter Auslandsfinanzierung) nicht gewinnen kann — aber nicht so schwach, daß sie die Wahlen mangels Chancen boykottiert.

Was bei dieser Taktik untergeht, ist jede Diskussion um Partizipation und Demokratisierung in der Revolution. Die aus Parteienvertretern zu wählende Verfassungsgebende Versammlung wird den bisherigen Staatsrat ersetzen, in dem ein rundes Drittel der Abgeordneten von sandinistischen Gewerkschaften und Massenorganisationen gestellt wurde. Zumindest öffentlich werden keine Überlegungen angestellt, wie den ohnehin von der FSLN-Führung zentral gelenkten Massenorganisationen dann ein neues Forum gegeben werden kann — geschweige denn darüber, wie eine Demokratisierung in ihrem Innern aussehen könnte. — Daran läßt sich ermessen, wie wenig die Wahlen mit der künftigen Form einer „sandinistischen Demokratie“ oder auch nur mit der propagierten „Institutionalisierung“ der Revolution zu tun haben. Tatsächlich wird ein Präsident gewählt werden, ohne daß seine Kompetenzen von der des Parlaments abgegrenzt wären. Doch: Wieviel Bestand könnte überhaupt eine Verfassung haben, die unter Kriegsbedingungen entstanden ist?

Wahlen mitten im Krieg — für die Sandinisten können sie nur eine Pflichtübung aus der Defensive heraus sein. Wenn es stimmt, was aus den gut informierten Kreisen in Washington zu hören ist, dann will Ronald Reagan bis zum Oktober den „militärischen Druck“ auf Nicaragua noch einmal verstärken. Gleichzeitig wird kurz vor der ersten Exporternte der neuen Saison, der des Kaffees, der Devisenmangel am größten, und die Schlangen vor den Supermärkten und Lebensmittelläden noch länger sein als heute.

In einem Wahlkampf, den die bürgerliche Opposition dann vor allem mit den Folgen der politischen und wirtschaftlichen Destabilisierung und des Krieges bestreitet, wird auch die FSLN mit Haken und Ösen kämpfen; von Fairness, Pluralismus und Chancengleichheit wird in der Propaganda die Rede sein — in Wirklichkeit ist es eine Abwehrschlacht mit allen Mitteln, die die „internationale Öffentlichkeit“ gerade noch als legitim akzeptiert — gegen einen übermächtigen Feind, der ohnehin nur eine Regierung nach seinem Gusto und seinem Interessen akzeptiert. Die Frage nach Partizipation und Demokratie in Nicaraguas Revolution muß weiter gestellt werden — aber mit diesen Wahlen hat sie nichts zu tun.

*Michael Rediske*

Rede des Comandante Bayardo Arce, politischer Koordinator der politischen Kommission der FSLN und einer der neun Kommandanten der nationalen Leitung vor dem politischen Komitee der Sozialistischen Partei Nicaraguas  
(Auszug; Quelle: ides 205/84)

So haben wir das hervorgebracht, was als Programm für den nationalen Wiederaufbau bezeichnet wurde. Und innerhalb des Programmes für den nationalen Wiederaufbau sprachen wir davon, einen revolutionären Wandel zu vollziehen, der auf drei Prinzipien beruht, die wir einerseits auf internationaler Ebene präsentieren können und die wir andererseits auf revolutionärer Sichtweise vertreten können.

Dies waren die Prinzipien der Blockfreiheit, der gemischten Wirtschaft und des politischen Pluralismus. Mit diesen drei Elementen erreichten wir, daß die internationale Öffentlichkeit nicht die US-Politik in Nicaragua unterstütze. Daß, im Gegenteil, eine Reihe ganz unterschiedlicher Regierungen die Position Nicaraguas, der Frente Sandinista und der revolutionären Kräfte unterstützte.

Damit haben wir verschiedene Verpflichtungen übernommen. Eine davon war, daß wir uns bereit erklärten uns eine Verfassung zu geben, die politische Dynamik in einen Wahlprozeß zu fassen. Und in diesen Verpflichtungen, die, bei oberflächlicher Analyse der Revolution, durchaus negativ gesehen werden können, sehen wir zum jetzigen Zeitpunkt immer noch positive Elemente.

Wenn wir uns natürlich nicht in der von den USA aufgezwungenen Kriegssituation befänden, wären die Wahlen vom Standpunkt der Nützlichkeit aus gesehen durchaus nicht angebracht. Denn das, was die Revolution in Wirklichkeit braucht, ist die Umsetzbarkeit in die Realität. Und genau diese Umsetzbarkeit stellt das Wesen der Diktatur des Proletariats dar. Die Fähigkeit der Klasse, ihren Willen durchzusetzen mit den Mitteln, die sie in ihren Händen hat und die Fähigkeit, sich auf die formalistischen Details der Bourgeoisie einzulassen.

So gesehen sind die Wahlen daher für uns ein Störfaktor, wie auch eine Reihe anderer Dinge, die die Realität unserer Revolution ausmachen.

Vom Standpunkt der Wirklichkeit aus jedoch, d.h. die Kriegssituation mit den USA, werden diese Elemente zu Waffen der Revolution beim Aufbau des Sozialismus. Für uns ist z.B. vorteilhaft, wenn wir eine Unternehmerklasse und private Produktion innerhalb der von uns proklamierten gemischten Wirtschaft präsentieren können, es ist dies ein strategischer Fortschritt. Was dabei entscheidend ist, ist die Tatsache, daß die Unternehmerrklasse nicht mehr die wirtschaftlichen Ressorts ihrer Reproduktion kontrolliert. Sie kontrolliert weder die Bank, den Außenhandel, noch die Devisenquellen. Aus diesem Grunde erfolgt jegliche Investition in Nicaragua durch den Staat. Die Bourgeoisie investiert nicht, sie überlebt.

Auf die Zukunft unseres Landes hin betrachtet, liegt die ganze Umwandlung auf dem Weg der Entwicklung in den Händen der revolutionären Kräfte. Für uns ist das günstig, wie es auch günstig ist, jetzt zu den Wahlen aufzulaufen zu können und der nordamerikanischen Politik eine ihrer Reichtfertigkeiten der Aggression gegen Nicaragua zu entziehen, denn die beiden anderen Zugeständnisse sind unmöglich.

Der Imperialismus fordert drei Dinge: Aufgabe des Interventionismus, Aufgabe unserer strategischen Bindungen an die Sowjetunion und die sozialistische Gemeinschaft und Aufgaben, Demokraten zu sein. Wir können es nicht aufgeben, Internationalisten zu sein, ohne dabei aufzugeben, Revolutionäre zu sein. Aufgaben der strategischen Beziehungen bedeu-

tet Aufgaben Revolutionäre zu sein. Dies bedarf keiner weiteren Erörterung.

Die übergeordneten Gesichtspunkte, die Demokratie, wie sie sie nennen, die bürgerliche Demokratie, hat einen Bestandteil, den wir benutzen können, weil wir ihr sogar positive Elemente für den Aufbau des Sozialismus in Nicaragua entnehmen können.

Und welche sind diese positiven Elemente? Was ist es, was wir der Parteiführung dargelegt haben? Das Wichtigste an den Wahlen ist für uns die Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Das ist das Wichtigste, weil die neue Verfassung es uns erlauben wird, die juristischen und politischen Prinzipien auszugestalten für den Aufbau des Sozialismus in Nicaragua.

Weil wir ein Instrument benutzen, das, obwohl es die Bourgeoisie selbst fordert, die internationale Bourgeoisie ent Waffen wird, um voranzukommen in für uns wichtigen strategischen Dingen. Einerseits erlaubt uns dieses Instrument, die Aggressivität des Imperialismus zu neutralisieren, aber andererseits ist es für uns auch ein Instrument, um in den grundlegenden Aspekten unserer Revolution voranzukommen. Damit zeigen wir, daß wir, die Frente Sandinista, nicht zu den Wahlen gehen können mit einer rosaroten Fahne, um dann eine rote Verfassung zu machen. Denn das würde uns schwächen, es würde uns neuerlich internationalem Druck aussetzen. Das heißt, daß die Problematik, die die Frente Sandinista in die Wahlen hineinragen wird, eine sehr radikale Problematik ist, dies erlaubt, das Programm im Rahmen der Verfassung auszugestalten. Umsomehr in der Umsetzung in die Realität, die ihre eigene Dynamik hat, unabhängig davon, wie sie verbal dargestellt wird. Unsere Sache ist die Umsetzung in die Realität.

Zweifelloos werden wir mit dem neuen juristischen Rahmen einen neuen dynamischeren Rhythmus bekommen, und genau das wollen wir mit den Wahlen erreichen.

( - - - )

Wir glauben, daß man die Wahlen dazu benutzen muß, damit der Sandinismus gewählt wird, denn um den Sandinismus geht es, der Sandinismus wird vom Imperialismus in Verruf gebracht. Dem Imperialismus kann durch die Wahlen gezeigt werden, daß das Volk von Nicaragua für diesen Totalitarismus eintritt, daß das Volk von Nicaragua für den Marxismus-Leninismus eintritt. Denn im Unterschied zu Chile wird man die Entscheidung des Volkes nicht rückgängig machen können, denn das Volk hier ist in der Lage, die Macht auch auszuüben. Nicht wir über unsere internationalen Verbindungen haben den Sandinismus zu einem Symbol der Weltrevolution gemacht. Der Imperialismus hat es getan. Wir haben uns nicht öffentlich und offiziell als Marxisten-Leninisten erklärt; wir haben uns nicht definiert. Die Vereinigten Staaten jedoch haben uns den Gefallen getan, zu sagen, wer wir sind und wollen die ganze Welt mit dem erschrecken, was wir sind. Und genau das haben sie nicht erreicht. Welchen ideologischen Wert haben daher die Wahlen. Das Volk wird sich, in einem Akt im Rahmen der bürgerlichen Modalitäten diesen Sandinismus, der Totalitarismus, der Marxismus-Leninismus, das Ende aller Freiheit, das sowjetisch-kubanische Vorrücken ist, wo kleine Kinder gefressen werden, für all dies aussprechen.

# Rafael Solis Die Wahlen sind keine Prinzipienfrage

Rafael Solis, Mitglied der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), ist Sekretär des Staatsrates. Der Staatsrat hat bis zur Wahl eines Parlaments gesetzgebende Funktion. In ihm sind 50 Vertreter von Parteien, Massenorganisationen und anderen Gruppen vertreten.

**FRAGE:** Es wird behauptet, die FSLN würde Wahlen durchführen, „um eine mögliche nord-amerikanische Intervention zu verhindern“ oder „um nicht die Unterstützung der Contadora-Gruppe und der Sozialistischen Internationale zu verlieren“, und sogar „um Zeit zu gewinnen“, um sich zu konsolidieren, bevor sie sich in ein „totalitäres Regime“ verwandelt. Warum führt die Sandinistische Front Wahlen durch?

## Die Wahlen sind notwendig

**R. SOLIS:** Die Durchführung von Wahlen in Nicaragua entspricht der Notwendigkeit, unsere Versprechen zu erfüllen. In der schwierigen Situation, in der sich die Revolution befindet und in Anbetracht der Art und Weise wie sich der revolutionäre Prozeß entwickelt hat, halten wir die Durchführung dieser Wahl für notwendig. Das bedeutet nicht, daß dies für uns eine Frage des Prinzips ist. Unsere Grundsatzpositionen gehen vielmehr von der politischen Teilnahme des Volkes auf vielen anderen Ebenen durch die verschiedenen Massenorganisationen und andere Instanzen der Volksdemokratie aus. (...) Wenn die Abhaltung dieser Wahlen falsch verstanden wird, nämlich als Teil einer bestimmten ideologischen Konzeption oder als Teil einer Entwicklung auf einen Sozialismus hin, dann ist das ein theoretisches Problem. Mehr noch, dies ist eine Diskussion, die wir noch nicht einmal in der FSLN geführt haben, um zu vermeiden, daß wir unsere Kräfte verschließen. (...)

Danach können die „Theoretiker“ darüber diskutieren und zu dem Schluß kommen, daß „diese Sandinistas Eurokommunisten sind“, wie das manchmal schon behauptet wurde, oder daß „sie totalitär sind, aber sich nach außen demokratisch geben wollen“, was auch schon gesagt wurde.

Für uns ist das eine theoretische Debatte. **FRAGE:** Die Präsidentschafts-, Vizepräsidentschaftswahlen und die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung ähneln denen in den westlichen Ländern.

Warum wurde dieses politische Schema gewählt? Gerät dies nicht in Widerspruch mit den anderen Formen der politischen Teilnahme und der Demokratie, die von den Sandinistas in den vergangenen 5 Jahren entwickelt wurden?

**R. SOLIS:** Dieses Wahlmodell, das dem des Westens näher kommt, wurde deshalb gewählt, weil es am angemessensten den politischen Pluralismus im Land erhalten kann.

Wenn wir zur Bildung eines Parlaments eine andere Art von Wahlen durchführen würden, an denen auch unsere Massenorganisationen teilnehmen, würde zum Beispiel die Mehrheit der Oppositionsparteien verschwinden, weil sie nur geringes politisches Gewicht und eine geringe Repräsentativität besitzen. So wie die Wahlen jetzt durchgeführt werden, haben sie eine größere Chance ein oder zwei Mandate zu erringen.

Die Wahlbezirke sind sehr groß. Wir haben die Zahl der Abgeordnetensitze von 60 auf 90 erhöht. Damit braucht man jetzt nur noch 10.000 bis 15.000 Stimmen, um ein Mandat zu erhalten. Wenn unter diesen Bedingungen eine Partei kein Mandat mehr erringen kann in irgendeinem Wahlbezirk, dann ist es besser, wenn sie verschwindet. Sie hat dann kein Recht, zu existieren. (...)

Andererseits ist die FSLN nicht der Meinung, daß dieser Wahltyp im Widerspruch steht zu den Mitbestimmungsmöglichkeiten des Volkes durch die Massenorganisationen, oder daß er

sie begrenzt. Tatsächlich ist es so, daß auf den Listen der FSLN, die jetzt erarbeitet werden, Kader dieser Massenorganisationen mehrheitlich vertreten sein werden.

So wird das Volk wie bisher weiterhin an der Erarbeitung von Gesetzen des Landes teilgenommen und ein Forum besitzen, in das es seine Sorgen und Forderungen einbringen kann.

Im allgemeinen glauben wir, daß eine politische Auseinandersetzung eine wichtige Weiterentwicklung im Bewußtsein der fortgeschrittenen Teile des nikaraguanischen Volkes bedeuten kann, insbesondere bei dem städtischen und ländlichen Proletariat, der armen Bauernschaft und vor allem bei der Jugend.

**FRAGE:** Könnte eine solche Auseinandersetzung das Risiko in sich bergen, andere Bevölkerungsteile, die historisch gesehen immer geschwankt haben, wie z.B. die mittleren Bauern, die ca. 30% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung stellen, zu verlieren?

**R. SOLIS:** Dies bedeutet tatsächlich ein Risiko. Dieser Bevölkerungsteil ist sehr schwankend, teilweise weil er sich von der Situation der reichen Bauernschaft oder der Agrarbourgeoisie, die in Nicaragua existieren, angezogen fühlt und außerdem unter dem Einfluß der konservativeren Strömungen der Kirche steht. Die FSLN ist der Meinung, daß es diesem Bevölkerungsteil schwerer fällt, den revolutionären Prozeß und den Wandel zu begreifen. Mit ihm muß eine Politik betrieben werden, die sich grundsätzlich an der Praxis orientiert.

Dieser Bevölkerungsteil ist nicht gegen den revolutionären Prozeß und legt seine Position eher über die Neuverteilung des Landes und bessere Anbaumöglichkeiten fest als über politische Auseinandersetzungen. Im allgemeinen folgen die Bauern nicht besonders stark den Auseinandersetzungen, obwohl sie bei dieser Gelegenheit die Möglichkeit haben werden, sie übers Radio zu hören.

**FRAGE:** Die Sandinistische Front hat behauptet, daß „derjenige, der meint, daß Wahlen den vollendetsten Ausdruck der politischen Teilname des Volkes darstellen, sich irrt“. Sie hat demgegenüber andere Formen der politischen Teilnahme hervorgehoben, wie z.B. die, die sich durch die Massenorganisationen entwickelt.

Welche Fortschritte und welche Hemmnisse würde die FSLN in dieser Hinsicht feststellen?

## Andere Formen der Volksdemokratie

**R. SOLIS:** Den grundlegenden Fortschritt stellt die massenhafte Integration des Volkes in die verschiedenen Massenorganisationen dar, d.h. der Arbeiter in die Sandinistische Gewerkschaftszentrale (CST), der Landarbeiter in den Verband der Landarbeiter (ATC), der armen und mittleren Bauern in die Vereinigung der Landwirte und Viehzüchter (UNAG), der Frauen in die Nikaraguanische Frauenvereinigung „Luisa Amanda Espinoza“ (AMNLAE), der Jugendlichen in die Sandinistische Jugend 19. Juli (JS19) und der Bewohner jedes Stadtviertels in die Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS), um nur die wichtigsten zu nennen.

Diese Organisationen leiten die Probleme oder Sorgen der Basis weiter.

Zweifellos wird manchmal auf die Probleme keine Antwort gegeben. Das hängt manchmal damit zusammen, daß einige mittlere Kader die Wichtigkeit dieser Besorgnisse nicht richtig einschätzen können und sich entscheiden, sie nicht weiterzuleiten. Andere mittlere Kader, die zwar fähig sind, sie zu lösen, leiten sie nicht nachgefragt werden muß. (...) Dann wiederum gibt es andere, die alles auf dem Dienstweg weiterleiten, einen Papierkrieg führen, alles bürokratisch machen und nichts rechtzeitig lösen können. (...)

Aber all das ist nicht vorherrschend. Wenn die Petitionen dann schließlich zu den entsprechenden staatlichen Instanzen gelangen, können sie manchmal nicht erfüllt werden — nicht etwa aus mangelndem politischen Willen, sondern aufgrund der bestehenden sehr ernst Beschränkungen wirtschaftlicher Natur.

Es gibt Fälle, in denen sich die Basis besonders stark um eine Antwort bemüht, dann diese Kanäle überspringt und direkt zu den regionalen Instanzen geht, oder gleich im Staatsrat vorstellig wird, um ihre Situation darzustellen. Das ist schon verschiedene Male vorgekommen.

(Quelle: Pensamiento Propio, Managua, Nr. 12, Februar/März 1984, S. 22-24)

## Strategischer Auftrag: Die Verfassung erarbeiten

Die Verfassung eines Landes ist ein strategischer Schritt und für uns ist sie das noch stärker als die Wahlen selbst, die als erste Stufe für diesen Schritt betrachtet werden. Die historische Aufgabe ist es, die neue Politische Verfassung des Landes zu erarbeiten, die während der nächsten sechs Jahre in Nicaragua gelten wird. (...) Weil es eine nationale Aufgabe ist, kann man sich nicht über die Teilnahme aller politischen Parteien des Landes hinwegsetzen oder sie zur Seite schieben. (...)

Zur Verfassung steht vor zwei grundsätzlichen Problemen: die konzeptionelle Definition des neuen Revolutionären Staates, in der alle Parteien ihre Spuren hinterlassen wollen werden. Dies dürfte der umstrittenste Teil sein. An zweiter Stelle steht die Organisation des Revolutionären Staates, damit die Aufgaben erfüllt, für die er da ist. Der dritte Teil bezieht sich auf die individuellen und politischen Grundrechte der Nicaraguaner. (...)

Es sind schon Erfahrungen gesammelt worden. Die Nationale Leitung hat einige Ideen und grundsätzliche Prämissen, die der Ausgangspunkt der Diskussion sind: Das Grundstatut, das Statut der Rechte und Garantien, das Wahlgesetz, das Gesetz der politischen Parteien und das Gesetz über die Staatszugehörigkeit. Das wird, zusammen mit den bestehenden internationalen Erfahrungen, der Rohstoff sein, um die Untersuchung zu beginnen. (...)

## Hegemonie und Konsens

Für uns ist das Entscheidendste der Einfluß auf die Autorität, die die 40 § unserer Kandidaten im Volk besitzen, die keine Sandinisten sind. Wir wissen, daß sie bei vielen Gelegenheiten anderer Meinung als der Sandinismus sein können, aber wir wissen auch, daß sie die Reife haben werden, richtige Positionen anzuerkennen. (...)

Die sandinistische Hegemonie wird sich in dem Maße stabilisieren, in dem die Kandidaten der Liste der Nationalen Einheit der Frente Sandinista fähig sind, ... ein Projekt der Politischen Verfassung gemäß der Realitäten unseres Landes voranzubringen. Es muß die grundsätzlichen revolutionären Konzepte einbringen, die widerspiegeln, daß die Macht in den Händen des Volkes liegt, und gleichzeitig die modernsten rechtlichen Konzeptionen und die ausgereiftesten Ideen der vertretenen Parteien integrieren. (...)

Der Konsens ist als Methode der Gesetzgebung im Inneren der FSLN lebendig. Die politische Verfassung muß Ergebnis eines stärksten Konsensus sein. Sie muß das Kostbarste, das am stärksten Bereichernde, die wichtigsten Errungenschaften und Transformationen, die durch den revolutionären Prozeß erlangt wurden, enthalten und sie muß die aktive, dynamische und kämpferische Partizipation der grundsätzlichen Kräfte des neuen Nicaragua auf hegemoniale Art garantieren und bis zum Tod verteidigen. (...)

Das ist die Gelegenheit, die die Parteien der Coordinadora verpaßt haben. (...) Worauf man nicht verzichten kann, ist die Partizipation der kämpferischsten Kräfte des neuen Nicaragua, d.h. der Arbeiter, der Bauern, der Jugend und der Frauen. Die ersten beiden, weil sie die antreibenden Kräfte der Revolution sind, und die letzten beiden, weil sie die wichtigsten und kämpferischsten Sektoren des neuen Nicaragua

Die folgenden Äußerungen von Vertretern der vier Parteien, die die größten Stimmenanteile erreichten, sowie des COSEP als zentraler Organisation der "Coordinadora Democratica" stammen, wo nicht anders angegeben, aus Pensamiento Propio Nr. 19. Die Zeitschrift bemühte sich nach den Wahlen, Stellungnahmen zu den zukünftigen politischen Perspektiven zu erhalten. Das gelang nicht immer; so sind z.B. die Äußerungen von Carlos Nunez Reden kurz vor dem Wahltermin entnommen. Die Stellungnahmen zeigen u.a., welche große Bedeutung die Wahlen in den Augen der beteiligten Parteien für die Entwicklung des politischen Systems hatten. Dabei wurden auch hier wieder sehr unterschiedliche Positionen deutlich, von der Forderung nach Entpolitisierung der Gesellschaft und der Schaffung einer "westlichen Demokratie" bis zur Entwicklung eines politischen Systems, das Avantgardeanspruch und Konsensprinzip zu vereinigen sucht.

## **Carlos Nunez (FSLN)**

Die gesetzgebende Versammlung wird eine doppelte Funktion haben: einerseits hat sie die Pflicht, in den nächsten zwei Jahren die Politische Verfassung von Nicaragua zu erarbeiten, zu diskutieren und zu verabschieden. Das schließt nicht aus, daß sie in derselben Periode auch legislative Rechte hat, die sie in den vier folgenden Jahren behalten wird, dann aber schon im Rahmen der neuen Magna Carta. (...)

Die Nationalversammlung wird tiefgehende Unterschiede zum Staatsrat aufweisen. Unserer Meinung nach wird sie ein repräsentativeres Instrument der Volksmacht sein, vor allem wegen der Zusammensetzung der Kandidatenliste der Frente Sandinista, die ihre Politik der nationalen Einheit widerspiegelt und die herausragendsten Vertreter aller gesellschaftlichen Sektoren in die Versammlung entsendet. (...)

Im Unterschied zum Staatsrat, der ein korporatives und mit gesetzgeberisches Organ war, wird die neue Versammlung volle initiativen einzubringen und zu verabschieden, beinhaltet. Das bedeutet, daß sie größere Verantwortung haben wird als der Staatsrat, da sie auch die Regierungspolitik und die Außenpolitik berücksichtigen muß, die bislang ausschließlich in der Zuständigkeit der Exekutive lagen. (...)

Sie wird jedoch im Vergleich zu anderen Parlamenten auch keine außergewöhnlichen Rechte haben. In der zukünftigen Verfassung müssen die Funktionen der neuen Regierung sehr klar festgelegt werden, die aus strategischen und politischen Gründen die Möglichkeit haben muß, sich in letzter Instanz auf ihren Status als erste Macht des Staates zu berufen und sogar eine Entscheidung des neuen Parlaments zurückzuweisen.

52  
sind. An diese schließen sich die Intellektuellen, die Mitteil-  
schichten und Patrioten an, die ebenfalls ihren Beitrag  
leisten werden.

Clemente Guido (PCD)

aus: Envío 1/85

(...)

Zusammenfassend glaube ich: erstens ist bei diesen Wahlen ein neues politisches System erreicht worden, im wesentlichen vom Typ Montesquieu's. Das heißt, mit Gewaltenteilung. Damit wurde das System der Volksdemokratie ausgelöscht, an dessen Aufbau die FSLN arbeitete. Es gab dabei ein System einer gemeinsamen Gesetzgebung, mit einer Regierungsjunta mit gesetzgebender Funktion neben einem Staatsrat, der in bestimmter Hinsicht der Junta untergeordnet war. Allein schon diese Veränderung stellt einen Gewinn dar. Zweitens haben wir den Staatsrat abgeschafft, der im Stille einer Volksdemokratie aufgebaut war. Denn in ihm waren nicht nur die politischen Parteien vertreten, sondern auch die Massenorganisationen, die Studentenorganisationen, die Berufsverbände etc.. So ist das z. B. in der polnischen Volksdemokratie. Dieses System wurde demontiert. Jetzt wird die Nationalversammlung allein von den politischen Parteien gebildet, genau wie in den Vereinigten Staaten und in England. Drittens haben wir die Opposition institutionalisiert. Und viertens ist deutlich geworden, daß das Volk Nicaraguas kein marxistisch-leninistisches System will. Die Parteien, die im Wahlkampf ehrlicherweise gesagt haben, daß sie marxistisch sind, haben kaum Stimmen bekommen und nur mit Mühe einen Sitz errungen. Damit erklärt das Volk, daß es keine marxistische Regierung will. Und das ist eine Lektion, die die Frente be- greifen und interpretieren lernen muß. Das Volk hat für die Frente gestimmt, weil die Sandinisten nicht erklärt haben, daß sie Marxisten seien, auch wenn einige ihrer Führer es ein mögen. Und an zweiter Stelle hat das Volk für uns gestimmt. Das ist ein weiterer Beweis dafür, daß das Volk ein gemäßigtetes Regime will, das weder extrem rechts noch extrem links ist."

Die Institutionalisierung der Opposition muß durchgesetzt werden, damit Nicaragua wirklich eine Demokratie ist. Die Revolution besteht nicht nur darin, Land zu vergeben und Häuser zu verteilen. Es gibt andere Revolutionen, die wir noch machen müssen. Wir müssen die politische Revolution machen, die hier noch nicht bekannt ist.

Wir suchen nach Wegen, der Frente die Macht streitig zu machen. Klar, es ist eine Sache, um die gesamte Macht zu kämpfen, wie wir es im Wahlkampf versucht haben. Eine andere Sache ist es, als Minderheitspartei innerhalb einer Nationalversammlung zu agieren. Dort werden wir der Frente die Macht nicht entreißen, dann das Volk hat sie ihr gegeben. Wir gehen jetzt "nach vorn gegen die Frente" im Bemühen, eine Demokratie zu institutionalisieren. Eine westliche Demokratie, die jedoch das besitzt, was den demokratischen Systemen des Westens fehlt: sozialer Inhalt. Über eines sind wir uns im klaren: wir wollen kein demokratisches Regime der extremen Rechten, wo soziale Ungerechtigkeit und Ausbeutung weiterbestehen und wo der Arbeiter weiterhin wenig verdient. Wir wollen ein System im Rahmen der westlichen Demokratie, mit Freiheit, aber es muß auch einen tiefgehenden Gehalt an sozialer Gerechtigkeit haben. In diesem Sinne halten wir an unserer Losung fest: "nach vorn gegen die Frente".

"Wir glauben an freie und demokratische, nicht an politische Gewerkschaften. Nicaragua hat heute politisierte Gewerkschaften. Die Regierung hat die Gewerkschaften politisiert, damit sie ihr politischer Arm sind. Die sogenannten freien Sektoren haben die Gewerkschaften politisiert, weil sie mit ihnen Politik gegen die Regierung treiben wollen. Und dann ist es so, daß diese Gewerkschaften wie politische Parteien funktionieren, wie z. B. die Gewerkschaften, die zur Coordinadora gehören. Wir wollen freie Gewerkschaften, die sich ihrer eigentlichen Aufgabe widmen können: sich um das Wohl der Arbeiterklasse zu bemühen. In Polen steht die "Solidarität" für diese These: freie Gewerkschaften, weder für noch gegen die Regierung.

Die Armee als Institution muß unpolitisch sein, sie darf nicht der bewaffnete Arm irgendeiner politischen Partei sein. Individuell hat der Soldat, wie jeder andere Bürger auch, bestimmte politische Rechte, wie das Wahlrecht. Ich glaube, die Einführung der Wehrpflicht war zumindest ein politischer Fehler der Frente, den sie in einer Situation beging, als im Lande gegen sie gekämpft wurde. Genauso verstehen es die Leute, und deswegen wollen sie nicht hingehen, denn sie glauben, daß sie die Regierung und nicht die Nation verteidigen werden. Ich als Zivilist, als Pazifist, muß gegen diese Vorgehensweise sein, sei es hier oder in El Salvador, wo auch die Wehrpflicht existierte und junge Menschen in den Kampf gegen die Guerrilleros geschickt werden. Das ist ein Mißbrauch, wer auch immer ihn begeht. Sie lassen die Jugendlichen für die Regierung und nicht fürs Vaterland sterben. Die Frente hätte ihre Verteidigung auf die Milizen gründen müssen, die ja Freiwilligenverbände sind. Das Gesetz zur Wehrpflicht verpflichtet jetzt auch diejenigen zur Teilnahme, die keine Sandinisten sind.

Selbst die Kirche hat sich politisiert. Die einen machen Politik zugunsten der Frente und nehmen Ministerposten ein. Andere machen Politik gegen den Papst. Wenn hier ein Priester bestraft wird, wie soll ich dann wissen, wann der Priester und wann der Politiker bestraft wird. Und wenn einer in Schutz genommen wird, ist es dasselbe. Wenn man mich, der ich Arzt bin, verfolgen würde, könnte ich doch nicht sagen, daß die Ärzte verfolgt werden. Es gibt ein Durcheinander. Meiner Meinung nach haben die Priester in der Politik nichts zu suchen, sondern sollten sich ihren geistlichen Aufgaben widmen. Ich glaube auch, daß die Religionserziehung in den Schulen frei sein muß. Der Priester muß sich, wie der Militär, um seine Angelegenheiten kümmern, und er hat bestimmte Rechte, wie z. B. das Wahlrecht. Aber keiner von beiden, weder der Militär noch der Priester, darf Minister sein."

#### Constantino Pereira (PLI)

Mir scheint, daß die Ergebnisse (der Wahlen, d.Ü) die Realität widerspiegeln. Ich hoffe, daß die Regierung, die der Commandante Daniel Ortega Saavedra leiten wird, eine nationale Koalition mit den besten Vertretern aus allen Parteien sein wird. (...)

Die Basis der PLI wollte an den Wahlen teilnehmen. Meine Haltung war würdig und rettete die Ehre der PLI. Wir dachten, daß die Wahlen ein erster Schritt und ein Beweis dafür sind, daß wir Nicaraguaner in der Lage sind, unsere Probleme selbst zu lösen. Durch die Teilnahme an den Wahlen versuchen wir, den Druck der äußeren Aggression gegen Nicaragua zu vermindern und die Feinde der Revolution zu zwingen, zu ver- stehen, daß unsere Probleme nicht mit den Waffen zu lösen sind. Unser Ziel ist es, die PLI mit einer patriotischen Position zu vereinigen und die Enttäuschung der großen Massen zu verhindern, die in unserer Partei eine Alternative gesehen haben. Außerdem wird die PLI über die Abstimmung des Volkes ihr Gewicht gegenüber der FSLN geltend machen und be- weisen, daß sie eine Massenpartei ist. (...)

Die PLI muß ihre Liebe zur Freiheit bewahren: Pressefrei- heit, Gedankenfreiheit, regelmäßige Wahlen, Demokratisierung der Armee, weitgehende Garantien des privaten Besitzes an Produktionsmitteln.

Ich glaube, daß unsere Haltung von der Sozialistischen Internationalen und vielen anderen Parteien und Personen, die weit davon entfernt sind, Leninisten zu sein, gebilligt wird. Wir müssen diese Position beibehalten. Die Basis hat bezüglich der Wahlteilnahme, d.Ü.) die Führung der Partei übernommen. (...) Wir haben eine revolutionäre Basis im Volk, der größte Teil ist politisch einer Führung voraus, die etwas hinterherhinkt. Sie hat nicht verstehen können, was vor sich geht. (...)

Der Nationale Dialog ist eine große Beratungskommission, die den politischen Rahmen für die Arbeit der zukünftigen Verfassunggebenden Versammlung der Republik definieren wird. Er wird die Versammlung beraten. Das hieß nicht, daß er eine ständige Versammlung sein wird, und noch weniger, daß er parallel zur Verfassungsgebenden Versammlung tagen wird. Man wird politisch definieren können, was er ist und was er tun kann und soll. Das ist das Wichtige. Wenn z.B. die Fronte 60 Sitze in der Versammlung hat und beschließt, ein Gesetz zu verkünden, das alle Produktionsmittel verstaatlicht, wird sie das wegen der schon unterschriebenen Abmachungen nicht tun können, da sie dafür einen Konsensus bedarf. Es ist unmöglich, daß ein solches Gesetz existiert, weil es bezüglich des Privateigentums antagonistische Interessen gibt, und ich glaube, daß die Frente Sandinista in ihren fünf Regierungsjahren gut verstanden hat, daß sie nicht den Sozialismus in Nicaragua dekretieren kann. Heute ist es unmöglich, daß ein totalitärer leninistischer Staat existiert, und das haben wir im Rahmen eines Dialogs zwischen allen Sektoren des Landes festgelegt. Diese Teilnahme aller politischen Kräfte an einer wahrhaften nationalen Übereinkunft ist Teil der Demokratisierung in Nicaragua.

Die Coordinadora hat gesagt, daß sie die Mehrheit in diesem Land darstellt, aber für mich hat sie nicht die gesellschaftliche Basis, die zu haben sie behauptet. Die einzige Art, ihre wirkliche Kraft kennenzulernen, waren die Wahlen, und sie haben sich nicht eingeschrieben, weil sie sich nicht sicher waren. Ich weiß, daß Arturo Cruz gesagt hat, daß es ein Fehler der Coordinadora war, sich nicht einzuschreiben. Ich persönlich glaube, daß die Parteien der Coordinadora, außer vielleicht die Partido Social Cristiana, keine solide Basis haben.

Mauricio Diaz (PPSC)

Frage (Pensamiento Propio): Welche Bedeutung hat für Sie der 4. November?

M.D.: Für uns ist der 4. November nur der Anfang eines Prozesses der Demokratisierung des Vaterlandes und nicht das letzte historische Datum, an dem die absolute Macht der FSLN legitimiert wird. Wir glauben eher, daß wir zum ersten Mal seit dem Triumph der Revolution das Recht auf Kritik institutionalisiert und einen Handlungsspielraum eröffnet haben, den wir vorher nicht hatten. Wir haben eine Meinungsströmung geschaffen, die es vorher nicht gab. Auf dem Gipfeltreffen der politischen Parteien haben wir festgestellt, daß für uns die Garantie wichtig ist, daß nach dem 4. November in Nicaragua ein Regime herrscht, das die Demokratie in allen ihren Ausdrucksformen respektiert. Wir glauben, daß die Handlungsspielräume sich nicht weiter öffnen, aber sie werden bleiben, sie werden nicht wieder verkleinert werden. Man darf nicht in den Irrtum verfallen, zu glauben, daß die Sandinisten dumm sind und nicht verstehen, daß die geopolitische Lage Nicaraguas sich nach dem 4. November ändern wird.

Frage: Glauben Sie also, daß der "Pluralismus" hier mehr als ein Wort ist?

M.D.: Wir sind davon überzeugt, daß der Pluralismus in Nicaragua eine grundlegende Tatsache ist. Außerdem muß der Pluralismus in Nicaragua von Nicaraguancern errichtet werden. Man errichtet ihn nicht in Washington, nicht in Moskau und nicht an irgendeinem anderen Ort. Der Hinweis auf Washington bezieht sich speziell auf die Coordinadora, die versucht hat, ihre Bedingungen für Nicaragua außerhalb Nicaraguas zu verhandeln. Wir haben es in diesen Monaten geschafft, die FSLN als einen Gesprächsteilnehmer unter anderen an den Verhandlungstisch zu bringen.

Frage: Sie haben das Recht beansprucht, Opposition zu sein?

M.D.: Als die Coordinadora den großen internationalen Raum betrat, stellten wir fest, daß sie internationales Ansehen wollte. Die Presse, besonders La Prensa in Nicaragua, begann, diese Allianz als die einzige legitime Opposition gegenüber dem Sandinismus darzustellen, und wir wurden nicht beachtet. Wir, die politischen Parteien, die kritische politische Positionen gegenüber der Regierung der FSLN entwickelten hatten, aber konstruktive Kritiken, Positionen, die aus unserer Sichtweise die Transformationen respektieren müssen, die den Nicaraguancern gedient haben. Worum es sich in Nicaragua handelt, ist, das Modell zu verbessern, nicht, mit ihm Schluß zu machen.

Frage: Wird die Selbstausschließung der Coordinadora die Diskussionen in der Nationalversammlung in irgendeiner Weise beschleunigen?

M.D.: Nun, ganz so ist es nicht. Es gibt Parteien mit Interessen, die denen anderer offen entgegengesetzt sind. Aber in einem Punkt wird die Arbeit erleichtert: Alle Parteien in der Nationalversammlung haben auf dem Gipfeltreffen die militärische Aggression gegen Nicaragua anerkannt. Diese Über-

einstimmung wird die gesetzgeberische Debatte wahrscheinlich etwas erleichtern. Und auch wenn die FSLN weiterhin die Mehrheit hat, werden wir niemals akzeptieren, daß das Kriterium der Mehrheit auf eine einfache, mechanistische Art angewandt wird. Das würde die parlamentarische Debatte behindern.

Frage: Glauben Sie, daß die Kampagne, die Wahlen zu entlegitimieren, die vom Weißen Haus erhofften Ergebnisse haben wird?

M.D.: Die demokratisch-westliche Weltgemeinschaft hat nicht gesagt, daß diese Wahlen eine Farce sind. Reagan ist gegenüber den restlichen Ländern allein. Natürlich beeinflusst er gewisse Kräfte, auch in Westeuropa. Ich bin davon überzeugt, daß man dem Wahlprozeß die Legitimität und die Repräsentativität nicht mehr absprechen kann. Es gibt jedoch eine Reihe von Forderungen, die im Nationalen Dialog aufgestellt wurden: einen Spielraum gewinnen, den wir jetzt nicht haben, um eine Lösung für das militärische Problem zu suchen. Das wäre durch einen Vorschlag wie den möglich, den wir im Nationalen Dialog vorstellen werden, weil hier genau diese Kräfte zusammenkommen, die sich entschlossen haben, jetzt (bei den Wahlen, d.Ü.) fernzubleiben: Die Periode für die Verfassungsgebende Versammlung auf ein Jahr zu beschränken, in diesem Jahr ein System von Personalausweisen zu entwickeln und der Exekutive provisorischen Charakter zu geben. Nach diesem Jahr würde man wieder zu Wahlen aufrufen.

Enrique Bolanos (COSEP)

(...)

Pensamiento Propio (P.P.): Wenn der Lebensstandard so stark zurückgegangen ist, wie erklären Sie sich dann, daß die Mehrheit der Bevölkerung noch die gegenwärtige Regierung unterstützt?

Enrique Bolanos (E.B.): Diese Regierung hat keine Unterstützung. Sie ist durch den Terror und die Angst an der Macht. Sprechen Sie mit den Leuten, und Sie werden es sehen. Sie müssen individuell fragen, weil Sie, wenn Sie eine Gruppe fragen, eine sandinistische Antwort bekommen. Zwei Drittel der nicaraguanischen Bevölkerung fürchtet das andere Drittel. Man bekommt kein Aspirin, kein Alka-Seltzer, nichts. Glauben Sie, daß die Leute zufrieden sind?

P.P.: Dann glauben Sie, daß diese Regierung niemals Unterstützung gehabt hat?

E.B.: Natürlich haben sie Unterstützung gehabt...im ersten Jahr.(...) Aber was geschah dann? Sie begannen, das Eigentum vieler Leute zu konfiszieren. Sie sagten, daß sie ein pluralistisches System haben wollten, aber sie begannen, alle hinauszuwerfen, die keine Sandinisten waren: Violeta Chamorro, Alfonso Robelo, Rivas Gasteazoro (erster Industriemini-

ster), Bernardino Larios (Verteidigungsminister). Das sind gute Beispiele.

P.P.: War das Ihrer Meinung nach von Beginn an geplant oder war das ein spontaner Prozeß?

E.B.: Die Sandinisten sind als Kommunisten zur Welt gekommen, ihre Eltern waren Kommunisten, wir wußten, daß sie Kommunisten waren, aber, wie alle Kommunisten, verbargen sie ihre wirklichen Absichten. Wenn Sie sich das Dokument ansehen, das im Juni 1979 unterzeichnet wurde, sagt es nichts über eine Nationale Leitung. Aber am 19. Juli gab es fast eine Art Staatsstreich und plötzlich haben wir eine Nationale Leitung. Und jetzt ruft das Volk die Parole: "Nationale Leitung, befehl!"

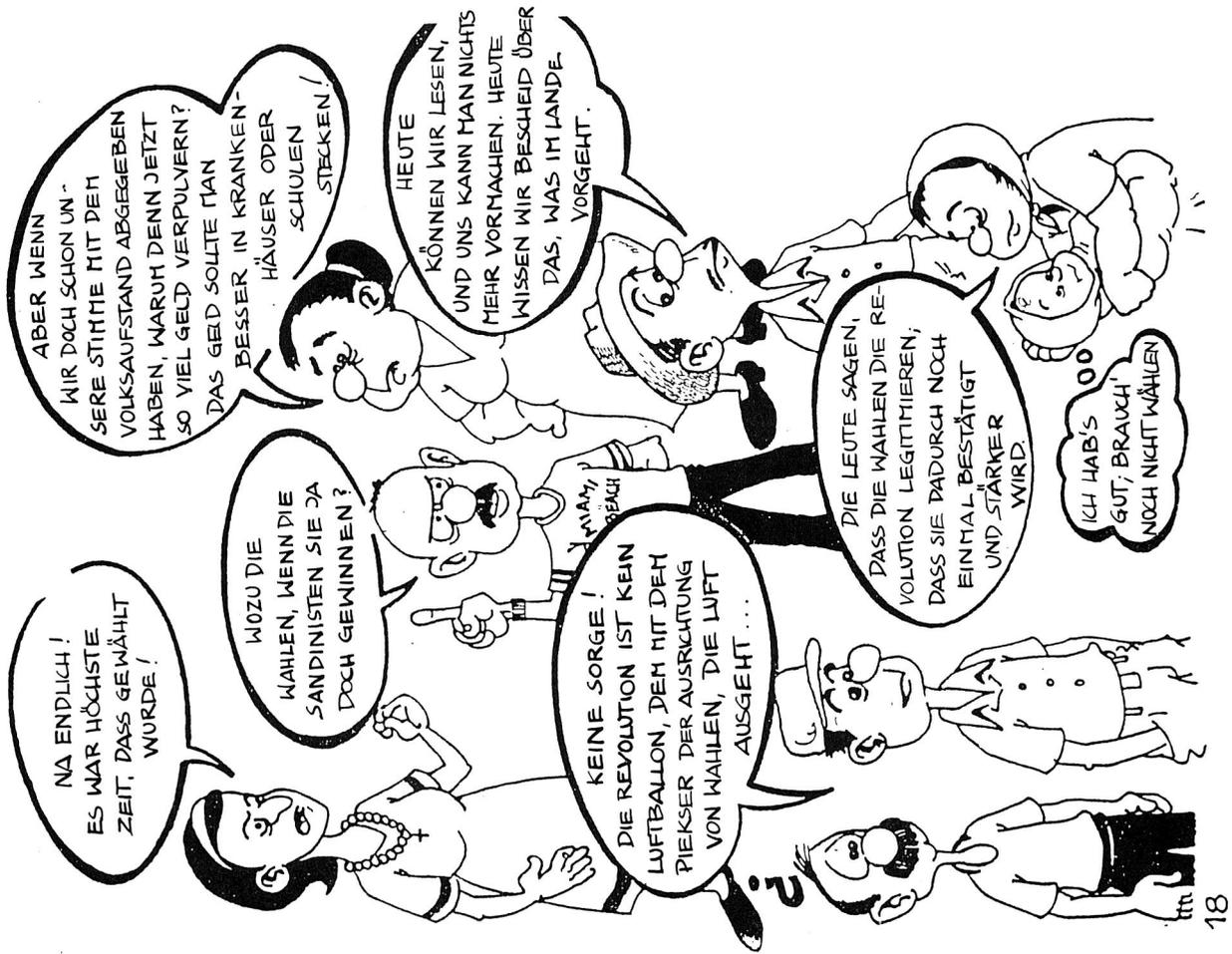
Wir haben gerade einen Prozeß erlebt, den sie Wahlen nennen. Am 10. Januar werden wir Daniel Ortega sich die Präsidentenkrone aufsetzen sehen. Und hinter ihm werden ohne Zweifel die neun der Nationalen Leitung stehen. Wer, glauben Sie, hat die wirkliche Macht in Nicaragua?

P.P.: Aber müssen Sie nicht zugeben, daß es eine Partei gibt, die den Volksaufstand von 1979 geführt hat und die stärkere Kraft als die anderen hat?

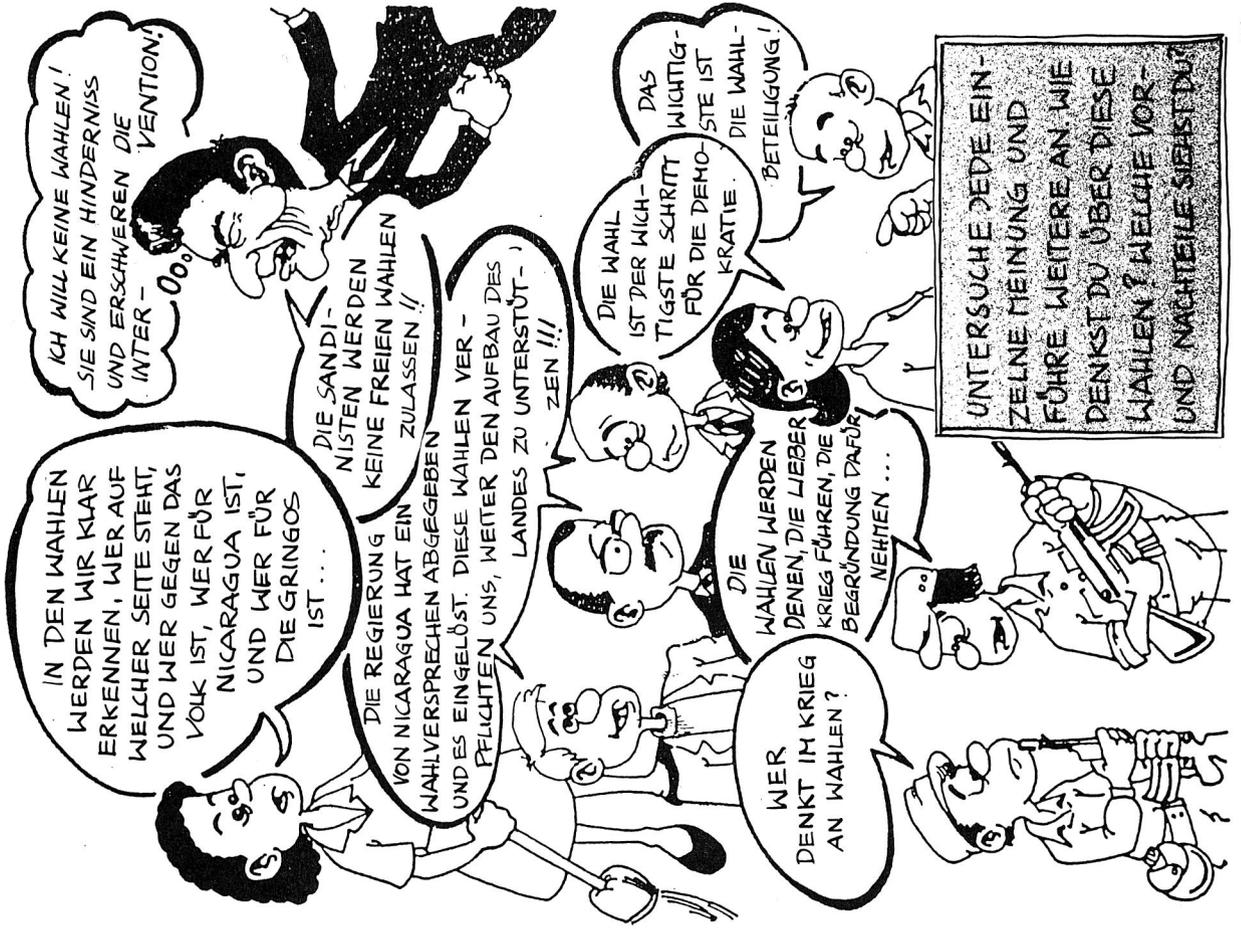
E.B.: Sind Sie Somozist? Sie haben nämlich gerade definiert, wie die nicaraguanische Politik unter somozistischer Diktatur aussah. Somoza hatte auch eine starke Partei, und die anderen Parteien hatten wenig Hoffnung, zu gewinnen. Somoza veranstaltete Wahlen, das Volk wählte und nahm an Aufmärschen teil. Im Mai 1979, zwei Monate bevor er das Land verließ, füllte Somoza den Platz in Managua mit 70.000 Personen. Und jetzt kann die FSLN leicht die Plätze füllen, und es eilen Ausländer herbei, die über die Unterstützung, die sie zu besitzen scheint, sehr beeindruckt sind. Aber warum gehen wir im Kreis. Warum stürzen wir eine Regierung, um sie durch das Gleiche zu ersetzen?

Wir haben so oft gesagt, daß die FSLN nicht der Staat ist, und der Staat nicht die FSLN. Die Frente Sandinista ist nur eine politische Partei wie alle anderen. Die Armee, die Organisationen, wie die Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS), können nicht einer einzigen Partei angehören. Wir haben eine klare Trennung zwischen Staat und Partei als Bedingung für die Wahlteilnahme gefordert. Sie haben alles zurückgewiesen.

# WELCHE BEDEUTUNG



# HABEN DIE WAHLEN HEUTE?



## Ein Pyrrhussieg in Managua

Die offenbar korrekt durchgeführte Wahlen vom letzten Sonntag haben dem Sandinistischen Regime in Nicaragua den erwarteten deutlichen Sieg gebracht. Immerhin votierte je etwa ein Zehntel der Stimmenten für die linke Splittergruppe einer der Traditionsparteien des Landes (für die Demokratischen Konservativen, PCD) und für eine Partei (die Unabhängigen. Liberale, PLI), die dem Wahlkampf – wie zuvor die Mitte-Rechts-Gruppen der Coordinadora Democrática – mehrheitlich den Rücken gekehrt hatte, weil sie eine chronische *Chancenungleichheit* gegenüber dem omnipotenten sandinistischen Konglomerat von FSLN-Partei, Volksarmee und Miliz, staatlich beherrschten Medien, «Massenorganisationen» und «Verteidigungskomitees» konstatierte. In der Tat präsentierte sich die Gewinnaussicht der Sandinisten vor dem Urmengang so sicher wie jene der Bezak beim Roulette.

Der Mangel an ernst zu nehmenden Gegnern schien sogar den Commandantes selbst lästig zu werden. Sie hielten zwar am Wahldatum zwei Tage vor der Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten hartnäckig fest, weil sie mit erhöhter Legitimation einen bestätigten Ronald Reagan gegenüber treten wollen, von dem sie während dessen zweiter Amtszeit das Schlimmste erwarten. Andererseits haben sie offenbar eingesehen, dass ihr allzu leichter Wahlerfolg sich als Pyrrhussieg erweisen könnte, da er die Opposition (wie auch die USA und die meisten lateinamerikanischen Staaten) nicht dazu bewegen kann, auf ihre Grundsatzforderung – die Errichtung einer pluralistischen Demokratie gemäss der Revolutionsplattform von 1979 – zu verzichten.

Angesichts dessen haben die Sandinisten bereits in der Woche vor den Wahlen *Entlastungsvorlässe* eingeleitet. Zum einen suchen sie das Gespräch mit dem gemässigten Teil der *Miskito-Rebellen* unter Brooklyn Rivera. Die gewalttätige Umsiedlung und kulturelle Bevormundung der indianischen Minderheiten an der Karibikküste bildet seit Jahren den grössten Fleck im menschenrechtlichen Zeugnis der FSLN-Herrschaft, und sie hat zum Tatbestand geführt, dass sich die wohl grösste

Guerillaerhebung lateinamerikanischer Eingeborener in diesem Jahrhundert gegen ein linksrevolutionäres Regime richtet.

Zum andern sind die Sandinisten der Forderung der Opposition nach einem «nationalen Dialog» ein kleines Stück entgegengekommen und haben sich letzte Woche mit Parteien, Gewerkschaften, Unternehmerorganisationen und der Kirche zu einem Gespräch getroffen. Solche Anläufe hat es schon mehrmals gegeben: sie verließen im Sande. Ob diesmal ein echter Dialog – mit Folgen – daraus wird, muss sich erst erweisen.

Auch nur spekulieren lässt sich darüber, ob die Erhebung des «Junta-Koordinator» Daniel Ortega zum Staatspräsidenten eine pragmatischere Strömung im FSLN-Direktorium stärken wird, als deren Exponent er auf Grund früherer Parteilungen in der Befreiungsfront gilt. Bisher hat sich das gemeinsame Interesse der neun Commandantes an der Machterhaltung und Mehrmehrmehrung immer als stärker erwiesen denn allfällige Divergenzen. Solange sie weiter mit *Guerrillamentalität* Politik betreiben, wird sich daran kaum etwas ändern.

Trotz den erwähnten Entlastungsvorstössen, die als Zeichen der Unsicherheit interpretiert werden können, sitzen die Commandantes noch immer so sicher im Sattel, dass sie einer zersplitterten Opposition und einer Guerilla mit begrenztem Potential nicht sang- und klanglos weichen müssen. Ihre Beschworung einer *amerikanischen Invasion* ist höchstens insofern «realistisch», als nur diese eine rasche Veränderung in Nicaragua bewirken könnte. Realität ist aber, dass dazu der Regierung in Washington die innenpolitischen Voraussetzungen fehlen und dass damit dem westlichen Demokratiemodell als Alternative zu linksrevolutionären und rechtskonservativen Diktaturen in Lateinamerika ein Bändendienst erwiesen würde. Die *vagen Hoffnungen* auf eine Beruhigung in Nicaragua und in ganz Zentralamerika auf *längere Sicht* müssen darauf gesetzt werden, dass die Sandinisten in der Defensive zur Mässigung finden und dass aus der Contadora-Initiative doch noch ein wirksamer Friedensplan resultieren könnte.

pfp.

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 30 38/39  
Telex: 08 86 846 pppn d

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 53000 Bonn 1

39. Jahrgang / 210

30. Oktober 1984

Eine Chance für Nicaragua

Zu den bevorstehenden Wahlen und der Entwicklung des Landes  
Von Dr. Uwe Holtz MdB  
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Nach aller historischen Erfahrung ist gerade in Lateinamerika der Kampf um Demokratie ein schwieriger Weg gewesen, und er bleibt es. Das gilt auch für das Ringen um sozialen Fortschritt.

Nicaragua will nach dem erfolgreichen Volksaufstand gegen die Somoza-Diktatur endlich in Frieden seine innere Ordnung selbst bestimmen und seine Zukunft selbst gestalten können. Die sandinistische Revolution hatte sich vorgenommen, eine pluralistische Demokratie in einer gemischten Wirtschaftsordnung aufzubauen, außenpolitisch nach dem Prinzip der Blockfreiheit zu handeln und die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Eine Reihe von Erfolgen ist zu vermelden, wie zum Beispiel im Schul- und Gesundheitswesen; anderes ist steckengeblieben, so hat es berechnete Kritik an der Einschränkung der Pressefreiheit und der Behandlung der Indianer gegeben.

Jetzt geht es aber in erster Linie darum – so Willy Brandt auf der Bürositzung der Sozialistischen Internationale am 1. Oktober in Rio de Janeiro –, daß dieses Land nicht von außen durch Druck, Drohung und Aggression politisch, militärisch und ökonomisch niedergemacht wird, sondern daß es die Chance erhält, sein Überleben und seine Zukunft zu sichern. Auch nach den Wahlen vom 4. November 1984 müssen die Verhandlungen über ein politische Lösung des nicaraguanischen Konflikts weitergeführt werden.

Die Lage für das nicaraguanische Volk, für seine Nachbarn und für den Frieden in der Region ist bedrohlicher denn je: Die nicaraguanischen Wahlen werden nicht verschoben

werden, ein Teil der konservativen und liberalen Kräfte wird sich nicht daran beteiligen, die ununterbrochenen bewaffneten Angriffe und die notwendige Abwehr dagegen werden den Wahlprozeß behindern: Vorwände genug für die Feinde Nicaraguas, die demokratische Legitimation der Wahlen vom 4. November 1984 anzuzweifeln.

Die fortdauernde militärische Intervention von außen sowie die drohende Lähmung der Wirtschaft durch Sabotage im Innern und durch die zunehmende Verweigerung internationaler Hilfe (Kredite, Entwicklungshilfe, so auch von seiten der Bundesrepublik) werden eine sandinistische Regierung immer stärker unter Druck setzen. Sie könnte am Ende vor der verzweifelten Alternative stehen: Entweder vor der bewaffneten Konterrevolution zu kapitulieren oder aber die bisher trotz aller Schwierigkeiten bewahrten Elemente von Demokratie und gesellschaftlichem Pluralismus aufzugeben und damit nachträglich das propagandistische Zerrbild vom "totalitären kommunistischen" Nicaragua zu rechtfertigen. Abgesehen von den innenpolitischen Konsequenzen einer solchen Entwicklung würde diese darüber hinaus die internationale Isolierung Nicaraguas (und seine Abhängigkeit von der Unterstützung durch den Sowjetblock) verstärken und damit wiederum seine Gefährdung vergrößern.

Ansichts dieser Perspektiven muß die SPD in aller Klarheit die Frage stellen und beantworten, wer die letzte politische Verantwortung für die katastrophale Zuspitzung der Situation in Nicaragua (und damit in der ganzen mittelamerikanischen Region) zu tragen hat. Die aussichtsreich scheinenden Verhandlungen über eine Verschiebung der Wahlen, über verbesserte politische Garantien für die anti-sandinistische Opposition und über eine Beendigung des bewaffneten Kampfes sind an der mangelnden Bereitschaft (oder Fähigkeit) der konservativen politischen Opposition gescheitert, die konterrevolutionäre Guerilla zur Einstellung ihrer Angriffe zu bewegen. Diese Guerilla ist jedoch keine autonome politische und militärische Kraft: Sie wird vielmehr von der Regierung der USA unter anderem mit Hilfe offiziell für diesen Zweck bewilligter Steuergelder bezahlt, bewaffnet und organisiert.

Eine eindeutige Willensbekundung der USA hätte die konservative Opposition unzweifelhaft zur Annahme einer Verhandlungslösung bewegen können. Das Scheitern dieser Lösung zeigt daher klar, daß die derzeitige Regierung der USA die Existenz eines anti-imperialistischen und sozialistischen Nicaraguas auch dann nicht zu dulden bereit ist, wenn dieses Nicaragua nach außen blockfrei und nach innen demokratisch organisiert wäre. Die US-amerikanische Politik trägt insofern die letzte Verantwortung für die derzeitige mittelamerikanische Krise (so wie sie durch ihre jahrzehntelange Förderung blutbefleckter Diktaturen in Nicaragua, El Salvador, Guatemala und Honduras die Mitverantwortung für jene gesellschaftlichen Zustände trägt, aus denen die gegenwärtige Krise hervorgewachsen ist).

Diese Feststellung ist für uns Deutsche, besonders aber für uns deutsche Sozialdemokraten bedrückend und schmerzlich. Wir wissen, was wir dem amerikanischen Volk verdanken - von der Befreiung vom Faschismus über die materielle Hilfe in den Nachkriegsjahren bis zum Schutz vor der ausgreifenden Großmachtpolitik der UdSSR; wir wissen insbesondere, was wir den großen demokratischen und rechtsstaatlichen Traditionen der USA von Thomas Jefferson und Abraham Lincoln über Franklin D. Roosevelt bis zu John F. Kennedy und Martin Luther King zu verdanken haben.

Dieses Bewußtsein darf uns aber nicht daran hindern, unsere Sorgen und unsere Kritik offen auszusprechen. Wir müssen befürchten, daß die Regierung der USA - wenn nicht ein Wahlsieg der demokratischen Opposition am 6. November eine Kursänderung mit sich bringt - den politisch-ökonomischen Druck und die militärische Intervention in Nicaragua verstärken wird, möglicherweise bis hin zum direkten Einsatz amerikanischer Truppen wie in Grenada.

Dies nötigt uns, öffentlich und mit Nachdruck festzustellen, daß die militärische Intervention der USA in Nicaragua sich unserer Meinung nach qualitativ nicht von der völkerrechtswidrigen, moralisch verwerflichen und politisch unverantwortlichen Intervention der UdSSR in Afghanistan unterscheidet. Darüber hinaus sind wir mit der Sowjetunion nicht verbündet, wohl aber mit den USA und tragen demgemäß - ob wir es wollen oder nicht - im Angesicht der Weltöffentlichkeit und vor unserem eigenen Gewissen eine Mitverantwortung für das Verhalten unseres wichtigsten Bundesgenossen. Die Fortführung der bisherigen Mittelamerikapolitik der USA würde in der Konsequenz die moralischen und politischen Grundlagen des westlichen Bündnisses infragestellen. Dies müssen unsere amerikanischen Freunde wissen.

Die SPD-Bundestagsfraktion dankt der Sozialistischen Internationale und ihrem Präsidenten Willy Brandt für die bisherigen Vermittlungsbemühungen und fordert sie auf, unbeirrt darin fortzufahren.

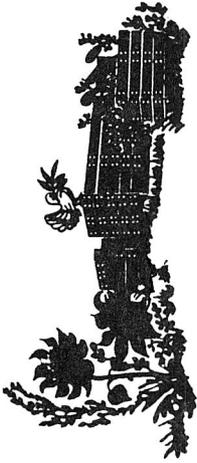
Sie erwartet, daß die Bundesregierung sich allen Bestrebungen widersetzt, die Konflikte in und um Nicaragua weiter zu militarisieren, und dementsprechend zusammen mit anderen westlichen Ländern auf die USA einwirkt, damit diese den "Contras" und ähnlichen Gruppen jedwede Unterstützung entziehen.

Sie unterstützt die Bemühungen der Contadora-Staaten und fordert einmal mehr die Bundesregierung auf, ihre entwicklungspolitische Blockade gegenüber Nicaragua endlich zu beenden und die im Dokument der Außenministerkonferenz von San José vorgesehene Gleichbehandlung der Staaten auch in der bilateralen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Nicaragua wiederherzustellen.

Wir Sozialdemokraten versichern dem nicaraguanischen Volk unsere Solidarität in seinem Streben nach Frieden, Selbstbestimmung, Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit und Demokratie.

(-/30.10.1984/ks/rs)

+ + +



## DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

— Pressedienst —  
5300 Bonn  
7.11.1984  
Bundeshaus

DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG · Bundeshaus · 5300 Bonn

### Pressemitteilung Nr. 588/84

#### GRÜNE ZU DEN WAHLEN IN NICARAGUA

Die Abgeordnete der GRÜNEN IM BUNDESTAG, Gaby Gottwald, die sich als offizielle Wahlbeobachterin auf Einladung des obersten Wahlrats in Nicaragua aufhielt, erklärt zum Wahlprozeß und zum Ablauf der Wahlen in Nicaragua:

Der technische Ablauf der Wahlen war einwandfrei. Es waren freie und gleiche Wahlen, da weder politischer Druck noch Kontrolle ausgeübt wurden. Von Ausnahmen abgesehen, bot der Wahlkampf allen Parteien die Möglichkeit, ihre Ziele und Inhalte im Vorfeld der Wahlen darzustellen. All diese Bedingungen trafen auf die Wahlen in El Salvador im März und Mai dieses Jahres nicht zu, wo der technische Ablauf der Wahlen völlig chaotisch war und die Wähler unter starkem Druck standen: Einerseits durch die vielerorts vorhandene Kontrolle, andererseits durch die Furcht vor möglichen Konsequenzen, wenn sie ihrer Wahlpflicht nicht nachgekommen wären. Eine Opposition konnte an den Wahlen nicht teilnehmen, da ihr die physische Liquidierung drohte.

Die in der Coordinadora Democrática Nicaraguense zusammengeschlossene Opposition hat hingegen die Möglichkeit einer Wahlkampfführung und Wahlteilnahme gehabt. Sie hat jedoch bewußt den Boykott der Wahlen vorgezogen. Dies bedeutet, daß in der Nationalversammlung nicht alle politischen Meinungen des Landes repräsentiert sein werden, wobei jedoch festgehalten werden muß, daß die innenpolitische Bedeutung der Coordinadora-Parteien weitaus geringer ist, als der Stellenwert, der ihnen in den internationalen Medien beigemessen wird.

Der bewußte Wahlboykott dieser Parteien stimmt mit der Strategie der US-Regierung überein, eine Legitimierung der sandinistischen Regierung über Wahlen zu verhindern. Die US-Regierung versuchte dies über eine ökonomische und militärische Destabilisierungspolitik zu erreichen und über eine Einflußnahme auf die Politik der Coordinadora-Parteien.

Im Vorstoß gegen eine von ihnen selbst angekündigte Feuerpause haben die von den USA ins Leben gerufenen konterrevolutionären Banden die Wahlen und ihre Vorbereitungen in mehreren Fällen gestört und dabei Menschen getötet.

Trotz Krieg und trotz Wahlboykott der Rechtsparteien werden die Wahlen Ergebnisse zur Folge haben, die den Mehrheitswillen der nicaraguanischen Wähler repräsentieren, was national und international anerkannt werden muß. Wer diese Wahl und deren Ergebnisse nicht respektiert, verstößt gegen den Mehrheitswillen der Wähler.

Daß die US-Regierung die Wahlen als Farce bezeichnet, liegt in der Tradition ihrer Lateinamerika-Politik: Demokratisierungen auf dem Subkontinent mußten stets gegen die USA durchgesetzt werden. Daß die Coordinadora die Wahlen boykottiert hat, ist nur logisch, da die Parteien, die ihr angehören, trotz gegenteiliger Beteuerung über keinerlei Chancen zur Mehrheitsbildung verfügen, weswegen für sie demokratische Wahlen keine Möglichkeit der Machtergreifung sein können.

Die Novemberwahlen 1984 waren die ersten freien Wahlen in der nicaraguanischen Geschichte. Sie haben neue Spielräume für die Teilnahme der Parteien eröffnet, die durch den Wahlkampf die Möglichkeit gehabt haben, ihre Parteistrukturen aufzubauen und ihre Basis zu erweitern. Diese Chance auf demokratische Entfaltung haben die Rechtsparteien bewußt verstreichen lassen.

\*\*\*\*\*

# Kritik der Wahlen

Von Leo Gabriel



Nach dem Sieg 1979: Die Comandantes Bayardo Arce, Tomas Borge, Humberto Ortega, Juntamitglied Sergio Ramirez und Außenminister Pater Miguel D'Escoto (v. r. n. l.)

Managua (taz) - Wenn heute Hunderte von Auslandsjournalisten nach Nicaragua kommen, um die am kommenden Sonntag stattfindenden Wahlen zu beobachten, bedeutet das nichts Gutes für die Revolution. Die Nordamerikaner unter ihnen bezeichnen sie schon jetzt als „non-elections“, und auch viele linke Europäer senken den Kopf, wenn sie ihre Erwartungen mit der Realität dieses Prozesses vergleichen. Alles deutet darauf hin, daß die Sandinisten ihr Hauptziel, das sie dem Anschein nach mit diesem Umengang verfolgt hatten, nämlich ihre Revolution dem kritischen Ausland gegenüber zu legitimieren, verfehlt haben. Spätestens mit der mehrheitlichen Entscheidung der liberalen PLI (partido liberal independiente) ist das pluralistische Bild, das die FSLN in den vergangenen Monaten darstellen wollte, zu einem Zerrbild geworden.

Über das Scheitern der Sandinisten hört man im europäischen Blätterwald sogar das Gras wachsen. Der Rechten fällt die Kritik dabei viel leichter als der Linken, denn sie braucht nur von ihren bekannten Schablonen von einem totalitären Regime auszugehen, um in ihren Analysen die selbstfüllung prophecy wiederzufinden, die sie bereits seit dem 19. Juli 1979 angestellt hatte.

Für die dogmatische Linke ist es andererseits ebenfalls relativ einfach, die Wahlen, so wie sie organisiert wurden, zu befrworten. Sie braucht nur den Wahlboykott der nicaraguanischen bürgerlichen Opposition als Manipulation der bezahlten Agenten des nordamerikanischen Imperialismus darzustellen und erspart sich damit alle Fragen nach etwaigen strategischen und taktischen Fehlern der Sandinisten.

©

machte sich schon lange vor dem Beginn des eigentlichen Wahlkampfes bemerkbar, als es um die Frage ging, ob die FSLN allein oder zusammen mit anderen in der sogenannten „Patriotischen Front“ zusammengeschlossenen Links- und Zentrumsparteien kandidieren soll. Anstatt sich diese zu Verbündeten zu machen, schufen sie sich neue Gegner, die während des Wahlkampfes einen frontalen Angriff auf die hegemoniale Rolle der Regierungspartei führten.

Andererseits ist jedoch auch die Tatsache von Bedeutung, daß diese Entscheidung vor dem Hintergrund interner Auseinandersetzungen innerhalb der FSLN zu einem Zeitpunkt stattfand, in dem Präsidentschaftsaspirant Tomas Borge mit seinem die Partei priorisierenden Konzept auf die Unterstützung der Linksparteien rechnen konnte. Ob die Kombination Borge-Kommunistische Partei, Sozialisten und Linksradikale MAP (Movimiento Accion Popular) die innenpolitische Situation in Bezug auf die im Bürgerblock „Coordinadora“ zusammengeschlossenen Rechten noch mehr polarisiert hätte, bleibt eine Frage für die Zeitgeschichte.

Einen der schwerwiegendsten Fehler in diesem Wahlkampf stellt der Mangel an bürgerlichen Freiheiten dar, der nur zu einem Teil mit der Aggression von außen erklärt werden kann. Die Aktionen der sandinistischen Stoßtrupps („Turbas“), die in Chinandega und Masaya auf die „Coordinadora“, in Jinotepe auf die Konservativen und in Esteli und Rivas auf die Liberalen einschlugen, sind aus diesem Argument keineswegs abzuleiten. Da aber andererseits feststeht, daß sie auch nicht auf eine politische Willensentscheidung der sandinistischen Führung zurückzuführen

waren innen- und außenpolitischen Kräfteverhältnis Rechnung tragen wird als, wie es bisher der Fall ist, vor allem auf das Kräfteverhältnis innerhalb der FSLN Rücksicht

staates im Auge hatte, stand jene gegenüber, die das ordnende Prinzip innerhalb des Staatsapparates ansiedeln wollte, von wo aus zwischen den rivalisierenden

Landwirtschaftsministerium prinzipiell keine Informationen an das Planungsministerium weiter und das Innenministerium stieß bei seinen Versuchen, die sicherheits-

Landwirtschaftsministerium prinzipiell keine Informationen an das Planungsministerium weiter und das Innenministerium stieß bei seinen Versuchen, die sicherheits-

chenfrage, die sich aus dem inneren Zusammenhang des revolutionären Prozesses ergibt: Nützen diese Wahlen der Revolution eher, als daß sie ihr schaden? Sind sie nur notwendiges Übel, um dem Druck von Sandinisten, die gegenwärtige militärische, wirtschaftliche und politische Krise zu überwinden?

### Der Streit über die Abhaltung der Wahlen

Sieht man diese Frage einmal nicht im Gestrüpp der tagespolitischen Ereignisse und nicht einmal im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Konjunktur, sondern in einem weiteren geschichtlichen Kontext, dann erscheinen die Wahlen plötzlich als wesentliche Etappe im revolutionären Prozeß. Warum?

Seit dem Tode Carlos Fonsecas, des Begründers der sandinistischen Befreiungsbewegung, war die FSLN während der entscheidenden Jahre des Kräfteamwelts praktisch auseinandergefallen. Am Ende dieser Etappe war es vor allem der politische Weitsicht der Brüder Ortega zu verdanken, daß ihre Fraktion, die sogenannte "tendencia tercerista", auf die ihr objektiv zukommende Vormachtstellung freiwillig verzichtete: bei dem im März 1979 in Costa Rica abgehaltenen Gipfeltreffen der FSLN wurde eine Einheit auf Grundlage der numerischen Gleichheit ihrer Führungskräfte gefunden, und jede der drei Tendenzen schickte drei Comandantes ins Kollektiv des neunköpfigen nationalen Direktoriums.

Dieses kollektive Führungsprinzip, das sich während der Endoffensive gegen die Somoza-Diktatur bewährte und in den ersten Jahren des nationalen Wiederaufbaus als Tugend erschienen war, zeigte sich jedoch mit den zunehmenden Schwierigkeiten der Revolution als ernsthaftes Hindernis: Denn nicht nur jeder Comandante, sondern auch jeder Minister verwaltete den ihm zugewiesenen Bereich mit einer derart großen Autonomie, daß die einander überlappenden Apparate mit der Zeit zu einem wahren Krebsgeschwür an Bürokratismus ausarteten. So gab etwa das

Machtgruppen zu vermitteln wäre. Diese Strömung spricht von der Notwendigkeit einer "Institutionalisierung der Revolution" selbst, dem scheinbar Widerspruch in sich Grund der nicaraguanischen Realität eine gewisse Berechtigung zukommt. Denn gemeint wird damit von Leute wie Daniel Ortega, Sergio Ramirez und anderen die Schaffung einer vertikal durchorganisierten bürokratischen Struktur, deren einzelne Element aber viel flexibler dem jeweiligen gesellschaftlichen Kräfteverhältnis gegenübersteht als es gegenwärtig der Fall ist.

Ein deutliches Beispiel dafür ist der politische Führungsstil des zukünftigen Präsidenten von Nicaragua, Daniel Ortega Saverdra. Nur selten benützt er sein Büro in der "Casa de Gobierno" (Haus der Regierung), viel häufiger das angeschlossene Sitzungszimmer, in dem die wichtigen Entscheidungen getroffen werden. Im Unterschied zu den meisten anderen Comandantes geht es ihm eher darum, zwischen den unterschiedlichen Auffassungen über ein Problem als Vermittler einzugreifen und nicht, einsame Entscheidungen durchzudrücken. Für lateinamerikanische Verhältnisse außergewöhnlich ist auch der Umstand, daß er ganz und gar kein populärer Volkstribun, sondern ein eher schlichterer Mensch ist, der gelernt hat, auch in der Hitze des Gefechts einen kühlen Kopf zu bewahren.

Es ist kein Zufall, daß gerade dieser Mann nach dem 4. November in Nicaragua eine Funktion übernehmen wird, in der er nicht mehr wie bisher die Rolle eines primus inter pares spielen wird, sondern zum ersten Mal seit dem Tod Carlos Fonsecas eine politische Kraft darstellen wird, die über dem nationalen Direktorium der FSLN stehen wird.

Das heißt zum Beispiel, daß er es sich formell wird leisten können, Entscheidungen kraft seines Amtes durchzusetzen, ohne die anderen überschießend Konzessionen an sie notwendigerweise Konzessionen zu machen. Selbst wenn kaum zu erwarten ist, daß er eine wesentlich andere Politik als bisher machen wird, steht bereits fest, daß seine Politik eher dem gesamt-

zu nehmen. Entscheidungen innerhalb der FSLN, Konflikte zu lösen, wie etwa der nationale Dialog, Abschaffung der Pressezensur Führern der Konterrevolution, etwa Brooklyn Rivera und Eden Pastora, werden in diesem Rahmen ebenso aufgeführt werden können wie die Frage einer Geldabwertung oder die Garantien für die Privatwirtschaft: Alles Entscheidungen, die bisher mangels Übereinstimmung innerhalb der nationalen Führung der FSLN nicht getroffen werden konnten.

### Bürgerliche Freiheiten und Revolution in der Dritten Welt: Ein Gegensatz?

Betrachtet man nun unter dem Gesichtspunkt der inneren Konsolidierung der sandinistischen Revolution die Kette von Ereignissen, die diesen Wahlprozeß in den Augen der Weltöffentlichkeit diskreditiert hat, so wird man auch die Fehler besser verstehen können, die die Sandinisten dabei begangen haben.

Es wird z.B. klar, warum die FSLN internationalen Druck zum Trotz darauf bestand, diese Wahlen jetzt durchzuführen und keine Verschiebung zuzulassen. Angesichts der wachsenden Aggression von außen war es eben für Daniel Ortega wichtiger, den augenblicklichen Schwerezustand möglichst bald zu überwinden, als die Demokratievorstellungen selbst befremdeter Organisationen wie der sozialistischen Internationale zu entsprechen.

Indem sie den Wahlkampf von vorneherein als einen Kampf um das Zustandekommen der Wahlen betracht hatten, dürfte für die Sandinisten ihr altes Prinzip diesmal auf der politischen Ebene gelten: "Im placablos en el Combate - Generoso en la Victoria" (unerbittlich im Kampf - großzügig im Sieg). Übersetzt in die Tagesaktualität heißt das soviel wie: Wir werden den eben begonnene nationalen Dialog machen, aber erst wenn wir gezeigt haben, wer der Herr im Hause Nicaragua ist.

Dieses Verhalten erklärt aber noch nicht den Mangel an pluralistischer Gesinnung, den die FSLN gezeigt hat. Dieser Mangel

ren sind, bleibt nur eine Begründung: Sie waren tatsächlich spontane oder manchmal von einzelnen lokalen Jugendführern manipulierte Agitationsformen, die im Selbstverständnis der Akteure als "Lucha Ideologica" (ideologischer Kampf) betrachtet werden.

Wie wenig diese Schlagstockmentalität einer bestimmten politischen Ideologie, sondern vielmehr dem nicht gerade sanften Nationalcharakter der Nicaraguaner zuzunordnen ist, zeigte sich vergangenen Sonntag bei den antisandinistischen Konservativen (PCD), die ebenfalls zu "Turbas" Zuflucht nahmen, um eine Entscheidung zur Wahlenthaltung zu verhindern. "Das ist die Demokratie in Aktion", schrie Juntamitglied Fael Cordova Rivas bei dieser Gelegenheit durch die Räume des feuerden Luxushotels Camino Real.

Ein weiterer Fehler, der dem Image dieser Wahlen sehr geschadet hat, ist die Fortführung der Pressezensur, wenngleich auch in weit geringerem Ausmaß als in der Vergangenheit. Diese den Ankündigung Daniel Ortegas vom 19. Juli widersprechende Maßnahme geht ebenso eindeutig auf das Konto des Innenministers Tomas Borge wie die Beschränkung der Versammlungsfreiheit auf die wahlwerbenden politischen Parteien.

Die Grundsatzfrage, die sich aus der kritischen Auseinandersetzung mit den Wahlen ergibt, ist nicht neu: Es ist die Frage der Vereinbarkeit eines revolutionären Prozesses mit den Grundsätzen der bürgerlichen Demokratie.

Wenn es nicht einmal in Europa ein Beispiel dafür gibt, wo sich eine sozialistische Revolution die Prinzipien der französischen Revolution angeeignet hätte (wie es etwa Lenin fordert), umso schwieriger ist dieser Weg in einem lateinamerikanischen Land der Dritten Welt, das diese Grundsätze nur in Form einer Rechtfertigungslehre für diktatoriale Machtausübung kennengelernt hatte.

Unter all diesen Voraussetzungen erscheint der Wahlkampf in Nicaragua — fast allen internationalen Presseberichten zum Trotz — als ein außergewöhnlicher Versuch, einen eigenständigen Weg zur Demokratie zu finden.

## "Der Pluralismus ist lebendig"

Pensamiento Propio 18

(...)

### Wahlen und Revolution

Zuerst einmal muß man verstehen, daß sich der nicaraguanische Wahlprozeß im Rahmen eines revolutionären Prozesses in einem armen unterentwickelten Land vollzieht, in einer Region, die direkt zur Einflußsphäre der Vereinigten Staaten, ihrem "Hinterhof", wie sie selbst sagen, gehört. (...) Diese Situation ist ausschlaggebend dafür, daß ein Wahlprozeß in Nicaragua notwendigerweise andere Merkmale aufweisen muß, als traditionelle, demokratische Wahlprozesse in Gesellschaften, in denen ein Grundkonsens über das Entwicklungsmodell der Gesellschaft besteht. Dort sind die Wahlausinandersetzungen lediglich Optionen innerhalb desselben Projektes.

Jedoch in Nicaragua, das in einem revolutionären Prozeß steht, der die Grundlagen der somozistischen Diktatur zerstörte, nimmt die Wahlausensetzung notwendigerweise die Form eines Kampfes zwischen verschiedenen politischen Projekten an, zwischen unterschiedlichen Gesellschaftsmodellen.

Diese Besonderheit des nicaraguanischen Prozesses führt dazu, daß sich die Wahl nicht in der gleichen Weise abspielen kann, wie in - zumindest formal - weiter fortgeschrittenen und traditionellen demokratischen Systemen. Folgt man dieser Überlegung und vor allem der Annahme, daß es um verschiedene Gesellschaftsmodelle geht, hätte die rechte Opposition, zusammengeslossen in der Coordinadora Democratica, ihr eigenes Gesellschaftsmodell nicht zur Vorbereitung (der Wahlteilnahme, d.Ü.) machen dürfen. Denn dann hätte die Wahl ihren Sinn verloren, da die Entscheidung gefällt gewesen wäre, bevor das Volk sie hätte treffen können. Stattdessen hätte die rechte Opposition ihre Bedingungen, d.h. ihr politisches Projekt dem Urteil der Wahlen unterwerfen sollen.

Die Legitimität des sandinistischen Projektes dagegen stellt sich jetzt gerade darüber her, daß man genügend politische Kühnheit besessen hat, das Projekt dem Urteil der Wahlen auszusetzen. Hier standen auch verschiedene andere Optionen zur Wahl, auch solche, die jener der Coordinadora sehr ähneln, wie im Falle der konservativen Demokratischen Partei, die letztlich die zweitstärkste gewählte Kraft des Landes geworden ist.

Schließlich wurde klar, daß die Coordinadora sich nicht auf der Ebene der Wahlen auseinandersetzen wollte, wo sie eine klare Niederlage befürchtete. Das Spiel mit den Wahlen scheint für die Coordinadora von Anfang an mehr eine Taktik innerhalb der Strategie der Destabilisierung der Reagan-Administration gewesen zu sein, als der echte Wunsch nach optimalen demokratischen Bedingungen.

### Nicht alles war perfekt

Die Neigung, die westlichen Demokratien als Bezugspunkt für Wahlprozesse zu benutzen, scheint nicht der beste Ausgangs-

punkt für eine objektive Analyse solcher Prozesse zu sein. Jedenfalls berücksichtigt dies die Komplexität der Phänomene in Ländern wie dem unseren nicht.

Ohne Zweifel hat es Mängel und Irrtümer während des Wahlprozesses gegeben, wie in einem Fall die Zensur des Oppositionsblattes oder die Durchführung von Demonstrationen gegen bestimmte Kandidaten oder die deutliche offizielle Begünstigung der Regierungspartei. Doch nichts von alledem verwischt die Lauterkeit und Anständigkeit, mit der die Wahlversammlungen durchgeführt wurden, wenn man die Faktoren in Rechnung stellt, die wir bereits angedeutet haben und dazu noch u.a. die Kriegssituation, die dem Land aufgezwungen worden ist.

Im Falle Nicaraguas muß man über die eigentlich kulturellen Unterschiede armer unterentwickelter Länder zu den Modellen, mit denen man sie vergleicht, hinaus berücksichtigen, daß es als Folge von 45 Jahren Diktatur ein Land ohne demokratische Tradition, ohne wirkliche politische Diskussion ist. Die Ausübung der Demokratie schafft Gewohnheiten und bedingt die Formen der politischen Auseinandersetzung. In diesem Sinne ist dies für Nicaragua nicht mehr als die erste Erfahrung freier Wahlen. Ihre Wahlen durch die Optik von Ländern zu betrachten, wo Wahlen eine langjährige Tradition haben, führt den Beobachter oder Analytiker sicher in die Irre.

Das Wahlversprechen einzuhalten, mitten in einem Zermürbungskrieg, der schon über 7.000 Tote gefordert hat, war eine Herausforderung, die die Legitimität des Prozesses erhöht, umso mehr, als sich die Wahlen inmitten eines enormen militärischen, politischen und diplomatischen Drucks der Vereinigten Staaten abspielten. Zusätzlich zu dieser Hetze hat die Reagan-Administration eine systematische wirtschaftliche Blockade gegen Nicaragua entwickelt. (...)

### Es eröffnet sich ein Handlungsraum

(...)

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Akzeptierung der Bedingungen der Coordinadora die Entscheidung für ein bestimmtes Gesellschaftsmodell eingeschlossen hätte, ohne es der Wahlentscheidung des Volkes zu unterwerfen. Dennoch machte die FSLN die größtmöglichen Zugeständnisse, um eine Teilnahme der rechten Kräfte zu erreichen. Sie verlängerte Fristen, führte zahlreiche Treffen mit ihren Führern durch, auch solche vor angesehenen internationalen Zeugen, wie z. B. der Sozialistischen Internationalen. Vielleicht hätte sie mehr machen können.

Aber auf jeden Fall zeigen die Tatsachen, daß die Coordinadora in Wirklichkeit nur die Wahlen ungültig machen und ihre Opposition gegen sie in eine politische Tatsache verwandeln wollte. Die geringe Zahl an Stimmenthaltungen (ca. 25 %), die in ihrer Mehrheit nicht der Coordinadora zugeschrieben werden können) zeigt im Nachhinein die geringe Verwurzelung der

Kräfte, die sie propagiert haben, in der öffentlichen Meinung Nicaraguas. Während die Politik der Entlegitimierung

des Wahlprozesses unter der Schirmherrschaft der nordamerikanischen Administration im Innern fehlgeschlagen war, öffnete sich demgegenüber ein wichtiger Spielraum für die umfassende Beteiligung aller politischen Kräfte Nicaraguas, sowohl innerhalb der neuen staatlichen Institutionen (die Nationalversammlung) als auch informell im sog. "Nationalen Dialog".

#### Die Öffnung aufrechterhalten

Die Entwicklung beider Instanzen (Versammlung und Dialog) kann von besonderer Tragweite für die kommenden Ereignisse sein, nicht nur, weil sie die nordamerikanischen Argumentationen gegen den nicaraguanischen Prozeß entwerfen, sondern auch, weil sie der internationalen Meinung die Lebendigkeit des Pluralismus in Nicaragua beweisen. Die Institutionalisierung der Opposition zur FSLN bleibt eine Tatsache von höchster Wichtigkeit und ist vielleicht eines der bedeutendsten Resultate des vergangenen Wahlskampfes. Die Existenz der Opposition anzuerkennen, den Umfang ihrer Teilnahme am nationalen Leben zu erhalten und zu erweitern, dies ist eine neue Herausforderung für die FSLN und die neue Regierung. Denn trotz der Gefahren, die dies für das sandinistische politische Projekt mit sich bringen kann, entblößt es die wahren Ziele, die sich hinter den Argumenten der Reagan-Administration verbergen. (...)

Beitrag an die Fraktion der Grünen  
im Bundestag (unveröffentlicht)

Gaby Gottwald:

Welche Konsequenzen haben die Wahlen für den Fortgang der Revolution?

Ein wesentlicher Grund, warum die FSLN die Wahlen, die sie seit 1979 versprochen hatte, zu diesem Zeitpunkt durchgeführt hat, war sicherlich, den Versuch zu unternehmen, über eine demokratische Legitimierung ihrer Herrschaft in Nicaragua die internationalen Kräfte zum Teil hinter sich zu bringen, um so einer evtl. Intervention seitens der USA vorzubeugen. Dies ist nur zum Teil gelungen, da die Polarisierung - wie sie im Inneren des Landes existiert - auch im internationalen Rahmen weiterhin aufrechterhalten wird. So hat die FSLN sicherlich im Kreis der sozialistischen Internationalen und einer mehr fortschrittlich demokratischeren orientierten Regierung Pluspunkte über die Wahlen gesammelt. Die USA und ihre Verbündeten lassen sich jedoch nicht von ihrem Vorhaben abbringen, die Regierung in Nicaragua zu stürzen, weswegen auch eine Beendigung des Krieges nicht in Aussicht ist. Innenpolitisch sind jedoch über die Wahlen Veränderungen eingetreten. So hat die Diskussion über die Wahlen, der Wahlkampf selbst und das Ergebnis der Wahlen eine politische Öffnung für andere auch oppositionelle politische Kräfte in Nicaragua gebracht. Dieser erweiterte Spielraum für die Selbstdarstellung der Opposition kann nicht mehr rückgängig gemacht werden, sieht man einmal von den politischen Inhalten der unterschiedlichen Oppositionsparteien ab, so kann positiv festgehalten werden, daß über diese Öffnungsprozesse die FSLN ihre Entscheidung gegenüber der Opposition und der Öffentlichkeit transparent machen und legitimieren muß. Das bedeutet, daß der undiskutierte Alleinherrschaftsanspruch der FSLN der Vergangenheit angehört. Doch diese Öffnungs- und Demokratisierungsprozesse vollziehen sich auf einem gesellschaftlichen Hintergrund, wo sich die Widersprüche zunehmend zuspitzen, und gerade auch durch den Krieg nochmals forciert werden, was bedeutet, daß sich der objektive Rahmen für eine Konfliktlösung sowohl innenpolitisch als auch für eine Lösung des Krieges zunehmend einengt. Die FSLN vollzieht folglich in einem Moment eine politische Öffnung, wo jede andere normale Regierung gerade in Krisen die politischen Spielräume einengt, wie wir an unserer eigenen Regierung sehen. Inwieweit diese Gradwanderung zwischen politischer Öffnung bei gleichzeitigem Festhalten an der Revolutionstheorie eine ZerreiBprobe für die sandinistische Revolution wird, hängt wesentlich von der Reaktion der internationalen Machtverhältnisse ab. Eine Frage, die sich anschließt, ist die folgende: Kann der Weg einer revolutionären Gesellschaftsveränderung beibehalten werden unter einer politischen Herrschaftsform, die unserer parlamentarischen Demokratie sehr ähnelt? Ich kenne kein historisches Beispiel, in dem dieser Weg schon einmal begangen worden ist. Ich kann diese Frage auch nicht beantworten. Das einzig möglich ist, ein paar Punkte anzugeben, die eine Veränderung nach den Wahlen kennzeichnen werden.

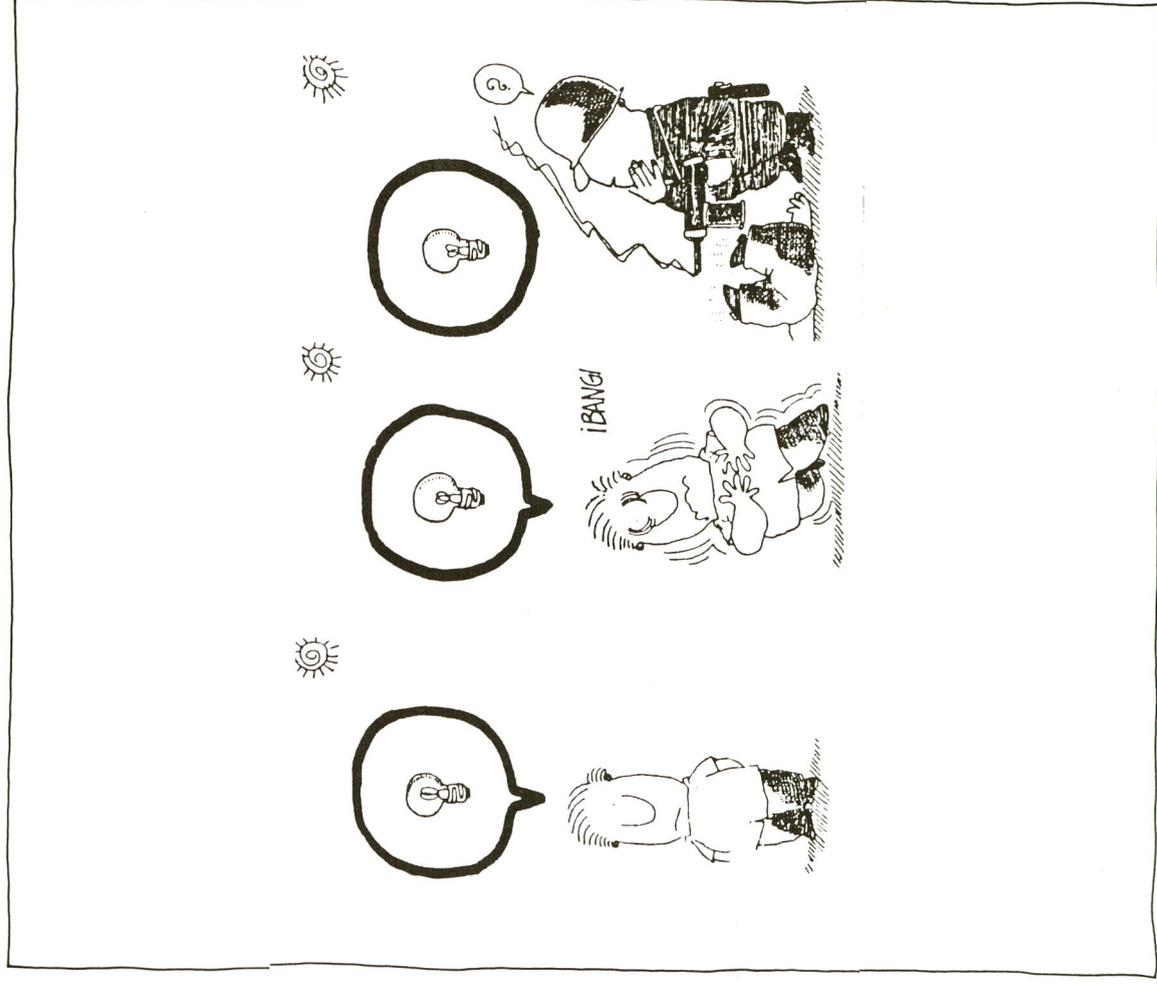
Erstens werden diese Wahlen in Nicaragua nicht die einzigen sein. Ist am 4. November die FSLN als Regierung über freie Wahlen legitimiert worden, so bedeutet dies gleichzeitig,

daß dieser Schritt auch in zukünftigen Wahlen vollzogen werden müßte. Dieser Prozeß der Neulegitimierung einer Regierung über freie Wahlen ist zwar für jeden Demokraten selbstverständlich und auch legitim, man muß sich jedoch dabei vor Augen führen, in welcher Situation das Land sich befindet und welche Destabilisierungsmechanismen tagtäglich angewendet werden. Das heißt: seit 79 gab es für die Sandinisten zu keinem Zeitpunkt die Möglichkeit, sich voll auf eine Neustrukturierung der Gesellschaft zu konzentrieren, sondern der Aufbau einer neuen Gesellschaft mußte stets gegen internationale Sanktionen bis hin zum Krieg durch- und umgesetzt werden. Wenn z.B. die Versorgungslage sich verschlechtert, so schadet das politisch der FSLN, obwohl sie objektiv keine Schuld daran trägt. Die Rechte nutzt selbstverständlich dieses Dilemma. Auch wenn es unwahrscheinlich ist, so wird es in Zukunft jedoch theoretisch die Möglichkeit geben, daß die Gegenrevolution über freie Wahlen die Revolutionskräfte entmachtet, ohne daß die Sandinisten objektiv einen anderen Spielraum für ihre Politik gehabt hätten.

Zum Zweiten ist mit der Bildung einer Nationalversammlung und der Abschaffung des alten Staatsrates die direkte Partizipation von gesellschaftlichen Gruppen wie Massenorganisationen, Verbänden, Unternehmer, Verband der Kirchen, Gewerkschaften, Frauen- und Jugendorganisationen in der Legislative abgeschaft, was bedeutet, daß das Partizipationsmodell von gesellschaftlichen Gruppen in der direkten Form nicht mehr existiert und ihre Interessen stellvertretend durch politische Parteien vertreten werden. Inwieweit dies nur eine formale Veränderung ist, da zum Beispiel auf den Listen der FSLN zahlreiche Vertreter von Massenorganisationen aufgeführt sind, somit ihre Interessen indirekt gewahrt werden, oder inwieweit es auch zu einer qualitativen Veränderung in der Politik kommen wird, bleibt abzuwarten. Es dürfte jedoch außer Zweifel stehen, daß ein repräsentatives Modell weitaus weniger Möglichkeiten bietet für eine direkte Interessenspolitik von Organisationen, die selbst in der Nationalversammlung oder wie im ehemaligen Staatsrat vertreten sind. Innerhalb der sandinistischen Reihen wird nun das eintreten, was die Rechte immer kritisiert hat, nämlich, daß z.B. die sandinistischen Verteidigungskomitees, die formal autonom agiert haben, auf der Ebene von lokalen Gruppen nur noch die Möglichkeit haben, sich über die Partei der FSLN zu artikulieren und damit noch mehr an Selbständigkeit verlieren. Die Massenorganisationen, die stets die Basis der FSLN waren, werden damit einen anderen Charakter bekommen. Wie auch die FSLN als klassische Kader-Partei mit einer sehr geringen Mitgliederzahl eventuell andere Strukturen aufbauen muß. Wie sich diese Veränderungen auswirken werden und inwieweit eventuell die neu zu verabschiedende Verfassung hier eine Rolle spielen wird, kann ich nicht absehen.

Ein drittes Novum dürfte die anstehende Bildung von Kommunal- oder Gemeinderäten, die unseren Stadtparlamenten gleichkommen, sein, die voraussichtlich in der neuen Verfassung festgelegt werden wird. Inwieweit darüber autonome Strukturen sich etablieren können auf lokaler oder regionaler Ebene, die sich einer zentralen Leitung durch die FSLN entziehen, bleibt abzuwarten. Und nicht zuletzt zeigt die Tatsache, daß Wahlen stattgefunden haben, und die Art und

Weise ihrer Durchführung, daß sich die sogenannten gemäßigten Kräfte innerhalb der nationalen Leitung der FSLN durchgesetzt haben. Einem Vertreter dieser gemäßigten Position, dem Präsidenten Daniel Ortega, kommt eine entscheidende Schlüsselrolle zu. Es wäre sicherlich eine Unterbewertung, würde man dieser Positionsbesetzung durch Daniel Ortega nur eine Geste gegenüber dem Ausland beimessen.



# nahua script

---

## Überblick:

### nahua script 1

#### **Blockfreiheit in Nicaragua und Lateinamerika**

Machtloses Prinzip oder Chance gegen die US-Intervention?

Zur Ministerkonferenz des Koordinationsbüros der Bewegung Blockfreier Staaten in Managua vom 10. bis 14. Januar 1983

Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal unter Mitarbeit von Karl-Ludolf Hübener, Michael Rediske und Klaus Fritsche. Format DIN A4. 44 Seiten. DM 6,00.

### nahua script 2

#### **Gegen Ronald Wilson Reagan und andere**

Die Klageschrift des Zentrums für Verfassungsrechte, New York im Prozeß wegen der Intervention der USA in Nicaragua gegen Präsident Reagan, CIA-Direktor Casey, Außenminister Shultz u.a.

Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal mit einem Geleitwort von Wolfgang Däubler. Format DIN A4. 44 Seiten. DM 6,00.

### nahua script 3

#### **Die Auseinandersetzung um die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik für Nicaragua**

Ein Exempel für die gezielte Boykottierung des nicaraguanischen Wiederaufbaus

Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal. Format DIN A4. 64 Seiten. DM 6,00. (vergriffen)

### nahua script 5

#### **Der Konflikt um Nicaraguas Miskito-Indianer**

Zur Instrumentalisierung einer Menschenrechtsfrage

Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal. Format DIN A4. 156 Seiten mit s/w-Fotos und Karten. DM 12,80.

### nahua script 6

#### **Die NATO in der Karibik**

Aufmarsch des Bündnisses im Krieg gegen Nicaragua

Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal. Format DIN A4. Etwa 48 Seiten. Etwa DM 6,00 (in Vorbereitung)

### nahua script 7

#### **Weltwirtschaftskrise und Schuldnerkartell**

Mittelamerika im Würgegriff internationaler Finanzinstitutionen

Nicaragua, El Salvador, Honduras, Guatemala, Panama, Mexiko, Dominikanische Republik, Jamaika

Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal. Format DIN A4. 88 Seiten. Etwa DM 7,50.

### nahua script 8

#### **Entwicklungspolitisches Symposium "El Salvador und Nicaragua im Vergleich"**

Nicht-staatliche Hilfswerke diskutieren die Politik der Bundesregierung zu Mittelamerika

Format DIN A4. 64 Seiten. DM 7,50

Weitere Hefte in Vorbereitung

---

# Edition Nahua

Postfach 10 13 20  
5600 Wuppertal 1  
Tel.: 0202/76 05 27